

Lichtstrahlen

Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur

„ Julian Borchardt, Berlin-Lichterfelde 3 „

Nr. 1 - 12

September 1913 - August 1914

1. Jahrg.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Redaktionelle Anmerkungen

Die Seitenzahlen in eckigen Klammern beziehen sich auf den vorherigen Text der Originalausgabe.

Die Seitenzahlen im Index beziehen sich auf die Originalausgabe.

Hinzufügungen und aktualisierte Literaturverweise des Herausgebers der hier vorliegenden Ausgabe sind in eckige Klammern gesetzt.

Gesperrt oder fett gedruckte Passagen im Original werden in Kursivschrift wiedergegeben.

Die Regeln der aktuellen deutschen Rechtschreibung werden in der Regel beachtet, zeittypische sprachliche Besonderheiten – auch die falsche Verwendung von Superlativen – hingegen in den Transkriptionen beibehalten. Andere offensichtliche Fehler sind korrigiert.

Vorlagen dieser Transkription: Privatarchiv und IISH (INTERNATIONAL INSTITUTE OF SOCIAL HISTORY, Amsterdam)

Impressum

Transkription und Herausgeber: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen
Umschlag: © 2023 Copyright by Thomas Königshofen

Inhalt

1. Jahrgang	Nummer 1	1. September 1913	7
		Unser Weg.....	7
		Krieg!	8
		Wachsender Reichtum steigendes Elend.....	10
		Wirtschaftsgeschichte.....	13
		Notizen.	16
1. Jahrgang	Nummer 2	Oktober 1913	18
		Piepvögelchen.	18
		Im Joche der Ausbeutung.....	19
		Kleon der Gerber.....	21
		Lichtstrahlen.....	24
		Die Kunst des Lesens.	26
		An unsere Leser!	27
1. Jahrgang	Nummer 3	November 1913	29
		Die Geburteneinschränkung als revolutionäre Waffe.	29
		Eisen gibt Gold.....	31
		Freiheit, die sie meinen.	33
		Über vorsintflutliche Ausgrabungen.	36
1. Jahrgang	Nummer 4	Dezember 1913	40
		Parlament und Sozialdemokratie.....	40
		Der Gebärstreik als soziales Kampfmittel.....	42
		Not aus Überfluss.	44
		Freiheit und Gleichheit.....	46
		Notizen.	49
		Was ist Geschichte?	49
		Die Teuerung bei uns und anderswo.	49
		Zur Beachtung!.....	50
1. Jahrgang	Nummer 5	Januar 1914	51
		Autorität	51
		Kapital und Presse.....	52
		Die Religion im Klassenkampf.	55
		Soziale Kämpfe in der deutschen Vergangenheit.....	57
		Die Kunst der Rede.	59
1. Jahrgang	Nummer 6	Februar 1914	63
		Weltenwende.	63

Krise und – Sonnenflecke.	65
Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus.	67
Lebensrechte!	69
Was ist Bildung?	71
Notizen	72
Eingesandte Druckschriften.	73
1. Jahrgang Nummer 7 März 1914.....	74
Der Herr Polizeipräsident.	74
Die Anfänge der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.....	75
Grundsätze des Kommunismus	78
Vom Wert.	80
Krise und Zukunftsstaat.	82
1. Jahrgang Nummer 8 April 1914.....	85
Glaube und Wissen.	85
Der Kampf gegen die Wucherzölle.	86
Die Anfänge der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.....	88
Vom Vorsteher zum Bischof.	88
Unsere Kurse.	92
Notizen.	93
Die Schulden des Deutschen Reiches	93
Die Profite steigen	94
1. Jahrgang Nummer 9 Mai 1914.....	96
Das Friedensfest.	96
Die Macht des Reichstags.	97
Zum Kampf um den Achtstundentag.	99
Ein Blick in den Zukunftsstaat.	101
Obstruktion.	102
Notizen.	105
Von der Auswanderung.....	105
1. Jahrgang Nummer 10 Juni 1914.....	106
Neue Wege?	106
Ein Blick in den Zukunftsstaat.	107
Die Entstehung der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.....	111
Der Sieg der Pfaffen.	111
Die Handelsbilanz.	114
Eingesandte Druckschriften.	115

1. Jahrgang Nummer 11 Juli 1914	117
Massenbewegung.	117
Ein Blick in den Zukunftsstaat.	119
Die Entstehung der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.....	122
Frauenfrage und Klassenkampf.....	123
Bücherbesprechungen.	125
1. Jahrgang Nummer 12 August 1914.....	128
Ein furchtbares Verbrechen.....	128
Kampfparole.....	130
Die reaktionäre Sozialdemokratie.	134
Bücherbesprechungen.	137
Eingesandte Druckschriften.	138
Register zum 1. Jahrgang	139

1. Jahrgang Nummer 1 1. September 1913

Unser Weg.

Wohl nirgends in der Welt ist das Sehnen nach Wissen und Bildung größer als beim Arbeiter. Das ist auch sehr natürlich. Die Volksschule mit ihrer allgemeinen Schulpflicht gibt ihm einige elementare Wissensbrocken und lässt ihn dann auf halbem Wege stehen, gerade wenn der Wunsch nach Erkenntnis lebendig wird. Sobald er aber ins Leben hinaustritt, drängt sich ihm die Notwendigkeit tieferer Bildung auf. Denn das soziale Elend, unter dem er von klein auf gelitten, kommt ihm jetzt zum klaren Bewusstsein, und der bisher nur Leidender war, wird zum Kämpfer. Wild bäumt sich ein Trotz auf und sein Selbstbewusstsein: es soll nicht in alle Ewigkeit so bleiben, wie es bisher war, dass die ganze große Masse des Volkes in unsäglicher Not des Leibes wie der Seele dahinsiecht, indes nur einige wenige als freie Menschen das Leben genießen. Es soll anders werden!

Aber von selbst wird es nicht anders. Schwere, ausdauernde, zähe Arbeit ist nötig, ein schwerer Kampf muss ausgefochten werden um die Befreiung der Arbeiterklasse. Das wird dem Denkenden bald klar. Zu diesem Kampf aber braucht er nichts nötiger als Wissen.

Deshalb hat sein Bildungsdrang ein ganz bestimmtes Ziel. Nicht als Schwarmgeist ein bisschen an diesem und jenem zu naschen, ist sein Wunsch. Sondern eine Waffe soll ihm die Bildung sein für den Befreiungskampf des Proletariats. Also wendet sich sein Sehnen *den* Wissenszweigen zu, die ihm solche Waffe schmieden können.

Wer die Menschheit befreien will von der sozialen Not, wird vor allen Dingen deren Ursachen kennen müssen. Dazu ist nötig eine sorgsame Durchforschung unserer gesamten sozialen Zustände, vor allem unserer wirtschaftlichen Zustände. Denn nur dort sind die Wurzeln des sozialen Elends zu ergründen. Es ist also kein [1] Zufall, dass der Wissensdrang des denkenden Arbeiters sich gerade den Sozialwissenschaften, und unter ihnen vor allem der *Wirtschaftslehre* (Nationalökonomie) zuwendet.

Doch damit allein ist's nicht getan. Wohl ist es viel wert, die sozialen Zustände in ihrem jetzigen Zusammenhang zu durchleuchten. Aber der Zweck, dem die ganze Arbeit dient, ist doch die Besserung, also die Änderung der sozialen Zustände: sie sollen künftig anders werden, als sie jetzt sind. Eine andere Klassenordnung, eine andere Gesellschaftsordnung, eine soziale Umwälzung gilt es herbeizuführen.

Das aber lässt sich nicht willkürlich und künstlich machen. Das Werden der Menschheit, ihre soziale Entwicklung in der Zukunft folgt bestimmten Regeln, die aus der Vergangenheit erkennbar sind. Deshalb müssen wir weiter forschen, wie die sozialen Zustände, unter denen wir jetzt leben, in der Vergangenheit entstanden sind. Wie haben die Menschen der Vergangenheit gelebt? Wie waren ihre Wirtschaftsformen, wie ihre Klassenordnung, mit einem Wort: wie waren ihre sozialen Zustände? Und wie, auf welche Weise, unter welchen Erlebnissen haben sich daraus die gegenwärtigen Zustände entwickelt? Die *Geschichte* ist es, die auf diese Fragen die Antwort gibt.

Es ist demnach ein unmittelbares, dringendes Bedürfnis des Befreiungskampfes, das das Bildungssehnen des denkenden Arbeiters vornehmlich gerade diesen beiden Wissenschaften, der Wirtschaftslehre und der Geschichte, zugedrängt hat. Viel hat denn auch die Arbeiterklasse bereits unternommen, um dieses Bedürfnis zu befriedigen, besonders auf dem Gebiete des Vortragswesens.

Aber wenn der Arbeiter, dem doch nur kärgliche Stunden der Muße zur Verfügung stehen, von dem Vortrag nach Hause kommt, in dem er Gutes, Glänzendes vielleicht gehört hat, dann braucht er eine Möglichkeit, das Gehörte in aller Ruhe innerlich zu verarbeiten und zu durchdenken. Der beste Vortrag kann nur eine Anregung geben. Wissen und Bildung kann nicht durch bloßes Zuhören erworben werden, sondern nur durch eigene geistige Arbeit. Dazu aber ist Stoff nötig, und zwar ein Stoff, der schwarz auf weiß vorliegt. Beim Vortrag mitzuschreiben, wie es meist versucht wird, ist eine missliche Sache. Denn es lenkt die Aufmerksamkeit vom Vortrag selber ab, und leicht kann es passieren, dass gerade die wichtigsten Darlegungen des Redners dem mitschreibenden Zuhörer entgehen.

Was fehlt, ist eine in regelmäßigen Zeiträumen wiederkehrende Lieferung von Stoff zum eigenen Nachdenken, leicht fasslich genug, um ohne besondere Vorbildung verstanden zu werden, und doch auch wieder inhaltsreich genug, um gute Vorträge zu ergänzen, d.h. um die Anregung, die der Hörer aus dem Vortrag mitgenommen hat, nützlich und fruchtbringend zu verwerten. [2]

In diesem Sinne an der Bildungsarbeit des Proletariats mitzuwirken, ist die Aufgabe, die unsere Zeitschrift sich gestellt hat. Sie wird demgemäß in erster Reihe die Wirtschaftslehre und die Geschichte pflegen, indem sie in jeder Nummer einen wirtschaftlichen und einen geschichtlichen Aufsatz in leicht verständlicher Sprache bringen wird. Dazu gehört natürlich auch die *Politik*, denn was heute Politik ist, wird binnen kurzem Geschichte sein, was heute Geschichte ist, war in der Vergangenheit Politik. – Daneben solle jedoch von vornherein auch das wichtige Gebiet der *Erziehungskunde* berücksichtigt werden, über dessen Bedeutung alle Welt sich einig ist.

Falls es den „Lichtstrahlen“ gelingt, sich einen genügend großen Leserkreis zu erwerben, so sollen dann auch Aufsätze aus dem Gebiet der Naturwissenschaften, der Kunst und der schönen Literatur nicht fehlen. Einstweilen aber werden sie ein bloßes Organ des Klassenkampfes sein.

Die Redaktion.

Krieg!

Soeben ist der furchtbare Balkankrieg zu seinem hoffentlich endgültigen Abschluss gelangt, und nicht lange wird es dauern, bis die Säbelrassler allerorten ihre Nutzenanwendung daraus ziehen werden. Natürlich wird diese in eine Verherrlichung des Militarismus auslaufen: die Notwendigkeit einer starken Rüstung habe dieser Krieg aufs Neue erwiesen; sei es, dass Deutschland von einem äußeren Feinde heimtückisch überfallen werde, sei es, dass das deutsche Volk selbst zur Wahrung seiner heiligsten Güter das Schwert ziehen müsse, immer müsse es gerüstet stehen in schimmernder Wehr. Und vaterlandslose Gesellen, wo nicht gar Verräter des Vaterlandes, seien diejenigen, die an unserem herrlichen Kriegsheer mäkeln, es verkleinern oder gar abschaffen wollen.

Nun gibt es eigentlich in Deutschland keinen Menschen, der in diesem Sinne das Land wehrlos machen will. Denn unter den großen Parteien herrscht kein Streit darüber, ob eine Armee existieren, sondern nur darüber, wie sie beschaffen sein soll. Die einen wollen das stehende Heer, die anderen wollen die Volkswehr. Und die Volkswehr würde sogar noch mehr Soldaten zur Verteidigung des Landes liefern als das stehende Heer. Eine Beseitigung jeglicher Armee kommt also in der praktischen Politik nicht in Frage. Von einer höheren Warte aus lässt sich jedoch sehr wohl darüber, reden. [3]

Denn das wird auch der grimmigste Haudegen zugeben, müssen, dass eine Armee nur dann berechtigt ist zu existieren, wenn Krieg ist oder die Gefahr eines Krieges droht. *Muss denn aber Krieg sein?*

Wir sind keine Christen. Sonst wäre es ein leichtes, unsere christlichen Staaten darauf hinzuweisen, dass sie nur die Gebote des Christentums zu befolgen brauchen und jede Möglichkeit eines Krieges wäre aus der Welt geschafft. „Liebet eure Feinde“, „tuet wohl denen, die euch hassen“, „so dich einer auf die rechte Wange, schlägt, reiche ihm auch die linke dar“ – wie könnte es jemals zum Kriege kommen, wenn unsere christlichen Staaten nach diesen Lehren handeln wollten. Wenn aber kein Krieg ist, dann brauchen wir auch keine Armee. Freilich, in katholischen wie evangelischen Gegenden würde der böse anlaufen, der mit solch einem christlichen Leben Ernst machen und daraufhin den Verzicht auf alle Kriegsrüstungen befürworten wollte. Vor allem die berufenen Hüter des Worts, die Pfarrer beider Konfessionen, würden schnell bei der Hand sein, um durch allerlei kluge Auslegungen zu beweisen, dass die Worte Christi gar nicht so gemeint seien, wie der schlichte Menschenverstand sie auffasst. Und wir, die wir in die tiefen Geheimnisse der Bibel nicht eingeweiht sind – na, wir müssen's halt glauben! Wenn's uns auch manchmal scheinen möchte, als ob von den Tugenden, die jedem staatsertaltenden Menschen gepredigt werden, die eine, nämlich die Frömmigkeit, dabei arg in die Brüche geht.

Doch, wie gesagt, wir sind keine Christen und brauchen uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Herren Schriftgelehrten den Massenmord mit dem Gebot „Du sollst nicht töten“ in Einklange bringen. Wir haben's nur mit dem sogenannten Patriotismus zu tun, und der wird sich ja gewiss gewaltiglich aufbäumen, wenn wir sagen, dass der „waffenfrohe Germane“ gut und gern auf den Gebrauch der Waffen verzichten könnte, und wohl auch möchte, – ja, wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre.

Brauchen wir keinen Krieg, brauchen wir keine Armee. Aber wozu brauchen wir denn eigentlich Krieg? Oder fragen wir: *wer* von uns braucht Krieg? Müller, Schulze, Lehmann? Fragen wir die Reihe herum, das ganze deutsche Volk, und jeder wird entsetzt abwehren; er für seine Person braucht keinen Krieg und will auch keinen haben. – Ja, wie denn? Da müssen wohl die anderen dran schuld sein, etwa die bösen Franzosen? Also gehen wir nach Frankreich hinüber und fragen dort die Herren Meunier, Lemaire, Florignac und wie sie alle heißen. – Dasselbe Resultat! Und in Russland nicht minder, die Iwan und Petrowitsch, und in England, John und Bob und Hopkins, niemand, niemand will den Krieg. Wir können ihnen auch gern glauben, dass sie die Wahrheit sagen. [4] Denn jeder will ja seiner Arbeit nachgehen, jeder will Brot verdienen und Geld erwerben, und dazu braucht er Frieden.

Nun gibt es freilich Leute, die durch den Krieg Geld verdienen und sogar reich werden können. Z. B. die Waffenfabrikanten, die Getreidelieferanten, die Geldverleiher. Aber sie sind doch schließlich zu wenig zahlreich, und die meisten von ihnen auch nicht einmal direkt auf den Krieg angewiesen, um Geld zu machen. Nicht einmal die Waffenfabrikanten, für die es gewiss profitabel ist, wenn durch einen Krieg viele Mordwerkzeuge zerstört und dadurch Neubestellungen nötig werden. Auch sie machen ein großes Geschäft durch Herstellung immer neuer und neuester Konstruktionen, so dass der Staat auch im Frieden die veralteten ersetzen und ihnen Ihre Waren abkaufen muss.

Wer also braucht eigentlich den Krieg? Denken wir daran, wie die letzten Kriege und Kriegsgefahren entstanden sind. Auf dem Balkan brachen die Völker los, angeblich weil ihre Stammesgenossen von den Türken unterdrückt und ausgebeutet wurden, und weil sie eine Vergrößerung ihrer kleinen Länder brauchten, um ein Wirtschaftsgebiet zu schaffen, groß genug für einkömmliche Betätigung. Die drohende Verwickelung zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko entstand aus Interessengegensätzen zwischen deutschen und

französischen Kapitalisten. Dem gleichen Grunde entspringt die Rivalität zwischen Deutschland und England, die manche Leute gern bis zu einem Kriege zuspitzen wollen.

Überall, wohin wir sehen, sind es demnach wirtschaftliche Ursachen, die zum Kriege treiben. Man mag sie auch wirtschaftliche Notwendigkeiten nennen. Ohne dass man einzelnen Menschen die Schuld dafür zuschieben braucht, sehen sich die Völker eines Tages in der Notwendigkeit, das Schwert zu ziehen und mit Mord und Brand übereinander herzufallen. Die Serben und Bulgaren sahen sich in einen Zustand versetzt, der ihnen Erstickung und wirtschaftlichen Untergang drohte, wenn sie sich nicht gewaltsam daraus befreiten. Zwischen Deutschland, England und Frankreich liegen die Dinge etwas anders; aber man kann sie sich etwa so vorstellen, dass der eine oder andere Staat sich eines Tages vor der Gefahr erblicken kann, ungeheure wirtschaftliche Werte einzubüßen und dadurch, wenn auch nicht über sich selbst den Untergang, so doch über einen großen Teil seines Volkes Armut und Elend heraufzubeschwören, so dass er sich dann zur Rettung aus dieser Gefahr zum Losschlagen entschließt.

Wenn aber dies die Zusammenhänge sind, dann drängt sich doch ganz von selbst der Gedanke auf, dass durch eine andere, eine vernünftige Ordnung des Wirtschaftslebens Abhilfe geschaffen werden kann. Muss es denn sein, dass immer einer zum Schaden des anderen lebt? Muss immer einer aus der Arbeit des anderen [5] Vorteil ziehen? Können nicht die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen den Völkern planmäßig so geregelt sein, dass sie sich gegenseitig in die Hände arbeiten, sich gegenseitig fördern und unterstützen? Die internationale Regelung der Wirtschaft wird alle Kriegsgefahr beseitigen, alle Kriegsrüstungen überflüssig machen und uns zu wahrer Völkerverbrüderung führen.

ps.

Wachsender Reichtum steigendes Elend.

Überall in der Welt gilt als Grundlage eines vernünftigen Lebens die Sparsamkeit. Wollte man einem Manne sagen, er solle nur lustig drauflos leben, je mehr Geld er durchbringe, desto nützlicher handle er – so würde er solchen Ratgeber vermutlich für verrückt erklären. Gleichwohl wird diese verrückte Lehre dem deutschen Volke in allem Ernste gepredigt. Freilich nicht dem einzelnen; im Gegenteil, der einzelne soll altpreußische Sparsamkeit üben. Aber sobald das Geld des einzelnen auf dem Wege über den Steuereinnahmer in den Staatssäckel geflossen ist, da soll mit einem Male das Gegenteil richtig sein! Da soll an Stelle der Sparsamkeit die Verschwendung Nutzen bringen: Denn – auf diese Weise kommt ja das Geld unter die Leute! Je mehr der Staat ausgibt, desto mehr werden Arbeiter beschäftigt; die Arbeiterklasse habe also das größte Interesse an möglichst hohen Ausgaben aus der Staatskasse!

Es braucht kaum gesagt zu werden, dass es die stets wachsenden Militärausgaben sind, die mit solchen Behauptungen beschönigt, werden sollen. Die Hohlheit solcher Ausführungen zeigt eine einfache Überlegung. Woher stammt denn das Geld, womit die Militärlieferungen bezahlt werden? Von den Steuerzahlern, und zwar fast ausschließlich von den Arbeitern. Soll also diesen das Geld zugutekommen, so könnte man's ihnen ja einfach lassen, anstatt es ihnen erst abzunehmen, um es dann auf dem großen Umweg über die Waffenfabrikanten, bei denen ein schöner Profit hängen bleibt, wieder zurückzuleiten. Und wenn vielleicht jemand sagen wollte, gerade die Produktion, die durch diesen Umweg in Gang gesetzt wird, sei das Nützliche, so ist auch das nur Spiegelfechtereie. Denn wenn nicht der Staat den armen Leuten das Geld abnähme, würden sie sich natürlich etwas dafür kaufen, was sie brauchen, Möbel oder Kleidung oder Nahrung. Diese Dinge, müssten dann ebenfalls produziert werden, es

würde also auch dann [6] die Produktion in Gang gesetzt, aber für nützliche Gegenstände und nicht für Mordwerkzeuge.

Nichtsdestoweniger liegt jenem Gerede ein Gedanke zugrunde, der auf den ersten Blick vernünftiger aussieht. Was für Kanonen, Flinten und Panzerplatten gilt, das gilt nämlich auch für alle anderen Waren. Alle müssen fabriziert werden, ihre Produktion gibt stets irgendwelchen Arbeitern Beschäftigung und „bringt Geld unter die Leute“. Folglich müssten die Arbeiter stets ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Waren verbraucht werden. Je toller die Verschwendung, desto größer das Glück der Arbeiter. Da nun die Arbeiter selbst bei ihren geringen Einkünften nicht verschwenden können, so müssten sie das Geschick segnen, das die reichen Leute geschaffen hat, und den als Wohltäter preisen, der den größten Aufwand macht.

Diesen anscheinend sehr einleuchtenden Gedanken, der auf den ersten Blick etwas Bestechendes hat, fanden wir einmal von einem Fabrikanten in folgender gefälligen Form ausgedrückt: Denken wir uns eine Fabrik, die 200 Arbeiter beschäftigt, von denen jeder 1250 Mk. Jahreslohn bekommt. Dem Fabrikanten bleibt nach Abzug aller Unkosten, Ausgaben für den eigenen Haushalt und Steuern ein Reingewinn von jährlich 60 000 Mk. Wenn er die zunächst spart, und zwar 10 Jahre lang, so ist ihm daraus ein neues Kapital von 600 000 Mk. erwachsen. Davon wird er einen Teil für Luxus ausgeben, wird sich vielleicht eine Villa mit einem hübschen Garten zulegen, dazu Pferd und Wagen oder ein Automobil. Das mag 150 000 bis 200 000 Mk. kosten. Nun bleiben noch wenigstens 400 000 Mk. übrig. Damit wird er seine Fabrik vergrößern, wird einen Teil ausleihen zur Vergrößerung einer anderen Fabrik, einen Teil zu gemeinnützigen Bestrebungen, Bau von Arbeiterwohnungen, Bau eines Theaters hergeben usw.

Wenn der Fabrikant die eigene Fabrik vergrößert, braucht er neue Arbeiter. Ebenso werden neue Arbeiter gebraucht bei der Vergrößerung jeder anderen Fabrik, beim Bau von Häusern, Theatern usw. Aber auch wenn der Fabrikant sich eine Villa bauen lässt, so gibt das Beschäftigung für Maurer, Zimmerleute, Steinbrecher, Steinmetzen, Ziegelstreicher, Erdarbeiter, Glaser, Tischler, Maler; die innere Ausstattung beschäftigt Möbeltischler, Tapezierer, Sattler, Dekorateur usw. Hält er sich Wagen und Pferde, so braucht er Kutscher und Stallpersonal, beim Auto einen Chauffeur; beide Fahrzeuge müssen fabriziert und unterhalten werden. Kurzum, was auch immer der Reiche mit seinem Geld anfängt, stets dient es zur Beschäftigung von Arbeitern. Da nun bloß bei starker Beschäftigung an eine Erhöhung der Löhne zu denken ist, so haben die Arbeiter in jeder Hinsicht das größte Interesse daran, dass die Kapitalisten viel Geld verdienen. [7]

Nun aber hängt die Höhe des Profits aufs engste von der Höhe der Löhne ab. Wenn z.B. die Arbeiter jener Fabrik mit ihren 1250 Mk. nicht zufrieden sind, sondern eine Steigerung auf 1500 Mk. durchsetzen, so verringert sich sofort der Reingewinn um $200 \times 250 = 50\,000$ Mk. Unter der Annahme, dass jetzt der Fabrikant weniger Steuern zahlt und auch für seinen Haushalt weniger verbraucht, bleiben ihm allerhöchstens 18 000 Mk. übrig, in 10 Jahren 180 000 Mk. Nun kann er sich keine Villa mit Pferden und Wagen anschaffen, die eigene Fabrik nicht oder nur unbedeutend erweitern, kein Geld an andere ausleihen, und all die massenhafte Beschäftigung, die sonst für neue Arbeiter möglich gewesen wäre, unterbleibt.

Und die Moral von der Geschichte? Der Verfasser drückt sie wörtlich wie folgt aus: „Dem denkenden Arbeiter zu zeigen, dass große Unternehmer- und Fabrikantengewinne immer neue Arbeitsgelegenheiten und damit ein Steigen der Arbeitslöhne hervorbringen“.

Ein überraschendes Resultat! Sollen die Arbeitslöhne steigen, so müssen die Kapitalisten große Gewinne machen. Sollen sie große Gewinne machen, so müssen – das wurde uns eben gezeigt

- die Löhne niedrig sein. Folglich, wenn die Arbeiter hohe Löhne haben wollen, müssen sie mit niedrigen Löhnen zufrieden sein!!

Jeder Denkende sieht ein, dass hier irgendwo ein Fehler stecken, muss. Wenn aber selbst die Dinge sich so abspielten, wie sie hier geschildert sind, würde ein *dauernder* Nutzen für die Arbeiter auch noch nicht herauspringen. Denn sobald nun die Löhne steigen, werden ja dadurch wieder die Profite verringert. Damit muss dann - immer nach der Logik jenes Fabrikanten - die starke Nachfrage nach Arbeitern aufhören und die Löhne müssen wieder sinken!

Nun aber zu dem Fehler, der in jener Rechnung stecken muss. Es ist ganz richtig, dass die Kapitalisten den Gewinn, den sie erübrigen, in irgendeiner Form zur Erweiterung der Produktion benutzen. Aber nicht richtig ist, dass dadurch immer und überall neue Arbeiter beschäftigt werden. Denn eben *durch die Erweiterung der Produktion wächst die Produktivkraft*. Das will besagen: je größer ein Unternehmen ist, desto weniger Arbeiter braucht es verhältnismäßig. Natürlich nur *verhältnismäßig*; die Zahl der erforderlichen Arbeiter kann wachsen, aber nicht in demselben Maße wie das Unternehmen wächst. Wurden bisher 100 Arbeiter beschäftigt, so werden bei Verdoppelung, des Kapitals keine 200 gebraucht, sondern vielleicht nur 190 oder 180. Jeder in einem größeren Betriebe stehende Arbeiter kennt das. Ein paar Beispiele: selbst wenn jede neue Werkzeugmaschine [8] ebenso viel neue Arbeiter erfordert wie die alten, so braucht doch das Aufsichtspersonal nicht verdoppelt zu werden, ebenso wenig die Kesselheizer und Kraftmaschinenwärter; es ist nicht unter allen Umständen ein Anbau nötig, die vorhandenen Räume werden besser ausgenutzt, so dass der Verbrauch an Licht, Heizung, Feuerung sich nicht verdoppelt (also nicht doppelt so viel Kohlen gekauft und folglich in den Gruben produziert werden müssen) usw. Es ist eben eine Tatsache, die durch jahrhundertelange Beobachtung feststeht und täglich aufs Neue beobachtet werden kann: je mehr Arbeiter zu gemeinsamer Tätigkeit unter einheitlicher Leitung vereinigt sind, desto planmäßiger können sie zusammenarbeiten; je höher aber die Planmäßigkeit, das Hand-in-Hand-Arbeiten, desto produktiver ist die Arbeit, desto mehr bringt sie fertig. Infolgedessen werden bei der Vergrößerung eines Betriebes niemals ebenso viel neue Arbeiter gebraucht, wie die Vergrößerung an sich ausmacht.

Nun könnte man sagen, das habe nicht viel zu bedeuten; denn wenn - im obigen Beispiel - auch nicht gerade 100 neue Arbeiter beschäftigt werden, so doch immerhin 80 oder 90. Die stärkere Nachfrage nach Arbeitern ist also da, und die Löhne müssen steigen. Aber durch das Zusammenarbeiten einer größeren Anzahl werden nicht nur die neuen Arbeitskräfte produktiver, sondern die alten ebenfalls. 190 bringen doppelt so viel fertig wie 100. Setzen wir nun - um einfache Rechnung zu haben - den Fall, dass im dritten Jahre wiederum nur so viel Kapital angesetzt wird, wie ursprünglich zur Beschäftigung von 100 Arbeitern nötig war. Dann werden statt 300 Arbeiter vielleicht nur 260 gebraucht; im folgenden Jahre verhältnismäßig noch weniger usw. Dauert dies eine Reihe von Jahren an, so muss es einmal so weit kommen, dass trotz Vergrößerung des Kapitals überhaupt keine neuen Arbeiter eingestellt werden. Und nach einer weiteren Reihe von Jahren müssen trotz vergrößerten Kapitals sogar noch Arbeiter entlassen werden!

Wozu sich darüber den Kopf zerbrechen, wird vielleicht mancher meinen! Wenn es wirklich so schlimm sein sollte, so muss es doch lange, lange Jahre dauern, bis es so weit kommt. Doch gemacht! Vergessen wir nicht, dass diese Entwicklung schon seit langen, langen Jahren im Gange ist. Allein die Zeit des Großkapitalismus, die diese schlimmen Folgen am schärfsten entwickelt, dauert jetzt schon über 100 Jahre. Es ist also keine ferne Zukunft, von der wir reden, sondern bittere, blutige Gegenwart. In der Tat spüren es ja die Arbeiter am eigenen Leibe, dass die Arbeitslosigkeit, die auf solchem Wege entstehen muss, längst zur Wahrheit, geworden ist. Genau so alt wie das Zeitalter des Großkapitalismus, ist auch das Zeitalter der

massenhaften Arbeitslosigkeit. Selbst in den Zeiten besten Geschäftsganges sind heutzutage Zehntausende, ja Hunderttausende arbeitslos. Im Oktober 1910 und ebenso im [9] Oktober 1911 gab es allein im Königreich Sachsen – das nicht ganz 5 Millionen Einwohner hat – etwa 23 000 Arbeitslose, die fast sämtlich viele Wochen, zum Teil sogar monatelang arbeitslos waren. Das bedeutet fürs ganze Deutsche Reich fast 300 000 Arbeitslose zu einer Zeit, in der von Krise keine Rede war. Und im Jahre 1912, das eine gewaltige Steigerung der Produktion erlebte, ist die Zahl der Arbeitslosen noch gewachsen. Wachsender Reichtum – steigendes Elend, das ist der vollendete Widersinn, in den uns diese Entwicklung bisher gebracht hat.

wr.

Wirtschaftsgeschichte.

Geschichte haben wir alle in der Schule gelernt, und wenn der Lehrer nur einigermaßen mit Liebe bei der Sache war, wird gewiss ein jeder mit Freuden an die Geschichtsstunden zurückdenken. Was für interessante Dinge lernten wir da kennen! Von Herrmann dem Cherusker erzählte man uns, wie er in der Teutoburger Schlacht das deutsche Volk und Land vom Joche der Römerherrschaft befreit hat; wir hörten, wie die Deutschen in der Zeit der Völkerwanderung das gewaltige Römerreich erobert und zugleich die Kultur des Abendlandes vor der drohenden Verwüstung durch die Hunnen gerettet haben; wie sie dann durch die fränkischen Könige, vor allem durch Karl den Großen, zu Einheit, Größe und Gesittung geführt wurden; wir erfuhren von den glänzenden Zeiten der Hohenstaufen, von der Trübsal unseres Volkes im späteren Mittelalter, von den Schrecknissen und dem Jammer des 30jährigen Krieges; sodann lernten wir den Aufstieg der brandenburgischen Macht der Hohenzollern kennen mit ihren wechselreichen Schicksalen, bis nun heute das Deutsche Reich in seiner geschichtlichen Größe dasteht: eine glänzende Reihe von Ereignissen, ein leuchtendes Bild vom Werden des Volkes, das uns unser Volk und seine Geschichte lieben lehren soll.

Das ist Geschichte. Was aber ist Wirtschaftsgeschichte?

Unter Wirtschaft verstehen wir diejenige Tätigkeit der Menschen, die sie ausüben zu dem Zweck, ihren Lebensunterhalt zu erwerben (wobei das Wort Lebensunterhalt nicht bloß die Nahrung bezeichnen soll, sondern alles, was der Mensch an Bedürfnissen des Lebens braucht). Was die Menschen tun, um sich diese Dinge zu verschaffen, ist ihre Wirtschaft, und eine Wirtschaftsgeschichte wird demnach darzustellen haben, wie es die Menschen [10] von den ältesten Zeiten an bis auf den heutigen Tag angestellt haben, um sich Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. zu verschaffen.

Ist das nicht sonderbar, ja, ist es nicht fast zum Lachen? Neben die Großtaten unserer Altvorderen sollen ihre Küchengeheimnisse treten? In was für einer Behausung Herrmann der Befreier gewohnt haben mag, will man uns erzählen! Was für Röcke und Hosen er und seine Zeitgenossen trugen, was sie aßen und tranken! Wir sollen erfahren, woher Karl der Große seine Einkünfte bezog, wie Friedrich Barbarossa die Lebensmittel für sich und seine Leute aufbrachte! Ist das nicht kleinlich? Ist es nicht überflüssig und nur geeignet, das strahlende Bild zu schwärzen, uns die Freude und Begeisterung an unserer vaterländischen Geschichte zu vergällen?

Doch nur gemacht! Der Sinn und Zweck wird klar, sobald man sich an die Erkenntnis der Geschichte wirklich heranzumacht.

Betrachten wir einmal kurz die sogenannte Urzeit, d.h. die Zeit der primitivsten Lebensverhältnisse, die wir kennen. Das war bei den alten Deutschen etwa die Zeit bis 100 Jahre nach Beginn unserer Zeitrechnung. Damals bestand ihre Geschichte nur aus Kriegen.

Andere Ereignisse ihres Völkerlebens kennen wir nicht. Nun kann man sich freilich mit der bloßen Aufzählung und Erzählung dieser Kriege begnügen. Aber dann ist die Geschichte, kaum mehr als ein Zeitvertreib für müßige Stunden. Ganz anders, wenn man sie *verstehen* und aus ihr etwas *lernen* will. Dann wird man sich mit der bloßen Erzählung der Ereignisse nicht zufriedengeben, sondern man wird sofort nach dem „warum“ fragen. Warum haben die Deutschen in ihrer Urzeit beständig Kriege geführt?

Das ist nun eine Frage, die wir ganz genau beantworten können: zum Teil lebten sie davon, das heißt, sie raubten anderen Völkern oder Stämmen, was sie zum Lebensunterhalt brauchten, und wenn die sich das nicht gutwillig nehmen ließen, gab's Krieg. In diesen Fällen war also der Krieg unmittelbar eine wirtschaftliche Tätigkeit, ein Mittel des Nahrungserwerbes. Zum anderen Teil kämpfte man um den Besitz der Lebensmittel, um Grund und Boden zur Viehweide, um Salzquellen und dergleichen mehr. „Zwischen den Hermunduren und Chatten“, so lesen wir in der deutschen Sage, „strömte ein salzreicher Fluss. Um seinen Besitz brach ein heftiger Krieg aus.“

Es sind also die Kriege der damaligen Zeit entweder direkt eine wirtschaftliche Tätigkeit, oder sie sind aus den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Völker hervorgegangen. Und wer die Wirtschaft jener Völker nicht kennt, wird niemals ihre Geschichte, d.h. ihre Kriege verstehen.

Für die primitiven Zeiten leuchtet das wohl ein. Aber wie steht es mit der späteren Geschichte? Gewiss hat es auch später noch [11] Handelskriege gegeben, aber sie bilden doch nur einen Teil der geschichtlichen Ereignisse. Karl der Große hat seine Kriege gegen die Awaren und Sachsen, Friedrich Barbarossa seine Römerzüge, und seinen Kreuzzug nicht unternommen, um sich oder anderen Lebensmittel zu verschaffen. Ist auch dort ein Zusammenhang der Geschichte mit der Wirtschaft vorhanden?

Diese Frage möge uns ein Blick in die heutige Zeit erhellen. Betrachten wir die heutige Wirtschaft, d.h. die Tätigkeit, womit heutzutage das deutsche Volk sich seinen Lebensunterhalt verschafft, so zeigt sich ein mannigfaltiges Bild. Da gibt es Leute, die leben von Renten und Zinsen ihres Kapitals. Sie besitzen Geld und verleihen es, wofür sie Zinsen bekommen; oder sie kaufen für ihr Geld Grundbesitz, Häuser in der Stadt, Güter auf dem Lande, die sie verpachten oder vermieten. Andere bewirtschaften ihren Grundbesitz selbst und leben von dessen Ertrage. Wieder andere betreiben mit ihrem Gelde eine Fabrik oder ein industrielles Unternehmen und leben vom Profit, oder sie kaufen Aktien und beziehen Dividenden. Dann gibt es wiederum andere, die betreiben ein kaufmännisches Geschäft, das ihnen Profit einbringt, und endlich bleibt die große Zahl derer, die vom Lohn ihrer Arbeit leben.

So zeigt schon dieser oberflächliche Blick über die Wirtschaft unseres Volkes, in wie innigem Zusammenhange sie steht mit seinem sozialen Zustand. Man erkennt sofort, dass jene verschiedenen Arten der Beschaffung des Lebensunterhalts maßgebend sind für die Einteilung unseres Volkes in Klassen: da sind die Rentiers, die Geldkapitalisten, die Grundbesitzer (wieder geschieden in städtische und ländliche), die Industriellen, die Aktionäre, die Kaufleute, die Arbeiter. Und diese selbst teilen sich wiederum, je nach der Art ihrer Arbeit, z.B. Ärzte, Beamte, Maurer, Schlosser. Der soziale Zustand eines Volkes also, d.h. seine Klasseneinteilung, hängt unmittelbar ab von seiner Wirtschaft. – Auch die Verhältnisse, in denen jede Klasse lebt, und die Beziehungen der verschiedenen Klassen zueinander werden entscheidende beeinflusst von der Wirtschaft des Volkes. Zum Beispiel, wenn die Erträge des Grundbesitzes abnehmen, müssen sofort Misshelligkeiten entstehen, zwischen denen, die den Besitz bewirtschaften, und den Rentnern, die in irgendeiner Form an den Erträgen teilnehmen. Eben solche Misshelligkeiten müssen entstehen, wenn infolge von Änderungen in der Wirtschaft die Preise der Waren sich ändern: wenn sie steigen und infolgedessen die Arbeiter höhere Löhne verlangen, oder wenn sie fallen und nun die Verkäufer der Lebensmittel nach

einem Ersatz ihrer entfallenden Einnahmen streben. Kurzum, aus der Wirtschaft eines Volkes erwachsen seine gesamten sozialen Zustände, es erwachsen daraus die Klassengegensätze und Klassenkämpfe. [12]

Diese sozialen Zustände aber, die Klassengegensätze und Klassenkämpfe sind von entscheidendem Einfluss auf den Gang der Geschichte. Leicht lässt sich der Zusammenhang erkennen zwischen den Ereignissen der inneren Politik und den Klassenkämpfen. Die innere Politik – das ist eben die innere Geschichte eines Volkes – besteht in den Maßnahmen, welche die Regierung für die eine oder andere Klasse trifft. Im Deutschen Reich z.B. hatten wir seit 40 Jahren die Kulturkampfgesetze, das Sozialistengesetz, die Arbeiterschutzgesetze, die Arbeiterversicherung, die verschiedenen Änderungen der Gewerbeordnung, die Zollgesetze, die stets aufs Neue zu beschaffenden Steuern, die Änderungen einzelner Strafgesetze, die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Das ist nur eine kurze Auslese aus der Gesetzgebung des Deutschen Reichs; es ist aber wohl kaum nötig, erst noch nachzuweisen, dass ein jedes dieser Gesetze veranlasst war durch die Bedürfnisse der einen oder der anderen Klasse, oder wenigstens, dass es zur Befriedigung solcher Massenbedürfnisse bestimmt war. Genau ebenso steht es mit der auswärtigen Politik. Die Handelsverträge – die aufs innigste mit den Zollgesetzen zusammenhängen –, die Heeresvermehrungen, die Kolonialpolitik, die Flottenrüstungen sind hierher zu rechnen. Die Kapitalistenklasse Deutschlands braucht zum weiteren Betrieb ihrer Geschäfte, weil die große Masse des eigenen Volkes nur wenig kaufen kann, eine Ausdehnung über die Grenzen. Deswegen hat seit etwa 30 Jahren die Regierung des Reichs begonnen, Kolonien zu erwerben. Da nun aber die Kapitalisten anderer Länder dieselben Bedürfnisse haben, so sind feindliche Zusammenstöße zu befürchten. Daraus entspringt die Notwendigkeit einer starken Kriegsflotte und einer ständigen Vermehrung des Landheeres. Dies erfordert ungeheure Kosten, ist also bestimmend für die Höhe und Verteilung der Steuern und Zölle; nach den Zöllen wiederum müssen die Handelsverträge sich richten, also die gesamten Beziehungen zu auswärtigen Staaten, aus denen ebenfalls Verwickelungen und Kriege entstehen können.

So sehen wir, wie die ganze Politik eines Staates dirigiert wird von seinem sozialen Zustande, von seiner Klassenschichtung. Die politischen Ereignisse aber sind es ja, die, wenn erst einige Zeit darüber hingegangen, die Geschichte dieses Staates ausmachen. Nehmen wir an, es wolle z.B. in 90 oder 100 Jahren ein Historiker die Geschichte der Marokkokrise von 1911 studieren. So wird er untersuchen müssen, warum es damals zu einer so scharfen Zuspitzung, fast zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich, gekommen ist. Dies wird ihn zu der Frage hinüberleiten, warum Deutschland sich in die marokkanischen Händel einmischte, warum es überhaupt Kolonialpolitik betrieb. Er wird dann finden, dass diese angebliche „Mehrerung des Reichs“ den Beifall der Besitzer [13] des Handels- und Industriekapitals fand, indes die Grundbesitzer ihr ziemlich kühl, die Arbeitermassen sogar feindlich gegenüberstanden. Leicht wird er dann entdecken, dass diese Stellungnahme der verschiedenen Klassen durchaus ihren wirtschaftlichen Interessen entsprach und dass somit der Gang der Ereignisse letzten Endes bestimmt war von der Klassenschichtung und von der Wirtschaft des deutschen Volkes.

Genau dasselbe gilt natürlich auch für die Vergangenheit. In diesem Jahre feierte man das Andenken an die Kriegsereignisse von 1813. Gewiss mag es Leute geben, denen die Erzählung jener Vorgänge genügt, um sich im patriotischen Überschwang zu berauschen und müßige Stunden auszufüllen. Der denkende Mensch aber wird sich damit nicht zufriedengeben. Er wird aus der Geschichte etwas lernen wollen, das er für die Gegenwart benutzen kann. Er wird also alsbald nach den Ursachen jener Ereignisse fragen, er wird wissen wollen, warum es damals zu so blutigen Zusammenstößen zwischen den Völkern Europas gekommen ist. Auf französischer Seite waren diese Kriege bekanntlich direkte Folgen der großen Revolution. Die Revolution aber ist ganz offenbar aus den sozialen und wirtschaftlichen Zuständen

entstanden, in denen das französische Volk lebte. Nicht anders auf deutscher Seite. Dass das deutsche Volk überhaupt in feindlichen Gegensatz zur französischen Revolution kam, lag an seiner Klassenschichtung, an seinem sozialen Zustande. Der aber war eine Folge seiner Wirtschaft.

Wo wir einen Blick in die wirkliche Geschichte werfen, zeigt es sich, dass jeder, der sie verstehen, der aus ihr etwas lernen will, die Wirtschaftsgeschichte kennen muss. Davon hat man uns jedoch in der Schule so gut wie nichts gesagt. Diese Lücke auszufüllen und dem arbeitenden Volk auch die Wirtschaftszustände der Vergangenheit näher zu bringen, ihm einen Einblick zu verschaffen in das Werden unserer heutigen Klassenordnung, soll eine der Aufgaben unserer Zeitschrift sein.

ge.

Notizen.

Schädliches Nationalgefühl. Worin besteht der Fortschritt, aller Wirtschaft? – Darin, dass mit immer geringerem Arbeitsaufwand immer mehr Produkte fertig werden. Das ist ja gerade der Zweck und das Ziel, worauf der Menschengest in angestrengtester Tätigkeit unablässig hinarbeitet, die Arbeit immer produktiver [14] zu machen, ihre Ergiebigkeit zu steigern. Da sich nun der Wert der Waren nach der Arbeit richtet, die ihre Herstellung erfordert, und der Preis nach ihrem Wert, so macht sich der wirtschaftliche Fortschritt äußerlich durch eine fortschreitende Verbilligung der Waren kenntlich. Das merkt man freilich nicht ohne weiteres von Jahr zu Jahr; ja, gegenwärtig leben wir bekanntlich gerade in einer Zeit, wo von Jahr zu Jahr alles teurer geworden ist. Aber wenn man den Vergleich über längere Zeiträume, etwa über verschiedene Jahrhunderte ausdehnt, so ist die Verbilligung sehr deutlich zu erkennen. Man denke z.B. daran, dass die Kartoffel vor 200 und mehr Jahren ein teurer Leckerbissen war, den sich nur die Reichen leisten konnten. Somit kann man sagen, dass die Verbilligung der Waren ein Zeichen fortschreitender Kultur ist, indes jede Teuerung eine Hemmung des Kulturfortschritts bedeutet.

Hiernach sollte man meinen, dass jedwede Verbilligung von allen einsichtigen Menschen mit Freuden begrüßt werden müsste. Aber leider müssen wir es in unserer Zeit der nationalen Gegensätze und der gegenseitigen Völkerverhetzung erleben, dass wir es in diesen Dingen noch nicht viel weitergebracht haben als im finstersten Mittelalter, wo man in jedem Fremden den Feind erblickte, dem man alles Gute missgönnte. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, die miteinander um das Geschäft konkurrieren, das mit der Beförderung der Auswanderer nach Amerika gemacht wird, waren kürzlich in Streit geraten, und es gab Leute, die befürchteten, dass die beiden Gesellschaften sich gegenseitig durch Herabsetzung der Zwischendeckpreise bekämpfen würden. Im Zwischendeck reisen bekanntlich, oft unter schauderhaften Zuständen, die Ärmsten der Armen, von denen so mancher die letzten paar Groschen zusammengerafft hat, um in der Fremde eine Existenz zu suchen, die ihm die Heimat nicht bieten konnte. Denen wäre gewiss eine Verbilligung der Überfahrt von Herzen zu gönnen, und segnen müsste man den Streit zwischen den beiden millionenreichen, Gesellschaften, wenn er solche Folgen nach sich zöge. Stattdessen lasen wir in einer sonst ganz vernünftig geleiteten Zeitschrift die Worte:

„Unterbietungen bei den Zwischendeckpreisen sind unter allen Umständen gegen das Nationalinteresse, denn sie stellen ein Geschenk an das Ausland dar, da die deutsche Auswanderung sehr gering ist; das Hauptkontingent der Auswanderung wird von Slawen und Italienern gestellt.“

Kann man sich eine schlimmere Verblendung vorstellen? Weil die armen Teufel, denen die Verbilligung zugutekommen würde, Ausländer sind, wird der wirtschaftliche Fortschritt

verworfen, als schädlich bezeichnet, als gegen das Nationalinteresse verstoßend! Welch trauriges Dokument der Völkerverhetzung! [15]

1. Jahrgang Nummer 2 Oktober 1913

Piepvögelchen.

Dem deutschen Liberalismus ist großes Heil widerfahren. Er hat endlich die „Grundsätze“ gefunden, die es einem „selbstbewussten, aufrechten“ Liberalen zur Pflicht machen, sich mit Titeln und Orden behängen zu lassen. Zuerst war's Herr Neumann-Hofer, der nicht weniger als ein Dutzend Zeitungsspalten darauf verwandte, nachzuweisen, dass es „ein schwerer politischer Fehler“ wäre, Orden und Titel abzulehnen, denn „eine solche Ablehnung muss notwendigerweise bei dem Monarchen ein Gefühl der Verstimmung hervorrufen und den Konservativen bei ihm erneut Oberwasser verschaffen.“ „Selbstbewusste, aufrechte Liberale müssten energisch Verwahrung dagegen einlegen, dass der Monarch bei Vergabung der Auszeichnungen konservative Kreise bevorzugt“; „die Liberalen müssen geradezu fordern, dass sie in keiner Beziehung hinter den Konservativen zurückgesetzt werden, und müssten es als einen Schlag ins Gesicht empfinden, wenn es trotzdem geschieht“.

Den Spuren dieses „entschieden liberalen“ Abgeordneten, der es als einen Schlag ins Gesicht empfindet, wenn die Liberalen keinen Orden kriegen, folgt neuerdings das „entschieden liberale“ „Berliner Tageblatt“, das in einen wahren Jubelhymnus ausbricht, weil der König von Württemberg die Bestimmung getroffen hat, dass einer in Württemberg künftig die höchsten Orden kriegen kann, ohne darum adlig zu werden. Wer wollte auch nicht einsehen, dass hiermit ein gewaltiger Kulturfortschritt im Sinne des Liberalismus erreicht ist! War es nicht ein Schimpf und eine Schande, dass „tüchtige Vertreter des Bürgertums“, die sich in Württemberg „Verdienste um das Vaterland erworben“, die Orden, die ihnen dafür gebührten, nicht anders kriegen konnten als mit gleichzeitiger „Erhebung“ in den Adelsstand? Und so hat sich denn der „entschieden liberale“ Abgeordnete Liesching ein wahrhaftes Verdienst erworben, indem er die Beseitigung dieses Zustandes anstrebte, und zu preisen ist der König von Württemberg, weil er seiner Anregung folgte. Dank [2] ihm können jetzt die „tüchtigen Vertreter des Bürgertums“ verlangen, „dass die Öffentlichkeit ihren guten bürgerlichen Namen respektiert, selbst wenn sie mit der württembergischen Krone dekoriert worden sind“.

Also jubeln die „entschieden liberalen“ Mannesseelen und kriegen es noch fertig, in diesem Zusammenhang von „bürgerlichem Selbstbewusstsein“ und „Bürgerstolz“ zu reden, der darauf dringen müsste, dass auch die anderen deutschen Bundesstaaten dem Beispiel Württembergs folgen. Gleiches Recht für alle! Nicht nur die Konservativen sollen Orden haben, sondern auch die Liberalen, nicht nur die Adligen, sondern auch das Bürgertum. Jedem das Seine, und Württemberg in Deutschland voran, weil es endlich dem „selbstbewussten, aufrechten“ Bürgertum den ihm gebührenden Anspruch auf Orden und Titel einräumt! So lautet der neueste Wahlspruch des „entschiedenen“ deutschen Liberalismus.

Endlich wieder einmal bürgerliche Ideale! Es sind freilich nicht ganz dieselben, die das liberale Bürgertum früher einmal hatte. Da fällt uns ein, dass im Jahre 1848 die deutsche Nationalversammlung – in der Hauptsache eine Vertretung des nicht einmal „entschiedenen“, sondern höchst gemäßigten liberalen Bürgertums – den Beschluss gefasst hat, alle Orden und Titel abzuschaffen. Dies gab einem Berliner Liberalen Anlass zu einem Flugblatt, das mit folgender Überschrift in die Welt flatterte:

Die Ordens werden abgeschafft!

Piepvögelchen fliege!

Ein Vogelfänger-Lied.

Darin wird der Nationalversammlung höchste Anerkennung für ihren Beschluss ausgesprochen; sie wird aufgefordert, nur so fortzufahren und „mit der auswendigen Hanswursterei auch den inwendigen Quark auszuschippen“, und dann werden die Orden wie folgt bewertet:

„Orden sind das Handgeld, das der Teufel als Werbeoffizier gibt.

Der Teufel ist gar zu pffiffig. Er zieht sich meinetwegen ganz galant an, dass er wie ein Präsident aussehen tut, tritt dann vor so einen Schächer hin, hält ihm einen Piepvogel von der vierten Klasse vor die Nase und sagt:

Na, Männeken, wie ist es? Willst Du ein Hund sein, auf den Hinterpfoten dienen und mit dem Schwanz wedeln, dann kannst Du die Marke genießen!

Und was geschieht? Der Schächer sagt ja, er kriegt die Marke, und der Hund ist fertig.“
[3]

Das ist freilich eine etwas andere Einschätzung der Orden und Titel, als wir sie jetzt von den Herren Neumann-Hofer und Liesching und vom „Berliner Tageblatt“ hören. Aber was wollen wir? Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns mit ihnen. Warum soll sich nicht auch der Liberalismus ändern! Ein Markstein seiner Änderung ist seine ganz moderne Hochachtung vor den Piepvögeln.

fm.

Im Joche der Ausbeutung.

In diesem Jahr des Jubels und der Freude hört man nicht selten die Behauptung, dass die „deutsche Volkswirtschaft“ in den 25 Jahren seit Wilhelm II. an der Regierung ist, einen unerhörten Aufschwung genommen und dass sich daraus ein Strom von Wohlstand über das ganze Volk, insbesondere auch über die Arbeiterklasse, ergossen habe. Nun ist zur Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge nichts so lehrreich wie die Tatsachen. Wirft man einen Blick in die Tatsachen, so erweist sich der erste Teil jener Behauptung als vollkommen richtig. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens ist die Produktion seit 25 Jahren in einer Weise gesteigert worden, die ins Kolossale geht. So hat z.B. die amtliche „Marine-Rundschau“ mitgeteilt, dass in Deutschland produziert worden sind:

	1888	1911
Steinkohlen im Werte von	341 Mill. Mk.	1572 Mill. Mk.
Braunkohlen im Werte von	41 Mill. Mk.	183 Mill. Mk.
Eisenerze im Werte von	40 Mill. Mk.	114 Mill. Mk.

Allerdings bietet ja die Angabe des Wertes keinen genauen Gradmesser, weil die Preise nicht mehr dieselben sind, wie vor 25 Jahren. Man müsste die produzierten Mengen wissen. Diese betragen z.B. bei

Roheisen 1888: 4 300 000 Tonnen, 1911: 17 800 000 Tonnen
Stahl 1888: 6 600 000 Tonnen, 1900: 15 000 000 Tonnen,

Bei beiden Rechnungen ergibt sich eine Steigerung um das Drei- bis Vierfache. In anderen Industrien war sie noch stärker. Die chemische Industrie z.B. produzierte allein im Bezirk Dortmund:

	1896, Tonnen	1911, Tonnen	Zunahme
Schwefelsaures Ammoniak	21 000	245 000	um das 12fache

Teer	28 000	550 000	um das 19fache
Benzol	215	54 000	um das 250fache

[4] Fast ebenso stark war die Steigerung in der elektrischen Industrie, sehr stark war sie auch in der Maschinen-, der Textil-, der Leder-, der Papierindustrie und vielen anderen.

Will man nun wissen, welche Rückwirkung dieser gewaltige Aufschwung auf die Lage der Arbeiterklasse ausgeübt hat, so kommen zwei Fragen in Betracht: 1. wieviel hat jeder einzelne Arbeiter mehr leisten müssen? 2. wieviel größere Einnahmen hat er davon gehabt?

Da die Verhältnisse in den verschiedenen Industrien ungleich liegen und da auch außerdem nicht für alle die Zahlen ohne weiteres zu haben sind, wollen wir eine von ihnen als Beispiel herausgreifen, und wählen dazu, wegen ihrer großen Wichtigkeit, die Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen. Wie die oben angeführten Zahlen erweisen, ist in dieser Gruppe die Produktion auf etwa das Vierfache gesteigert worden. Wie steht's mit der Zahl der Arbeiter, die dieses vermehrte Quantum leisten müssen?

Diese Zahlen müssen wir natürlich aus der amtlichen Berufsstatistik entnehmen, und eine solche haben wir nicht gerade für die Jahre 1888 und 1911, wohl aber für die Jahre 1882 und 1907. Für den Vergleich reicht das aus. Da zeigt sich nun folgendes Bild. Die Industriegruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen beschäftigte (rund):

1882: 430 000 – 1907: 900 000 Arbeiter.

Die Zahl der Arbeiter hat sich also noch nicht einmal um das $2\frac{1}{4}$ fache vermehrt. Dies bestätigt den alten Erfahrungssatz, dass mit der Steigerung der Produktion die Arbeit immer produktiver wird, so dass keineswegs für ebenso viel neue Arbeiter Beschäftigung geboten wird, wie die Zunahme der Produktion an sich ausmacht. Es zeigt aber zugleich, dass auf den einzelnen beschäftigten Arbeiter eine erheblich größere Leistung kommt, mit anderen Worten, dass die Arbeit um vieles intensiver geworden ist und die Arbeitskraft viel stärker in Anspruch nimmt.

Nun zur zweiten Frage: wieviel mehr bekommen die Arbeiter für ihr so viel schwereres Werk? Darüber gibt das amtliche „Reichsarbeitsblatt“ in seiner Nummer vom Juli d. J. willkommenen Aufschluss. Nach den Angaben einer oberschlesischen Unternehmervereinigung wird dort berichtet, dass jeder in der oberschlesischen Bergindustrie beschäftigte Arbeiter an Lohn erhalten habe:

1887: 590 Mk. – 1912: 1233 Mk.

Dies ist also, wohlverstanden, keine amtliche Statistik, sondern sie rührt von einem privaten Unternehmerverein her und ist auf nicht ganz einwandfreie Art zustande gekommen. Zerlegt man nämlich die Gesamtzahl der dort zusammenaddierten Arbeiter in die einzelnen Betriebsgruppen, so zeigt sich überraschenderweise, [5] dass die meisten von ihnen im Jahre 1912 bei weitem nicht 1233 Mk. erhalten haben. Dies muss Zweifel darüber erregen, ob der Lohn von 1233 Mk. auch nur als Durchschnittssumme richtig sei. Wenn wir jedoch annehmen, dass auch die Zahl des Jahres 1887 auf dieselbe fehlerhafte Weise gewonnen sei, so bleibt sich das für die Steigerung gleich, und nur auf diese kommt es uns ja hier an. Demnach hätten sich die Löhne auf etwas mehr als das Doppelte erhöht.

Aber leider nur der *Geld*betrag des Lohnes. Der ist aber nicht ausschlaggebend. Für den Arbeiter handelt sich's nicht darum, wieviel Geldstücke er in die Hand bekommt, sondern was er sich dafür kaufen kann. Man muss unterscheiden zwischen dem *nominellen* und dem *realen* Lohn, d.h. zwischen dem, was der Arbeiter dem Namen nach und was er wirklich bekommt.

Der wirkliche, der reale Lohn, das sind die *Waren*, die er für den Geldbetrag kaufen kann. Und wieviel das sind, das hängt natürlich sehr von den Preisen der Waren ab. Nun bedarf es heute, im Jahre der furchtbaren Teuerung, keines Beweises, dass die Preise seit 1887 nicht etwa unverändert geblieben, sondern gewaltig in die Höhe gegangen sind. Selbst nach den mäßigsten Berechnungen macht die Preissteigerung seit 1888 25 bis 30 Proz. aus, d.h. den vierten bis dritten Teil. Dies bedeutet: mit der gleichen Geldsumme wie 1888 kann man heute nur sieben Zehntel der Warenmenge von damals kaufen.

Nach diesen durchaus mäßig angenommenen Zahlen stellt sich das Gesamtergebnis wie folgt:

Die Produktion ist vermehrt von 1 auf 4, die Zahl der Arbeiter aber nur von 1 auf 2,25; d.h., die Leistung jedes einzelnen Arbeiters ist gesteigert von 1 auf 1,78 oder um 78 Proz.

Der Geldlohn ist gestiegen von 1 auf 2; da aber die Kaufkraft des Geldes zugleich von 1 auf 0,7 gesunken ist, bedeutet dies für den Reallohn nur eine Steigerung von 1 auf 1,4 oder um nur 40 Proz.

Die Leistungen des Arbeiters gesteigert um 78 Proz., seine Einkünfte nur um 40 Proz. – eine nicht unbeträchtliche Zunahme der Ausbeutung ist demnach für den Arbeiter das Ergebnis dieser 25 Wirtschaftsjahre. [6]

Kleon der Gerber.

„Männer machen die Geschichte.“ Dieses Wort Heinrich v. Treitschkes ist der Leitstern alles dessen, was uns die Schule, was uns die herrschende Auffassung über Geschichte lehrt. Glänzende Namen, Helden, Staatsmänner und Heerführer haben die Geschicke der Menschheit geleitet, sie auf ihre Höhen geführt; und ihnen gegenüber stehen andere Namen, finsternen Klanges, die Verführer, die Demagogen, die die Völker zum Bösen verleiten wollten, aber glücklicherweise im Kampf mit den guten Gewalten unterlegen sind.

So ungefähr malt sich das Bild der Geschichte in den Köpfen derjenigen, die in der Schule den landläufigen Unterricht genossen haben und im späteren Leben auf die landläufige Lektüre angewiesen sind: Werturteile über die Tüchtigkeit oder Unfähigkeit, den guten oder bösen Charakter der einzelnen Personen. Und die Vorstellung ist die, dass von diesen persönlichen Eigenschaften der Führer der Verlauf der Menschheitsgeschichte abgehängt habe.

Die ganze herrschende Geschichtsauffassung beruht auf diesem Gedanken. Natürlich setzt sie eine genaue Kenntnis vom Leben und Charakter der führenden Persönlichkeiten voraus. Jedoch, wie schwer ist es schon, den Charakter eines Menschen völlig zu durchschauen, mit dem wir es täglich zu tun haben. Wohl jedem ist es schon passiert, dass er einen anderen gründlich zu kennen glaubte, und eines schönen Tages begeht der andere eine Tat, die keinen Zweifel darüber lässt, dass man seinen Charakter bisher falsch beurteilt hat. Nun aber erst Menschen, die seit Jahrhunderten tot sind! Woher wissen wir denn etwas über die geschichtlichen Persönlichkeiten? In der Hauptsache aus den überlieferten Berichten ihrer Zeitgenossen. Die sind aber niemals unparteiisch. Die Leute, welche solche Berichte geschrieben haben, waren fast stets an den Parteikämpfen ihrer Zeit lebhaft beteiligt. Auch schrieben sie nicht für die Nachwelt, sondern sie wollten eine unmittelbare Wirkung auf ihre Zeitgenossen erzielen, meistens eine politische Wirkung. Sie schilderten also die Dinge und Personen so, wie sie ihnen im Interesse ihrer Parteibestrebungen erschienen. Und daraus sollen wir Späteren uns ein Bild ihres Charakters machen!

Ein sprechendes Beispiel, zu welchem falschen Schlüssen eine derartige Betrachtung der Geschichte führen muss, bietet Kleon der Gerber.

Wer war Kleon? Der ehemalige Volksschüler hat wahrscheinlich den Namen nie gehört; wer eine höhere Schule besucht hat, wird sofort antworten: Kleon war ein Demagog. Unter dieser Bezeichnung, mit diesem abgeschlossenen Werturteil lebt er in der Geschichtskennntnis aller Gebildeten seit mehr denn 2000 Jahren fort. So z.B. liest man über ihn in Meyers Konversationslexikon: [7]

„Kleon, athenischer Demagog, ein reicher Gerbereibesitzer ... Erst nach des Perikles Tode (429) konnte er in die Höhe kommen, indem er rücksichtslos alle ihm sich nicht unterordnenden Personen durch Verleumdungen und Prozesse verfolgte und einschüchterte, seine Günstlinge durch einträgliche Ämter versorgte und in jeder Beziehung, auch durch die wenig vornehme Art seiner Beredsamkeit, dem Volke schmeichelte ...“

In dieser Tonart geht es weiter. Den „reinsten Typus des welthistorischen Demagogen“ nennt ihn Professor Delbrück im Septemberheft der „Preußischen Jahrbücher“, wo ihm Bebels Tod den Anlass gibt, einen Vergleich zwischen Bebel und Kleon zu ziehen. Doch sonderbar, über Kleons Charakter fällt schon Professor Delbrück ein ganz anderes Urteil als der Historiker des Konversationslexikons. Bei Delbrück liest man:

„Kleon war ein bürgerlich ehrbarer Mann, der als Beamter Sorge trug für die Ordnung der Staatsfinanzen, keine Scheu trug, sich Feinde zu machen, indem er Missbräuche aufdeckte, auch seine eigenen Freunde nicht schonte und die Liederlichkeit der Junker mit strengen Worten geißelte.“

Ziehen wir, um das Vierteldutzend vollzumachen, noch einen dritten Historiker zu Rate. Professor Beloch schreibt in seiner Griechischen Geschichte (Bd. I, S. 513):

„Kleon ..., ein Mann ohne jede höhere Bildung und in seiner Brutalität ein echter Emporkömmling.“

Da hätten wir also glücklich drei verschiedene Werturteile über denselben Mann! Freilich überwiegt bei allen das Nachteilige, das über Kleon gesagt wird. Aber wenn der eine ihn für einen Verleumder und Betrüger erklärt, der andere für einen bürgerlich ehrbaren Mann, müssen wir da nicht zweifeln, ob man überhaupt etwas Sicheres über ihn weiß?

Die Sache klärt sich vollkommen auf, wenn man die Zeitumstände kennt. Athen befand sich seit dem Jahre 431 in einem schweren Kriege gegen Sparta. Dieser Krieg hatte ganz Griechenland in zwei Parteien gespalten, die miteinander im Kampfe lagen. Und zwar galt Sparta als der Hort der Aristokratie, Athen als das Bollwerk der Demokratie. So kam es, dass der auswärtige Krieg auch in die inneren Parteikämpfe übergriff; in jedem Staate gab es eine aristokratische Partei, die zu Sparta neigte, und eine demokratische Partei, die es mit Athen hielt. Dass in Athen selbst die Aristokraten direkt landesverräterische Verbindungen mit Sparta unterhalten hätten, wird nicht berichtet; nur so wird die Sache dargestellt, dass sie ständig zum Friedensschluss drängten. Kleon nun war Führer der demokratischen Partei, die den Krieg mit aller Energie betreiben wollte. Man begreift, dass unter solchen Um- [8] ständen der Hass der Parteien untereinander viel erbitterter als der Hass gegen den auswärtigen Feind.

Nun aber verdanken wir unsere Nachrichten über den peloponnesischen Krieg so gut wie ausschließlich zwei athenischen Männern, die beide zur aristokratischen Partei gehörten und überdies noch mit Kleon persönlich verfeindet waren, Thukydides und Aristophanes. Der letztere war ein Komödiendichter, der politische Satiren schrieb, und darin Kleon, das Haupt der Gegenpartei, mit besonderer Schärfe aufs Korn nahm. Delbrück sagt: „Das Bild, das Aristophanes (von Kleon) gezeichnet hat, ist eine Karikatur der allergrößten Art, vielfach das gerade Gegenteil der Wirklichkeit.“ Das hat aber nicht gehindert, dass gerade die schlimmsten Dinge, die Aristophanes dem Kleon nachsagte, durch die Jahrtausende weitergetragen

worden sind, denn der Vorwurf der Bestechlichkeit, des Betruges und der Verleumdung findet sich bei Thukydides nicht.

Wie aber steht es mit Thukydides? Er war nicht nur als Politiker, sondern auch als Feldherr an den Ereignissen beteiligt; er hat eine schwere Niederlage erlitten und ist zur Strafe dafür aus der Vaterstadt verbannt worden. Erst nachdem er ungefähr zwanzig Jahre in der Verbannung zugebracht hatte, kam er dazu, das Werk zu schreiben. Welches da seine Gefühle gegen die in der Heimat herrschende Gegenpartei waren, kann man sich vorstellen. Übrigens gibt er selbst zu, dass seine Angaben auf absolute Sicherheit keinen Anspruch machen können. Er schreibt (Buch I, Kapitel 22):

„Es hat mir oft viel Mühe gekostet, hinter die eigentliche Wahrheit zu kommen, weil die, welche bei den jedesmaligen Verrichtungen zugegen gewesen, in ihren Berichten oft nicht übereinstimmten, sondern, je nachdem sie einer oder der anderen Partei günstig waren, oder auch ihr Gedächtnis ihnen zustattenkam, die Sachen verschieden erzählten.“

Für sein Bestreben, die Wahrheit zu suchen, ist diese Angabe gewiss ein ehrenvolles Zeugnis. Aber natürlich gilt alles, was er hier von seinen Berichterstatlern sagt, auch für ihn selbst. Und es lässt sich nun einmal nicht bestreiten, dass er von Kleon stets in der gehässigsten Weise spricht. Man nehme nur folgende zwei Beispiele.¹

Im Jahre 425 waren mehrere hundert Kerntruppen der Spartaner auf einer kleinen Insel von der athenischen Flotte umzingelt. Die Aushungerung gelang nicht, und einen energischen Angriff wollte die Heeresleitung, die in aristokratischen Händen lag, nicht machen. Kleon drang auf kräftigen Vorstoß, worauf Nikias, der Oberfeldherr, [9] entgegnete: möge er doch selbst an der Spitze der Flotte hinfahren und den Angriff durchführen. Nun war Kleon kein Feldherr, und wer die Taten eines militärischen Führers kritisiert, ist noch lange nicht verpflichtet, es besser zu machen. Wo blieben sonst alle unsere berühmten Historiker! Gegenüber dem Spott des Nikias blieb ihm aber nichts übrig, als die Aufgabe zu übernehmen. Dies erzählt Thukydides so (IV, 28):

„Die Athener konnten sich des Lachens nicht erwehren, dass er die Sache so leicht nahm. Indessen war der vernünftige Teil sehr wohl damit zufrieden, indem sie doch *einen* Vorteil davon zu erhalten gedachten, entweder den Kleon loszuwerden, worauf sie sich am meisten Hoffnung machten, oder die Spartaner von ihm besiegt zu sehen.“

Das ist ungefähr der Ton, in dem heutzutage die „Kreuzzeitung“ über Bebel schreibt. Dabei muss man nun aber wissen, dass Kleon das Unternehmen glatt und glücklich durchgeführt hat! Freilich überließ er die militärische Führung dem an Ort und Stelle befindlichen Feldherrn Demosthenes; aber durch kühnen Angriff zwang er 292 Schwerbewaffnete der Spartaner (die anderen waren gefallen), sich zu ergeben, und brachte sie im Triumph nach Athen. Er hat damit seiner Vaterstadt einen ungeheuren Dienst geleistet, und dafür wird er 20 Jahre später in so gehässiger Weise heruntergerissen!

Nicht anders ist es mit dem Bericht über Kleons Tod. Das war im Jahre 422. Kleon wollte an der Spitze einer Armee die Stadt Amphipolis erobern, wurde von dem spartanischen König Brasidas überfallen und fiel in dem Gefecht. Er erlitt also, wie man sonst zu sagen pflegt, den Heldentod fürs Vaterland. Aber hier war's ja ein Demokrat. Thukydides erzählt die Begebenheit wie folgt (V, 10):

¹ Sehr lehrreich hierzu: „Eine Geschichte der Kriegskunst“ von Franz Mehring, Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit“, 16. Oktober 1908, S. 24 bis 32.

„Indessen hielt sich der rechte Flügel der Athener noch länger; nur Kleon, welcher gleich anfangs nicht willens gewesen war standzuhalten, und daher gleich Reißaus genommen hatte, ward eingeholt und niedergehauen.“

Man wird hiernach dem Professor Pöhlmann recht geben müssen, der in seinem „Grundriss der griechischen Geschichte“ (Seite 229) sagt: Kleons Andenken habe in hohem Maße darunter gelitten, „dass die wesentlichsten Nachrichten über ihn von zwei Männern stammen, die er sich selbst durch gerichtliche Verfolgung zu erbitterten persönlichen Feinden gemacht hat.“

Was sollen nun unsere Ausführungen bezwecken? Eine Ehrenrettung Kleons? Nichts liegt uns ferner. Es wäre kindlich, nach mehr als 2000 Jahren einen Mann gegen Vorwürfe verteidigen zu wollen, die sich in keiner Weise mehr untersuchen lassen. Nur das wollten wir an einem typischen Beispiel zeigen, dass die historischen Nachrichten, sobald sie das Gebiet des Persönlichen betreten, durchaus unzuverlässig werden. „Von der Parteien Hass und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Es ist für die Nachwelt einfach unmöglich, ein sicheres Urteil über den Charakter Kleons oder irgendeiner anderen geschichtlichen Persönlichkeit sich zu bilden. Dann ist es aber auch hinfällig, aus diesen uns unbekanntem Charakteren Schlüsse auf den Verlauf der Weltgeschichte zu ziehen.

j.b.

Lichtstrahlen

Von Dr. Bruno Borchardt.

In den Naturwissenschaften hat während mehrerer Jahrhunderte ganz allgemein eine Auffassung Geltung gehabt, wonach alle Erscheinungen und Vorgänge in der Welt auf Bewegungen kleinster Massenteilchen beruhen. Man bezeichnet diese Auffassung als mechanische Naturanschauung - doch ist die Einschränkung zu machen, dass die ihr anhängenden Forscher aus dem Gebiet der exakten Naturwissenschaften sie auch nur in ihrem weiten Gebiet für selbstverständlich halten, aber über die viel verwickelteren Vorgänge des seelischen Lebens nichts aussagen wollen. Dagegen galt es für sie als selbstverständlich, dass alle physikalischen und chemischen Vorgänge, alle Erscheinungen der Wärme, des Lichtes, der Elektrizität usw. auf Bewegungen zurückzuführen seien, ja, diese Zurückführung wurde als das eigentliche Ziel und die eigentliche Aufgabe der Physik betrachtet.

In der Welt der Lichtstrahlen schien diese Aufgabe keine Schwierigkeiten zu bereiten. Es lag nahe anzunehmen, dass von allen Lichtquellen kleinste Teilchen ausgeschleudert werden, die mit ungeheurer Geschwindigkeit geradlinig den leeren Raum durchheilen und, in unser Auge treffend, die Empfindung des Lichtes hervorrufen. Aber diese sich eigentlich von selbst anbietende Grundlage zur Erklärung der Vorgänge im Reiche des Lichtes musste fallengelassen werden. Vor allem die Tatsache, dass mehrere Lichtstrahlen unter bestimmten Umständen, auf ein und dieselbe Stelle fallend, keine vermehrte Helligkeit, sondern eine Schwächung des Lichtes hervorbringen, führte zu einer anderen Erklärung, zur sogenannten Wellentheorie des Lichtes. Wirft man Steine in ruhendes Wasser, so kann man von den Stellen, wo sie hineinfallen und das Gleich- [11] gewicht stören, Wellenzüge sich ausbreiten sehen, und wenn diese aufeinander treffen, sich durchdringen (interferieren), so sieht man beim Zusammentreffen von Wellenberg und Wellenberg einen erhöhten Wellenberg; wo aber Wellenberg und Wellental zusammentreffen, ist die Bewegung abgeschwächt. Auch der Schall breitet sich von hin und her schwingenden Körpern durch die Luft aus, die selbst in Schwingungen gerät; die Luftwellen, die unser Ohr treffen, kommen uns als Schallempfindung zum Bewusstsein. In ähnlicher Weise könnten ja auch die Lichtquellen Körper sein, die sich in bestimmtem Schwingungszustande befinden, und diese Schwingungen könnten sich durch irgendein den Raum erfüllendes und die Körper

durchdringendes Etwas, das man sich vielleicht luftartig vorstellen könnte, mit großer Geschwindigkeit fortpflanzen und, in unser Auge fallend, die Lichtempfindung hervorrufen. Dieser hypothetische (vermutete) Träger der Lichtwellen wurde Lichtäther genannt.

Die Theorie der Ätherwellen errang in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein unbestrittenes Übergewicht über die alte Emissions- (Ausschleuderungs) theorie und allgemeine Anerkennung bei den Naturforschern. Aber trotzdem war der Lichtäther immer ein eigentliches Schmerzenskind der mechanischen Auffassung. Sein Verhalten sticht seltsam von dem aller anderen bekannten Stoffe ab. Er muss von einer außerordentlichen Feinheit (geringen Dichtigkeit) sein, denn die Weltkörper bewegen sich ungehindert durch ihn hindurch. Dabei muss er aber eine ganz kolossale Elastizität besitzen, denn sonst könnten die Lichtwellen sich nicht mit so ungeheurer Geschwindigkeit (300 000 km in der Sekunde) ausbreiten. Dazu kommt noch ein anderes. Eine Reihe von Erscheinungen, die das Licht darbietet, nötigten zu der Vorstellung, dass bei den Lichtwellen die Ätherteilchen nicht ebenso wie die Luftteilchen bei den Schallwellen in der Fortpflanzungsrichtung hin und her schwingen, sondern quer gegen die Fortpflanzungsrichtung. Solche „transversalen“ Schwingungen sind aber ganz unvorstellbar, wenn man annimmt, dass der allseitig ausgebreitete Äther gasförmig oder flüssig sei. Es mussten ihm daher die Eigenschaften eines festen Körpers zugeschrieben werden, und durch diesen festen Stoff sollten die Himmelskörper ohne jeden nachweisbaren Widerstand hindurchgehen – das waren wahrlich starke Anforderungen an das Vorstellungsvermögen, zu denen aber die Tatsachen drängten. Letzten Endes dürfen über physikalische Annahmen ja nicht unsere Vorstellungen entscheiden, sondern diese müssen wir den Tatsachen anzupassen suchen. So gewöhnte man sich trotz der erwähnten und noch einiger weiteren Schwierigkeiten an die Vorstellung des Lichtäthers und der Ätherwellen, weil die Schwingungstheorie des Lichtes ganz ungeahnte Triumphe feierte. Nicht nur in der Erklärung aller bekannten Vorgänge im Gebiete des Lichtes bewährte [12] sie sich aufs glänzendste, vor allem auch bei den sehr verwickelten Erscheinungen, die die Lichtbrechung in den verschiedenen Kristallen darbietet; ja, auf Grund dieser Theorie schloss man sogar auf das Vorhandensein sehr merkwürdiger Erscheinungen bei der Brechung des Lichtes in Kristallen, die noch kein Mensch gesehen hatte, und die dann bei geeigneter Anordnung der Versuche auch tatsächlich festgestellt wurden (die konische Strahlenbrechung, bei der ein in einen Kristall eintretender Lichtstrahl in dem Kristall als 5 Strahlenkegel weitergeht und an der entgegengesetzten Seite als Strahlenzylinder wieder austritt). Man kann es begreifen, dass bei solch glänzender Bewährung der Äthertheorie die ungelösten Fragen nach seiner näheren mechanischen Natur, die im vorstehenden keineswegs erschöpfend angedeutet wurden, etwas in den Hintergrund traten, wenn sich auch die Physiker fortgesetzt um ihre Aufhellung bemühten.

Mit der Vervollkommnung der physikalischen Instrumente und Messmethoden rückte eine weitere Frage in den Vordergrund. Die Erde wechselt bei ihrer Bewegung um die Sonne mit den Jahreszeiten stetig die Richtung ihrer Bewegung. Ihre Geschwindigkeit bei dieser Bewegung beträgt etwa 30 km in der Sekunde. Verglichen mit Geschwindigkeiten, die wir sonst kennen, ist dies Geschwindigkeit einer kosmischen Bewegung ungeheuer groß, aber von der Geschwindigkeit, mit der das Licht sich durch den Raum fortpflanzt, beträgt sie nur den 10 000sten Teil. Trotzdem lassen sich bei der Verfeinerung, die die Präzisionstechnik unseren Instrumenten gegeben hat, Experimente ersinnen, die einen solchen Unterschied zu messen gestatten, und es sollte daher möglich sein, den Einfluss der Erdbewegung auf optische Vorgänge nachzuweisen, mit anderen Worten, es müsste möglich sein, die Geschwindigkeit der Erde in Bezug auf den Lichtäther, den wir uns nach allem, was wir über ihn wissen, als ruhend vorzustellen haben, durch direkte Messungen zu ermitteln. Um diese Aufgabe haben die Physiker sich in den letzten Jahrzehnten ganz außerordentlich bemüht, und es ist eine

Reihe der scharfsinnigsten Versuche erdacht und durchgeführt worden, aber vergeblich; die Natur hat keine Antwort auf die an sie gestellte Frage gegeben.

Da tauchte der Gedanke auf: wie, wenn alle die Fragen nach der Konstitution, nach der Dichtigkeit, nach der Elastizität des Äthers, nach der Geschwindigkeit der Erde im Verhältnis zum Äther und noch so manche andere, gar keinen physikalischen Sinn besäßen, wenn alle Bemühungen, diese Fragen zu lösen, auf eine Stufe zu stellen wären mit den Bemühungen, ein Perpetuum mobile zu konstruieren? Dann entsteht die Aufgabe, die Beziehungen zu untersuchen, die zwischen den Naturkräften bestehen müssten unter [13] der Voraussetzung, dass sich an dem Lichtäther irgendwelche stofflichen Eigenschaften überhaupt nicht nachweisen lassen.

Seit knapp zehn Jahren ist diese Frage, die freilich mit der mechanischen Naturanschauung unvereinbar ist, in den Kreisen der Physiker aufgeworfen worden und wird eifrig diskutiert. Sie hat im sogenannten „Relativitätsprinzip“ zu ganz neuartigen und seltsamen Folgerungen geführt, die die festesten Grundlagen unserer bisherigen physikalischen Anschauungen zu erschüttern scheinen. Noch ist auf diesem Gebiet alles im Flusse, noch sind die Anschauungen wenig geklärt und ringen in heftigem Streite miteinander, noch ist es unentschieden, für welche Anschauung das Experiment – in physikalischen Dingen die letzte und ausschlaggebende Instanz – schließlich entscheiden wird, noch wissen wir nicht, ob wir an der Schwelle einer ganz neuen Naturanschauung stehen, oder ob das Prinzip der Relativität wieder aufgegeben werden muss. Aber auch in diesem Falle ist die Arbeit für den Fortschritt der Wissenschaft nicht vergeblich gewesen. So sehen wir, dass gerade von den Bemühungen um die Lichtstrahlen andauernd befruchtende Keime für unsere Erkenntnis ausgegangen sind und noch ausgehen.

Die Kunst des Lesens.

Jeder Denkende wünscht sich Bildung zu erwerben. Dazu braucht er notwendig Schreiben und Lesen. Und zwar das Lesen noch notwendiger als das Schreiben. Denn Schreiben ist ein Mittel, die eigenen Gedanken anderen Leuten mitzuteilen; durch Lesen dagegen will man die Gedanken anderer Leute kennen lernen. Nun besteht freilich Bildung nicht etwa darin, möglichst viel von dem, was andere Leute sagen und denken, im Gedächtnis anzuhäufen, sondern auf die eigene geistige Verarbeitung, auf die Gewinnung eines eigenen Urteils kommt es an. Dazu aber muss man doch immer zuerst die fremden Gedanken in sich aufnehmen. Und das geschieht durch Hören und Lesen.

Von höchster Wichtigkeit ist demnach richtiges Lesen für den, der sich bilden will. Leider aber ist das eine schwerere Kunst, als mancher sich träumen lässt, schwer zumal für denjenigen, dem die Schule nur unvollkommenes Rüstzeug ins Leben mitgegeben hat. Wohl können wir alle „lesen“, das heißt, wir wissen, was jeder Buchstabe bedeutet, wir kennen aus langer Übung die meisten ge- [14] druckten Worte auf den ersten Blick; und wer viel und häufig liest, wird wohl auch imstande sein, jeden nicht allzu langen Satz ohne Mühe zu verstehen.

Aber damit ist immer nur erst eine Vorarbeit getan. Denn worauf kommt es beim Lesen an? Wir sagten schon, Lesen ist ein Mittel, fremde Gedanken kennen zu lernen. Jedes Lesestück, sei es ein Aufsatz, eine Broschüre oder ein Buch, will uns eine Reihe von Gedanken mitteilen. Der Leser darf sich also nicht damit begnügen, jeden einzelnen Gedanken zu verstehen, sondern jene Reihe von Gedanken in ihrem Zusammenhange muss er in sich aufnehmen. Auf die Erfassung des Gedankenganges muss das Lesen abzielen. Dann erst erfüllt es seinen Zweck.

Der Gedankengang eines Lesestücks ist aber keineswegs immer auf den ersten Blick zu erkennen. Denn selbstverständlich steht fast immer mehr als der nackte Gedankengang darin.

Es werden Nebenausführungen gemacht, um die Hauptgedanken miteinander zu verbinden, oder auch nur, um der Darstellung eine gefällige Form zu geben. Es kommt auch vor, dass der Verfasser vom Thema völlig abschweift und ganz andere Gebiete berührt, um dann später wieder auf seinen eigentlichen Gegenstand zurückzukommen. Das alles ist für den Ungeübten schwer zu entwirren. Wer noch keine große Übung hat in der Kunst, sich durch Lesen Bildung zu erwerben, der tut deshalb gut, sich jedes Mal, wenn er ein neues Stück zu lesen beginnt, die Frage vorzulegen: welches ist der Gedankengang, den der Verfasser mir mitteilen will? Und dann muss er bei jedem einzelnen Satz sich sorgfältig überlegen, ob der wohl zum Gedankengang gehört oder nicht. Am besten ist es, wenn man gleich ein Heft bei der Hand hat und in dieses alle die Sätze einschreibt, die man in dem Lesestück für wesentlich hält.

Der Vorteil, den diese Art zu lesen einbringt, ist vornehmlich der, dass sich der Leser zu viel intensiverem Nachdenken zwingt. Wenn man bei jedem Punkt eine kleine Pause macht und sich fragt, ob der eben gelesene Satz zum Gedankengang gehört oder nicht, dann wird man den Satz viel genauer durchdenken, als wenn man nur flüchtig darüber hinliest.

Selbstverständlich wird man dabei im Anfang viele Fehler machen; man wird manches Wesentliche übersehen und Nebendinge für wesentlich halten. Aber das schadet nichts. Die Hauptsache ist, dass man sich überhaupt zum Nachdenken zwingt. Tut man das unverdrossen weiter, so wird man allmählich immer richtiger denken; die Übung führt dann dazu, das Gelesene immer klarer und besser zu verstehen. Hat man außerdem die Zeit, das, was man für wesentlich hält, immer gleich niederzuschreiben, so bekommt man zugleich Schritt für Schritt einen Auszug aus dem Schriftwerk, der dessen Gedankengang in gedrängter Kürze wiedergibt. [15]

Dazu kommt aber bald noch ein anderer Vorteil. Man bleibt auf diesem Wege nicht lange dabei, nur die fremden Gedanken gewissermaßen nachzuahmen. Nehmen wir z.B. an, dass jemand einen Aufsatz oder eine Broschüre liest über ein Thema, worüber er früher schon mal etwas anderes gelesen hat. Ist ihm nun diese intensive Art des Lesens, wie wir sie hier empfehlen, zur Gewohnheit geworden, so wird er sicherlich den Gedankengang des früheren Verfassers noch einigermaßen im Kopf haben. Dann kann es gar nicht fehlen, dass er zu vergleichen beginnt. Der eine wird über dasselbe Thema nicht genau dasselbe sagen wie der andere. Wer hat nun recht? Und warum hat er recht? Da kommt man mit der bloßen Nachahmung fremder Gedanken nicht mehr aus, da muss man eigene Gedanken dazu geben, sich ein eigenes Urteil bilden. So bringt ein intensives Lesen ganz von selbst zum eigenen Denken.

Freilich werden auch die eigenen Gedanken im Anfang oft danebenschießen, das eigene Urteil wird im Anfang oft falsch sein. Aber das macht nichts aus. Die Hauptsache ist auch hier, dass es überhaupt ein eigenes Urteil ist, das man ja außerdem vor sich selbst mit guten Gründen stützen muss. Auch hier wird durch die fortgesetzte Übung das eigene Urteil immer richtiger und immer sicherer. Und in der Fähigkeit solch eigenen Urteils besteht das Wesen der Bildung.

An unsere Leser!

Die erste Nummer unserer Zeitschrift hat uns eine sehr große Zahl freundlicher Zuschriften gebracht. Neben Glückwünschen sind es Anregungen für den Ausbau und die Erweiterung der Lichtstrahlen. Zu unserer großen Freude drücken fast alle Zuschriften aus, dass eine Zeitschrift im Sinne der Lichtstrahlen eine Notwendigkeit ist. Alle Anregungen und Ratschläge werden, soweit es in unserem Rahmen irgend möglich ist, verwirklicht werden. Ein wiederholt geäußelter Wunsch, wichtige Gewerkschaftsfragen zu erörtern, wird in allernächster Zeit in Erfüllung gehen.

Da es uns nicht möglich ist, die vielen Zuschriften sämtlich direkt zu beantworten, sagen wir auf diesem Wege allen unseren Freunden unseren besten Dank.

Wir bitten jedoch, stets zu bedenken, dass der Ausbau unserer Zeitschrift mit ihrer Verbreitung zusammenhängt, und würden uns deshalb freuen, wenn das überall gezeigte rege Interesse sich in die Tat umsetzte, wenn aller Orten eine rege Werbearbeit für unsere Schrift beginnen würde. (Siehe auch das Inserat in der heutigen Nummer.)

Die
LICHTSTRAHLEN

brauchen, wenn sie ihrem Zweck vollauf genügen
sollen, eine

Massenaufgabe

großen Stils.

Diese ist aber nur durch einen großen Propa-
ganda-Apparat zu erreichen.

Wir bitten deshalb alle Leser, die in ihren
Freundeskreisen für uns werben können, unverzüg-
lich ihre Adresse an den Verlag zu senden, worauf
ihnen Propagandamaterial nebst Vertriebsbedingun-
gen, Provisionsatz usw. zugehen wird.

1. Jahrgang Nummer 3 November 1913

Die Geburteneinschränkung als revolutionäre Waffe.²

Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin.

Die Bevölkerungsfrage steht in einem Verhältnis der Abhängigkeit zu den gewaltigen Seuchen, die in dem sozialen Sumpfboden eine unverwüsthliche Brutstätte, eine Stelle ihres scheußlichen Wirkens finden. Nicht so, als ob Tuberkulose, Syphilis, Alkoholismus, der infektiöse Darmkatarrh der Säuglinge als Ursache des jetzt in die Erscheinung tretenden Bevölkerungsrückganges anzusehen seien. Sie haben in früheren Zeiten vielleicht in noch stärkerem Maße als heute bestanden, und doch gab es damals keine Geburtenverringerung. Nur der nicht ärztliche, nicht hygienisch geschulte Sozialpolitiker kann die These von dem den Bevölkerungsrückgang veranlassenden Einfluss der Volksseuchen aufstellen. Der ärztlich erfahrene Mann schaut klaren Blicks einen Konnex zwischen Schwindsucht und der Bevölkerungseinschränkung. Es ist möglich, der Tuberkulose ein bedeutendes Stück ihres Nährbodens abzugraben, wenn wir einem ganz bestimmten Personenkreis unsere handelnde Aufmerksamkeit zuwenden. Es besteht die Binsenwahrheit zu Recht, dass die Schwangerschaft auf den Verlauf der Schwindsucht einen deletären [schädlichen] Einfluss ausübt. Also ist es Menschenpflicht, sozialistische Pflicht, Pflicht jedes auf wissenschaftlicher Basis praktizierenden Arztes, eine auch nur mit schwachen tuberkulösen Keimen behaftete Schwangere von der Leibesfrucht zu befreien und unfruchtbar zu machen. Der dritte Teil der Arbeiterfrauen hat Anspruch auf die Wohltat der schwangerschaftswidrigen Operationen. Entweder man ist ernstlich bemüht, die Tuberkulose einzudämmen – oder man lässt die Menschen einfach sterben. Ein drittes gibt es nicht. Ist man konsequent, ist der Gesundheitszustand der Proletarierfrauen das untrügliche wissenschaftliche Barometer, passen wir Ärzte unsere Handlungen den unwidersprochenen Tatsachen an, dann müssen wir in absehbarer Zeit einer Verminderung der Geburten gewärtig sein, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat. Und Ihr Herren, die Ihr auf dem Altar des Militarismus und Kapitalismus Eure Opfer bringt, Ihr steht vor der Liquidation Eures kompletten Bankrotts.

Syphilis und Alkoholismus, die Säuglingssterblichkeit, sie sind Gegenstand unseres energisch aufgenommenen, energisch durchzuführenden Kampfes. So lange die Menschheit, dogmen- und autoritätsgläubig, blind fatalistisch das Massensterben über sich ergehen lässt, so lange an die halbe Million Kinder dem bethlehemitischen Würgeengel sang- und klanglos geopfert werden – so lange soll man nicht wehleidig über die Bevölkerungsabnahme klagen.

Die proletarische Mutter weiß, wo sie der Schuh drückt. Sie hat bisher Gegenwartsopfer in Hülle und Fülle gebracht, ohne auch nur einen flüchtigen Blick in das gesegnete Land der Verheißung tun zu dürfen. O, über diesen unendlichen Jammer der Prostitution; die kinderreichen Familien sind es, aus denen sie ihre Nahrung saugt. Gebt der Arbeiterfrau die Gelegenheit, erzieherisch auf ihre weiblichen Sprösslinge einzuwirken, und es wird Bresche gelegt werden in die bisher kugelsichere Prostitutionsmauer. Und die herrliche staatliche Fürsorgeerziehung, so genannt, weil sie alles andere repräsentiert als eine Fürsorge für die durch die eiserne kapitalistische Faust ins Elend gejagten Menschenkinder? Das

² Bei dem großen Interesse, das dieses Thema in der deutschen Arbeiterschaft erregt, haben wir den Genossen Bernstein ersucht, seine Meinung darüber in unserem Blatte zu äußern. Die Redaktion wird ihre eigene, hiervon weit abweichende Ansicht im nächsten Heft zum Ausdruck bringen.

Hauptkontingent der Fürsorgezöglinge bilden die Proletariersprösslinge, die den Bissen trockenen Brotes mit einer Unzahl von Geschwistern teilen müssen. Soll ich weiter auf den modernen Wohnungsjammer hinweisen? Wehe dem Vater, der in Zucht und Ehren, zum Ruhme seiner Bedrücker, der Kapitalisten, acht Kinder gezeugt hat! Welcher Hauswirt hat das ausreichende Menschheitsgefühl, um dem größtenteils verkommenen, zerlumpten Elendsmenschen ein Obdach zu gewähren? Widersinn über Widersinn in dieser herrlichsten aller Welten! Und da hat man den geradezu unmoralischen Mut, der gequälten Arbeiterschaft den Segen unbeschränkter Fruchtbarkeit zu preisen!

Am Marke unseres Volkes nagt der Abtreibungsjammer. Die Blüte der Weiblichkeit sinkt in ein frühes Grab. Nicht Hochmut, nicht Leichtsin, nicht Vergnügungssucht stecken der Proletarierin das Abtreibungsinstrument in die Hand. Die bittere Not, die Perspektive steigenden Familienelends führen der Unseligen die knochige Hand. Dass sich die Steine erbarmen mögen! Nicht [2] die Aussicht auf gerichtliche Bestrafung schreckt die von einem Verzweiflungswahn Gepackte. Nein, und abermals nein! Sieht man denn nicht, dass der Tod seine Schrecken verliert, wenn der Hunger den Körper entkräftet, wenn mangelnder Ersatz des den normalen Stoffwechsel erhaltenden Blutes das Nervensystem verwirrt hat?

Dem Abtreibungselend sagen wir Urfehde an. Wodurch? Wenn wir konzeptionswidrige Mittel anwenden, wenn wir es nicht zur dritten, vierten oder gar achten Schwangerschaft kommen lassen, dann tun wir ein der Menschheit wohlgefälliges Werk. Es ist richtig, wenn wir den drakonisch grausamen Abtreibungsparagraphen mit unserer ganzen, reinen Überzeugung entgegentreten. Aber wenn diese Gesetzesbestimmungen fallen, was dann? Soll jede von schmutzigen Motiven geleitete Abtreibungsfrau freien Spielraum für ihre mangelhafte, den hygienischen Gesetzen Hohn sprechende „Kunst“ haben? Mein ceterum censeo lautet: Schwangerschaftswidrige Mittel, vom kundigen Berater empfohlen, verursachen der die neue Konzeption fürchtenden Frau keinen Schaden. Sie sind, im Lichte einer sozialistischen Weltauffassung betrachtet, moralisch zulässige, nein, moralisch lobenswerte Mittel.

Im Lichte der sozialistischen Weltauffassung! Bebel, Kautsky, Marx, die vornehmsten Lehrer des Sozialismus, sie sollen gegen mich sein. Ich lasse Kautsky, der eine ganz gewaltige Metamorphose seines sozialistischen Glaubensbekenntnisses aufzuweisen hat, beiseite. Ob August Bebel, der Nestor der deutschen Sozialdemokratie, der ehrliche Volksführer, sich nicht gebeugt hätte vor der Macht der ärztlichen Tatsachen? Wenn ich ihm die haarscharf geschliffenen Waffen aus meinem hygienischen Arsenal hätte präsentieren können, ob der wissens- und lernbegierige Graukopf nicht stutzig geworden wäre? Karl Marx! Das Schwören auf die Meisterworte ziemt einem autoritätswidrigen Sozialdemokraten nicht! Wenn ich aber die Manen eines Großen, des Größten der Großen, anrufe, wenn ich ihn als meinen Fürsprecher anführe, dann haben die Kleinen, die Epigonen zu schweigen. Karl Marx sagt ungefähr: Es gibt kein durch unumstößliche biologische Tatsachen garantiertes Bevölkerungsgesetz. Die einzelnen Volksschichten reagieren verschieden auf dieselben, dem jeweiligen Wirtschaftssystem innewohnende Reize. Na also! Die Proletarier haben ein Interesse daran, der verfluchten industriellen Reservearmee ihre Opfer abzuja-gen. Sie schaffen sich ihr eigenes Populationsgesetz.

Dieses Populationsgesetz ist wandelbar. Andere, bessere Zeiten, andere Tendenzen der Bevölkerungsvermehrung. Der Kapitalismus findet sein Damaskus, wenn das unentwirrbare Chaos der Volksvermehrung umschlägt in geregelte Tendenzen der Menschheitsvervielfältigung. Ein Phänomenales Mittel der Umänderung der bestehenden Verhältnisse ist die von einem be- [3] wussten Massenwillen geleitete Geburteneinschränkung. Ein durchaus revolutionäres Kampfmittel! Nicht das Mittel, nicht das Ding an sich, aber das vornehmste Mittel zur Menschheitsbefreiung. Das hohle, leere,

wesenlose Gespenst, das man warnend an die Wand malt, es schreckt uns nicht. Ausländische Arbeiter an Stelle der intelligenten deutschen sozialdemokratischen; farbige Soldaten zur Rekrutierung des deutschen Volksheeres! Es ist zum Totlachen! Als ob die kapitalistische Gesellschaft die Amputation ihres eigenen Kopfes vollziehen wollte! Den deutschen Arbeiter macht uns keine Nation nach, hat ein berühmter Staatsmann gesagt. Ich füge hinzu, vornehmlich den sozialdemokratischen nicht!

Zum Schluss noch ein Wort zur Klärung und Verteidigung. Wenn ich überhaupt der Verteidigung bedarf. Ich erkläre, dass das grausige Malthussche Elendsbild für immer von August Bebel zerstört ist. Krieg, Seuchen und Pestilenz sind in Malthus Augen die Menschheitserretter. Wir kämpfen als überzeugte Sozialdemokraten – alle eines Sinnes und Herzens – gegen den männermordenden Krieg und die die Menschheit ruinierenden Seuchen an, wir wenden uns mit derselben revolutionären Energie gegen das maßlose Erzeugen von geistig und körperlich verkrüppelten Menschen, deren Masse uns kein Äquivalent bietet für die qualitativ besseren, edleren, überzeugungsfesteren Träger der sozialistischen Zukunft.

Eisen gibt Gold.

„Gold gab ich für Eisen“, lautet ein Spruch, den man in diesem Jubeljahr der Franzosenkriege häufig zu hören bekommt, Er soll daran erinnern, dass einst eine Zeit gewesen ist, da in Deutschlands Gauen alles sich drängte, sein Wertvollstes hinzugeben für das Volkstum. Heute gilt leider das Umgekehrte. Auf der Baufachausstellung zu Leipzig hat der Deutsche Stahlwerksverband ein Gebäude errichtet, das ganz aus Eisen und Stahl besteht und oben eine große vergoldete Weltkugel trägt. Es versinnbildlicht treffend, wie heute – anders als 1813 – Gold nicht für Eisen *gegeben*, sondern *genommen* wird.

Die Kunst, aus Eisen, wie überhaupt aus allem Bedarf des täglichen Lebens, Gold zu machen, ist von der modernen Industrie aufs höchste vervollkommenet worden. Und es dienen ihr dazu gerade jene Methoden, welche die Herstellung der Waren verbilligen und folglich auch deren Preise eigentlich senken müssten. Wie geht es zu, dass das Gegenteil geschieht?

Wer sich auch nur oberflächlich mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigt hat, der weiß, dass der unablässige Fortschritt der Pro- [4] duktion darauf abzielt, Arbeit zu sparen. Unaufhörlich neue Mittel und Wege zu ersinnen, um das gleiche oder gar ein größeres Quantum Produkte mit geringerem Aufwand von Arbeit zu erzielen, darin besteht aller wirtschaftliche Fortschritt. Und das Mittel, womit er erreicht wird, ist letzten Endes eine immer weiter getriebene Planmäßigkeit der Arbeit. Der Handwerker des Mittelalters arbeitete im Wesentlichen für sich allein, ohne Verbindung mit anderen. Im Zeitalter des beginnenden Kapitalismus trat an seine Stelle der Manufakturbetrieb: eine größere Zahl von Handwerkern fanden sich in demselben Arbeitsraum zusammen, und alsbald entwickelte sich eine Arbeitsteilung unter ihnen; die verschiedenen Handgriffe zur Herstellung eines Gegenstandes wurden unter sie verteilt, und sie arbeiteten sich gegenseitig in die Hände; sehr viel mehr wurde dadurch fertig. Dann kam die Maschine, welche die Planmäßigkeit der Arbeit zu fast wissenschaftlicher Genauigkeit erhob. Kann man sich etwas Exakteres denken, als das sorgfältige Ineinandergreifen der verschiedenen Teile einer modernen Fabrik? Resultat: eine kolossale Steigerung der Produktion, die alles, was die Manufaktur etwa im 18. Jahrhundert geleistet hat, weit hinter sich lässt.

Nun ist es jedoch einzig und allein die Arbeit, die den Waren ihren Wert gibt. Das wird zwar von der an den Universitäten herrschenden Wissenschaft heftig bestritten, aber in der Praxis weiß man es ganz genau. „Der Stein, der im Steinbruch noch ungebrochen liegt, der Lehm in der Lehmgrube, das Holz, noch ungebrochen im Walde, ist ganz wenig wert, erst die Arbeit macht es wertvoll – so lesen wir in dem Aufsatz eines Fabrikanten, also eines Mannes der

Praxis, der seine Arbeiter durch weise Belehrung von „staatsgefährlichen“ Ideen fernhalten will. Und wenn die Unternehmer nicht wüssten, dass nur durch die Arbeit der Wert ihrer Waren entsteht, weshalb werden sie so böse, wenn die Arbeiter streiken? Sie wissen eben ganz gut, dass ohne Arbeit nichts, auch kein Wert fertig wird

Wenn dem aber so ist, dann wird doch durch Ersparung von Arbeit auch Wert erspart. Kann derselbe Aufwand von Arbeit z.B. doppelt so viel Waren erzeugen als früher, dann kommt auf jede einzelne Ware nur halb so viel Arbeit, also nur halb so viel Wert. Folglich müssten im regelmäßigen Fortschritt alle Waren billiger werden. Im Allgemeinen geschieht das auch. Man braucht nur die moderne Fabrikation von Massenartikeln mit der Wirtschaftsweise früherer Zeitalter zu vergleichen: Dinge, die einst wegen ihres hohen Preises nur den Reichen zur Verfügung standen, sind billig geworden und dadurch in den Konsum der Massen eingedrungen. [5]

Was nun die Planmäßigkeit der Arbeit anbetrifft, so ist sie in den letzten Jahrzehnten aufs Neue in ungeahntem Maße gefördert worden durch die modernen Kartelle und Trusts. Es sind dies gewaltige Verbände von Unternehmungen, die unter sich die Arbeit nach Quantität und Qualität ganz planmäßig verteilen und dadurch wahre Armeen von Arbeitern unter einheitliches Kommando bringen. Der amerikanische Stahltrust z.B. beschäftigte schon 1907 in 64 verschiedenen Werken über 210 000 Arbeiter und Angestellte; der deutsche Stahlwerksverband vereinigte am 1. Juli 1911 in 28 Werken nicht weniger als 410 627 Arbeiter. Es versteht sich von selbst, dass durch solch riesenhafte Verbindungen wieder eine Menge Arbeit gespart wird. Selbst wer das Innere solcher Betriebe nicht kennt, muss sofort einsehen, wieviel weniger kaufmännische Arbeit, wieviel weniger Reisende, wieviel weniger Reklame, wieviel weniger Frachtspesen nötig sind, wenn es nur einen großen Produzenten gibt, an den die gesamte Kundschaft sich wenden muss, und der jeden Auftrag an diejenige Fabrik überträgt, die ihn aus irgendwelchen Gründen mit den geringsten Unkosten erledigen kann, sei es, dass sie speziell auf diese Art Fabrikate eingerichtet ist, oder dass sie dem Kunden am nächsten liegt, oder dass sie gerade frei ist usw.

Die Produktion zu regeln und dadurch mit weniger Arbeit die gleichen oder noch größere Resultate zu erzielen, ist denn auch einer der Gründe, die am lautesten für die Kartelle und Trusts angeführt werden. Und nicht müde werden ihre Verteidiger, den Segen zu rühmen, der dadurch angeblich über das ganze Volk gebracht werde.

Nach allem, was wir soeben dargelegt haben, müsste sich dieser Segen offenbar zuerst und am klarsten in einer Verbilligung der Waren zeigen, die von solchen Kartellen und Trusts fabriziert werden: Regelung der Produktion bedeutet Ersparung von Arbeit; weniger Arbeit bedeutet geringeren Wert; geringerer Wert musste sich alsbald in billigere Preise umsetzen. In der Wirklichkeit aber sehen wir das gerade Gegenteil.

Auf der letzten Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (zu Breslau 1913) hat *Karl Massatsch* in einem Vortrag, der auch aus anderen Gründen sehr lesenswert ist, darüber u. a. die folgenden Mitteilungen gemacht: Der Verband deutscher Walzwerke begann 1887 die Produktion zu regeln. Einzelne Walzwerke wurden aufgekauft und deren Betrieb eingestellt. Dadurch gelang es, den Preis der Tonne von 85 auf 115 Mark in die Höhe zu treiben. Das *Roheisensyndikat* mit dem Sitz zu Düsseldorf hat eine Preissteigerung von durchschnittlich 5 Mk. für die Tonne eintreten lassen. Der Preis der *Ruhrkohle* stand 1886 auf 4,66 Mk. pro Tonne an der Schachtmündung; durch die Tätigkeit des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats war er 1912 auf 10,80 Mk. in Essen und 12,80 Mk. in Dortmund [6] getrieben. Die *Thomasschlacke*, jenes wichtige Düngemittel kostete 1887 310 Mk. ab Peine. Nachdem die Düngerfabrikanten ein Verkaufssyndikat geschlossen hatten, stieg er auf 360 Mk. Im Jahre 1888 stieg er weiter auf 420, 460, 500 Mk.; Ende 1889 betrug er 510 Mk. Zur selben Zeit wurde die gleiche Ware nach Holland frei Rotterdam für 290 Mk. verkauft; allerdings mit der

Bedingung, dass sie nicht wieder nach Deutschland zurückverkauft werden durfte! Sonst hätten die deutschen Käufer sie aus Rotterdam, trotz der Spazierfahrt hin und zurück, billiger kriegen können als in Peine.

Am auffälligsten zeigt sich die verteuernde Wirksamkeit der Unternehmervereinigungen beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat. Nehmen wir irgendeine beliebige, von ihm gelieferte Qualität, z.B. Kokscohlen. Seit 1893, wo das Syndikat gegründet wurde, stellten sich deren Preise pro Tonne wie folgt:

1893	5,50 Mk.	1900	10,50 Mk.	1907	12,25Mk.
1894	6,- Mk.	1901	10,50 Mk.	1908	12,25 Mk.
1895	6,50 Mk.	1902	9,50 Mk.	1909	11,- Mk.
1896	6,50 Mk.	1903	9,50 Mk.	1910	11,25 Mk.
1897	7,- Mk.	1904	9,50 Mk.	1911	11,25 Mk.
1898	8,- Mk.	1905	9,50 Mk.		
1899	8,50 Mk.	1906	10,50 Mk.		

Woher kommt es, dass so augenfällig die Vorteile der arbeitssparenden Regelung, die in Gestalt billigerer Preise aller Welt zugutekommen müssten, in ihr Gegenteil verkehrt werden? Das liegt an dem kapitalistischen Missbrauch eines an sich segensreichen Fortschritts. Die Vereinigungen der Unternehmer, ob sie nun die Form von Kartellen oder Syndikaten oder Trusts haben, zielen darauf ab, die Konkurrenz auszuschalten. Das gelingt ihnen auch nach und nach; wenn auch bisher immer noch einige Außenseiter übriggeblieben sind, so haben die großen Unternehmerverbände doch in ihren Branchen schon nahezu das Monopol. Das bedeutet, sie haben so ziemlich die gesamte Produktion in Händen; wer die betreffenden Waren braucht, muss sich an die großen Verbände wenden, weil es außer dem, was sie produzieren, solche Waren kaum noch gibt. Das setzt sie freilich in Stand, billiger zu liefern; aber sie tun es nicht, denn ihr Zweck ist ja nicht, die Menschheit zu beglücken, sondern sie wollen Profit machen. Und wenn nun keine nennenswerte Konkurrenz vorhanden ist, so benutzen sie das, um die Preise in die Höhe zu schrauben und dadurch ihre Profite zu vergrößern. Ein sprechendes Beispiel kapitalistischen Widersinns! Der wirtschaftliche Fortschritt, der Segen für alle bringen müsste, wird [7] ausgenutzt zum Vorteil einiger Privatpersonen, indes die gesamte übrige Menschheit umso schärferer Ausbeutung zum Opfer fällt. Der Tag wird kommen, wo diesem Widersinn ein Ende gemacht wird durch Enteignung des Kapitals.

Freiheit, die sie meinen.

Aus den Anfängen des Liberalismus.

Ein ungeheuer großes Denkmal ist bei Leipzig errichtet worden. Was soll es feiern? Die Befreiung des deutschen Volkes. So wenigstens hat man offiziell und offiziös in allen Tonarten verkündet, und mit den Spitzen der Behörden hatte sich auch die Crème des besitzenden Bürgertums zu dem Feste eingefunden, und gar nicht recht ist es diesen Patrioten gewesen, dass die Masse der Arbeiterschaft sich absichtlich ferngehalten hat. Gar zu gern benutzen sie ja solch rauschende Festesstimmung, um die Arbeiterschaft über die Kluft hinwegzutäuschen, die zwischen ihr und den Besitzenden klafft, um der Arbeiterklasse einzureden, dass auch sie jubeln muss, wenn die Besitzenden sich freuen.

In den Tagesblättern der Arbeiterpresse ist bereits mit Recht gezeigt worden, dass die deutsche Arbeiterschaft nicht den mindesten Anlass hat, ein Fest der Freiheit zu feiern, sintemal und

alldieweil sie heutigentags noch in den Banden der Knechtschaft schmachtet. An dieser Stelle, wo wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, die Probleme der Zeit in ihren weiterreichenden Zusammenhängen zu betrachten, dürfte der Nachweis interessieren, dass anno 1813 und in den folgenden Jahrzehnten eine Befreiung der Arbeiterklasse auch gar nicht beabsichtigt gewesen ist. Träger des Freiheitsgedankens war damals der deutsche Liberalismus. Von ihm stammte die neue, die weltstürmende Parole: Freiheit und Gleichheit. Aber sie galt nicht für all und jeden, sie galt nur für den honetten, besitzenden Bürgersmann. Nur für sich selbst wollten die Besitzenden die Freiheit gewinnen, aber nicht für die Masse des „gewöhnlichen“ Volkes. Das war die Freiheit, die sie meinten.

Ihr meint, das sei übertrieben? Das sei gehetzt? So lassen wir als Zeugen die Geschichte reden, die Tatsachen, die liberalen Historiker selbst.

Im Jahre 1911 erschien die „*Geschichte des deutschen Liberalismus*“ von Oskar Klein - Hattingen. Der (inzwischen verstorbene) Verfasser ist nicht der erste beste. Er hat mehrere historische Werke hinterlassen, die man in den Kreisen der Liberalen nur mit Achtung nennt. Was berichtet er über die Bestrebungen des Liberalismus um die Zeit der Freiheitskriege und unmittelbar nachher?

In der Zeit von 1815 bis 1847 gab es in Deutschland noch keine politischen Parteien, noch kein organisiertes Parteileben. „Um das Fortleben der liberalen Gedanken und Forderungen zu erkennen,“ schildert Klein deshalb die Männer, „die als liberale Politiker im Bürgertum hervorrangen oder typisch sind.“ Sehen wir zu was diese Männer damals für das Volk erstrebten.

Johann Friedrich Benzenberg (1777–1846) will eine Volksvertretung, „in der sich der Schwerpunkt der physischen und moralischen Kräfte der Nation befinden soll.“ Dieser Schwerpunkt ist ihm der ländliche Grundbesitz. Zunächst sollen alle Hausväter den zwanzigsten unter sich zum Wahlmann wählen, und wählbar soll jeder sein, der 10 Taler Steuern zahlt, damit „kein fleißiger, kein ordentlicher Bürger ausgeschlossen sei.“ Die Wahlmänner aller Gemeinden und Kantone haben am Hauptorte des Kantons unter sich den zwanzigsten zum Wahlherrn zu wählen, und die Wahlherren wählen den Abgeordneten des Kreises für den Landtag. – Welch ein wunderbares „freisinniges“ Wahlsystem! Der preußische Arbeiter muss sich schier glücklich schätzen, dass die Regierung ihn mit diesem „liberalen“ Wahlrecht verschont und „nur“ mit dem Dreiklassensystem beglückt hat. Der leitende Gedanke Benzenbergs war (Klein, Bd. 1, S. 98): „Die große Masse der Begehrlichen, die nichts haben und bei einer Revolution nichts verlieren können, von der Politik fernzuhalten“.

Nun mag man vielleicht erwidern: Benzenberg war der allerältesten einer; er hat nicht einmal mehr das Jahr 1848 erlebt, und es war für ihn schon ein großer Fortschritt, dass er überhaupt eine Volksvertretung wollte. Wir werden aber sehen, dass der Instinkt des Besitzes, der ihn leitete, auch bei seinen Nachfolgern lebendig blieb.

David Hansemann (1790–1864) gehörte 1847 im Vereinigten Landtag zu den Führern der liberalen Opposition und wurde 1848 – in dem liberalen Ministerium – Finanzminister. Von ihm sagt Klein (S. 99): „Der Gedanke an das allgemeine Wahlrecht liegt ihm fern. Politische Rechte spricht er nur den Staatsbürgern zu, die es bis zu einem gewissen Grade des Einflusses im Staate und auf ihre Mitbürger gebracht haben. Da es als Maßstab für den Einfluss nur die direkte Staatssteuer gibt, will er das aktive Wahlrecht für die Zweite Kammer an einen Zensus (Vermögensnachweis) geknüpft sehen. Nur die Wählbarkeit lässt er vom Zensus frei“.

Von Ludolf Camphausen (1803–1890), dem liberalen Ministerpräsidenten von 1848, sagt Klein (S. 102): „Er sei unter den rheinischen Liberalen der beste Kopf gewesen, aber die [9] Demokratie war ihm unbehaglich, er war ein liberaler Hofgänger, ein liberaler Schildhalter des Königtums“.

Gustav Mevissen (1815–1899) trat seit dem Anfang der vierziger Jahre in Wort und Schrift und durch die Tat für die meisten liberalen Grundsätze ein. Aber in der Freihandelsfrage schied er sich von seinen Genossen, er war Zwirnfabrikant in Dülken bei Krefeld und wollte Schutzzölle für die heimische Industrie.

So sahen die Führer des ältesten Liberalismus aus: das waren ihre Gedanken und Bestrebungen. Was sie wollten, sagt Klein (S. 104), „war alles andere eher als Demokratie“. Sehen wir nun zu, was sie getan haben.

Am 8. April 1847 schrieb Mevissen, der als Abgeordneter in Berlin war, an seine Frau: „Wir halten an dem einen Grundsatz fest: eine mächtige, erhabene, unverletzliche Krone, verantwortliche Minister, ein *freies, mitratendes und mittatendes Volk*“. Und am 29. Juni desselben Jahres sagte er vor seinen Wählern zu Dülken: „*Das Recht des Volkes* ist feierlich deklariert“. Es fragt sich nur, wen diese Herren „das Volk“ genannt haben.

Das liberale Ministerium Camphausen-Hanseemann, von dem Klein sagt, mit ihm sei die rheinische Gruppe der Liberalen an die Regierung gekommen, trat am 28. März 1848 ins Leben und bestand nur ein Vierteljahr. Es war an die Verheißungen des Königs vom 22. März gebunden. Aber, sagt Klein (S. 133) „diese Verheißungen gingen den Ministern selbst, besonders Camphausen, viel zu weit“. Was aber waren denn das für „weitgehende“ Verheißungen? Friedrich Wilhelm IV. hatte versprochen: eine konstitutionelle Verfassung auf breitester Grundlage, ein volkstümliches Wahlrecht mit Urwahlen, öffentliche und mündliche Rechtspflege, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, eine volkstümliche, freisinnige Verwaltung. – Dies also ging den liberalen Führern zu weit. Sie legten stattdessen einen Verfassungsentwurf vor, worin zugunsten der königlichen Gewalt Änderungen gemacht waren (Klein, S. 137):

„Der Verfassungsentwurf entsprach durchaus den Wünschen des gemäßigten konstitutionellen Liberalismus der vormärzlichen Zeit; dem Mittelstande wurde der vorwaltende Einfluss im Staate gesichert, *die unteren Klassen wurden nicht beachtet*“.

Hierbei muss man wissen, dass unter „Mittelstand“ in damaliger Zeit nicht das zu verstehen ist, was wir heute so nennen, sondern das besitzende Bürgertum, die Bourgeoisie.

Camphausen trat am 20. Juni zurück und an seiner Stelle wurde der liberale Führer Hanseemann mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut. „Dabei“, sagt Klein (S. 138), „waltete das [10] Bestreben ob, ein Kabinett zu bilden, dessen Mitglieder im Kampf gegen den Umsturz, die Straße und im Verhalten zur Nationalversammlung einiger seien als die vorigen Minister“.

Das Ministerium Hanseemann hat noch kürzere Zeit gelebt und noch weniger erreicht als das Ministerium Camphausen; es räumte den Platz bald der offenen Reaktion. Doch ist es nicht unsere Aufgabe, die Einzelheiten der politischen Kämpfe jener Zeiten zu schildern. Nur auf das kommt es uns an, was die damaligen Liberalen, die Väter des Liberalismus, wollten. Und dafür spricht deutlich außer den bereits angeführten Dingen auch die folgende Episode: Im Jahre 1844 gründeten die Liberalen einen „Verein zum Wohle der arbeitenden Klassen“. Ihm gehörte ursprünglich auch Camphausen an. Dann trat er jedoch aus, und zwar mit der Erklärung (Klein, S. 110):

„Er könne sich nicht an Bestrebungen beteiligen, die geeignet seien, die arbeitenden Klassen zu erhöhten Ansprüchen anzuregen, sie mit ihrem Zustande unzufriedener, zur Arbeit unwilliger zu machen, und statt ihnen die Befriedigung vorhandener Bedürfnisse zu verheißeln, neue Bedürfnisse bei ihnen zu erwecken“.

So sah der „beste Kopf“, der erste Führer des damaligen Liberalismus aus, der einzige liberale Ministerpräsident, den es je in Preußen gegeben hat. Er war alles andere, nur kein Demokrat.

Und so wird man denn dem Geschichtsschreiber Klein recht geben müssen, wenn er *Johann Jacoby* (1805–1877) einen weißen Raben unter den Liberalen nennt, „weil er ein Demokrat war“. Für ihn war denn zuletzt auch kein Platz mehr im Liberalismus; er ist am Abend seines Lebens zur Sozialdemokratie übergegangen.

Nein, der deutsche Liberalismus ist niemals demokratisch gewesen, er hat niemals die Freiheit für *alle*, niemals die Freiheit fürs *Volk* gefordert. Das macht, er ist eine Klassenpartei. Die Freiheit, die sie meinen, haben die Liberalen erreicht, und diese Freiheit konnten sie deshalb auch in Leipzig feiern. Es ist die Freiheit des Besitzes und bedeutet zugleich Knechtschaft der Arbeit. Das hat freilich seine guten historischen und wirtschaftlichen Gründe, mit denen wir uns in Zukunft noch zu beschäftigen gedenken.

Über vorsintflutliche Ausgrabungen.

Von Dr. Anna Taufstein, Brüssel.

Ein naturhistorisches Museum, das nebeneinander die jetzt lebenden und die ausgestorbenen Tierarten zeigt, ist besonders dadurch lehrreich, dass es die Entwicklungstheorie, eine der wichtigsten Grundlagen moderner Weltanschauung, klar vor Augen führt. [11] Aber nicht immer ist es so leicht, wie der Laie es sich denkt, diese Skelette oder Skelettreste, die zufällig bei Erd- oder Minenbauten gefunden wurden, im Museum zur Anschauung zu bringen. Nicht immer liegen alle Knochen des Skeletts in derselben Stellung beieinander, die sie während des Lebens innehatten. Meistens sogar sind sie durcheinandergeworfen, vor oder nach ihrer Verschüttung, sind zerbrochen oder verschleppt, und was man findet, sind oft nur klägliche Reste. Immer aber können die Teile erst nach genauem Studium und Vergleichen mit bekannten Formen in die ursprüngliche Lage gebracht werden.

Diese Arbeit, das „Montieren“, kann man zuweilen gleich nach der Hebung beginnen, wenn nämlich die Knochen hart, recht eigentlich zu Stein geworden sind und keiner besonderen Vorbereitung bedürfen. In solchen Fällen sind die organischen Stoffe, die sie während des Lebens enthielten, verfault und von dem durchsickernden Wasser der Erdschicht, die sie begrub, hinweggeschwemmt. An ihrer Stelle haben sich die im Wasser gelösten, mineralischen Bestandteile (kohlenaurer Kalk und andere) abgesetzt, wie sie sich an sonst einem geeigneten Orte der Schicht absetzen würden. Die Knochen sind also tatsächlich zu Steinen geworden und brauchen nur aus dem umgebenden Gestein herausgeschält zu werden, von dem sie sich meist ganz gut unterscheiden, weil der Versteinerungsprozess im Knochen immer etwas von dem der umliegenden Erden verschieden ist. Da handelt es sich um Knochen, die im Sand oder in sandigem Boden lagerten, der zu Sandstein geworden.

Anders verhält es sich da, wo Lehm- oder Tonschlamm die Knochen einhüllen, die später zu tonigen Gesteinen erhärten. In diesem Falle werden die Leichen der Tiere unvollständig zersetzt. Die versteinerten Knochen sind bröckelig und zerfallen zu Staub, wenn man sie anrührt. – Um derartige Reste vor dem Zerfall zu schützen, bedarf es komplizierter Methoden.

Ein gutes Beispiel liefert hierfür das weltberühmte naturhistorische Museum in Brüssel, das sowohl wegen seiner übersichtlichen, für den Laien berechneten Einrichtung, als wegen der vollständigen Funde verschiedener fossiler Saurier (Eidechsen) vielleicht einzig dasteht.

Am auffälligsten sind die Iguanodons, riesige 5 m hohe, aufrecht auf den Hinterfüßen gehende Eidechsen, die zu den charakteristischen Formen ihrer Zeitperiode gehören.

Die Skelette wurden in einer Kohlengrube in hellem Tonstein gefunden und hatten gar keine Festigkeit. Sie zerfielen zu Pulver, wenn man sie auszuheben versuchte. Es gelang auch nicht, sie mit einem Teil des Gesteins in großen Blöcken von 1,50 x 0,60 m zu heben, weil diese ebenfalls rissig und zerbrechlich waren. Man musste also auf ein Mittel sinnen, sie vor der

Beförderung ans [12] Tageslicht fester zu machen, und umgab sie zu diesem Zweck mit Gips: sobald Knochen entdeckt waren, grub man in dem ihnen unmittelbar aufliegenden Gestein einen waagerechten Stollen und machte von dort aus zwei seitliche Rinnen; über diesen bloßgelegten Teil goss man die erste Gipsschicht. Dann löste man den Block von unten, vergipste ihn dort und verfuhr ebenso an den Enden, bis er ganz in Gips eingehüllt war. Eisenbänder wurden dann herumgelegt und eine zweite 10 bis 15 cm dicke Gipsschicht darüber gegossen, die ihn endgültig fest machte. So konnte er ohne Gefahr gehoben und zum Museum transportiert werden. 600 große Blöcke sind auf diese mühsame Weise aus einer Tiefe von 320 bis 355 m an die Oberfläche gebracht und in ihrer ursprünglichen Lage aneinandergereiht worden.

Nun mussten die Skelette entblößt und weiter vor dem Zerfall geschützt werden. Man nahm zunächst den Gips ab und baute aus Ziegelsteinen und Gipsmörtel einen dicht schließenden Kasten um den Block herum, so dass dessen obere Fläche den Boden bildete. Da hinein goss man eine kochende 5prozentige und mit Arsenik gesättigte Leimlösung, die man durch heiße, hineingeworfene Steine vor dem Abkühlen bewahrte und die nun allmählich in den Block eindrang. Das Resultat ist leicht zu begreifen: Durch den Versteinerungsprozess hatten die Knochen alle Gelatine, die sie enthielten, eingebüßt. Diese wurde bei dem beschriebenen Verfahren durch Leim ersetzt, so dass die mineralischen Bestandteile des Knochens widerstandsfähig genug wurden, um das Herausschälen und die weitere Handhabung zu vertragen.

Wenn genügend Leimlösung, je nach der Größe des Blockes, ausgesogen war, ließ man die überflüssige Lösung ablaufen und den Block lange und langsam trocknen. Dann goss man Gips darüber, drehte ihn um und begann das ganze Verfahren von neuem. Es wurde dabei noch die Vorsicht gebraucht, vor dem Aufgießen der Gipsschicht die geleimten Flächen mit geteertem Papier zu bedecken, damit sich nicht der Leim in dem nassen Gips löst und die Oberflächenteile nicht wieder bröckelig würden.

Nun erst konnte man darangehen, die Knochen ganz oder teilweise aus ihrer Lagerungsschicht zu entfernen, je nachdem sie montiert oder in ursprünglich aufgefundener Lagerung gezeigt werden sollten. Man kratzte also mit äußerster Vorsicht die umgebende Masse von den kostbaren Resten ganz oder teilweise ab. Trotzdem zerbrachen manche Stücke, und andere, deren Kern kiesig war, mussten ausgehöhlt werden, damit sie nicht platzten, so dass trotz aller Mühe doch häufig gekittet werden musste. Der verwendete Kitt musste speziell bereitet werden: es wurde Tischlerleim, mit Arsenik versetzt, in wenig Wasser gelöst, geweichtes Papier darin zerrührt und die Masse mit Kreidepulver zu einem Teig geknetet, [13] den man in Form langer Rollen aufbewahrt und in Gläsern vor dem Vertrocknen schützt. Zum Gebrauche taucht man diesen Kitt in kochendes Wasser und knetet ihn noch einmal durch, ehe man ihn auf die getrockneten Knochenflächen drückt. Er lässt sich leicht farbig anstreichen und wurde hier matt gehalten, um sich von den glänzenden, schwarzen Knochen abzuheben.

Nun waren die Knochen zum Zusammensetzen fertig. Es kam hier nicht die übliche Methode fester Montage in Anwendung, sondern ein System beweglicher Montage, das zum ersten Mal in Brüssel 1886 zur Aufstellung eines Mammut gebraucht wurde und seither nicht wieder verlassen worden ist. Der wesentliche Vorteil besteht darin, dass niemals ein Knochen durchlöchert, sondern immer nur von Zangen gefasst, und so mit den anderen verbunden wird, also unbeschädigt bleibt und mit Leichtigkeit zu Studien- oder anderen Zwecken herausgenommen werden kann, ohne dass man das Ganze auseinander zu nehmen braucht. Es wurde also erst ein großes Gerüst gebaut, an dem man die Knochen in entsprechender Stellung an Schnüren aufhing. Dann wurden die Schnüre durch eiserne Stützen ersetzt. Auf diesen Stützen, die durch Stangen miteinander verbunden sind, ruhen die versteinerten Reste

genau in der Stellung, die sie, unseren jetzigen Kenntnissen nach, beim lebenden Tier einnehmen mussten.

10 Iguanodons sind so in Brüssel aufgestellt, 7 andere sind in der Lage belassen, in der sie gefunden wurden, und außerdem sind die Reste vieler, zur selben Zeit lebenden Tiere zur Anschauung gebracht. Die kostbare Sammlung ist weder durch Geschenk noch Umtausch noch Verkauf zerstreut worden und enthält diejenigen Exemplare, nach welchen man die typischen Formen, auch das vermutliche äußere Aussehen festgestellt hat.

Die hier in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts verwendete Methode zur Hebung und Konservierung von Fossilien unter erschwerenden Umständen ist typisch, und gerade um diese Schwierigkeiten zu zeigen, habe ich sie als Beispiel gewählt. Dieser naturgeschichtlichen Dokumente bedürfen wir dringend, da wir uns nicht zur Erkennung der Entwicklungsvorgänge mit dem kleinen Teil der Erdgeschichte zufriedengeben können, der an das Auftreten der menschlichen Schrift gebunden ist.

Zum Schluss möchte ich noch auf zwei Erscheinungen hinweisen, die beim Besuch dieses wichtigsten Teils des Brüsseler Museums auffallen.

Zunächst ist die Farbe der Iguanodonskelette merkwürdig. Diese ist schwarz, während der umliegende Tonstein hellgrau ist. Hatten die Tiere auch während des Lebens schwarze Knochen? Wir kennen Frösche und Fische mit grünen Knochen. Nun hat man aber in England z.B. Skelette des Iguanodon gefunden, die weiß [14] sind. Die Farbe ist also lediglich von der Zersetzung der Kadaver abhängig: Wenn diese, wie in England, in einer porösen Schicht liegen, die von Wasser und Luft leicht durchzogen wird, so geht die Zersetzung vollständig und verhältnismäßig schnell vor sich, und die Knochen werden weiß. Liegen sie aber, wie die belgischen, in tonigem Sumpfschlamm, unter stehendem Wasser, so ist die Oxydation unvollständig, und die Knochen werden durch die organischen Substanzen, die sie selbst enthalten, schwarz gefärbt. Da außerdem die Brüsseler Skelette fast vollständig sind, nur sehr wenige zerworfen, während die englischen sehr beschädigt und unvollständig sind, muss man annehmen, dass erstere schon in dichten Schlamm gebettet waren, bevor sie zu faulen anfangen, während die englischen lange vor ihrer Verschüttung schon die Fäulnis erlitten hatten. Dies lässt sich zum Teil wieder auf die verschiedenen Wohnorte der Tiere zurückführen. In England lebten sie an großen Flussmündungen und am Meeresufer, wo ihre Leichen während der Zersetzung vom Strom dem Meere zugeführt und den Schwankungen der Flut und Ebbe ausgesetzt waren, die sie zerrissen, bevor sie vom Sand begraben wurden. Die belgischen Exemplare lebten im Innern des Landes, in einem sumpfigen, aber periodischen Überschwemmungen ausgesetzten Tale, wie man aus den Ablagerungsschichten erkennt. Die Tiere konnten also vom Wasser überrascht und ihre Leichen sofort von Schlamm bedeckt werden, der sie zusammenhielt und nur langsam verwesen ließ.

Ferner ist es interessant zu konstatieren, dass in Belgien nur ausgewachsene, 10 m lange Individuen gefunden wurden, und man vermutet, dass entweder der Fundort als Zufluchtsstätte für altersschwache, sterbende Tiere diente (wie ein derartiges Zurückziehen vor dem Tode bei vielen jetzt lebenden Tierarten beobachtet worden ist), oder aber, dass es vor dem Wasser fliehende Tiere waren, von denen die ältesten, die nicht mehr Kraft und Behändigkeit genug hatten, von den todbringenden Fluten ereilt und vom Schlamm begraben wurden.

So kann man aus Knochenfunden, wenn sie vollständig sind, Gebaren und Verwandtschaft der Tiere ablesen, und das hilft uns Zusammenhänge zwischen den jetzt lebenden Tieren untereinander oder zwischen ihnen und ihrem Milieu besser begreifen.

Zur Beachtung

für alle Abonnenten und Bezieher der Lichtstrahlen, dass wir beim Postscheckamt Berlin ein Postscheck-Konto Nr. 17 576 eingerichtet haben. Es können hierauf bei jedem Postamt selbst die kleinsten Beträge *kostenlos* eingezahlt werden. Man verlange am Schalter gratis eine Zahlungsanweisung und gebe sorgfältig die richtige Nr. 17 576 an.

1. Jahrgang Nummer 4 Dezember 1913

Parlament und Sozialdemokratie.

Von Franz Mehring.

Der Reichstag ist wieder zusammengetreten, und für die nächsten Monate wird unsere innere Politik unter dem Zeichen der parlamentarischen Verhandlungen stehen.

Da wird denn auch die alte Frage nach ihrer Bedeutung und ihrem Wert für die Arbeiterklasse auftauchen. Diese Frage ist im Laufe der Jahrzehnte sehr verschiedentlich beantwortet worden. In den Anfängen der Partei manchmal in ganz wegwerfender Weise; in den Jahren des Sozialistengesetzes – und unter den damaligen Ausnahmeverhältnissen mit gutem Grunde – in sehr hoch gestimmtem Tone; in der letzten Zeit regt sich wieder mehr der Zweifel, der jedenfalls dadurch nicht erstickt wird, dass die Zweifler mit erhabener Geste in die anarchistische Wolfsschlucht geschleudert werden.

Suchen wir uns über die Frage zu verständigen, was lange nicht so schwierig ist, wie es zu sein scheint. Zunächst ist klar wie das Einmaleins, dass unser nächstes Ziel, die Eroberung der politischen Gewalt, um die öffentlichen Einrichtungen im Sinne der Arbeiterklasse umzugestalten, niemals auf parlamentarischem Wege erreicht werden kann. Besäßen wir die Mehrheit im Reichstage, und wollten wir damit beginnen, die Monarchie abzuschaffen oder die Miliz einzuführen, des Gemeineigentums ganz zu geschweigen, so wäre unter dem Jubel aller bürgerlichen Parteien der Staatsstreich da. Es soll damit nicht gesagt sein, dass der Staatsstreich siegen würde. Beileibe nicht! Aber man muss ihn dann auf einem anderen Boden bekämpfen als dem parlamentarischen, der spurlos in der Versenkung verschwunden sein würde.

Das heißt mit anderen Worten: Die Sozialdemokratie ist unter bürgerlich-parlamentarischem Gesichtspunkt eine geborene Minderheitspartei. Damit ist nun wieder nicht gesagt, dass sie nicht einen bedeutenden, ja selbst einen wesentlichen Einfluss ausüben könne. Siehe das Zentrum, das auch eine geborene Minderheits- [1] partei ist. Aber freilich, eine ultramontane Politik des Volksverrats, eine Politik voll Zug und Trug, die bald nach links die demokratische und bald nach rechts die reaktionäre Pfote für eigennützige Zwecke ausstreckt, kann die Sozialdemokratie nicht treiben, ohne sich selbst aufzugeben. Was sie tun könnte und unter den gegebenen Verhältnissen auch wirklich tut, das ist der Versuch, den Deutschen Reichstag aus seines Nichts durchbohrendem Gefühle aufzuscheuchen und ihn zum Kampfe um die politische Herrschaft gegen die Regierung anzuspornen. Würde der Schwerpunkt des Massenstaates von der Krone ins Parlament verlegt, so wäre das auch für unsere Sache ein unzweifelhafter Fortschritt. Aber wo ist die bürgerliche Partei, die solchen Ehrgeiz hegte und für solchen Zweck die Unterstützung der Sozialdemokratie wünschte oder auch nur annähme? Es gibt keine, hat nie eine gegeben und wird auch nie eine geben. Die Sicherheit, auf das Proletariat rechnen zu können, macht die Bourgeoisie nicht tapferer, sondern kopfscheuer. Sie brauchte nur den Daumen auf ihren großen Geldbeutel zu halten, um die Regierung kirre zu machen. Aber so hoch versteigt sich ihr Ehrgeiz niemals, aus bleicher Angst um die Gefährdung ihrer Kassenschränke durch die Arbeiterklasse. Seit 40 Jahren hat der Reichstag niemals eine ernsthafte Geldforderung der Regierung abzulehnen gewagt, selbst wenn er sie für noch so überflüssig oder sogar schädlich hielt. Höchstens gestattete er sich kleine Abstriche, die in ihrer Art ebenso die Freundschaft unterhalten wie kleine Geschenke. Diese Geldbewilligungsmaschine in ihrem endlosen Umtriebe zu hemmen, hat die Arbeiterklasse in ihrer parlamentarischen Betätigung durchaus kein Mittel.

Aber, so sagt man: Sie kann nützliche Gesetze schaffen oder schaffen helfen; sie kann die Verwaltung kontrollieren und dadurch viel Gutes stiften. Sicherlich kann sie das, und in der einen wie in der anderen Beziehung darf unsere Reichstagsfraktion auf eine ebenso arbeitsreiche wie verdienstliche Vergangenheit zurückblicken. Aber man übersehe doch nicht die Kehrseite der Medaille! Wenn wir Arbeiterschutzgesetze schaffen oder schaffen helfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Kapitalismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, dem Gemeineigentum; wenn wir gegen die Soldatenmisshandlungen ankämpfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Militarismus und entfernen uns von unserem eigentlichen Ziele, der Miliz. Treitschke erzählt in einer seiner Schriften, ein höherer Offizier habe ihm gesagt, weil eine Anzahl sozialdemokratischer Schreier im Reichstage saßen, die jeden Missstand mit ungeheurem Lärm an die große Glocke hingen, so strengte sich die Heeresverwaltung an, alles zu vermeiden, was eine sozialdemokratische Kritik hervorrufen könnte, und das Heer käme dadurch in eine sehr gute Verfassung. Sieht man von der geschmacklosen Form [2] ab, so enthalten diese Sätze eine unbestreitbare Wahrheit; es liegt im unveräußerlichen Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, dass er gerade da, wo er so funktioniert, wie er vernünftigerweise funktionieren soll, dazu führen muss, die bürgerliche Gesellschaft zu stärken.

Eben dasselbe gilt von der wichtigsten Aufgabe, die die Sozialdemokratie im Reichstag zu erfüllen hat: von dem Schutz der paar Rechte, die die Arbeiterklasse noch im Deutschen Reiche besitzt. Auch in dieser Beziehung hat unsere Reichstagsfraktion hohes Lob verdient durch mehr als eine siegreiche Schlacht, die sie geschlagen hat. Aber dadurch, dass wir im mühseligen Kampfe behaupten, was wir besitzen, kommen wir noch nicht einen Schritt vorwärts.

Bleibt noch die agitatorische Wirkung der parlamentarischen Betätigung. Bei ihr kommt es sehr auf die Umstände an. Sie hatte die höchste Bedeutung in den Tagen des Sozialistengesetzes; heute, wo wir eine ausgebreitete Presse, ein weit verzweigtes Vereins- und Versammlungswesen haben, ist sie nicht mehr so unersetzlich. Ein weit rechtsstehendes Parteiblatt meinte vor Jahr und Tag sogar, die Überflutung mit parlamentarischen Reden schädige die Wirksamkeit der Parteipresse in bedenklicher Weise; jedenfalls hatte diese Ansicht mehr für sich, als wenn kürzlich in unserer wissenschaftlichen Zeitschrift einer unserer Parlamentarier ausführte - noch dazu in einer Polemik gegen ein Parteiblatt, dessen Redaktion ihn selbst zu ihren Zierden zählt - die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei sozusagen der Moltke der Partei und die Parteipresse nur der überall hemmende und störende Hofkriegsrat; diesem wackeren Strategen würde Marx, wenn er noch lebte, ein wenig auf die Beine geholfen haben. So viel dürfte jedenfalls unbestreitbar sein, dass die Agitation durch Flugblätter und Zeitungen, durch Vereine und Versammlungen ungleich nachhaltiger wirkt als die Agitation von der Reichstagstribüne, die leicht gefährliche Illusionen wecken kann, neben anderen Schattenseiten, die sie hat.

Dies wären die wesentlichsten Gesichtspunkte zur Beurteilung der Frage, welche Bedeutung die parlamentarische Betätigung für die Arbeiterklasse hat und überhaupt nur haben kann. Sie ist ein unbedingt notwendiges, ein ganz unentbehrliches Werkzeug des politischen Klassenkampfes, aber weder seine schärfste noch seine wirksamste Waffe. Den Schwerpunkt dieses Kampfes in sie verlegen, hieße einen verhängnisvollen Irrweg beschreiten.

Der Gebärstreik als soziales Kampfmittel.

Die Ausführungen, die Genosse Alfred Bernstein über die Geburteneinschränkungen in unserem Blatt wie auch in seiner Broschüre³ gemacht hat, enthalten zweifellos viel Richtiges. Es wird sich wohl niemand der Erkenntnis verschließen, dass eine Familie mit wenig Kindern ihre Einkünfte besser genießen kann als eine solche mit viel Kindern. Ebenso klar liegt auf der Hand, dass kranke, zum Siechtum verurteilte Säuglinge besser erst gar nicht geboren würden; dass Frauen, die sich nicht voller Gesundheit und Kraft erfreuen, durch allzu häufige Geburten sich selbst und damit das Glück der Familie ruinieren; dass die Sorgfalt und die Kosten, die auf die Erziehung jedes einzelnen Kindes verwandt werden können, bei allzu großer Zahl der Kinder sich gar zu sehr verringern. Dies und manches andere, was Genosse Bernstein sagt, ist unseres Wissens von niemand bestritten worden. Etwas anders steht es schon mit der Frage, ob die Verhütung der Geburten ein sicheres Mittel auch nur gegen jene gesundheitlichen Schädigungen sei. Wenigstens hat kürzlich in der „Gleichheit“ Genosse Dr. Wagner aus Hanau, ebenfalls ein Arzt, dargelegt, dass der Nervenerschöpfung, die neuerdings in der Arbeiterschaft sich immer stärker auszudehnen beginnt und die in der Hauptsache ja aus der Überanstrengung erwächst, durch die Verhütungsmethoden Vorschub geleistet wird, die Genosse Bernstein empfiehlt. Es könnte demnach sein, dass man den Teufel durch Beelzebub austreibt, dass man eine Ursache der Zerrüttung der proletarischen Familie nur durch eine andere ersetzt, wenn man Bernsteins Ratschläge befolgt. Vielleicht sind die Schäden, die durch eine große Kinderzahl entstehen, doch noch leichter zu ertragen, als diejenigen, die eine andauernde, hoch gradige Nervosität der Mutter über die Familie bringt.

Indessen, das sind Fragen, die die ärztliche Wissenschaft zu entscheiden hat. Und zwar muss sie diese Sache zunächst in den ärztlichen Fachzeitschriften untersuchen und klären, weil wir Laien dazu ja doch nichts sagen können. Für unsere gegenwärtige Diskussion handelt es sich einzig und allein um die Frage, ob der Gebärstreik ein „soziales Kampfmittel“ sein kann, d.h. ein Mittel, um die soziale Frage zu lösen, um die Arbeiterklasse von Not, Elend, Unfreiheit, Ausbeutung zu retten. Deshalb kommen für uns nur diejenigen Äußerungen des Genossen Bernstein in Betracht, welche dies behaupten. Wir stellen zunächst die wichtigsten [4] davon noch einmal kurz zusammen. Genosse Bernstein sagt (Nr. 3. der „Lichtstrahlen“, S. 3):

„Ein phänomenales Mittel der Umänderung der bestehenden Verhältnisse ist die von einem bewussten Massenwillen geleitete Geburteneinschränkung. Ein durchaus revolutionäres Kampfmittel! Nicht das Mittel, nicht das Ding an sich, aber das vornehmste Mittel zur Menschheitsbefreiung.“

Und in seiner Broschüre (S. 4):

„Die Öde eures Daseins, die schreckliche Folter eures Erwerbslebens, Hunger, Siechtum, die Geißeln der Menschheit, die großen Volkskrankheiten – sie werden bis in alle Ewigkeit bestehen, wenn ihr nicht die Kinderproduktion regelt.“

(S. 5:) „Der Sozialismus will eine Regelung der menschlichen Produktion, da soll er erst einmal eine Regelung der Produktion von Menschen besorgen.“

„Auf eine einfache, auf den ersten Blick als brutal imponierende Formel gebracht, lautet unsere moderne Anschauung die Grundlage jedes sozialistischen Fortschritts: Eure, der Arbeiter Stärke, nicht in euren Geschlechtsorganen ... Der Gebärstreik, der unblutige, wird den Kapitalismus auf das Knie zwingen.“

³ „Wie fördern wir den kulturellen Rückgang der Geburten?“ Berlin, Verlag Fritz Kater, August 1913. Preis 10 Pf.

Genosse Bernstein empfiehlt also die planmäßige Einschränkung der Geburten als das vornehmste Mittel zur Menschheitsbefreiung. Demnach geht er von der Voraussetzung aus, dass die wichtigste Ursache des sozialen Elends in der zu großen Zahl der Proletarier liegt. Dass dies seine Ansicht ist, zeigen ja auch noch andere Stellen seiner Ausführungen; er spricht andauernd davon, dass die vielen Proletarierkinder erst dem Kapitalismus und Militarismus die Opfer ihrer Ausbeutung liefern, er will, dass die Proletarier der industriellen Reservearmee ihre Opfer abjagen usw.

Hiernach ist unbegreiflich, wie Genosse Bernstein nicht einsehen kann, dass er in diesem grundlegenden Gedanken – grundlegend für seine Schlussfolgerungen – durchaus mit Malthus übereinstimmt. Das wesentliche an Malthus Anschauungen ist ja eben dies, dass er in einer *absoluten* Überbevölkerung, sozusagen in einem Naturgesetz die Ursache des sozialen Elends erblickt. Auch die Schlussfolgerung ist dieselbe wie bei Malthus, übrigens die einzige, die sich aus solcher Voraussetzung ergeben kann. Denn auch Malthus preist ja nicht etwa Krieg, Hungersnot und Pestilenz als die Menschheitserretter, sondern er sagt nur: wenn die Menschen nicht durch Einschränkung der Geburten ihre Zahl auf milde und friedliche Weise mindern, so werden Krieg, Hungersnot und Pestilenz es auf grausame und schreckliche Weise tun. Und das ist doch [5] auch Bernsteins Gedanke: weil die Proletarier zu viel Kinder in die Welt setzen, deshalb (wenn auch nicht *allein* deshalb) die Säuglingssterblichkeit, die Schwindsucht, die Wohnungsnot, die Krankheit und Verkümmern der Frau, der Ruin des Familienlebens usw.

Nun ist aber diese Lehre von der *absoluten* Überbevölkerung durch Marx als völlig nichtig erwiesen worden, und wer Marx kennt, kann wirklich nur den Kopf darüber schütteln, dass Bernstein sich gerade auf ihn beruft. Nach Bernsteins Meinung soll Marx „ungefähr“ sagen: „Es gibt kein durch unumstößliche biologische Tatsachen garantiertes Bevölkerungsgesetz. Die einzelnen Volksschichten reagieren verschieden auf dieselben, dem jeweiligen Wirtschaftssystem innewohnenden Reize.“ – Es wird gut sein, wenn wir daneben wörtlich hören, was Marx geschrieben hat.

Im ersten Bande des „Kapital“ (7. Abschnitt, 23. Kapitel, Nr. 3) zeigt Marx, dass die Mehrwertmassen, die alljährlich dem Kapital zufließen, unablässig das Kapital vergrößern, die vorhandenen Betriebe erweitern, die Gründung neuer Betriebe veranlassen und eben dadurch die Produktivität der Arbeit steigern.⁴ Die Folge ist, dass das wachsende Kapital immer weniger Arbeitern Beschäftigung gibt. Zuerst wächst die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht im gleichen Verhältnis wie das Kapital wächst, später nimmt sie sogar direkt ab. Es werden Arbeiter „überzählig“ und so entsteht die „industrielle Reservearmee“.

Man merke also genau auf: nicht deshalb gibt es eine industrielle Reservearmee, weil zu viel Arbeiter vorhanden sind, sondern weil das Kapital in seiner regelmäßigen Entwicklung immer weniger Arbeiter beschäftigt. Die Überbevölkerung ist nicht absolut, sondern relativ; d.h., es werden nicht zu viel Menschen geboren, sondern die kapitalistische Wirtschaft schränkt die Ernährungsmöglichkeit der Menschen immer mehr ein; die Zahl der Proletarier ist nicht an und für sich (absolut) zu groß, in dem Sinne, dass die vorhandene Ernährungsmöglichkeit etwa nicht für alle ausreichen würde; nur im Verhältnis (relativ) zu den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals ist sie zu groß. In diesem Zusammenhange sagt dann Marx:

⁴ Es ist genau dasselbe Thema, das wir in Nr. 1 der Lichtstrahlen in dem Artikel „Wachsender Reichtum – steigendes Elend“ abgehandelt haben.

„Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Bevölkerungsgesetz, wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen, historisch gültigen Bevölkerungsgesetze hat. Ein abstraktes Bevölkerungsgesetz existiert nur für Pflanze und Tier, soweit der Mensch nicht geschichtlich eingreift.“ [6]

Es gilt demnach, zwei Missverständnisse zu berichtigen. Erstens spricht Marx in diesem Zusammenhange nicht davon, dass die einzelnen Volksschichten auf dieselben Reize verschieden reagieren (obgleich dieser Satz an sich gewiss richtig ist; nur hat er nichts mit der Frage der Überbevölkerung zu tun). Er macht nicht einen Unterschied zwischen einem Bevölkerungsgesetz für die Bourgeois und einem für die Proletarier, sondern zwischen einem *abstrakten* und einem *historischen* Bevölkerungsgesetz. Ein *abstraktes* Bevölkerungsgesetz wäre ein solches, das für alle Zeiten und alle Völker gilt; so etwas gibt es nicht, sagt Marx. Je nach der Wirtschaftsweise der Völker geht ihr Wachstum in verschiedenen Geschichtsepochen verschieden vor sich, und jede Regel der Volkszunahme, die man entdecken kann, gilt deshalb immer nur für bestimmte Geschichtsepochen und für bestimmte Völker, sie ist immer nur *historisch*, d.h. zeitlich und räumlich begrenzt. Es fällt ihm also nicht ein zu sagen, dass die Proletarier sich „ihr eigenes Populationsgesetz schaffen“ können.

Zweitens aber besteht der Gegensatz von Marx gegen Malthus und sein Fortschritt über ihn hinaus gerade darin, dass er erkannt und festgestellt hat: das soziale Elend rührt nicht davon her, dass es zu viel Menschen gibt, sondern von der kapitalistischen Produktionsweise. Und der Inhalt der Kapitel, um die es sich hier handelt, zeigt, dass gerade auch diejenigen Nöte, die dem oberflächlichen Blick als Folgen der Überbevölkerung erscheinen können – wie Wohnungsnot, Säuglingssterblichkeit, Schwindsucht usw. im tieferen Zusammenhange durch die kapitalistische Wirtschaft verschuldet sind. Und wenn ihr noch so wenig Kinder erzeugt, das Kapital schrumpft durch sein eigenes Wachstum seinen Bedarf an Arbeitskräften immer weiter ein und wird immer wieder aufs Neue eine industrielle Reservearmee, eine relative Überbevölkerung erzeugen.

Und damit kommen wir an den Brennpunkt dieser ganzen Diskussion. Können wir diese Marxsche Theorie von der Überbevölkerung als richtig anerkennen oder nicht? Hier ist Rhodus, hier tanze! Wir haben sie in den wenigen Zeilen, die wir ihr hier widmen konnten, natürlich nicht bewiesen, sondern nur kurz ihren Inhalt angegeben. Niemand soll auf des Meisters Worte schwören, jedem steht es frei, sie zu bezweifeln, bis er sich – etwa durch Nachlesen im „Kapital“ selbst – von ihrer Richtigkeit überzeugt. Hält man sie aber für richtig, dann ergibt sich daraus mit Notwendigkeit, dass man den Schäden der Überbevölkerung nur durch den Klassenkampf zu Leibe gehen kann, der auf Enteignung des Kapitals abzielt, und dass der Glaube, der Gebärstreik sei eine Waffe der sozialen Revolution, uns auf Irrwege führt. [7]

Not aus Überfluss.

Wieder steht die Welt am Beginn einer Krise, die sogar besonders schwer zu werden droht. Und doch hat es die Menschheit in der Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge heute so weit gebracht, dass man meinen sollte, solch Unheil müsste leicht abzuwenden sein. Von Vorgängen in der Natur droht uns nur so lange Gefahr, bis deren Ursprung und Verlauf erforscht ist; dann gibt uns die Wissenschaft Mittel dagegen an die Hand. Man denke an Pocken und Cholera. Warum steht es so ganz anders, sobald gesellschaftliche Zusammenhänge in Frage kommen? Wir wissen, woher die Krise kommt; wir kennen die Mittel, die dagegen helfen würden; aber wir können sie nicht anwenden!

Alle Welt ist sich heute darüber einig, dass die Krise durch die sogenannte „Überproduktion“ verschuldet wird. Der Ausdruck ist freilich nicht richtig, man müsste vielmehr von „Unterkonsum“ sprechen. Denn davon kann ja keine Rede sein, dass die Menschen nicht alles,

was heutzutage produziert wird, und noch viel mehr dazu konsumieren könnten – wenn sie nur Geld hätten, es zu kaufen. Hinter dem falschen Ausdruck verbirgt sich eine falsche Auffassung. Liegt die Schuld an der zu geringen Kaufkraft der Massen, so heißt das unfehlbare Mittel der Abhilfe entweder starke Erhöhung der Löhne oder starke Ermäßigung der Warenpreise. Es gibt in Deutschland rund 20 Millionen erwerbstätige Arbeiter und Kleinbürger. Man stelle sich vor, dass jeder von ihnen alljährlich 1000 Mk. mehr als jetzt ausgeben könnte. Sie würden darum kein Schlemmerleben führen. Denn über die Hälfte der Erwerbstätigen haben ja (nach der amtlichen preußischen Statistik) unter 900 Mk. Jahreseinkommen, und nahezu die ganze übrige Hälfte hat weniger als 1800 Mk. Bei einer Zulage von 1000 Mk. – sei es durch Lohnerhöhung, sei es durch Preisermäßigungen – würden sie also nur erst zu einer einigermaßen annehmbaren Lebenshaltung gelangen und doch würde auf einen Schlag der Warenkonsum um 20 000 Millionen Mark jährlich steigen! Die Produktion hätte die größte Mühe, dem zu folgen; von Absatzstockung, von Krise wäre nichts mehr zu spüren.

Wir brauchen nicht erst auseinanderzusetzen, dass und warum das Kapital diesen Weg der Abhilfe nicht beschreiten mag. Kann man somit nicht den Konsum so weit heben, dass er der Produktion gleichkommt, so bleibt nur das Umgekehrte übrig: die Produktion so weit herabzumindern, dass sie den geringen Konsum nicht mehr übersteigt. Das geschieht ja auch, aber es geschieht durch die brutalen Mittel der Krise, plötzliche Stockung des Verkaufs, plötzliche massenhafte Einstellung des Betriebes, Vernichtung ungeheurer Werte. Der Gedanke drängt sich auf, ob denn nicht, wenn diese [8] Zusammenhänge doch bekannt sind, beizeiten eine allmähliche Einschränkung der Produktion vorgenommen werden könnte, die solcher Häufung des Elends vorbeugen würde. Wie der Arzt durch rechtzeitige Abtötung der Bazillen den Ausbruch der Krankheit verhütet, so müsste der Wirtschaftspolitiker durch rechtzeitige Einschränkung der Produktion den Ausbruch der Krise vermeiden.

Ganz stimmt ja das Gleichnis allerdings nicht. Die vorgeschlagene Methode erinnert vielmehr an jenen Herrn, der seinem Hund den Schwanz stückweise abhackte, um ihm den großen Schmerz zu ersparen. Auch wenn das Elend der Arbeitslosigkeit stückweise kommt, so ist es doch um nichts geringer. Doch sei dem, wie ihm wolle – die kapitalistische Wirtschaft ist unfähig, auch nur diese Erleichterung, wenn es eine sein sollte, zu bringen. Der Versuch ist wiederholt gemacht worden und ist völlig gescheitert.

Die Kartelle und Syndikate, jene gewaltigen Unternehmerverbände, die heute unser Wirtschaftsleben schon fast ganz beherrschen, sind eigens zu dem Zweck, die Produktion zu regeln, ins Leben getreten. Jedes Jahr berechnet z.B. der Beirat des Kohlensyndikats, wieviel Kohle voraussichtlich gebraucht werden wird, und bestimmt danach, wieviel jedes beteiligte Werk produzieren darf. Ebenso machen es der Stahlwerksverband, das Kalisyndikat usw. Eine Verhinderung der Krise ist ihnen aber bisher noch nicht geglückt, ja nicht einmal die Produktion haben sie einzuschränken vermocht! Ein paar Tatsachen mögen das beweisen.

Unter der Herrschaft des Halbzeugverbandes (eines Vorläufers des Stahlwerksverbandes) ist die Produktion von Halbzeug so enorm gewachsen, dass die Ausfuhr, die 1895 bis 1900 nur 20 000 bis 60 000 Tonnen jährlich betragen hatte, 1901 auf 200 000 und 1902 auf 630 000 Tonnen gestiegen war.

Im August 1910 gab die Verwaltung der Mannesmann-Röhrenwerke bekannt, dass unter der Herrschaft des Röhrensyndikats ihre Produktionsfähigkeit um mehr als die Hälfte gestiegen sei, und dass sie, um dies auszunutzen, einem erneuerten Syndikat nicht beitreten werde.

Im Sommer 1910 wurde durch Reichsgesetz das Kalisyndikat gegründet. Die Folge war, dass eine viel zu große Zahl neuer Kaliwerke geschaffen wurde; schon im April 1912 bestanden mehr als dreimal soviel, wie zur Befriedigung des Bedarfs nötig waren.

Diese wenigen Beispiele, die aus allen kartellierten Industrien leicht vermehrt werden könnten, mögen genügen.

Ein vollständiger Widersinn springt uns hier entgegen, und mit vollster Deutlichkeit zeigt sich, wie die kapitalistischen Privatinteressen fortgesetzt das Wirtschaftsleben in tollste Anordnung bringen. Der Zusammenhang ist nämlich folgender: [9]

Jahr für Jahr erzeugt die schaffende Arbeit einen Milliardenstrom von neuen Werten. Die Arbeiter selbst bekommen nur einen winzigen Bruchteil davon. Der ganz ungeheure Rest bleibt in den Händen der Kapitalistenklasse. Was soll sie damit machen? Selbst bei unsinnigstem Luxus kann sie nur einen geringen Teil davon durchbringen. Und jedes Jahr folgt ein neuer Milliardenstrom. Alle diese gewaltigen Massen von Mehrwert können zu nichts anderem gebraucht werden als zu neuen Kapitalanlagen. Sobald es einem Kartell oder Syndikat gelingt, die Preise seiner Waren in die Höhe zu bringen, so drängen sich sofort ungezählte Kapitalmassen in diese, hohen Profit versprechende Industrie. Es ist eine alte Erfahrung, die immer aufs Neue gemacht wird, dass jede nur einigermaßen ins Gewicht fallende Preissteigerung massenhafte Neugründungen oder Erweiterungen alter Betriebe zur Folge hat. Dazu kommt aber noch die Konkurrenz innerhalb der Syndikate.

Eine Einschränkung der Produktion kann selbstverständlich nur dadurch erzielt werden, dass jede einzelne Fabrik nicht so viel produziert, wie sie mit ihren Maschinen und Anlagen produzieren könnte. Aber diese Maschinen und Anlagen haben viel Geld gekostet, es steckt ein großes Kapital in ihnen. Soweit sie stillstehen, bedeutet das baren Verlust. Nun wirkt dieser Verlust sehr verschieden auf die Fabriken verschiedener Größen. Es macht einen gewaltigen Unterschied aus, ob ein großes oder ein kleines Werk ein Fünftel seines Betriebes ungenutzt liegen lässt. Derselbe Prozentsatz der Einschränkung, den ein großes Werk mit Leichtigkeit trägt, kann ein kleines zugrunde richten. Es sind somit die kleineren Werke, ganz abgesehen von dem Anreiz des höheren Profits, einfach gezwungen, ihre Anlagen fort und fort zu vergrößern, um bei der nächsten Verteilung des Jahresbedarfs einen höheren Anteil (eine höhere „Quote“) zu kriegen. Und natürlich müssen dann die größeren Werke dasselbe tun, um nicht überflügelt und zurückgedrängt zu werden.

So erklären sich die schier unheimlichen Kapitalerhöhungen, die seit dem Bestehen der Kartelle und Syndikate sämtliche beteiligten Werke alljährlich vorgenommen haben. Um von den Mitgliedern des Stahlwerksverbandes nur die größten zu nennen, so betrug das Aktienkapital der Gesellschaft

	Ende 1903	Ende 1912.
Phönix	30 Mill. Mk.	106 Mill. Mk.
Deutsch-Luxemburg	24 Mill. Mk.	130 Mill. Mk.
Gelsenkirchen.	60 Mill. Mk.	180 Mill. Mk.
Krupp.	160 Mill. Mk.	180 Mill. Mk.

Der ungeheure Überfluss an Kapital ist es, der die Not erzeugt, nicht nur die Not der Arbeiter, sondern auch die Krise und die Not der Kapitalisten selbst. [10]

Freiheit und Gleichheit.

Von der konservativen Seite her gesehen, sind die Liberalen revolutionär. Denn der Konservative sieht die vorhandene Staatsgewalt als von Gott gegeben an; der Mensch hat sich zu fügen und unterzuordnen, und nur dann kann das Wohl der Gesamtheit gedeihen, wenn jeder einzelne gehorsam an dem Platz ausharrt, an den Gott ihn gestellt hat. So z.B. schreibt Friedrich Julius Stahl, einer der Begründer und ersten Führer der konservativen Partei:

„Die religiöse Sanktion, die Herrschaft von oben gegen die Herrschaft von unten, die Hingebung unter ein höheres Walten, unter das, was von Gott gefügt und nicht von Menschen gemacht worden, ist das wesentliche Kennzeichen der Legitimitätspartei.“

Dahingegen verkündeten die Liberalen seit ihrem Anbeginn das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung; durch freie Übereinkunft sei die Staatsmacht zustande gekommen, und sie könne daher auch jederzeit durch freien Entschluss der Beteiligten umgewandelt werden.

Unvereinbar scheinen diese Anschauungen sich gegenüberzustehen. Dort die Lehre vom beschränkten Untertanenverstand, der sich nicht vermessen dürfe, über die von Gott eingesetzte Obrigkeit zu bestimmen; hier die Verkündung der Souveränität des Volkes, durch dessen Willen allein die Obrigkeit bestehe und dem sie deshalb zu dienen habe.

Unversöhnlich in der Tat waren diese Auffassungen in ihrem Ursprung. Fast 70 Jahre tobte in Deutschland der politische Kampf zwischen konservativ und liberal, unsere ganze innere Geschichte des vorigen Jahrhunderts bis zur Gründung des Deutschen Reiches ist davon ausgefüllt. Doch die Zeiten haben sich geändert, der Kampf ist zu Ende, und bedeutsame Wandlungen haben sich in den Anschauungen der Parteien vollzogen.

Zunächst muss auffallen, dass der Liberalismus nie, auch nicht in seiner Glanzzeit, als er mit jugendlicher Feuerkraft seine Ideale verkündete, die Souveränität des *ganzen* Volkes gewollt hat. Der Verfassungsentwurf des liberalen preußischen Ministeriums von 1848, schreibt der liberale Historiker Oskar Klein-Hattungen, entsprach den Wünschen des Liberalismus: „Die unteren Klassen wurden nicht beachtet“. Und wie es in Frankreich, in England aussah, in jenen Ländern, die für den Liberalismus bis auf den heutigen Tag vorbildlich sind, das mögen uns einige Äußerungen von Stahl veranschaulichen. „Die liberale Partei“, so schreibt er in seinen Vorlesungen über „Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“ (erschieden 1861), „behauptet die Volkssouveränität so weit, dass der König nicht von Gottes Gnaden, sondern durch den Willen des Volkes sei, dass die Regierung sich nicht nach dem Willen des Königs, [11] sondern nach dem Willen des Volkes zu richten habe, also insoweit, dass am König nicht eine höhere Autorität *über ihr* bestehe. Allein, wenn es nun darauf ankommt, das gesamte Volk gleichmäßig zur Herrschaft zu berufen, auch innerhalb des Volkes nicht eine Klasse der Autorität der anderen zu unterwerfen, da verlässt sie diesen Gedanken; sie beruft zur Herrschaft nur die Vermöglichen, Gebildeten, das ist eben nur *sich selbst*“ – Stahl, der Konservative, sieht darin eine Inkonsequenz der Liberalen: „Wenn der Wille des Menschen die einzige berechtigte Macht in der gesellschaftlichen Ordnung ist, warum bloß der Wille der Begüterten und Gebildeten? Ist der besitzlose Arbeiter weniger Mensch? Wenn die Bourgeoisie das Königtum nicht über sich erträgt, ja keine etwas hervorragende Grundaristokratie neben sich erträgt, warum soll das Volk die Bourgeoisie über sich ertragen? Wenn die Majorität derjenigen, die 1000 Franken Steuern zahlen, Herr im Staate sein soll, warum nicht die noch größere Majorität derjenigen, welche nur 10 Franken oder gar keine Franken zahlen?“

So schrieb Stahl schon vor 60 Jahren, und wir ersehen daraus, dass der Liberalismus in Frankreich und England genau so wenig wie in Deutschland daran dachte, die Arbeiter zur Gleichberechtigung mit heranzuziehen. Von Anfang an hat der Liberalismus Freiheit und Gleichheit verlangt, aber nicht für alle, sondern nur für diejenige Klasse, deren politische Vertretung er war, nur für die Bourgeoisie. Nur den Vorrechten des Adels galt sein Kampf, und nur denjenigen Schranken der freien Persönlichkeit, welche das besitzende Bürgertum an der Entfaltung seiner Intelligenz, seiner Unternehmungslust und seiner Kapitalkraft hinderten.

Man wird hierin eine bedenkliche Annäherung an den konservativen Gedanken erblicken, dessen innerster Kern ja die Ungleichheit ist. Seit 1870 jedoch haben sich in Deutschland die

Liberalen dem konservativen Gedanken noch weit mehr genähert. Selbst in den Äußerlichkeiten der Politik ist das zu sehen. Anfang der 60er Jahre widersetzten sich die preußischen Liberalen mit äußerster Heftigkeit der Neuordnung des Militärwesens, die dahin ging, der Krone unbeschränkte Macht über das Heer und damit über die ganze Staatsgewalt zu geben. In den folgenden Jahrzehnten widerstrebten sie wenigstens noch den beständigen Vergrößerungen der Armee, die eine ebenso beständige Vergrößerung der Macht der Krone bedeuteten. Heute stimmen sie für jede Militärvorlage. In den 70er Jahren waren sämtliche Liberale entschiedene Gegner der Zollpolitik, heute treten die Nationalliberalen offen dafür ein, und die Fortschrittler wollten auf ihrem letzten Parteitag über die Ermäßigung der Zölle nicht diskutieren. In den 80er Jahren verwarfen die Freisinnigen die Kolonialpolitik und wollten, dass man Südwestafrika aufgebe; 1906 wurde der Reichstag aufgelöst, weil er [12] eine kleine Forderung für Südwestafrika nicht bewilligt hatte, und die Freisinnigen jubelten dazu. Die preußische Polenpolitik, die früher von den Freisinnigen mit Nachdruck bekämpft wurde, findet heute ihre teils versteckte, teils offene Zustimmung. Und so könnte man eine endlose Reihe von Beispielen dafür anführen, dass die Liberalen sich mit der Politik der Regierung ausgesöhnt haben.

Ebenso haben sich aber umgekehrt auch die Konservativen den Liberalen genähert. Ja, die ursprünglichen konservativen Bestrebungen sind sogar vollständig gescheitert. Die Gründung des Deutschen Reiches hatten die Konservativen nicht gewollt; bis gegen das Jahr 1875 hin waren sie „Reichsfeinde“ im eigentlichen und wahrsten Sinne des Wortes. Die Handelsfreiheit, die Gewerbefreiheit waren liberale Errungenschaften, jahrzehntelang auf das heftigste bekämpft von den Konservativen, schließlich jedoch – und dies ist das entscheidende – verwirklicht mit konservativer Hilfe!

So sehen wir etwa seit Mitte der 60er Jahre in der praktischen Politik eine immer mehr sich durchsetzende Versöhnung und Verschmelzung des konservativen und des liberalen Gedankens. Die Liberalen stimmen all denjenigen Gesetzen zu, die auf eine Stärkung der Staatsmacht abzielen, während die Konservativen an der Verwirklichung der wesentlichsten liberalen Forderungen mitarbeiten.

Dies scheinbar Unverständliche wird klar und deutlich, sobald wir auf den Ursprung und das eigentliche Wesen beider Parteien zurückgehen. Es war zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als der Liberalismus in Deutschland den begeisternden Ruf „Freiheit und Gleichheit“ zuerst erschallen ließ. Aber wie wir soeben gesehen haben, meinte er damit keineswegs die Freiheit und Gleichheit für alle, sondern nur die Wegräumung der Adelsvorrechte, die Gleichberechtigung des besitzenden Bürgertums mit dem Adel. Er war eben die politische Vertretung des besitzenden Bürgertums. Ihm gegenüber scharte sich der Adel zusammen zur Verteidigung seiner bedrohten Vorrechte und schuf sich die konservative Partei, die das Losungswort ausgab: ungleich hat Gott die Menschen erschaffen, und ungleich müssen sie deshalb bleiben; die von Gott gegebenen Vorrechte müssen erhalten werden.

Betrachtet man so die beiden Parteien als das, was sie wirklich sind, nämlich als Interessenvertretungen verschiedener Klassen, so zeigt sich, dass beide ihrer ursprünglichen Aufgabe bis auf den heutigen Tag treu geblieben sind. Aus dem jahrzehntelangen Kampf ist der Liberalismus als Sieger hervorgegangen. Die Vorrechte des Adels bestehen nicht mehr, an ihrer Stelle ist die Vorherrschaft des Besitzes sicher begründet. Da nun die Konservativen ernstlich nicht daran denken können, die alte Adelherrschaft wieder aufzurichten, was bleibt ihnen weiter übrig, als die *jetzt* bestehende Ungleichheit zu verteidigen, also die Gesetze zu schaffen, die den [13] Besitz gegen die Gleichberechtigung der Arbeitermassen schützen? Die Liberalen wiederum sehen ihre einstige Aufgabe erfüllt, dem Besitz gegenüber gibt es keine Vorrechte mehr. Können sie nun daran denken, den Besitz zu gefährden, indem sie die Vorrechte, die ihn sichern, hinwegräumen? Können sie überhaupt an etwas anderes denken

als daran, den jetzt bestehenden Zustand zu erhalten? Sie müssen also notwendig den Gedanken der Gleichheit fallen lassen.

Ein sprechendes Beispiel dialektischer Entwicklung zeigt so die Geschichte der Parteien. Konservativ und Liberal, einst so scharfe Gegensätze, haben sich – nicht durch die Schuld der Führer, nicht durch Zufälligkeiten und Persönlichkeiten, sondern durch die folgerichtige Entwicklung der Dinge selbst – einander immer mehr genähert, bis aller wesentliche Unterschied zwischen ihnen geschwunden ist, bis sie sich zusammengefunden haben in der gemeinsamen Aufgabe, die jetzt bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu schützen. Die Arbeiterklasse ist es, die nunmehr jenen gegenüber Freiheit und Gleichheit erkämpfen muss.

Notizen.

Was ist Geschichte?

Auf der Arbeitsteilung fußt jeder Fortschritt, den wir bis heute gemacht haben; sie ist es, die den Grund legte zu allem, was wir Kultur nennen, aber zugleich auch zu all den unsäglichen Leiden, die daraus entstanden, dass seit dem Bestehen des Privateigentums in größerem Umfange die Menschen stets in einen besitzenden und einen nichtbesitzenden Teil zerfallen. Die Art und Weise, wie diese beiden Teile sich zueinander verhalten, wie der mächtige, der bisher stets die Minderheit bildet, den zahlreichen schwachen Teil ausbeutet und beherrscht, wie die Schichtung und Gliederung innerhalb jedes dieser Teile beschaffen ist und wie sie sich verändert – das bildet den eigentlichen Inhalt dessen, was wir die Geschichte der Menschheit nennen. All die Ereignisse und Tatsachen, welche die Historiker uns erzählen, sind nur die äußeren Erscheinungsformen, die diese großen, ununterbrochen vor sich gehenden Umwälzungen für unsern Verstand und für unser Auge annehmen. Wir sehen Blasen aufsteigen, wenn Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zerlegt wird; wir sehen Feuer, wenn der Kohlenstoff sich unter Licht- und Wärmeerscheinungen mit dem Sauerstoff verbindet, und wir sehen Kriege, Reformationen und Revolutionen, wenn, infolge einer Veränderung der Bedingungen des Lebenserwerbs, eine neue Klasse aus dem Kreise der Schwachen zu dem der Mächtigen sich emporringt. (Elisabeth Luzatto in „Sozialistische Bewegungen und Systeme bis 1848“.) [14]

Die Teuerung bei uns und anderswo.

Die Preise der Waren in verschiedenen Ländern dürfen nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden, weil niemals sicher ist, dass die gleiche Benennung auch überall die gleiche Qualität bezeichnet, und weil außerdem die gleiche Ware im Haushalt der verschiedenen Völker nicht die gleiche Bedeutung hat. So ist z.B. Schweinefleisch in England vielfach teurer als in Deutschland. Man darf aber daraus nicht schließen, dass der Engländer teurer lebt als der Deutsche, denn in England wird viel weniger Schweinefleisch, dafür aber viel mehr Hammelfleisch gegessen. Dagegen gibt es ein Mittel, nicht die Preise, wohl aber die *Preissteigerung* verschiedener Länder miteinander zu vergleichen, vermöge der sogenannten Indexziffern. Diese geben nicht an, wieviel die Waren kosten, wohl aber, um wieviel sie im Lauf der Zeit teurer geworden sind. Nun hat kürzlich das englische Handelsministerium ein Blaubuch herausgegeben, worin nach dieser Methode die Preissteigerungen der Nahrungsmittel in den wichtigsten Ländern nebeneinandergestellt sind. Es haben sich danach die Nahrungsmittel verteuert in der Zeit von 1900 bis 1911 bzw. 1912 in:

Kanada	1912	51 Proz.
Ver. Staaten	1911	39 Proz.

Japan	1911	38 Proz.
Ungarn	1911	37 Proz.
Australien	1912	35 Proz.
Belgien	1912	32 Proz.
Deutschland	1912	30 Proz.
Holland	1912	23 Proz.
Russland	1911	21 Proz.
Italien	1912	20 Proz.
Norwegen	1912	19 Proz.
Neuseeland	1911	16 Proz.
Großbritannien	1912	15 Proz.
Frankreich.	1912	15 Proz.

Um diese Preissteigerungen in ihrer vollen Bedeutung erfassen zu können, wäre es ja wünschenswert zu wissen, wie hoch die Preise der Nahrungsmittel im Jahre 1900 waren. Es macht natürlich einen großen Unterschied, ob es niedrige oder hohe Preise waren, die z.B. in Kanada der Aufschlag um mehr als die Hälfte getroffen hat. Steigert man eine Ware, die 10 Mk. kostet, um 50 Proz., so macht das 5 Mk. Zuschlag aus; dagegen $33\frac{1}{3}$ Proz. auf eine Ware, die 60 Mk. kostet, machen 20 Mk. Zuschlag aus. Doch sind die Preise des Jahres 1900 leider nicht angegeben.

Zur Beachtung!

Da die Nr. 1 unserer Zeitschrift von allen Seiten nachverlangt wird, haben wir uns entschlossen, sie noch einmal drucken zu lassen und bitten alle Empfänger der „Lichtstrahlen“, uns recht bald mitzuteilen, wieviel Exemplare sie davon zum üblichen Preise haben wollen. [15]

Autorität

Der Geist von Zabern geht um. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, wissen unsere Leser längst aus der Tagespresse, was für eine „Erklärung“ der Berliner Polizeipräsident in der „Kreuzzeitung“ veröffentlicht hat. Da aber Tagesblätter nicht aufbewahrt zu werden pflegen, wollen wir ihren vollen Inhalt hier noch einmal wiedergeben. Unsere weiteren Erörterungen werden zeigen, weshalb uns die dauernde Erhaltung dieses Dokuments dringend notwendig erscheint. Zunächst also sein Wortlaut:

„Militärische Übungen sind Akte der Staatshoheit. Werden ihnen Hindernisse bereitet, wie in Dettweiler, so gilt für deren Beseitigung das gleiche. Strafverfolgung wegen eines Aktes der Staatshoheit ist unzulässig, ein selbstverständlicher Rechtsgrundsatz, der übrigens im § 7 des preußischen Gesetzes, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen vom 13. Februar 1854 (Gesetzsammlung S. 86) für Beamte auch ausdrückliche Anerkennung gefunden hat. Also durfte gegen den Leutnant v. Forstner Anklage nicht erhoben werden, geschweige denn Verurteilung erfolgen. Anscheinend hat das Gericht erster Instanz diesen Gesichtspunkt nicht geprüft, die Berufungsinstanz wird ihn der Beratung vorweg zugrunde zu legen haben. Wäre die Rechtslage anders, so bedürfte sie schleunigster Änderung. Denn wenn unsere Offiziere, noch dazu solche, die fast in Feindesland stehen, die Gefahr einer custodia inhonesta (nichtehrenvoller Haft) laufen, weil sie für Ausübung des königlichen Dienstes freie Bahn schaffen, dann erwächst dem vornehmsten Berufe Schande. Ein sie schützendes Reichsgesetz, nachgebildet dem genannten preußischen Gesetze, wäre dann dringende politische Notwendigkeit.

Dr. jur. v. Jagow.“

Dies sagt Herr v. Jagow einem Kriegsgericht, weil es dem Leutnant v. Forstner, der zu Dettweiler im Elsass einen lahmen Schuhmacher mit dem Säbel verwundet hatte, 43 Tage Gefängnis zudiktierte.

Eine fast schon begrabene Sache wird dadurch aufs Neue hochaktuell. Denn aus diesem Dokument spricht der Geist von Zabern schier noch stärker als aus den Ereignissen im Elsass selbst. Welches [1] ist dieser Geist von Zabern? Es ist der Geist der Autorität, jener Geist, der da will, dass jeder „Nachgeordnete“ sich zu ducken hat, wenn eine Autorität es befiehlt. Der Geist des Herrschens für die „Höheren“, der Geist der Unterordnung und des stummen Gehorsams für die Massen.

Man glaube nicht, dass dies ein neuer Geist sei. O nein, er ist schon sehr alt. Er hat das ganze Mittelalter hindurch regiert, und in der modernen Zeit durchzieht er unser ganzes Staatsleben, er ist der vornehmste Grundsatz „staatserhaltender“ Politik. Und deshalb wird auch denen, die ihn vertreten, kein Härchen gekrümmt werden, mag ihr Auftreten nun mit dem Wortlaut der Gesetze vereinbar sein oder nicht. Was gestern in Zabern geschah, ist heute in Berlin möglich. Wer noch daran zweifelte, dem hat's der Berliner Polizeipräsident jetzt eindringlich zu Gemüte geführt. Jedoch wer die Grundlagen unseres Staates, wer die Grundlagen „staatserhaltender“ Politik kennt, der konnte schon sowieso nicht daran zweifeln.

Denn worauf beruht unser Staatsleben? Auf der Abhängigkeit und Unselbständigkeit der Volksmassen. Verschafft den Massen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit, bringt sie so weit, dass sie wollen, was ihnen selbst frommt, und dass sie tun, was sie wollen – und im selben Augenblick ist es mit dem Klassenstaat vorbei. Deshalb ist im Klassenstaat nichts so heilig wie die Autorität. Wer sich irgendwie gegen die Autorität auflehnt, wer sich eine selbständige Tat erlaubt, ja wer auch nur dem gegebenen Befehl nicht nachkommt, der ist ein Verbrecher, und der Leutnant hat das Recht, ihm mit dem Säbel über den Kopf zu schlagen. Das bescheinigt der Berliner Polizeipräsident, und der muss den Geist der Gesetze doch kennen.

Er kennt ihn auch ganz genau und legt ihn richtig aus, wenn auch gewisse liberale Blätter sich in dem Augenblick, da wir dies schreiben, noch förmlich überschreien im Schelten gegen Herrn v. Jagow. Haben sie nicht ebenso geschrien gegen den Kriegsminister, gegen den Reichskanzler? Doch schon nach 14 Tagen, da war das Lärmen aus. Stand nicht am 3. Dezember in der „Frankfurter Zeitung“ zu lesen: „Der Reichstag hat jetzt die Pflicht, die Etatsberatung so lange zu verweigern, bis die Ursache des Missbilligungsvotums beseitigt ist“? Und wurde das nicht mit jubelnder Zustimmung von wohl sämtlichen „führenden“ Organen des Liberalismus nachgedruckt? Die Ursache des Missbilligungsvotums, das war der Reichskanzler. Er machte sich nichts draus, und – dem Reichstag ist es im Traum nicht eingefallen, die Etatsberatung zu verweigern oder auch nur ernstlich den Rücktritt des Herrn Bethmann Hollweg zu fordern. Genau so wird es diesmal gehen. Geht doch schon jetzt das Geschelte der liberalen Blätter um den [2] Kern der Sache herum, wie die Katze um den heißen Brei. Nur Äußerlichkeiten werden dem Herrn v. Jagow vorgeworfen: dass er in ein schwebendes Gerichtsverfahren eingreife, dass er die Gesetze nicht kenne oder nicht richtig auslege, dass er nicht den rechten Takt besitze. Als ob es darauf ankäme! Die Hauptsache ist doch, dass er den Berlinern unzweideutig ankündigt: im vorkommenden Fall machen's meine Schutzleute ebenso wie der Leutnant von Forstner! *Das* ist des Pudels Kern in seiner Erklärung, und *hierzu* muss sich äußern, wem es ernst ist mit seinem Protest.

Dazu aber schweigen die Liberalen. Und deshalb prophezeien wir: ihre „Entrüstung“ wird noch nicht mal so lange anhalten, bis diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen. Sie werden sich mit Herrn v. Jagow ebenso schnell aussöhnen, wie sie sich mit Herrn v. Bethmann Hollweg ausgesöhnt haben.

Sie wissen auch genau, warum. Liegt doch der Geist der Autorität noch mehr in ihrem Interesse als in dem der Konservativen. Wo bliebe der Besitz, wo bliebe das Kapital, wo bliebe der Profit, wenn die Massen nicht in Unterwürfigkeit gehalten würden! Deshalb ist es eine Irreführung, wenn ein großes liberales Blatt dieser Tage schrieb: auf der einen Seite stehe das ganze deutsche Bürgertum und auch die klassenbewussten Arbeiter. Die Arbeiter sind kein Anhängsel des Bürgertums. Sie gehen ihre eigenen Wege. Eigene Erkenntnis, eigenes Wissen, eigene Selbständigkeit werde sie erringen, damit sie hohnlachen können aller Autorität, die sie zur Unselbständigkeit zwingen will. Das ist der Weg, aber auch der einzige, auf dem der Geist von Zabern besiegt werden wird.

Kapital und Presse.

Von Konrad Haenisch.

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den

Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“ Genau 66 Jahre sind verflossen, seit diese Sätze von Karl Marx und Friedrich Engels im Kommunistischen Manifest niedergeschrieben wurden. Ein Berufszweig ist dabei nicht erwähnt: der des Zeitungsmannes. In der Tat war in den 1840er Jahren die bürgerliche Presse, besonders in Deutschland, noch nicht zu einem bedeutungsvollen Instrument kapitalistischer Interessen geworden. Galt es doch damals, im Kampfe gegen die Mächte der Feudalgesellschaft überhaupt erst Zustände zu schaffen, die es der bürgerlichen Presse ermöglichten, ihren kapitalistischen Beruf zu erfüllen! Und in [3] diesem Kampfe, der sich natürlich ideologisch verkleidete als ein Kampf für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, fiel den verhältnismäßig wenigen bürgerlichen Pressorganen eine führende Rolle zu. Verfolgt von den Machthabern, gepeinigt von der Zensur fühlten sich die meisten bürgerlichen Pressleute von damals in der Tat als tapfere Ritter vom Geiste, deren heilige Aufgabe es sei, einer neuen, freieren Gesellschaftsordnung eine Gasse zu brechen.

Lang, lang ist's her! Der *entwickelte* Kapitalismus hat auch vom Haupte des Zeitungsmannes den Glorienschein gerissen. Aus dem wackeren Streiter für „Wahrheit und Recht“ hat er den Lohnarbeiter des geldhungrigen Verlegers und den Soldknecht kapitalistischer Interessen gemacht. Einige Tatsachen der jüngsten Zeit mögen das beweisen.

Am vorletzten Tage des zweiten Krupp-Prozesses hat der königlich preußische Major a. D. Wangemann vor Gericht angegeben, literarisch für die Firma Krupp tätig zu sein, und zwar gegen ein festes Monatsgehalt von vierhundert Mark. Dagegen wäre nicht das mindeste einzuwenden, wenn die Welt gewusst hätte, dass man es in Herrn Wangemann mit einem bezahlten Reklameschreiber der Firma Krupp zu tun habe. Davon aber war nach der Erklärung des angeklagten Kruppdirektors Eccius nicht die Rede. Wangemann sollte vielmehr in seiner Eigenschaft als „bekannter Militärschriftsteller“ der Firma Krupp „gewissermaßen auf Anruf zur Verfügung stehen, wenn wir einen Artikel in die Zeitungen bringen wollten“. Wangemann sollte „seinen ausgedehnten journalistischen Verkehr in unserem Sinne ausnutzen“. Das heißt: Wangemann sollte unter der Maske des unabhängigen Fachmannes in der Presse die Interessen der Firma Krupp wahrnehmen. Herr Wangemann selbst gab, wie gezeigt, diesen Tatbestand zu und nannte dabei seine Beziehungen zur Firma Krupp „kristallklar“. Die bürgerliche Presse aber nahm fast ausnahmslos diese Dinge stillschweigend zu den Akten.

Ein zweiter Fall: In einer wissenschaftlichen Streitfrage mit dem Professor Heubner in Göttingen erklärte kürzlich der bekannte Professor G. Klemperer-Berlin, er habe die Beweise dafür in den Händen, dass von Seiten der Großindustrie versucht werde, auch den redaktionellen Teil bedeutender ärztlicher Kommunikationsorgane in ihrem Sinne zu beeinflussen. Auch diese Behauptung ist ebenso wenig ernsthaft bestritten worden und hat ebenso wenig Verwunderung hervorgerufen, wie die andere durch zahlreiche Belege erhärtete Tatsache, dass viele Ärzte besoldete Kreaturen gewisser großindustrieller Arzneifabriken sind, deren Interessen sie gegen Bezahlung in der Tagespresse und in Fachzeitschriften vertreten. Dies zeigt, wie die kapitalistische Durchseuchung auch die „wissenschaftliche“ Presse der Bourgeoisie bereits ergriffen hat.

Ein drittes Beispiel: Auf dem internationalen Kongress zur Bekämpfung des Alkoholismus, der vor einigen Wochen in Mailand stattfand, gab der *Professor August Forel*, ein Gelehrter von Weltruf, ein anschauliches Bild über die Abhängigkeit der deutschen bürgerlichen Presse vom *Alkoholkapital*. Die konservative und klerikale Presse Deutschlands, so führte Forel aus, stände fast durchweg in den Diensten der Spirituszentrale. Aber das Alkoholkapital habe es verstanden, sich auch die liberalen Organe der verschiedenen Schattierungen dienstbar zu

machen. Besonders seien die großen bürgerlichen Blätter Berlins mit ihren Riesenauflagen fast ohne Ausnahme vom Brauereikapital abhängig. Angesehene bürgerliche Wochenschriften und Monatsrevuen würden in der Weise gekauft, dass in der Form eines ungeheuerlich überbezahlten Inseratenauftrages dem Verlag ein bedeutendes Jahresfixum in bar zur Verfügung gestellt werde – natürlich gegen bestimmte Bedingungen in der redaktionellen Haltung des Blattes. Obendrein sei es üblich, den leitenden Redakteuren solcher Blätter größere „Weihnachtsgeschenke“ zu machen. Auch diese Behauptungen sind, soweit wir gesehen haben, in ernsthafter Weise nirgends bestritten worden.

Ein vierter Fall aus der jüngsten Vergangenheit betrifft die Bestechung bürgerlicher Journalisten zugunsten des im *Flugwesen* angelegten Kapitals; hierüber haben zwei Leute „vom Bau“ selbst, die Herren Albert Greven und Artur Müller, Broschüren veröffentlicht, in denen – unter Nennung von Namen – schwere Anschuldigungen auf dem Gebiete der Presskorruption erhoben wurden. Auch in diesem Falle haben wir von einem gerichtlichen Verfahren, in dem etwa der Versuch gemacht worden wäre, diese genau substantiierten Anklagen zu widerlegen, nichts gehört.

Als fünfter Fall aus den letzten Monaten seien die Veröffentlichungen über die Beziehungen der großen transatlantischen Schifffahrtsgesellschaften zur bürgerlichen Presse Deutschlands erwähnt. Man wunderte sich über das Schweigen fast der ganzen bürgerlichen Presse Deutschlands zu der Skandalaffäre der wehrpflichtigen österreichischen Auswanderer, einer Affäre, in deren Mittelpunkt die Hamburg-Amerika-Linie stand. Man wunderte sich – bis der Wortlaut eines zwischen den Schifffahrtsgesellschaften abgeschlossenen und „in langjähriger Praxis bewährten“ Vertrages bekannt wurde, nach dem von keiner der beteiligten Gesellschaften „eine Zeitung unterstützt“ werden darf, die auch nur eine der Linien „systematisch angreift“. Woraus dann nur allzu deutlich zu ersehen war, warum Deutschlands bürgerliche Presse in diesem Skandal – wie in früheren – so hartnäckig geschwiegen hat. [5]

Als sechster und letzter Fall sei für heute die famose „Sanierung“ des „Berliner Lokalanzeigers“ durch rheinische Großindustrielle erwähnt, eine Sanierung, bei der bekanntlich kein Geringerer als der Reichskanzler von *Bethmann Hollweg* Hebammdienste geleistet hat. Welchen Zweck die kühl rechnenden Großkapitalisten des Westens mit dieser Hergabe bedeutender Geldsummen verfolgt haben, wird den Lesern klar werden, wenn sie hören, dass über die politische und sozialpolitische Haltung des Blattes nicht etwa seine Redaktion, sondern der sogenannte „Verwaltungsausschuss“ des Scherlschen Verlagsunternehmens zu bestimmen hat, in dem den Geldgebern ein maßgebender Einfluss eingeräumt ist. Zu diesen Geldgebern gehören neben den erwähnten Kreisen der rheinisch-westfälischen Großindustrie u. a. mehrere Großbanken (Diskontogesellschaft, Allgemeine Kreditanstalt in Leipzig, Mitteldeutsche Kreditbank, Barmer Bankverein usw.) sowie zahlreiche einzelne Großkapitalisten aus Berlin, Sachsen und Thüringen.

Das sind nicht weniger als *sechs* Vorgänge allein aus den letzten Wochen und Monaten. Aus jedem der letzten Jahre könnten wir mit Leichtigkeit ebenso viel und mehr Fälle ganz ähnlicher Art anführen: die Mappen, in denen wir seit reichlich zwei Jahrzehnten alle diese hierhergehörenden Dinge sammeln, haben einen fast beängstigenden Umfang angenommen. Wobei natürlich nicht vergessen werden darf, dass das, was zufällig bekannt wird, immer nur ein ganz verschwindender Bruchteil dessen ist, was wirklich vorgeht.

Vergleichen wir übrigens das von uns gesammelte Material aus dem Anfang der neunziger Jahre (Börsenenquete!) und auch noch aus der Zeit um die Jahrhundertwende herum

(Pommernbankprozess!) mit diesen neuesten Fällen, so ist ein Unterschied ganz unverkennbar: damals empfanden weite bürgerliche Kreise derartige Enthüllungen noch als einen Skandal und ihre Presse versuchte abzuschwächen und zu beschönigen, sie versuchte wohl auch, soweit sie gerade einmal nicht direkt beteiligt war, sittliche Entrüstung vorzutäuschen. Heute erleben wir von alledem nichts mehr. Der Skandal ist zum Alltagsding, das Unerhörte zum Gewöhnlichen geworden. Wir Sozialisten brauchen uns über diese zunehmende Gleichgültigkeit nicht zu grämen; ist sie doch ein Gradmesser dafür, wie weit der Fäulnisprozess am Körper der bürgerlichen Gesellschaftsordnung schon fortgeschritten ist. [6]

Die Religion im Klassenkampf.

Das Christentum ist seinem Wesen und Ursprung nach eine Religion der Armen. Die ganze Sittenlehre des Christentums, die doch sicherlich zu seinem Kern gehört, dreht sich um die soziale Frage, das heißt um die Frage, wie die Menschen von der Armut erlöst werden können. Es sind im Grunde nur zwei sittliche Gebote, die das Evangelium immer und immer wieder den Gläubigen einschärft, nämlich erstens der Grundsatz der allgemeinen Gleichheit und Brüderlichkeit, sodann der Grundsatz, dass nur die Arbeit ein Anrecht gibt auf Leben und Lebensgenuss. Das Evangelium des Matthäus (Kap. 20, Vers 25 – 26) erzählt, dass Jesus den Jüngern gesagt habe: „Ihr wisset, dass die weltlichen Fürsten herrschen und die Oberherren haben Gewalt. So soll es nicht sein unter Euch“. Einer der schwersten Vorwürfe, den Jesus den Pharisäern und Schriftgelehrten machte, war der, dass sie sich mehr dünkten als andere Leute. „Sie sitzen gern obenan bei Tische und im Tempel; sie haben es gern, dass sie begrüßet werden auf dem Markt und von den Menschen Meister genannt werden. Aber Ihr sollt Euch nicht lassen Meister nennen, denn einer ist Euer Meister, Christus; Ihr aber seid alle Brüder“. (Matth. 23, 6 – 10.)

Insbesondere soll keine Ungleichheit des Besitzes bestehen. Mit dem Aufwand seiner ganzen Kraft bekämpfte Jesus den Mammon. Reiche darf es nach der Lehre des Christentums nicht geben. Es wird das allerdings heutzutage in Schule und Kirche gewöhnlich anders dargestellt; es wird uns dort gesagt, dass ein Reicher von seinem Reichtum einen guten, Gott wohlgefälligen Gebrauch machen solle. Aber davon ist in den Evangelien nichts zu finden. Nach deren Gebot muss ein Reicher seinen Besitz schleunigst von sich tun, wenn er nicht der ewigen Verdammnis verfallen will. „Jesus aber sprach zu seinen Jüngern: Wahrlich, ich sage Euch, ein Reicher wird schwerlich ins Himmelreich kommen. Und weiter sage ich Euch: Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme“. (Matth. 19, 23 – 24.) Da steht nichts davon, dass ein Reicher etwa durch gute Werke sich das Himmelreich dennoch erkaufen könne. Und wie furchtbar klingt der Spruch der Verdammnis im Evangelium des Lukas (Kap. 6, Vers 20 – 25): „Selig seid Ihr Armen, denn das Reich Gottes ist Euer. Selig seid Ihr, die Ihr hier hungert, denn Ihr sollt satt werden. Selig seid Ihr, die Ihr hier weinet, denn Ihr werdet lachen ... Aber dagegen wehe Euch Reichen, denn Ihr habt Euren Trost dahin. Wehe Euch, die Ihr voll seid, denn Euch wird hungern. Wehe Euch, die Ihr hier lachtet, denn Ihr werdet weinen und heulen!“ Es ist klar, dass das Christentum den Reichtum an [7] sich als Sünde erklärt, dass nach dem Gebot seiner Stifter niemand reich sein darf. Arm zu werden, allen Reichtum und Besitz von sich zu tun, war das erste, was denen aufgegeben wurde, die der christlichen Gemeinschaft beitreten wollten.

Wie aber ist ein Leben möglich ohne Besitz und Reichtum, ohne Unterschied des Vermögens? Offenbar nur bei Entäußerung von allem Privatbesitz überhaupt, das heißt bei Gütergemeinschaft. Diese wurde denn auch von den Aposteln geboten und von den ersten

Christengemeinden durchgeführt. „Die Menge aber der Gläubigen,“ erzählt die Apostelgeschichte (Kap. 4, 32 - 35), „war ein Herz und eine Seele; auch keiner sagte von seinen Gütern, dass sie sein wären, sondern es war (gehörte) ihnen alles gemeinsam. Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte. Denn wie viele ihrer waren, die da Äcker oder Häuser hatten, verkauften diese und brachten das Geld des verkauften Gutes und legten es zu der Apostel Füßen. Und man gab einem jeglichen, was ihm not war.“

Gleichheit an Rang und Stand, Gleichheit des Besitzes, Gütergemeinschaft, das sind die grundlegenden Sittengebote des Christentums. Aus ihnen folgt von selbst, dass jeder arbeiten soll. „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen.“ (2. Brief des Paulus an die Thessalonicher, Kap 3, Vers 10.)

Natürlich ist hiermit nicht das ganze Wesen des Christentums gegeben, sondern nur ein Teil, gewissermaßen die Hälfte. Außerdem gehört dazu der Glaube an Gott in der speziell christlichen Form, wie wir sie aus dem Religionsunterricht kennen. Beides zusammen, die Sittenlehre und der Glaube an Gott Vater, Sohn und heiligen Geist, machen das Christentum aus. Es besteht somit aus einem sozialen Teil und einem religiösen Teil. Keinen von beiden darf der vernachlässigen, der den Lehren des Christentums treu bleiben will.

Im Laufe der Zeit hat sich jedoch innerhalb der christlichen Kirche eine eigentümliche Wandlung vollzogen. Betrachtet man das Christentum in der Form, die ihm seine heutigen Vertreter geben, so sind die sozialen Lehren ganz in den Hintergrund getreten, der Glaube an Gott allein und die von ihm gebotene Unterordnung werden betont. Von einer Bekämpfung des Reichtums findet man heute nichts mehr in der christlichen Kirche. Freilich, jene Stellen des Neuen Testaments, die wir angeführt haben, sind nicht abzustreiten, aber sie werden anders ausgelegt. „Nicht die Not des Groschens, sondern die Not des Herzens will das Christentum heilen“, sagte ein Pfarrer der orthodoxen Richtung. Und ganz ebenso ließen sich die Liberalen auf einem christlich-sozialen Kongress vernehmen: „Nicht die Sättigkeit, sondern die Sittlichkeit will das Christentum bringen“. Ein so hervorragender Vertreter des Christentums wie der Hofprediger Stöcker musste 1892 eingestehen, [8] dass die Kirche ihre soziale Aufgabe völlig aus dem Auge hat und dass sie erst durch den Sozialismus auf die soziale Frage aufmerksam gemacht werden musste. Und als dann einige evangelische Pastoren begannen, sich um die sozialen Zustände und das soziale Elend zu kümmern, da erging 1895 ein Erlass des Oberkirchenrats zu Berlin, der ihnen das verbot.

Warum diese Schwenkung bei den Vertretern des Christentums? Das ist nicht allzu schwer einzusehen. Die sozialen Lehren, die den Reichtum und das Privateigentum verdammen, sind mit den bestehenden Zuständen in Staat und Gesellschaft nicht zu vereinbaren. Sie sind umstürzlerisch, revolutionär. Die Kirche aber hat ihren Frieden mit den bestehenden Mächten gemacht. Anstatt den Reichtum zu bekämpfen und den Armen Erlösung zu bringen, ist sie eine Staatsstütze geworden; sie predigt Demut und Zufriedenheit, sie lehrt, dass die bestehenden Zustände von Gott seien und dass der Mensch sich dagegen nicht auflehnen dürfe. Sie bewährt sich so als „staatserhaltende“ Macht, die mithilft, die Herrschaft des Kapitals, die Herrschaft des Reichtums zu erhalten und zu schützen. Es ist so weit gekommen, dass der schweizerische Pfarrer Kutter (in seinem Buche „Sie müssen“) mit Recht der Kirche zurufen konnte: „Ich glaube fast, Euer Christentum ist ein Christentum der Reichen und nicht der Armen. Aber dann darf es sich nicht auf Jesum berufen, denn Jesus hat den Armen das Evangelium gepredigt.“

Zu einer Waffe im Klassenkampf hat man so die Religion gemacht.

Soziale Kämpfe in der deutschen Vergangenheit.

Dass die Klassenkämpfe die eigentliche Triebfeder aller Geschichte bilden, ist ein von Karl Marx aufgestellter Satz, dessen Wahrheit jede eindringliche Beschäftigung mit der Geschichte dartut. Die wirtschaftlichen Bedürfnisse, das heißt die Notwendigkeit des Nahrungserwerbs, beschäftigen die Menschen unausgesetzt. Aus der Art, wie sie diese Bedürfnisse befriedigen, ergeben sich ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, z.B. ihre Eigentumsordnung, die Einrichtung von Landwirtschaft, Gewerbe, Handel usw. Nach den wirtschaftlichen Verhältnissen ordnen sich die Menschen in verschiedene soziale Klassen, und die andauernde Umbildung und Neubildung dieser Klassen macht die eigentliche geschichtliche Entwicklung aus und ruft jene mannigfaltigen Kämpfe hervor, die uns als geschichtliche Ereignisse ins Auge fallen. [9]

Betrachten wir z.B. die Geschichte des deutschen Volkes, so liefert sie auf jeder Seite den Nachweis für die Richtigkeit jener Auffassung. In den Jahrhunderten der Völkerwanderung können wir bereits mit aller Deutlichkeit beobachten, wie das wirtschaftliche Bedürfnis die Deutschen zwang, zu einem anderen Nahrungserwerb überzugehen, nämlich zur Landwirtschaft. Damit änderten sich die gesamten Lebensverhältnisse. Früher waren die Deutschen in unaufhörlicher Wanderung begriffen. Das ging auch nicht anders, solange sie fast ausschließlich von Jagd und Krieg lebten. Aber der steigenden Volkszahl konnte das auf die Dauer nicht genügen. Man musste dem Boden durch regelmäßige Bearbeitung mehr abgewinnen. Das setzte dem Wanderleben ein Ziel, die feste Ansiedelung beginnt, und so führt schon das Zeitalter der Völkerwanderung seinen Namen nicht mehr mit vollem Recht. Man darf sich das nicht so vorstellen, als wenn damals alle deutschen Stämme ruhelos weitergestürmt wären. Zumal bei den Franken, aus denen das eigentliche deutsche Volk hervorgegangen ist, sind nicht wenige überhaupt ruhig sitzen geblieben, oder es sind ihre Siedelungen im alten Zustand an andere Germanen übergegangen. Nach der Völkerwanderung jedenfalls, also spätestens im 6. Jahrhundert, sind die Franken ein Volk richtiger, sesshafter Bauern geworden.

Die dauernde Bearbeitung des Bodens führte zum Privateigentum, und zwar, wie es scheint, zunächst am Hause. Die leichten Zelte oder Hütten hatten in der Wanderungszeit zur Fahrhabe gehört; wie man heutzutage Möbel und Kleider von einem Ort zum andern mitnimmt, so damals die ganze Behausung. Als man nun bei dauernder Sesshaftigkeit die Häuser dauerhafter anlegte, entwickelte sich die Rechtsvorstellung, dass nicht nur – wie bisher schon – das Haus, sondern auch der Grund, auf dem es stand, dem Besitzer zu eigen gehörte. Dazu natürlich auch bald die Hofstatt, d.h. das Grundstück, soweit es unmittelbar das Haus umgab und zu dessen Bewohnbarkeit unentbehrlich war. Sehr lange, viele Jahrhunderte hat es dagegen gedauert, bis auch das gesamte Ackerland als Eigentum dessen galt, der es bearbeitete. Viehweide und Waldnutzung jedoch blieben so ziemlich das ganze Mittelalter hindurch Gemeineigentum, wie sie es ja zum Teil heute noch sind.

Im 6. Jahrhundert war die Entwicklung zum Privateigentum des Ackerlandes abgeschlossen. Freilich darf man nicht vergessen, dass das gesamte Ackerland nur erst einen sehr kleinen Bruchteil des vorhandenen Landes ausmachte. Ungeheure Strecken waren noch vom Urwald bedeckt, unbewohnt, unbearbeitet und deshalb Gemeineigentum des gesamten Volkes oder vielmehr – da jetzt der König als Vertreter des Volkes angesehen ward – Eigentum des [10] Königs. Dazu kam, dass in den eroberten Gebieten des ehemaligen Römischen Reiches, in Gallien (dem heutigen Frankreich), der König die Erbschaft der römischen Kaiser angetreten hatte. Es gehörten ihm also die gewaltigen Ländereien, die einst durch Konfiskation oder sonst wie in den Besitz der römischen Kaiser gelangt waren. Aber das, was der einzelne freie Bauer

mit seiner Familie bearbeitete, gehörte nunmehr ihm. Es konnte nicht fehlen, dass sich hieraus mit der Zeit Unterschiede des Besitzes, Reichtum und Armut ergaben. Und der Reiche galt allmählich als höher stehend als der Arme; soziale Unterschiede entstanden so.

Doch waren sie noch geringfügig. Zu einer wirklichen und deutlichen Klassenscheidung führte erst die große Grundherrschaft. Die gewaltigen Ländereien, die wie erwähnt, den Königen gehörten, erforderten, soweit sie angebaut waren, eine geordnete Verwaltung. Dies umso mehr, als die Könige von deren Erträgen leben mussten. Sonstige Einkünfte hatten sie nicht. Dazu waren Beamte nötig. Weiter brauchten die Könige in ihren unaufhörlichen Kriegen tüchtige Heerführer, und endlich waren Beamte für die laufenden Staatsgeschäfte erforderlich. Alle diese Beamten mussten besoldet werden. Nun war aber die Geldwirtschaft, die im Römischen Reich bereits hochentwickelt gewesen, wieder vollständig verschwunden. Es gab also keine andere Möglichkeit, die Beamten zu besolden, als durch Zuweisung von Grundbesitz. Den hatten ja die Könige in überreichem Maße zur Verfügung, und sie machten davon Gebrauch. „Ganze Quadratmeilen Landes“, berichtet Lamprecht,⁵ „verschenkten sie an Große, deren Anhänglichkeit ihnen wertvoll erschien.“ Ungeheure Besitztümer wurden so geschaffen. Auch die Kirche brachte damals und in späteren Jahrhunderten riesigen Landbesitz an sich. Ein Besitz von 8000 bis 18 000 Morgen in geistlichen Händen war die Regel, und selbst „kleine“ Laiengüter umfassten selten weniger als 3000 Morgen.

Wirtschaftlich ist die große Grundherrschaft von unermesslicher Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Volkes gewesen. Nicht die freien Bauern, die auf ihrer Hufe saßen und allein oder nur mit ihrer Familie das Feld bearbeiteten, brachten den wirtschaftlichen und damit den historischen Fortschritt, sondern die große Grundherrschaft brachte ihn.

Da nämlich der so beschenkte Grundherr von den Erträgen seines Grundbesitzes leben sollte, so musste er natürlich für dessen Bebauung Sorge tragen. Unmöglich konnte er allein ihn bearbeiten, sondern dazu musste eine weitverzweigte Organisation geschaffen werden. Der Gutsherr siedelte auf seinem Grund und Boden kleine Leute an; er gab ihnen so viel Land, dass sie von dessen [11] Bearbeitung leben konnten. Dafür übernahmen sie zwei Verpflichtungen: sie mussten von den Erträgen ihres Gütchens dem Grundherrn Abgaben leisten, und sie mussten auf den Äckern des Herrenhofes selbst unentgeltlich eine gewisse Anzahl Tage im Jahr arbeiten. Sie waren zins- und fronpflichtig. Nun konnte aber der Grundherr persönlich nicht alle diese Zinsen und Fronen beaufsichtigen. Dazu waren die Entfernungen zu groß und die pflichtigen „Grundholden“ zu zahlreich. „So stellte er für jede Gruppe benachbarter Leihbauern eine Empfangsstelle her: eine Hufe ward zu diesem Zweck einem seiner Diener, der nun meist den Namen Meier führte, übergeben; der nahm die Naturallieferungen ein und verrechnete sie dem Herrn, der beaufsichtigte die Leistung der Pflug- und Erntefronen auf dem herrschaftlichen Rottfeld seines Bezirks. Ein Netz von Meiereien breitete sich unter der Zentralstelle aus.“ (Lamprecht.) Man erkennt leicht, dass auf diese Weise die Grundherren nicht nur Bearbeiter ihres Grund und Bodens, sondern auch wehrlose Gefolgsmänner für den Krieg gewannen. Ihre Macht wuchs so bedrohlich neben der Macht des Königs auf.

Dazu kommt aber noch mehr. Auch die Meier mussten beaufsichtigt werden. Außer ihnen gab es bald Jäger und Hirten, Gärtner und Weinbauern, und natürlich auch wieder Anführer für den Kriegsdienst. Eine ausgedehnte Verwaltung entwickelte sich und eine Hofhaltung, die der

⁵ „Deutsche Geschichte“, Bd. II, S. 88; Bd. III, S. 59 ff.

des Königs nachgebildet war. Schon eine mittlere Grundherrschaft musste auf diese Weise bald einen eigenen Staat im Staate bilden, eine große musste mit der Zeit der königlichen Macht mindestens ebenbürtig werden. Sie übertraf sie aber an innerer Festigkeit, da der König zwar über die gesamte Kriegsmannschaft des Reiches gebot, aber doch nur, soweit diese aus ihren weit entlegenen Wohnstätten willig zusammenströmte. Der Grundherr dagegen, auf seinem viel kleineren Raume, hatte seine Mannschaften leichter und straffer beisammen.

So sehen wir, wie die wirtschaftliche Veränderung - der Übergang zur Landwirtschaft - schwerwiegende soziale Veränderungen nach sich zog. Nach Durchführung der großen Grundherrschaft sind eine ganze Reihe verschiedener Klassen vorhanden. An der Spitze des Reiches der König, neben ihm die großen Grundherren, hinter und unter diesen die Klasse der Grundholden, die in sich bereits in herrschaftliche Beamte (sogenannte Ministerialen), Meier und gewöhnliche Bauern sich zu spalten beginnt. Daneben aber existiert um diese Zeit. noch die große Masse des fränkischen Volkes als freie Bauern, die auf ihrer eigenen Scholle sitzen.

Obgleich nun die Grundholden oder - wie sie auch genannt werden - die Hintersassen offenbar von den Grundherren ausgebeutet werden und zwischen ihnen somit ein offener Klassengegen- [12] satz besteht, spielt sich doch der Klassenkampf, der die deutsche Geschichte zunächst weitergebracht hat, nicht zwischen ihnen, sondern zwischen den großen Grundherren und den freien Bauern ab. Dies zu zeigen, soll die Aufgabe weiterer Betrachtungen sein.

Die Kunst der Rede.

Was ist eine Rede? - Überflüssige Frage! Das weiß doch ein jeder: eine Rede ist die Mitteilung eines oder mehrerer Gedanken an andere Personen.

Die Antwort besagt allerdings etwas Selbstverständliches, aber sollte sie wirklich jeder schon gewusst haben? Nach den Proben, die man leider immer noch viel zu häufig von gewissen, „Reden“ erlebt, sollte man es nicht denken. Nehmen wir mal an, es tritt jemand aufs Podium und reiht etwa 1 bis 1½ Stunden lang Sätze aneinander, die in der Form nicht gar zu ungeschickt sind, so wird jeder sagen, er hat eine Rede gehalten, auch wenn vielleicht nicht ein einziger Gedanke darin gewesen ist, wenn er den Hörern effektiv nichts gesagt hat. Allenfalls wird man's eine schlechte Rede nennen, aber eine Rede bleibt's darum doch. Wenn dagegen jemand einen guten und notwendigen Gedanken vorbringt, aber keine längeren Ausführungen darüber zu machen versteht, sondern nur ein paar Worte spricht, und die vielleicht noch in ungeschickte Form, so gilt das allgemein nicht als eine Rede. Daraus folgt, dass man ganz allgemein bei dem Wort „Rede“ das Erfordernis, Gedanken mitzuteilen, *nicht* stellt, sondern das Wesen der Rede nur in der Äußerlichkeit, in der Form erblickt.

Das ist nun ein Fehler von großer praktischer Tragweite. Er hat viele Diskussionen geradezu vergiftet. Nicht selten findet man in Versammlungen „Redner“, die, wie man zu sagen pflegt, sich selbst gern hören, während für alle anderen das Zuhören eine Qual ist. Woran liegt das? Daran, dass sie die Zeit mit Worten ausfüllen, ohne Gedanken. Aber wir haben kein Recht, ihnen übertriebene Vorwürfe zu machen, denn sie begehen nur denselben Fehler wie die meisten Zuhörer auch; sie vergessen, dass die Rede ein Mittel ist, um Gedanken mitzuteilen; sie glauben, man könne auch reden, wenn man gar keine Gedanken mitzuteilen hat!

Halten wir das fest, so ergibt sich daraus bereits die erste Grundregel der Redekunst. Sie lautet: man darf nur reden, wenn man wirklich etwas zu sagen hat. Sonst muss man den Mund

halten. Und der Anfang aller Redekunst ist die *Kunst des Schweigens*. Wer sie nicht erlernt, wird nie ein guter Redner werden. [14]

Daraus folgt, dass man nur über Dinge reden darf, die man gründlich kennt, und von denen man überdies Grund hat anzunehmen, dass man etwas darüber zu sagen hat, was den Hörern noch unbekannt ist. Oder mit anderen Worten: dass man mehr darüber weiß als die Hörer. Somit ist die Vorbedingung alles Redens ein gründliches Wissen.

Natürlich ist damit das Wesen der Rede noch nicht erschöpft. Auch auf die Form kommt es an. Der Redner muss es verstehen, seine Gedanken so auszudrücken, dass sie nicht nur von den Hörern verstanden werden, sondern dass sie auf die Hörer auch den beabsichtigten Eindruck machen. Redner also ist jemand, der es versteht, seine Gedanken den Hörern in geeigneter Form mündlich mitzuteilen.

Wie die Form der Rede sein soll, darüber lassen sich allgemeine Regeln nicht aufstellen, denn das hängt wesentlich von dem besonderen Zweck der Rede ab. – Neben dem allgemeinen Zweck nämlich, der darin besteht, anderen Leuten Gedanken mitzuteilen, hat jede Rede noch einen besonderen Zweck. Sie kann sich an das Gefühl der Hörer wenden – z.B. eine Trauerrede, eine Festrede – oder an ihren Willen und ihre Tatkraft, um sie zu flammender Begeisterung, zu drängender Tat aufzurufen – oder endlich an den Verstand, etwa bei der kühlen und nüchternen Erörterung eines wissenschaftlichen Problems. Und es liegt auf der Hand, dass für jeden dieser Zwecke ganz andere Worte, eine ganz andere Form zu wählen sein wird. Auch gibt es innerhalb dieser drei Arten noch zahlreiche Unterarten. Es ist z.B. ganz etwas anderes, ob ein Lehrer sich an den Verstand seiner Schüler wendet, um ihnen längst bekannte und anerkannte Wahrheiten zu übermitteln, oder ob etwa auf einem medizinischen Kongress jemand eine strittige Frage erörtert, über welche die Hörer ein wohl begründetes eigenes Urteil haben.

So viel verschiedene Zwecke eine Rede haben kann, so viel verschiedene Formen gibt es. Alle Formen zu beherrschen, in allen Sätteln gerecht zu sein, ist nur dem Genie gegeben. Der Durchschnittsredner wird gut tun, sich weise Beschränkung aufzuerlegen, und nur solche Formen der Rede zu handhaben, die ihm geläufig sind, zu denen er sich vermöge seines Temperaments, seiner Persönlichkeit, seines Wissens eignet. Wer es nicht versteht, die Herzen der Hörer zu erheben und mit sich fortzureißen, soll nicht als Festredner auftreten; wem nicht anders zu reden gegeben ist als in schwungvollem Pathos, der soll die Erörterung nüchterner Verstandesfragen anderen Leuten überlassen. Der eine wie der andere würde sich an falscher Stelle nur lächerlich machen.

Wenn, wie vorhin erwähnt, die Vorbedingung alles Redens ein gründliches Wissen ist, so darf nun aber derjenige, der solches Wissen sich erworben hat, auch keck zu reden versuchen, ohne allzu [14] ängstlich nach der richtigen Form zu suchen. Nicht selten erlebt man es, dass Redner, die ihre ersten Versuche machen, mit übergroßer Ängstlichkeit nach der rechten Form suchen und darüber überhaupt zu Fall kommen. Allerdings ist auch die Form sehr wichtig für die Rede, aber sie ergibt sich von selbst aus der Persönlichkeit des Redners und aus dem Inhalt seiner Rede. Wenn einer wirklich etwas zu sagen hat, dann findet er schon die geeignete Form. Als Grundregel könnte man da aufstellen: suche überhaupt nicht nach der Form, sondern konzentriere deine gesamte Geisteskraft auf den Inhalt der Rede; bemühe dich einfach, das, was du weißt, zu sagen, dann kommt die passende Form ganz von selbst. Die Form ist nur dann etwas wert, wenn sie ungekünstelt aus der Persönlichkeit des Redners und aus dem Inhalt der Rede hervorwächst. Sobald man sich darauf verlegt, sie zu suchen, fängt die Künstelei an und die Form wird schlecht.

„Ja, eure Reden, die so blinkend sind,
In denen ihr der Menschheit Schnitzel kräuselt,
Sind unerquicklich, wie der Nebelwind,
Der herbstlich durch die dürren Blätter säuselt.“

Jeder soll so reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Es gibt da schlechterdings keine andere Regel, als die Goethe im Faust mit den Worten ausdrückt:

„Es trägt Verstand und rechter Sinn
Mit wenig Kunst sich selber vor;
Und wenn's euch ernst ist, was zu sagen,
Ist's nötig, Worten nachzujagen?“

Auf den Inhalt und allein auf den Inhalt kommt es an. Der Inhalt schafft sich die Form, die er braucht. Ohne Inhalt aber ist die beste Form nichts wert.

„Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen,
Wenn es nicht aus der Seele dringt,
Und mit urkräftigem Behagen
Die Herzen aller Hörer zwingt.
Doch werdet ihr nie Herz zu Herzen schaffen
Wenn es euch nicht von Herzen geht.“

Unsere Einzel-Abonnenten

machen wir noch einmal auf unser *Postscheckkonto Berlin 17 576* aufmerksam. Da wir keine Möglichkeit haben, das Abonnementsgeld einzukassieren, bitten wir sie, den Betrag für ein halbes oder ganzes Jahr auf dieses Konto bei jedem beliebigen Postamt einzuzahlen. Die Einzahlung ist *völlig kostenlos*.

Ende Januar 1914 beginnt in Berlin ein
Nationalökonomischer Vortrags-Kursus

von **Julian Borchardt**, der an 10 Abenden das Thema

==== **Krise und Zukunftsstaat** ====

behandeln wird. Die Vorträge finden statt: jeden **Montag**, vom 26. Jan. bis 30. März in der **Löwenbrauerei, Hochstr 21—24**; jeden **Freitag** vom 30. Jan. bis 3. April bei **Graumann, Naunynstr. 27**; jeden **Donnerstag** vom 29. Jan. bis 2. April bei **Thiel, Steglitz, Albrechtstr. 87**. — Der Inhalt der Vorträge ist in allen drei Lokalen der gleiche. Beginn pünktlich 8½ Uhr abends. Einschließl. einer Pause von 10 bis 15 Minuten dauert der Vortrag bis 10 Uhr, hierauf freie Diskussion. Die Teilnehmerkarte für sämtliche zehn Vorträge kostet **1,50 Mk.** und ist zu haben in den 3 Vortragslokalen; bei Frau Feist, Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 37; bei allen Kolporteuren der „Lichtstrahlen“; bei Fritz Krüger, Muskauerstr. 21 (Tel. Moritzpl., 4121); bei Julian Borchardt, Lichterfelde, Hedwigstr. 1 (Tel. Lichterfelde, 3810).

Die nachstehende Disposition gibt Aufschluß über den leitenden Gedankengang der Vorträge.

I. Die Tatsachen.

Die Arbeitslosigkeit während der Krisenjahre. — Die Arbeitslosigkeit während der „guten“ Jahre. — Der Beschäftigungsgrad. — Vergleich dieser Zahlen in guten und schlechten Jahren.

Die üblichen Erklärungen der Arbeitslosigkeit: Einwanderung ausländischer Arbeiter. — Frauen- und Kinderarbeit. — Fortschritte der Technik

Stockung des Absatzes. — Wechselwirkung zwischen Lohnhöhe und Beschäftigungsgrad der Arbeiter und dem Gedeihen der Unternehmungen. Das Problem des inneren Marktes. — Die Zusammenballung der Kapitale infolge der Zusammenbrüche.

II. Die Ursachen.

Die angebliche Ueberproduktion. — Die Lebenshaltung der Massen. — Der tatsächliche und der erwünschte Verbrauch von Waren. — Die Ueberproduktion ist in Wirklichkeit Unterkonsum.

Drei Wege der Abhilfe. 1 Die Lohnerhöhung. Das Verhältnis zwischen Lohn und Profit, zwischen Lohn und Preis. — 2. Die Preissenkung. Ihr Einfluß auf den Profit. — 3. Die Einschränkung der Produktion. Die Ringe, Kartelle, Syndikate, Trusts. Tatsächliches Resultat: Die Steigerung der Ueberproduktion (Roheisen, Kohle, Kali.)

III. Die Folgen.

Die moderne Konzentration der Kapitale führt zu fortschreitender Vergesellschaftung der Arbeit Syndikate, Trusts, gemischte Betriebe. — Die Vertrustung in Amerika und in Deutschland. — Ansammlung fabelhafter Reichtümer in wenigen Händen (Rockefeller, Krupp). — Verringerung der Zahl der Besitzenden in der Gegenwart

Auf der anderen Seite ungeheure Arbeitslosigkeit und unerträgliche Abhängigkeit der Massen schon in der Gegenwart. — Dies muß sich notwendig fortsetzen bis zur völligen Vergesellschaftung der Produktion. — Deren Kennzeichen: planmäßiges Ineingreifen der gesamten Produktion. — Der Zukunftsstaat.

1. Jahrgang Nummer 6 Februar 1914

Weltenwende.

Über seine schlaflosen Nächte hat des Deutschen Reiches Kanzler im preußischen Abgeordnetenhaus geklagt, und die Ausführlichkeit, womit er am 15. Januar von seiner eigenen Person sprach, ist allgemein aufgefallen. Aber hat er nicht vollständig recht? Er ist der Mann, der gegenwärtig – angeblich – die politischen Geschicke des deutschen Volkes lenkt. Und wenn denn einmal „Männer“ die Geschichte „machen“, so kommt sehr viel darauf an, nicht nur, wer diese Männer sind, sondern auch, ob sie sich wohl befinden. Eine Magenverstimmung, eine schlaflose Nacht kann den „leitenden“ Staatsmann zu einem verkehrten Entschluss veranlassen, und das Volk hat es hinterher auszubaden. Es liegt also durchaus im Sinne der üblichen Auffassung über die Wichtigkeit der „großen“ Männer, wenn Herr von Bethmann Hollweg die Parteien bat, auf seine schlaflosen Nächte Rücksicht zu nehmen – im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Und doch hat so ziemlich die gesamte Presse das getadelt. Daraus darf man aber nicht etwa schließen, dass sie im Wesentlichen von der Auffassung des Reichskanzlers irgendwie abweicht. Man hörte es nicht gern, dass er so viel von sich selbst sprach, aber im Übrigen macht die Presse genauso wie er eine Haupt- und Staatsaktion aus seinen und anderer Leute persönlichen Stimmungen. Ein linksliberales Blatt erinnerte daran, wie entschieden Herr Bethmann am Dienstag den Konservativen entgegengetreten war, wie versöhnlich am Donnerstag, und wies darauf hin, dass dazwischen die „entscheidende Potsdamer Audienz“ lag. Ein nationalliberales Blatt rechnete es in den Bereich der Möglichkeiten, dass die Folge jener Sitzung des Abgeordnetenhauses „eine vollkommene Neuorientierung unserer ganzen inneren Politik sein werde, und zwar eine Neuorientierung, der man nicht ohne Sorgen entgegensehen könne“. Und die Blätter aller Parteien kannegießerten – pardon, ergingen sich in Betrachtungen über die Folgen, die das veränderte Auftreten des Kanzlers gegen die Konservativen nach sich ziehen werde. Der Kanzler ist – so konnte man da dem Sinne [1] nachlesen – vor den Konservativen zu Kreuze gekrochen, um sich in seiner Stellung zu erhalten; die Konservativen werden ihn aber nur unter der Bedingung begnadigen, dass er in „echt preußischem“ Geiste regiert; er hat das ja auch versprochen: „Ich werde“, so sagte er am 15. Januar, „meinen Beruf fortdauernd darin erblicken, den preußischen Staatsgedanken zum Ausdruck zu bringen in den Geschäften des Reichs“. Nur werden ihm das die Konservativen nicht ganz leicht machen. Herr v. Bethmann wird erst einmal die Affäre von Zabern im Geiste der Jagow und Deimling zur Erledigung bringen müssen. Wenn er das aber tut, so kann er sich nicht darüber täuschen, dass er in diesem Falle die große Mehrheit des Reichstags gegen sich hätte und dass ein neues Misstrauensvotum das Ende sein könnte. Was dann? Dann muss er entweder gehen, oder er muss den Reichstag auflösen. Das hat er wohl auch im Auge, denn er hat ja im Abgeordnetenhaus weitläufig auseinandergesetzt, warum er den Reichstag voriges Jahr nicht „zum Teufel gejagt“ hat; die Militärvermehrung und die neuen Steuern sollten erst angenommen sein. Das ist inzwischen geschehen. Also ...?

Also schließt sich an die schlaflosen Nächte des Herrn v. Bethmann Hollweg auf alle Fälle eine Weltenwende der deutschen Politik, eine Weltenwende fürs deutsche Volk. Das ist zwar bisher nirgends ausdrücklich gesagt worden, aber es ist doch der Sinn und die logische Konsequenz solcher Ausführungen.

Eine Monatsschrift wie die unserige kann die politischen Vorfälle nur rückschauend würdigen. Zur Stunde, da wir dies schreiben, hat zwar der Oberst v. Reuter schon seinen Orden gekriegt, aber im Übrigen wissen wir noch nicht, welche von jenen grauslichen Konsequenzen zur Wahrheit geworden ist. Hat der Kanzler demissioniert, und hat das Deutsche Reich die freigewordene Stelle anderweitig besetzen müssen? Oder hat der Reichstag ihm ein neues Misstrauensvotum erteilt, das er ebenso mannhaft erträgt wie das erste? Oder hat er den Reichstag in die Wüste geschickt, und stehen wir vor Neuwahlen? Oder, was das Wahrscheinlichste, ist der Reichstag umgefallen und hat sich mit einer Aussprache ohne Misstrauensvotum begnügt? Wir wissen es noch nicht. Jedoch – es ist uns auch vollkommen egal! Wirklich und wahrhaftig, es ist uns vollkommen gleichgültig, welche von jenen Kannegießereien, und ob überhaupt eine von ihnen zur Tatsache geworden ist. Es ist uns vollkommen gleichgültig, weil wir genau wissen, dass dadurch am Wesen der deutschen Politik auch nicht das mindeste geändert werden wird.

Unsere Leser werden sich vielleicht gewundert haben, dass wir in unserer, der wissenschaftlichen Erkenntnis und Belehrung ge- [2] widmeten Zeitschrift von solch belanglosen, flüchtig vorübergehenden Vorfällen der Tagespolitik überhaupt Notiz nehmen. Wir taten es deshalb, weil wir hier einmal an einem Schulbeispiel zeigen können, wie die herrschende Staats- und Geschichtsauffassung jedes Verständnis der in einem Volke wirkenden Kräfte und damit jedes politische Verständnis unmöglich macht. Wie ist es doch unglaublich töricht, zu erwarten, dass nun mit einem Male alles anders kommen wird, wenn wir einen anderen Kanzler kriegen oder einen neuen Reichstag! Welches sind denn die treibenden Kräfte unserer Politik? Sind es die Personen, die zufällig auf dem Posten eines Ministers oder eines Parteiführers stehen? Nein, es sind die Parteien selbst, und diese sind nur der Ausdruck der hinter ihnen wirkenden Interessen, aus denen sie sich bilden. Freilich kann man das nicht auf den ersten Blick erkennen, und wenn man sich auf den Kleinkram persönlicher Gebärdenspäherei einlässt, dann erkennt man es niemals.

Warum ist, um gleich den springenden Punkt herauszuholen, der Fall Zabern so ganz und gar im Sinne der Militärpartei entschieden worden, obgleich neben den Liberalen aller Schattierungen auch das Zentrum für das verletzte Recht in die Schranken trat? Und weshalb konnte Herr v. Bethmann Hollweg über das Tadelsvotum selbst der bürgerlichen Parteien mit Achselzucken hinweggehen? So viel ist doch klar: wenn jene Parteien ernstlich wollten, dann hätte nicht nur Herr Bethmann weichen, dann hätten auch die Jagow, Deimling und Genossen klein beigeben müssen. Man denke nur an die einflussreichen Beziehungen, welche sowohl die nationalliberalen Kommerzienräte als auch die Grafen und Großgrundbesitzer des Zentrums hinter den Kulissen besitzen. Aber sie wollten eben nicht. Das ist des Pudels Kern, und darüber darf alles Entrüstungsgeheul ihrer Presse nicht hinwegtäuschen. Und warum wollten sie nicht? Weil es für die Interessen, die sie vertreten, viel wichtiger ist, dass die Staatshoheit selbst des kleinsten Leutnants gewahrt bleibt, als dass in jedem einzelnen Falle das Unrecht gesühnt wird. Diese Interessen aber bestehen in der politischen Niederhaltung und wirtschaftlichen Ausbeutung der arbeitenden Masse des Volkes. Dies ist die Stelle, von wo aus die gesamte Politik des Deutschen Reichs orientiert wird, und daran hindert sich nicht das mindeste durch einen Wechsel des Kanzlers oder durch eine andere Zusammensetzung des Reichstags. Eine Weltenwende kann erst dann eintreten, wenn das Proletariat stark genug geworden ist, diese Zustände von Grund auf zu ändern. [3]

Krise und – Sonnenflecke.

Es versteht sich, dass in einer Zeit, wie der jetzigen, national-ökonomische Abhandlungen sich vorzugsweise mit dem Problem der Krise beschäftigen. Ist sie doch die brennendste Frage der Gegenwart, brennender als alle noch so aufgebauchten Haupt- und Staatsaktionen der Politik. Wo nehmen wir Brot her für uns und unsere Kinder, wo finden wir Schutz gegen die Gefahren des Zusammenbruchs? Das sind die Sorgen, welche die Arbeiter und Kapitalisten weit näher kümmern als die Sorge, wer in Deutschland Reichskanzler ist. Obgleich wir daher in diesen Blättern schon wiederholt einzelne Seiten des Krisenproblems berührt haben, werden unsere Leser dennoch damit einverstanden sein, dass wir auch fernerhin verschiedentlich darauf zurückzukommen gedenken, zumal solche Erörterungen geeignet sind, wesentliche Grundfragen der Wirtschaftslehre aufzuhellen.

Dem ungekünstelten Verstande sollte es von vornherein einleuchten, dass alle *wirtschaftlichen* Einrichtungen und Zusammenhänge Menschenwerk sind. Bei den *politischen* Einrichtungen mag darüber ein Zweifel bestehen. Es gibt eine Lehre, die das Königtum auf die Gnade Gottes zurückführt und deshalb verlangt, dass die Menschen sich dem ohne Widerstreben fügen sollen. Aber wie innerhalb eines Staates Handel und Wandel geregelt sind, ob Eisenbahnen in öffentlicher Regie oder im Privatbetriebe geführt werden, ob man auf Lebensmittel Steuern und Zölle legen soll und dergleichen, das hängt offenbar von der Entscheidung der Menschen ab. Da nun solche Dinge gemeinlich in das Wohlbefinden der einzelnen viel tiefer einschneiden als alle Politik, so nehmen die Menschen mit der Entscheidung auch eine gewaltige Verantwortung auf sich. Nun darf man bei der Beurteilung wirtschaftlicher Angelegenheiten niemals die große Grundtatsache vergessen, dass es in jedem Volke verschiedene Gruppen gibt, deren wirtschaftliche Interessen durchaus nicht immer zusammenstimmen. Unternehmer und Arbeiter, Verkäufer und Käufer, Landwirtschaft, Industrie und Handel, Großbetriebe und Kleinbetriebe usw. usw., sie alle sind daran interessiert, wie eine wirtschaftliche Entscheidung ausfällt, und zwar meist in entgegengesetztem Sinne. Die hohen Zölle auf Getreide, die wir in Deutschland haben, nützen den Agrariern, aber sie schaden den Konsumenten; die hohen Kohlenpreise, die das Kohlensyndikat erzwungen hat, sind sehr angenehm für die Bergwerksbesitzer, aber sie bringen alle Kohlenkäufer zur Verzweiflung. Kurzum, es gibt keine einzige wirtschaftliche Maßregel, die *allen* Menschen Vorteil brächte; stets haben die einen Nutzen davon, die anderen Schaden. Folglich findet sich stets eine Anzahl Unzufriedener, und die Verantwortung für die getroffene [4] Entscheidung wird manchmal recht unbequem. Da hat man denn verschiedentlich den Versuch gemacht, diese Verantwortung auf eine „höhere Macht“ abzuwälzen. Und das geschieht denn auch mit der Krise.

Es gibt mannigfache Versuche, den Ausbruch der Krisen und ihre regelmäßige Wiederkehr zu erklären. Sie weichen in Einzelheiten vielfach voneinander ab, jedoch kann man sie in zwei Gruppen teilen: solche, die den Ursprung der Krisen aus den menschlichen Einrichtungen erklären und daraus folgern, dass bei einer Änderung dieser Einrichtungen die Krisen vermieden werden können; und solche, die die Krisen für unabwendbar ansehen, weil sie aus Ursachen entspringen, auf die der Mensch keinen Einfluss hat.

Wir brauchen nicht erst zu betonen, dass es die „Staatserhaltenden“ sind, die die Unabwendbarkeit der Krisen behaupten. Worin nämlich zeigt sich eine Krise? Es tritt eine ausgedehnte Stockung des Absatzes ein, viele Waren bleiben unverkäuflich liegen, die Preise stürzen rapid, die Produktion wird eingeschränkt, die Arbeiter finden keine genügende Beschäftigung mehr und werden massenhaft arbeitslos.

Betrachtet man die Stockung des Absatzes als den Beginn der Krise, so wird der forschende Blick zu erkennen trachten, warum denn der Absatz stockt. Offenbar muss das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage irgendwie in Unordnung gekommen sein; es sind nicht genug zahlungsfähige Käufer da für die vorhandenen Waren. Es muss also „zu viel“ produziert worden sein. Nicht etwa mehr, als die Leute brauchen könnten, wohl aber mehr, als sie bezahlen können, und hierauf allein kommt es ja an.

Bis hierher sind die Zusammenhänge einfach und klar. Und der naive Verstand wird meinen, dass dann ja das Mittel zur Abhilfe greifbar zur Hand liegt: man Sorge dafür, dass in Zukunft solche „Überproduktion“ vermieden wird, man produziere nur so viel, wie abgesetzt werden kann. – Aber nun kommt der gelehrte Wirtschaftstheoretiker und weist nach, dass das sehr leicht gesagt, aber sehr schwer getan ist. Zunächst, wie soll man denn den zahlungsfähigen Bedarf im Voraus feststellen? Wir haben keine Möglichkeit dazu; zumal er sich schon im Laufe weniger Monate – also gerade bis die begonnene Ware fertig wird – total ändern kann. Sodann aber, wenn wir das auch wüssten, können wir die Kapitalisten doch nicht hindern, ihren Unternehmungsgeist in beliebigem Maße zu betätigen. Es muss doch jedem überlassen bleiben, ob er sein Kapital und seine Existenz riskieren will. Nur so wird doch der wirtschaftliche Fortschritt gefördert. – Aber freiwillig könnten die Kapitalisten doch Maß halten, wenn man sie über diese Gefahren belehrt, die sie selbst laufen, und in die sie die Allgemeinheit stürzen? – Nein, sie können es nicht! Selbst wenn [5] sie ganz genau wissen, dass der Markt mit den Waren, die sie fabrizieren wollen, schon überfüllt ist, können sie ihr Kapital doch nicht brach liegen lassen. Und es ist auch gut, dass sie es nicht können. Denn nun sind sie gezwungen, gegen die vorhandene Konkurrenz die einzige Waffe ins Feld zu führen, die es gibt: sie müssen billiger produzieren. Das heißt, sie müssen Maschinen neuester Konstruktion, Fabriken modernster Einrichtung anlegen, wodurch alsbald ihre Konkurrenten gezwungen werden, dasselbe zu tun. Natürlich produzieren sie dann alle umso mehr, aber nur ein Teil der Waren kann an den Mann gebracht werden, und früher oder später muss der Krach eintreten.

Der sozialistisch geschulte Blick sieht leicht, wo hier der Fehler steckt. Was die Kapitalisten zu diesem Wettrennen zwingt, und was somit die letzte Ursache der Krisen ist, das ist der Zwang, mit ihrem gesamten Kapital Profit zu machen. Hier muss also die Heilung einsetzen. Man produziere nicht um des Profits willen, sondern einfach zur Befriedigung des Bedarfs, und die Leute werden alles konsumieren können, was die Produktion zu liefern vermag. Aber das hieße die kapitalistische Wirtschaft beseitigen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung umstürzen. So etwas ist für den kapitalistischen Theoretiker undenkbar, ist für ihn ziemlich gleichbedeutend mit dem Untergang der Welt. „Wo so ein Köpfchen keinen Ausweg sieht, stellt es sich gleich das Ende vor.“ [Goethe, Faust. Prolog im Himmel] Und so bleibt ihm kein anderer Schluss übrig als: die Krisen sind unvermeidlich, wir müssen uns eben darein fügen, wenn wir nicht die ganze moderne Kultur vernichten wollen.

Doch das Gewissen schläft und schlummert nicht. Es bleibt ein Erdenrest, zu tragen peinlich. [Die Engel in der Schlusszene des zweiten Teils des Faust / Goethe] Es bohrt und wühlt der Gedanke weiter, dass bei dieser Krisenerklärung immer noch Unzufriedene sagen könnten: dann werfen wir doch lieber den ganzen Kapitalismus über den Haufen. Deshalb sucht und sucht der strebsame Nationalökonom, ob er nicht den Ursprung der Krisen noch weiterhin verlegen könne ins Walten der Naturkräfte selbst. Und sieh, es ist erreicht!

Herr W. Stanley Jevons, weiland hochgelehrter Professor der Nationalökonomie zu Manchester in England, hat im Jahre 1878 glücklich herausgefunden, dass die Wirtschaftskrisen den – Sonnenflecken geschuldet seien! Bitte, es ist kein Fastnachtsscherz,

wie der verständige Leser anzunehmen geneigt sein möchte. Herr Jevons hat eine eigene Abhandlung über „Handelskrisen und Sonnenflecke“ geschrieben, und in seinem Lehrbuch der politischen Ökonomie liest man wörtlich:

„Es ist wahrscheinlich, dass Wirtschaftskrisen im Zusammenhang mit periodischen Klimaschwankungen in allen Teilen der Erde stehen, welche infolge verstärkter, von der Sonne ausgehender und in durch- [6] schnittlichen Zwischenräumen von über 10 Jahren auftretender Hitzewellen beobachtet werden. Eine stärkere Hitzezufuhr verbessert die Ernte, vermehrt das Kapital, macht den Handel gewinnbringender und trägt so zur Vermehrung der Zuversicht bei, welche die Grundlage zu einer Gründerperiode bilden muss. Eine Abnahme der Sonnenwärme verursacht schlechte Ernten und zerstört mancherlei Unternehmungen in allen Weltteilen. Hierdurch wird wahrscheinlich die Gründerperiode unterbrochen und ein geschäftlicher Zusammenbruch herbeigeführt.“

Wozu wir nur noch ganz kurz bemerken möchten, dass diese „Theorie“ Herrn Jevons' Ansehen in keiner Weise geschadet hat; vielmehr gilt er nach wie vor, noch 30 Jahre nach seinem Tode, als eine Leuchte der bürgerlichen Nationalökonomie.

Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus.

Das Ziel des Sozialismus ist die Befreiung der Arbeiterklasse aus Not und Elend. Doch macht dieses Streben allein den Sozialisten noch nicht aus. Freilich gibt es im Lager der staaterhaltenden Parteien immer noch Leute, die es einfach bestreiten, dass soziales Elend existiert. Dennoch mehren sich auch dort die Stimmen, die die schauerhaften Zustände wohl kennen, worin die Arbeiterschaft größtenteils lebt, und dringend deren Beseitigung verlangen, ohne darum dem Sozialismus das Wort zu reden. Sozialist ist erst derjenige, der eingesehen hat, dass das soziale Elend verursacht ist durch die kapitalistische Wirtschaft, die alle Arbeit, alle Produktion in den Dienst des Profits presst, und der deshalb den Kapitalismus bekämpft und auf dessen Beseitigung hinarbeitet.

Hierin sind sich alle Sozialisten einig. Wer nicht gegen die kapitalistische Wirtschaft kämpft, wäre kein Sozialist. Aber nun gibt es innerhalb des Sozialismus verschiedene Richtungen, je nach der Art, wie sie die Überwindung und Beseitigung des Kapitalismus zu erreichen denken. In früheren Zeiten, in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts, war bei ihnen die Meinung vorherrschend, es könne der Kapitalismus auf *künstlichem* Wege beseitigt werden. Sie sahen die grauenhaften Schäden, die der Kapitalismus anrichtete, die Verwüstung aller körperlichen und geistigen Gesundheit der großen Volksmasse; sie erkannten deutlich als deren Ursache die Einspannung der Arbeit in den Dienst des Profits; und sie sagten sich deshalb, dass bei einigem guten Willen die Heilung nicht allzu schwer sein könne. Es galt nur – so meinten sie – die Menschen von diesem Zusammenhang zu überzeugen; es galt, ihnen zu zeigen, dass man auch recht gut *ohne* [7] Profit leben und wirtschaften könne, ja sogar weit besser als jetzt. Dies hofften sie zu erreichen, wenn sie einen möglichst ausführlichen Plan einer Gesellschaftsordnung ohne Profit ausarbeiteten, also gewissermaßen ein *Modell vom Zukunftsstaat*. Daran dachten sie, den Menschen zu beweisen, dass mit der Beseitigung des Profits alsbald auch Elend und Not beseitigt sein würden, ja, dass dann sogar die heute Besitzenden besser leben würden als jetzt. Gelänge ihnen, das zu beweisen, dann würden die Menschen doch wohl Vernunft annehmen und würden diesen so beschaffenen Zukunftsstaat einführen.

Als ihre erste und wichtigste Aufgabe betrachteten also jene Sozialisten die Ausarbeitung eines Modells vom Zukunftsstaat. Solch ein ausgedachtes Modell nennt man mit einem Fremdwort eine „Utopie“, und deshalb bezeichnet man jene Sozialisten als die Utopisten und ihre Richtung als den *utopischen Sozialismus*.

Hiermit steht der moderne, von Karl Marx begründete *wissenschaftliche Sozialismus* in unversöhnlichem Gegensatz. Er verwirft schlechthin alle Zukunftsphantasterei und stellt sich streng und nüchtern auf den Boden der Wissenschaft. Was aber ist unter dem Boden der Wissenschaft zu verstehen?

Zur Wissenschaft gehört natürlich vor allen Dingen ein Wissen. Wissen aber kann man nicht, was in Zukunft sein wird, sondern nur, was in der Gegenwart wirklich vorhanden ist oder in der Vergangenheit wirklich vorhanden war. Nicht mit Phantastereien und Prophezeiungen über das, was in Zukunft vielleicht einmal sein könnte, dürfte, möchte, kann sich die Wissenschaft befassen, sondern sie muss ausgehen von dem, was in der Gegenwart wirklich vorhanden ist und in der Vergangenheit wirklich vorhanden war, d.h. von den *Tatsachen* und ihren *Zusammenhängen*. Diese Kenntnis uns zu verschaffen, ist die erste Aufgabe der Wissenschaft, und das kann sie nur durch *Forschung*. Diese drei Dinge: Kenntnis von Tatsachen, Kenntnis von Zusammenhängen und Forschung nach immer weiterer solcher Kenntnis machen das Wesen der Wissenschaft aus.

Das darf man nun freilich nicht so verstehen, als ob der Wissenschaft all und jede Beschäftigung mit der Zukunft verboten wäre. Davon ist keine Rede; es ist durchaus nicht jede Beschäftigung mit der Zukunft unwissenschaftlich. Im Gegenteil, alle Wissenschaften beschäftigen sich auch mit der Zukunft. Wir brauchen nur an die Astronomie zu denken, jene nüchternste aller Wissenschaften, die sich nur auf Beobachtung, Tatsachen, Zahlen stützt. Dennoch zieht sie auch die Zukunft in den Bereich ihrer Arbeit, und sogar in höchst auffallender Weise; sie prophezeit Ereignisse, die in Zukunft vor sich gehen werden! Bis auf die Minute und Sekunde sagt sie voraus, wann ein Komet erscheinen, eine Sonnenfinsternis eintreten, ein Planet an der Sonne vorüberwandern werde usw. Und das nicht nur auf Jahre und Jahrzehnte, sondern auf Jahrhunderte und Jahrtausende! Niemandem fällt es darum ein, ihre Prophezeiungen als unwissenschaftlich zu schelten. Und was für die Astronomie, gilt auch für jede andere Naturwissenschaft. Auch der Chemiker, der in der Fabrik seine Stoffe mischt, weiß ganz genau im Voraus, was da auf Minuten und Stunden, aber auch auf Monate und Jahre hinaus vor sich gehen wird.

Also nicht jede Beschäftigung mit der Zukunft ist an und für sich unwissenschaftlich. Auch die Wissenschaft darf, ja sie muss sich mit der Zukunft befassen. Nur muss sie das in streng wissenschaftlicher Weise tun. Wie aber sieht die aus?

Das werden wir am besten durch Vergleichung herausfinden. Vergleichen wir miteinander wissenschaftliche und unwissenschaftliche Zukunftsprophezeiungen, wozu uns die Astronomie ein willkommenes Beispiel geben kann. Wir sahen, wie der Astronom mit Genauigkeit voraussagt, was künftig am Sternenhimmel vor sich gehen wird, und wir waren überzeugt davon, dass das allen Anforderungen der Wissenschaft genügt. Bekanntlich gibt es aber noch andere Leute, die aus den Sternen die Zukunft prophezeien wollen, die Sterndeuter, Astrologen oder wie man sie sonst nennen mag, die sich früher auf allen Märkten und Messen umhertrieben, noch früher in hohem Ansehen standen, heute aber nur noch auf die Dummheit der Unwissenden spekulieren und von niemand mehr ernst genommen werden. Ihre Prophezeiungen sind unwissenschaftlich.

Was ist nun für ein Unterschied zwischen der Prophezeiung des Astronomen, dass an dem und dem Tage ein Venusdurchgang durch die Sonne stattfinden wird, und der Prophezeiung des Sterndeuters, dass Karl oder Gustav eine reiche Heirat machen werde? Warum nennen wir die eine wissenschaftlich und die andere unwissenschaftlich? – Der Unterschied ist folgender: Der Astronom fängt seine Arbeit nicht mit Prophezeiungen an; er beschäftigt sich zunächst nicht mit der Zukunft, kümmert sich gar nicht um sie, sondern seine erste Sorge gilt der Gegenwart und der Vergangenheit. Die Tatsachen und ihre Zusammenhänge sucht er vor allen Dingen mit möglichster Genauigkeit festzustellen, d.h. die wirklichen Bewegungen der Sterne, die sie in der Gegenwart ausführen, in der Vergangenheit ausgeführt haben, und wie das alles miteinander zusammenhängt. Und erst, wenn er sich davon eine möglichst umfassende Kenntnis verschafft hat, sieht er zu, ob sich aus dieser Kenntnis Schlüsse auf die Zukunft ziehen lassen. Es sind also eigentlich gar keine Prophezeiungen, sondern es sind Schlüsse, die er aus den Tatsachen zieht, unter der Voraussetzung, dass die Zusammen- [9] hänge in Zukunft die gleichen bleiben werden. Der Sterndeuter dagegen weiß von allen dem nichts, er prophezeit auf blauen Dunst.

Damit haben wir die Frage beantwortet. Wissenschaftlich ist eine Beschäftigung mit der Zukunft dann, wenn sie sich stützt auf eine möglichst genaue Kenntnis der Tatsachen und Zusammenhänge, und wenn sie sich darauf beschränkt, aus diesen Tatsachen und Zusammenhängen Schlüsse zu ziehen. Alles Phantasieren ohne genaue Unterlage muss sie dagegen beiseitelassen.

Dies alles gilt natürlich auch für den wissenschaftlichen Sozialismus. Selbstverständlich muss er sich auch um die Zukunft kümmern, denn die Aufgabe, die er zu lösen hat, liegt ja in der Zukunft. Aber er darf das nur auf streng wissenschaftliche Weise tun. Das heißt, alle Prophezeiungen, denen auch nur die leiseste Willkür anhaftet, alles künstliche, utopische Ersinnen eines „Zukunftsstaates“ muss er unterlassen. Er muss damit beginnen, eine möglichst umfassende und genaue Kenntnis der sozialen Tatsachen und ihrer Zusammenhänge in Gegenwart und Vergangenheit uns zu verschaffen. Und erst, wenn diese Aufgabe vollbracht ist, darf er zusehen, ob und welche Schlüsse sich aus diesen Tatsachen und Zusammenhängen für die Zukunft ziehen lassen.

Lebensrechte!

Von Wilhelm Wachs, Berlin.

Seit Jahrzehnten kämpft das klassenbewusste Proletariat um seine Lebensrechte. Es will sich hier auf dieser Welt aus eigener Kraft ein Dasein schaffen, wie es ihm nach dem heutigen Stande der Kultur zukommt. Nicht auf das Paradies des Jenseits, welches die Priester lehren, wo Recht und Gerechtigkeit walten werde, lässt es sich mehr verträsten. Unter dem Worte Lebensrechte fasst das Proletariat alles das zusammen, was es als erstrebenswertes Ziel zu erreichen sucht. In allererster Linie versteht es darunter das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, auf eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz; es will ebenso gut wie die besitzende Klasse Anteil haben an den Naturschätzen und Kulturgütern dieser Erde. Es pocht auf ein Recht auf Ehre, Achtung und Menschenwürde und auch auf Anerkennung seiner Leistungen. Es erstrebt ein Recht auf Bildung, Wissen, Kunst und Kultur. Eine weitere Forderung ist das Recht der Mitbestimmung im Arbeitsbetriebe und im öffentlichen Leben, das Recht der freien Selbstbestimmung und freie Bahn für Entfaltung aller persönlichen Anlagen und Fähigkeiten. [10]

Sobald ein Menschenkind in einer zivilisierten Gesellschaft geboren wird, so werden gleichzeitig Rechte mit ihm geboren, während die Gesellschaft, wenn die Zeit gekommen ist, Pflichten von dem Neugeborenen erwartet. Es hat das Kind ein Recht auf Nahrung und Erziehung, und wenn die Eltern durch Not oder Nachlässigkeit nicht imstande sind, sie ihm zu geben, so soll und muss die Gesellschaft hier eingreifen, um dem Kinde das nicht als Strafe entgelten zu lassen.

Aber ein ununterbrochener Wettlauf und Wettkampf ist ja das Leben, indem viele Läufer und Kämpfer auf der Strecke bleiben, weil sie nicht gleich gut ausgerüstet sind zum Daseinskampf; dass die Ausrüstung hierzu eine gleich gute sei, dafür müsste die Volksschule sorgen, obligatorisch und einheitlich für alle, wo der Unterricht unentgeltlich erteilt wird. Lesen und Denken, Schreiben und Rechnen, das sind die Wissensschlüssel; denn damit wird man sich später alles Übrige selbst aneignen können. Wer nun den Drang in sich verspürt, mehr Kenntnisse zu erwerben, und, seiner Begabung, einem Talent und seiner Neigung folgend, seine Bahn wählt, der soll es ohne Schranken tun können. Aber damit sollen nicht irgendwelche Vorrechte verbunden sein, sondern nur das eine: die rechte Person an die rechte Stelle. Nicht der Zufall der Geburt, nicht die Religion, nicht der Geldsack, sondern die persönliche Befähigung allein hat hier zu entscheiden.

Aber in einer Klassengesellschaft, wie der heutigen, richtet sich die Wertung und Beurteilung eines Menschen vorwiegend nach einer Stellung gegenüber der herrschenden Klasse. Wer zu der Letzteren in einen Gegensatz tritt, setzt sich der Gefahr aus, zu materiellem und geistigem Elend verurteilt zu werden. Und gerade in den jetzigen Zeiten, wo sich zwei Weltanschauungen klufftief gegenüberstehen, und wo der krasse Materialismus und der nackte Egoismus die Vorhand hat, da wird der aufrechte Mensch, der wider den Stachel lökt [lückt, auflehnt], ins Elend getrieben, während charakterlose Streber und Lumpen die höchste Ehre genießen. In einer Klassengesellschaft kann es eben kein wirkliches gleiches Recht für alle geben, sondern immer kommt das Klassenrecht zum Durchbruch. Damit dies anders wird, darum kämpft das Proletariat einen zähen, einen erbitterten Kampf um seine Lebensrechte. Es hat seine Bedeutung im Wirtschaftsleben und seinen Wert in der Gesellschaft erkannt.

Es pocht auf seine Menschenwürde und auf sein Recht als Staatsbürger, es will nicht betteln, nicht bitten, es fordert immer ungetümel seine Lebensrechte: das Recht auf Arbeit und Existenz, das gleiche Wahlrecht und das Mitbestimmungsrecht in Staat und Kommune, das Recht auf Bildung und Kultur, und wie die Rechte alle heißen. Aber noch herrscht die rohe Gewalt des Kapitalismus, noch ist die Arbeit geschändet durch den Makel der Ausbeutung, und [11] noch ist das Proletariat geknechtet und bedrückt. Das dies so ist, dass diese Zustände noch andauern, ist eine Folge der Gleichgültigkeit, die noch in weiten Kreisen des Proletariats herrscht. Statt an seinen Fesseln und Banden zu rütteln, statt sich mit seinen Klassengenossen zusammenzuschließen und vereint mit ihnen um seine Lebensrechte zu kämpfen, lässt noch so mancher Proletarier den Kopf hängen und tröstet sich damit: so ist es gewesen, so wird es bleiben.

O gemach, ihr Lauen und ihr Halben, euch rufe ich zu: Lernt einmal entschlossen und stark zu *wollen*. Gestaltet so euer hin und her flutendes Leben und lasst es nicht länger wie ein welches Blatt umhertreiben von jedem Wind. Ihr Trägen, Schlappen, Planlosen, Nachlässigen und Gleichgültigen, lernt die Entschlossenheit und den Willen zur Tatkraft. Der schwankende Mensch wird im Wettlauf des Lebens immer zur Seite geschoben. Nur die Schwachen und Schwankenden lassen sich durch Hindernisse aufhalten. Aber das organisierte Proletariat mit seinem festen Willen und dem Vorsatz, dass seinen Lauf hemmen soll, ist seine Erfolges sicher.

Was ist Bildung?

Wenn im wilden Westen von Amerika, mit jener Schnelligkeit, die noch vor 20 – 30 Jahren keine Seltenheit war, eine neue Ansiedelung sich bildet und die Notwendigkeit entsteht, für die dortige Jugend eine Schule zu gründen, so wird man es als ganz selbstverständlich betrachten, dass in dieser Schule die Kinder alles das lernen müssen, was sie später im Leben brauchen. Das könnte die Schule auch ganz gut leisten. Man stelle sich ein Dorf von wenig hundert Einwohnern vor, in der Einsamkeit gelegen, fernab von allen anderen Wohnstätten; da ist die Lebensweise für alle die gleiche, das Leben einfach und übersichtlich. Man weiß genau, was jeder einzelne für Kenntnisse braucht, um sich später durchs Leben zu schlagen, und diese Kenntnisse sind nicht so zahlreich, dass sie nicht ein jedes Kind im Laufe einiger Schuljahre erlernen könnte. Mit Recht würde man also die Schule so einrichten, dass sie den Kindern diese Kenntnisse unmittelbar beibringt.

Das ändert sich, je näher ein Gemeinwesen vom Strom der allgemeinen Kultur berührt wird. Das Leben in einem zivilisierten Lande ist mannigfaltiger, verschlungener Art; tausendfach, ja millionenfach sind die Wege, auf denen moderne Menschen ihren Lebensunterhalt erwerben. Dazu kommt, dass man in der Jugend gar [12] nicht wissen kann, was einmal später das Kind für einen Beruf ergreift. Viele Zöglinge sitzen in der Schule beieinander, und jeder von ihnen wird im Leben andere Kenntnisse brauchen. Es ist vollkommen unmöglich, all dies in der Schule zu lehren. Eine Schule in zivilisierten Landen muss demnach anders eingerichtet sein. Sie muss von vornherein darauf verzichten, ihren Schülern all das Einzelwissen beizubringen, das sie für ihr Fortkommen im Leben brauchen werden. Dies ist so sinnenfällig, dass man meinen sollte, jeder müsste es ohne weiteres einsehen. Dennoch ist im staatlichen Unterrichtswesen, zumal in der Volksschule, von solcher Einsicht nichts zu merken. Noch heute beruht unser öffentliches Schulwesen auf jenem Prinzip, das den Verhältnissen von Wild-West angepasst sein mag! Noch heute ist die Vorbereitung fürs Leben, die die Schule dem Zögling mitgibt, keine andere, als dass sie strebt, möglichst viel Einzelwissen in ihn hineinzupropfen. Tatsachen, Tatsachen, Tatsachen, das ist immer noch das Ideal unserer Staatsschule. Die Schüler sollen möglichst viel kennen lernen, möglichst viel Einzelheiten wissen. Das geht natürlich nur mit Hilfe des Gedächtnisses, und so besteht denn im Auswendiglernen eigentlich die ganze Methode des Schulunterrichts. Aber das menschliche Gedächtnis ist nicht unbegrenzt. Was ein Mensch im Gedächtnis behalten kann, ist immer nur ein ganz kleiner Bruchteil dessen, was es Wissenswertes gibt. Und selbst dieser Bruchteil geht wieder verloren. Denn wenn immer mehr und immer wieder mehr auswendig zu lernen ist, wird das Gedächtnis überlastet, und während der Schüler eines lernt, vergisst er schon wieder das andere.

Der schlimmste Schaden dieses Systems liegt jedoch darin, dass bei dem ewig hastenden Auswendiglernen dem Schüler keine Zeit bleibt, das Gelernte geistig zu verarbeiten, zu „verdauen“. Und dies ist der Grund, weshalb unser heutiges Schulwesen nicht in der Lage ist, wirkliche Bildung zu verbreiten. Denn gebildet ist noch lange nicht derjenige, der viele Einzelheiten kennt. „Man huldigt immer noch dem törichtem Wahn, dass Wissen auch Bildung sei, dass jede Zufuhr von Wissensstoff auch ein Wachstum der geistigen Kräfte bewirke.“ Diese Worte stammen von einem in 40jähriger Praxis bewährten norddeutschen Schulmanne.

Wie kann man nun heutzutage in zivilisierten Ländern das lernen, was man zum Leben braucht? Wie kann man sich Bildung erwerben?

Freilich gehört dazu auch eine gewisse Summe von einzelnen Kenntnissen. Aber sie ist nicht allzu groß. Niemand wird einen Menschen deswegen ungebildet nennen, weil er nicht weiß, wie viel Meter der Chimborasso hoch ist, oder wo beim Hecht die Leber sitzt, oder weil er nicht jeden Vers von Goethe und Schiller kennt. Tatsachen muss man kennen lernen, aber nicht als Selbstzweck, [13] sondern nur als Rohmaterial des Denkens. Sobald als möglich muss die geistige Verarbeitung dieses Rohmaterials beginnen. Das heißt, der Lernende muss über die ihm nunmehr bekannten Tatsachen intensiv nachdenken, muss sie in seinem Hirn hin- und herwälzen, wieder und wieder überdenken, bis er dazu gelangt, sich ein *eigenes Urteil* über sie zu bilden. Dieses eigene Urteil ist die Hauptsache. Niemals darf man auf des Meisters Worte schwören, immer muss man danach streben, sich selbst zu überzeugen. Durch solche angestrengte Gedankenarbeit wird man bald erkennen lernen, dass die einzelnen Tatsachen gar nicht so vereinzelt und unabhängig voneinander sind, wie es schien, als man sie zuerst erfuhr. Man wird erkennen, dass alles in unaufhörlicher Bewegung sich befindet, dass alles miteinander in Verbindung und im Zusammenhang steht. Man lernt den Sinn jenes Goetheschen Wortes verstehen:

„Wie alles sich zum Ganzen webt,
Eins in dem andern wirkt und lebt!“

[Faust, Der Tragödie Erster Teil - Nacht.]

Nur wer sich auf diese Weise sein Wissen selbst erwirbt, behält es als unverlierbaren Besitz. Was so in schwerer geistiger Arbeit herangereift ist, das vergisst man nicht wieder. Und das ist die einzige rechte Vorbereitung für das Leben. Denn wer so gelernt hat zu denken und sich über alles ein Urteil zu bilden, der ist imstande, alles Neue, das ihm begegnet, in der gleichen Art aufzufassen und sich darin zurechtzufinden. Nur so wird man selbständig. Wer aber das nicht kann, der steht allem Neuen im Leben hilflos und ratlos gegenüber.

Und diese Fähigkeit, sich ein eigenes Urteil zu bilden und sich in allem zurechtzufinden, macht in Wahrheit auch das Wesen der Bildung aus. Ein „gebildeter Mensch“ ist tatsächlich nicht einer, der alles weiß – denn das gibt es überhaupt nicht; auch nicht einer, der viel weiß – denn wieviel immer ein Mensch wissen mag, es ist winzig im Vergleich zu dem, was zu wissen nötig wäre. Sondern gebildet nennen wir einen Menschen, der die Fähigkeit besitzt, sich auf allen geistigen Gebieten schnell und leicht zurechtzufinden, auch dann, wenn sie ihm zunächst unbekannt sind; einen, der sich klar ist über das, was er kennt und was er nicht kennt, und der, wenn die Notwendigkeit an ihn herantritt, sich mit Dingen bekannt zu machen, die ihm bisher fremd waren, schnell und sicher die Wege dazu findet. Solche Fähigkeit aber wird nur durch eigenes Denken erworben.

Was sollen wir nun sagen von einem „Bildungswesen“, das einzig und allein das Gedächtnis des Schülers mit immer neuem Auswendiglernen überlastet und ihm dadurch die Frische, die ja sogar die Zeit nimmt, denken zu lernen? [14]

Notizen

Wer die Krise noch nicht fühlt. Während schon überall die Anfänge der Krise sich bemerkbar machen, während die Arbeiter schon in gewaltigen Mengen dem Elend der Arbeitslosigkeit anheimfallen, haben die Kapitalisten des Bergbaues ihr letztes Geschäftsjahr noch recht gut abgeschlossen und verteilen größere Gewinne als zuvor. Vergleicht man die Dividenden, die im Bergbau in den beiden letzten Geschäftsjahren verteilt wurden, so ergeben sich folgende Zahlen:

	1911/12	1912/13
Steinkohlenbergbau	9,9 Proz	12,1 Proz
Braunkohlenbergbau	10,1 Proz	10,9 Proz
Erzbergbau	10,3 Proz	11,2 Proz
Kalibergbau	7,5 Proz	7,4 Proz
Salzbergbau	9,3 Proz	7,9 Proz
Sonstiger Bergbau	8 Proz	11,3 Proz
Hüttenwerke und gemischte Betriebe	10,2 Proz	11,3 Proz

Ein Rückgang ist also nur im Salzbergbau eingetreten, die Kaliwerke haben ihre Dividende ungefähr auf der alten Höhe erhalten, sonst ist überall eine sehr merkbare Steigerung des Gewinns zu verzeichnen, am merkbarsten in den Steinkohlengruben. Die fortgesetzten Preiserhöhungen, die das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat vorgenommen hat, ließen freilich auch kein anderes Resultat erwarten.

Eingesandte Druckschriften.

„*Thede*“, eine Erzählung von A. Engel. Preis broschiert Mk. 4, -, gebunden Mk. 5,-. In Kommission bei F. Fontane & Co., Berlin-Grünwald.

„*Grundsätze des Kommunismus*“. Von Friedrich Engels. Herausgegeben von Eduard Bernstein. „Vorwärts“-Verlag. Preis 20 Pf.

1. Jahrgang Nummer 7 März 1914

Der Herr Polizeipräsident.

Kann ein Polizeipräsident Sozialdemokrat sein? – Sonderbare Frage! Jedem braven deutschen „Untertan“ wird ein Gruseln über den Rücken laufen bei dem bloßen Gedanken, dass an Stelle des Herrn von Jagow – ach, es ist nicht auszudenken. Doch wozu sich solchem Alpdruck hingeben? Der Fragesteller kann ja nur geistesgestört sein – wird der brave deutsche Untertan denken.

Jedennoch, was im tugendsamen Deutschland nie vorkommt, in der Schweiz ist es Wirklichkeit. Dort hat man in zwei der größten Städte, nämlich in Basel und Zürich, Sozialdemokraten zu Polizeipräsidenten gemacht. Und sie sollen sogar, nach dem Zeugnis der bürgerlichen Regierungen, ihre Ämter recht gut verwalten. So z.B. ist es in Zürich Sitte, die Ressorts der Verwaltung alle 3 Jahre zu wechseln. Seit aber der Sozialdemokrat Vogelsanger Polizeipräsident ist, haben ihn die Bürgerlichen wegen seiner besonderen Leistungen schon zum dritten Mal hintereinander mit dem Amte betraut. Und in Basel ist ganz neuerdings dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Blocher von der bürgerlichen Mehrheit des Großen Rats ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt worden.

So wäre denn alles zur Zufriedenheit geordnet. Die Sozialdemokraten haben „ihren“ Polizeipräsidenten, und die Bürgerlichen loben dessen Amtsverwaltung über den grünen Klee. Jedoch – es ist ein kleines „Aber“ dabei: wohl sind es Sozialdemokraten, die man zu Polizeipräsidenten gemacht hat; aber sie sind im Amt nicht Sozialdemokraten geblieben!

In der „Leipziger Volkszeitung“ (vom 18. Februar 1914) lesen wir, dass in Zürich der „Genosse“ Vogelsanger gegen Streikende regelmäßig Polizeimannschaften aufmarschieren lässt und dabei erklärt, er müsse das tun, denn er sei an die Gesetze und Vorschriften gebunden. Genau dasselbe tut der „Genosse“ Blocher in Basel. Beim Färberstreik 1913 ist dort die Polizei sogar mit blanker Waffe gegen die Streikenden vorgegangen, und ihr hoher Chef rechtfertigte das: es habe „unbedingt im Interesse der Auf- [1] rechterhaltung der Ordnung“ gelegen. Bei einem neuen Streik in Basel hat die Polizei so eingegriffen, wie wir das im lieben Deutschland gewöhnt sind: Die Streikbrecher wurden auf der Straße von Polizisten begleitet; Hamburger Hintzebrüder [Streikbrecher] wurden bei Nacht und Nebel an der Landesgrenze von der Polizei empfangen und zur Fabrik gebracht; nach Papieren wurde bei ihnen nicht gefragt, während das sonst sehr streng gehandhabt wird; die Streikenden wurden verhindert, mit den Streikbrechern zu sprechen. Alles im Interesse der „Ordnung“, alles auf Grund der Gesetze und Vorschriften. Dieses Verhalten war's auch gerade, das dem „Genossen“ Blocher das Vertrauensvotum der Bürgerlichen eintrug.

Nun ist zwar, sowohl im Großen Rat von den sozialdemokratischen Rednern als auch im Basler „Vorwärts“, nachgewiesen worden, dass das Verhalten der Polizei mit den schweizerischen Gesetzen vielmehr in krassem Widerspruch steht. Aber darauf kommt es uns nicht an. Denn wir können uns vorstellen, dass anderwärts von einer bürgerlichen Mehrheit Ausnahmegesetze zum Schaden der Streikenden gemacht werden und dass dann die „Entschuldigung“ des Herrn Polizeipräsidenten zutrifft. Selbst dann würden nach unserer Meinung die Sozialdemokraten überall da, wo sie ein solches Amt aus eigener Kraft erobern können, recht tun, es mit einem der Ihrigen zu besetzen. Nur müssen sie dafür sorgen, dass der Gewählte auch als Polizeipräsident Sozialdemokrat bleibt. Das ist er, wenn er von den

Lehren des Sozialismus durchdrungen ist und nach ihnen handelt. Kein Gesetz der Welt gibt ihm das Recht, wider das oberste Gebot aller Sittlichkeit zu verstoßen, welches lautet: Handle nach deiner Überzeugung! Tue das, was nach deiner inneren Überzeugung recht und gut ist! Die Überzeugung eines Sozialdemokraten erfordert, in dem unausweichlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit mit allen Mitteln, über die er verfügt, den Sieg der Arbeit zu fördern. Das muss er tun, auch wenn er Polizeipräsident ist. Es ist ja möglich, dass die Bürgerlichen dann suchen werden, seine Wahl zu hindern oder ihn nach kurzer Amtsführung zu stürzen. Auf ihr Vertrauensvotum wird er jedenfalls verzichten müssen. Das alles jedoch darf ihn nicht hindern, dem obersten Gebot zu folgen, d.h. nach seiner sozialdemokratischen Überzeugung zu handeln. Zweifellos kann also ein Sozialdemokrat jedes Amt, auch das eines Polizeipräsidenten ausüben – nur muss es eben ein wirklicher Sozialdemokrat sein.

Das klingt höchst staatsgefährlich, und wir sehen schon, wie die Scharfmacher sich auf diese Lehre stürzen, die frank und frei verlangt, dass ein Sozialdemokrat nötigenfalls gegen Gesetze und Verordnungen handelt, um den Sozialismus zu fördern. Doch nur gemacht! Nicht so eilig! Genau dieselbe Lehre ist schon von höchst staatsertreuenden Persönlichkeiten aufgestellt worden. So [2] verlangen die Konservativen an sich strengste Unterordnung unter die Obrigkeit. Aber der Gründer der konservativen Partei und ihr genialster Theoretiker, Friedrich Julius Stahl, trägt kein Bedenken, den Ungehorsam gegen die Obrigkeit zur Pflicht zu machen, sobald sie „die Grenzen göttlicher und menschlicher Ordnung überschreitet“, d.h. sobald sie in Widerspruch mit der konservativen Überzeugung gerät. Dann – so schreibt er in seinem Buch über die Parteien in Staat und Kirche (S. 303) – ist der passive Widerstand erlaubt, ja geboten, nach dem Grundsatz: Ihr sollt Gott mehr gehorchen als den Menschen. „Es ist erlaubt und geboten, Zeugnis abzulegen wider geschehenes Unrecht, und ist die Widersetzung gegen eine ungerechte Obrigkeit durch erlaubte Mittel gestattet.“

Merkwürdig, der Konservative Stahl predigt den Widerstand gegen eine ungerechte Obrigkeit; aber der sozialdemokratische Polizeipräsident folgt gehorsam den ungerechten Gesetzen und Verordnungen. Es gibt doch sonderbare „Sozialdemokraten“.

Die Anfänge der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.

Von Edwin Hörnle, Stuttgart.

Die urchristlichen Gemeinden.

Die Heimat des Christentums waren die östlichen Provinzen des römischen Weltreichs. In Syrien, Kleinasien und Griechenland, in den Handwerker- und Kaufmannsstädten, wie Antiochien, der zweitgrößten Stadt des Reiches, wie Ikonium, Lystra, Derbe, Ephesus, Smyrna, Pergamon, dem durch seine Purpurfärbereien berühmten Thyatira, in Troas, Philippi, Thessalonich, Korinth, Athen müssen wir die ersten kleinen Zirkel der Christusverehrer suchen. Schon um die Wende des ersten Jahrhunderts stehen, wie uns durch ein amtliches Schreiben des Statthalters Plinius bezeugt ist, in den Provinzen Bithynien und Pontus, also an der Südküste des Schwarzen Meeres, die Tempel der Götter leer, hat sich das Christentum bereits auf die Dörfer ausgedehnt. Es würde zu weit führen, hier auf die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen näher einzugehen, die zur Entstehung der christlichen Gemeinden führten. Der allgemeine landwirtschaftliche und gewerbliche Niedergang, die römische Misswirtschaft und systematische Aus- [3] wucherung eben jener wirtschaftlich einst hochentwickelten

östlichen Provinzen hatten bei Hoch und Niedrig, bei Besitzenden und Besitzlosen die Erkenntnis gereift, dass es so nicht weitergehen könne.

Während sich nun die Gebildeten, meist Großbesitzer, einem politischen und sozialen Pessimismus in die Arme warfen, in philosophischen Spekulationen und Morallehren Trost und Vergessen suchten, ergaben sich die arbeitenden Klassen, vor allem die erwerbstätige Mittelschicht, einer Unzahl von religiösen und mystischen Kulturen, die alle, ob nun syrischen, phrygischen, griechischen, persischen, indischen oder ägyptischen Ursprungs, in der Verehrung eines Weltheilands gipfelten, der kommen werde, die Menschheit zu erlösen. Durch mystische Weihen (Taufe) und Gebräuche (Opfermahle) suchte man mit diesem Weltheiland Verbindung, Anteil an der ewigen und seligen Gottheit zu erlangen. In den niedersten Schichten, dem Proletariat jener Zeit, das aus heruntergekommenen Handwerkern, Gelegenheitsarbeitern, Freigelassenen und Sklaven bestand, dachte man sich diese Erlösung grob materiell, hoffte und glaubte man an ein irdisches Zukunftsreich des Friedens, allgemeiner Wohlfahrt und wunderbarer Fruchtbarkeit. Hier mögen auch ab und zu Sekten entstanden sein, die einen Kommunismus der Verbrauchsgüter anstrebten, nicht so sehr, um dadurch ihre materielle Lage zu bessern, als weil man im Hinblick auf die nahe Ankunft des Heilands jede Arbeit und Eigentumserwerbung für unnützlich hielt.

In den obengenannten Städten bildete das handel- und gewerbetreibende Judentum ein starkes Element. Bei ihm verband sich die Heilandserwartung mit tiefeingewurzelter Nationalhass gegen alles Römertum. Ihre zähe Geschäftstüchtigkeit und nationalen Traditionen ließen bei den Juden die pessimistische und weltflüchtige Stimmung nicht in dem Maße wie bei den gebildeten Griechen aufkommen, obwohl oder gerade weil sie als Juden und verhasste Konkurrenten der eingesessenen Bevölkerung der römischen Verwaltung oft genug als Prügelknaben dienten. Ihre Sonderstellung führte zu jenem starken Solidaritätsgefühl, von dem wir heute noch unter den Juden Spuren finden. Die Wohltätigkeit gegenüber Volksgenossen, die durch persönliches oder geschäftliches Unglück in eine Notlage geraten, wird zur religiösen Pflicht. Hier sind die Keime der christlichen Liebesmoral. Die einzelnen jüdischen Gemeinden sind durch regen Verkehr miteinander verbunden. Es ist daher kein Wunder, wenn auch die christlichen Gemeinden von allem Anfang an in regem Austausch und in gegenseitiger Gastfreundschaft stehen, ohne aber irgendwelche straffere Organisation zu haben.

Während das vorwiegend kleinbäuerliche Judentum Palästinas sich vor allem in nationalen und politisch-revolutionären Messias Hoffnungen wiegt, sieht das vorwiegend handeltreibende Judentum Syriens und Kleinasiens die Unmöglichkeit nationaler Vorherrschaft ein und befürwortet, seinen wirtschaftlichen Interessen folgend, ein Kompromiss mit dem hellenistischen Heidentum. Schon früh haben die sogenannten Diaspora-Juden (Juden außerhalb Palästinas) die griechische Geschäfts- und Amtssprache, griechische Wissenschaft und Bildung übernommen. Auch das römische Bürgerrecht suchten viele zu erwerben. Auf der anderen Seite haben viele Hellenisten (griechisch gebildete Asiaten) sich den jüdischen Gemeinden als „Proselyten des Tores“ angeschlossen, d.h. sie bekannten sich zum Glauben an den einen Gott und zur mosaischen Sittlichkeit, ohne die besonderen Zeremonien und Speisevorschriften zu beachten. In ihren Kreisen fand die Vermengung des mystischen Erlöserkultes mit dem jüdischen Messiasideal statt. Christus, gleich der Gesalbte, ist die griechische Übersetzung des hebräischen Messias. Vorwiegend aber ist im Anfang die Bezeichnung „Herr“ oder „Heiland“

Diese Entwicklung ist umso begreiflicher, da der jüdische Gottesglaube und das mosaische Sittengesetz die Anschauungen und Bedürfnisse jener Produktionsweise spiegelt, die in den

alten Großreichen Vorderasiens (Babylonien, Assyrien, persisches Weltreich) herrschten und mit geringen Änderungen auch jetzt noch im Osten des römischen Weltreichs vorwog. Das Produkt der Verschmelzung waren die christlichen Gemeinden.

Im Urchristentum eine vorwiegend proletarische Bewegung zu sehen, ist falsch, da im Judentum und im hellenistischen Asien nicht die Sklavenwirtschaft, sondern das Kleingewerbe und der kleinbäuerliche Betrieb vorherrschte. Gerade diese Schichten wurden am härtesten getroffen durch das herrschende Wucherkapital; ihre verzweifelte Anstrengung, nicht in die Reihen des Lumpenproletariats hinabgestoßen zu werden – denn ein anderes Proletariat gab es nicht – spiegelt sich in dem fanatischen Reichenhass und in dem Lob der Armut. Der Gegensatz von arm und reich ist nicht der zwischen Kapitalist und Proletarier, sondern Wucherer und kleinbürgerlichem Handarbeiter. Nicht in der Gütergemeinschaft, sondern in der gegenseitigen Unterstützung beweist sich die brüderliche Liebe der Christen. Die in den Evangelien und vor allem in den sogenannten Paulusbriefen verkündete Moral ist durchaus die Moral des gewerbe- und Kleinbürgertums und führt eine oft schneidende Polemik gegen jene sittlichen und sozialen Anschauungen proletarisch-kommunistischen Charakters, die in den Gemeinden als Unterströmungen sich bemerkbar machten. Auch die Händel und Prozesse, die wiederholt gerügte Bevorzugung der reichen „Brüder“ deutet auf den kleinbürgerlichen Charakter. [5]

Auch wenn die Urgemeinden rein proletarischen Charakter getragen hätten, wäre, theoretisch gesprochen, die Herausbildung einer Pfaffenherrschaft möglich gewesen. Jede Organisation braucht Beamte. Solange sie klein ist, kann sie mit Vertrauensleuten, die die Geschäfte im Ehrenamt verrichten, auskommen; wird sie größer, so kann sie ohne Berufsbeamte nicht auskommen. Die Beamten bilden aber stets eine Art enger organisierten Kern gegenüber ihren nur locker organisierten Auftraggebern, der Gesamtheit. Tausend Fäden und geschäftliche Aufgaben verbinden z.B. die Vertrauensleute, Sekretäre, Ausschuss- und Vorstandsmitglieder; in der Kirche also die obere und niedere Geistlichkeit, während die übrigen Mitglieder weniger leicht in Fühlung miteinander treten können. Auch liegen in der Besorgung der Geschäfte selbst der notwendigen höheren fachmännischen Bildung, in der Möglichkeit, helfend oder hemmend einzugreifen und erst nachträglich Rechenschaft ablegen zu müssen, bedeutende persönliche Machtmittel. Erstreckt sich vollends eine Bewegung auf weite Länderstrecken, so tritt die Tendenz der einzelnen Gemeinden auf, durch Sendboten oder auf Konferenzen miteinander in Fühlung zu treten. Als Delegierte eignen sich natürlich am besten die Funktionäre und Beamten.

Jeder Beamte hat den selbstverständlichen Wunsch, seine Arbeit anerkannt zu sehen. Er wird Kritik immer zunächst als Hindernis, als Hemmung seiner Arbeitsfreudigkeit empfinden. Eine gewisse Tendenz, andere zu bevormunden, bringt jedes Amt mit sich. Es ist also natürlich, wenn Beamte diejenigen bevorzugen, die mit ihnen gleicher Meinung sind oder ihnen vertrauensvoll möglichst große Selbständigkeit überlassen.

Treten nun in einer Organisation Richtungen und Meinungsverschiedenheiten auf, so haben jene Parteien den Vorteil, die die Mehrheit der Beamten auf ihrer Seite haben. Diese Mehrheit der Beamten ist aber immer dort zu finden, wo die größere Sicherheit für die ruhige Fortentwicklung der Gemeinde, für den Bestand der Kasse und damit auch für die Existenz und den Einfluss der Beamten selbst gewährt zu sein scheint. Eine Tendenz zum Opportunismus steckt also in jedem Amt. Anstelle einer prinzipiellen, aggressiven Taktik tritt leicht eine Überschätzung der Zahl, der positiven Gegenwartsarbeit, augenblicklicher Erfolge, der Einheit auf Kosten der grundsätzlichen Klarheit. Bleibt die Opposition im eigenen Lager

aber trotzdem kräftig, so wird zur Verträglichkeit nach außen die Unduldsamkeit im Innern treten. Unbequeme Mitglieder werden beseitigt, und die Bureaukratie ist da.

Geradezu klassisch entwickeln sich diese Tendenzen in den urchristlichen Gemeinden, die, wie wir oben sahen, von Anfang an den Gegensatz zwischen Kleinbesitz und Nichtbesitz bargen. Dieser [6] Gegensatz war der Nährboden, auf dem die Priesterherrschaft rasch ins Kraut schoss. Indem man die Besitzenden zur weitgehenden Wohltätigkeit anhielt, gewann man die Armen und beschwichtigte ihre allzu radikale Revolutionsbegeisterung durch ein gut ausgebautes Unterstützungswesen. Indem man aber die Armen so politisch und wirtschaftlich harmlos machte, diente man den Interessen des Besitzes, vertrat dessen Weltanschauung und Moral und steuerte die Bewegung in seinem Sinne. Da aber die kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden nicht die Macht und Geschlossenheit hatten, die Priester zu beherrschen, wuchsen diese auch ihnen über den Kopf. Vergewärtigen wir uns dazu noch die geringe Bildung, die abergläubische Furcht der Massen im Zeitalter der einfachen Warenproduktion, bedenken wir ihre vollkommene Unbeholfenheit in allen Fragen der Organisation und Verwaltung, erinnern wir uns ferner daran, dass die religiösen Heilsvorstellungen für den Urchristen so viel bedeuteten wie heute für den Sozialdemokraten die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zustände und des Sozialismus, dass aber Religion und Autoritätsglauben eng verbunden sind, dass die Ausübung religiöser Weihen und die Auslegung heiliger Schriften auf die damit Betrauten notwendig einen Abglanz der Heiligkeit und göttlichen Verehrungswürdigkeit übertragen mussten – bedenken wir dies alles, so wird uns klar, dass gerade in den altchristlichen Gemeinden kirchlich-bureaukratische Tendenzen sich so rasch und zielbewusst durchsetzen mussten.

Grundsätze des Kommunismus

Der wertvollste Gewinn der modernen Wissenschaft ist der Entwicklungsgedanke. Früher glaubten die Menschen, was der Schein lehrt, nämlich, dass alle Dinge so, wie sie sind, von Anbeginn gewesen seien und bis in alle Ewigkeit bleiben werden. Der sorgsam wissenschaftlichen Forschung ist es aber gelungen, zu erkennen, dass es nichts Feststehendes, nichts Unbewegliches, nichts Unveränderliches gibt, sondern dass alles, auch das vermeintlich Starre, in unablässiger Umbildung und Bewegung begriffen ist. Heutige Formen haben sich aus früheren entwickelt und werden sich in zukünftige verwandeln. Diese Erkenntnis ist die wichtigste wissenschaftliche Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, ihr verdanken wir die gewaltigen Fortschritte, die wir seitdem gemacht haben.

Darwin war es, der den Entwicklungsgedanken in die Naturwissenschaft eingeführt hat; Marx und Engels erwarben ihn für die Sozialwissenschaft. Auf ihm beruht der moderne wissenschaftliche Sozialismus. Auch frühere Sozialisten hatten erkannt, dass das soziale Elend seine Wurzel im Kapitalismus hat; mit völliger Klarheit schilderte z.B. Rodbertus (1805 – 1875), wie aus dem Umstande, dass die Kapitalisten Profit machen, so dass die Arbeiter niemals den vollen Ertrag ihrer Arbeit bekommen, notwendigerweise die Krisen entspringen müssen; und ganz folgerichtig forderte er, als Heilmittel gegen die Krisen, die Beseitigung des Privateigentums, die planmäßige Produktion von Staats wegen, den sozialistischen Staat. Aber wie alle seine Vorgänger lebte er in dem Wahn, dass diese Erkenntnis genüge, um den sozialistischen Staat, etwa durch Gesetz, einzuführen. Erst Marx und Engels erkannten, dass, ebenso wie in der Natur, auch in der menschlichen Gesellschaft alles sich entwickelt.

Das Verständnis für diesen Grundgedanken des wissenschaftlichen Sozialismus zu verbreiten, eignet sich vorzüglich eine Schrift, welche die Vorwärts-Buchhandlung zu Berlin kürzlich

herausgegeben hat: Grundsätze des Kommunismus, eine gemeinverständliche Darstellung von Friedrich Engels.⁶ In den 40er Jahren entstanden, ist die Schrift eine Vorarbeit zu dem berühmten „Kommunistischen Manifest“ und enthält im Wesentlichen keine anderen Gedanken als dieses, aber in einer ganz anderen Form. Es ist eine Eigentümlichkeit, mehr noch von Marx als von Engels, dass sie in denjenigen Arbeiten, die sie selbst veröffentlicht haben, meist in wenige Worte viele Gedanken hineinlegten. Man nehme einen beliebigen Satz aus Marx' klassischen Werken, aus dem „Kapital“, aus dem „Elend der Philosophie“, aus der „Kritik der politischen Ökonomie“, und er wird in der Regel so viel Gedanken enthalten, dass sie auch für eine ganze Abhandlung hinreichen würden. Das hat seine großen Vorzüge, besonders was die Genauigkeit des Ausdrucks anbetrifft; aber es macht natürlich das Verständnis ungeheuer schwer für jeden, der nicht schon gründliche Vorkenntnisse besitzt. Das fällt nun in dieser Vorarbeit fort. Hier sehen wir die Gedanken gewissermaßen selbst erst im Werden begriffen, wir erleben sie mit, und sie werden uns dadurch viel leichter zugänglich und vertraut.

Da springt uns denn der Entwicklungsgedanke auf jeder Seite geradezu ins Auge. Schon aus der Fragestellung – es ist die Katechismusform gewählt, die den Stoff in Frage und Antwort übermittelt, was ebenfalls das Verständnis sehr erleichtert – erfahren wir gleich auf der ersten Seite, dass es nicht immer Proletarier gegeben hat, woraus ganz von selbst die Frage erwächst, wie denn das Proletariat entstanden sei. Dies gibt Anlass zu einer höchst anschaulichen Schilderung der industriellen Revolution, [8] die zu Anfang des 19. Jahrhunderts vermittelt der Dampfmaschine das alte Handwerk und die Manufaktur zum modernen Fabrikssystem umwandelte und damit die soziale Revolution nach sich zog, welche alle früheren Klassen beseitigte und die zwei modernen Klassen schuf: Bourgeois und Proletarier.

Auf dieser Kenntnis der Vergangenheit beruht das Verständnis der Gegenwart. Nicht nur in den modernen Industrieländern wurden die alten Klassen über den Haufen geworfen, sondern weil die Waren durch die Kraft der Dampfmaschine billiger geliefert wurden, konnten sie auch in die halbbarbarischen Länder eingeführt werden, die damals selbst noch keine Maschinen kannten. So wurden auch diese in den Strudel der kapitalistischen Entwicklung hineingezogen, und die Geschicke aller Völker wurden international aufs engste miteinander verknüpft. Die Absperrung eines Volkes gegen das andere ist nicht mehr möglich. Von den neugeschaffenen Klassen übernimmt die Bourgeoisie, der Besitz und Reichtum zugefallen ist, die politische Herrschaft. Doch indem sie ihren Reichtum und ihre Macht immer mehr vergrößert, vermehrt sie zugleich die Zahl der Proletarier, weil ja nur durch deren Arbeit die Vergrößerung des Kapitals vor sich geht. Indem nun aber die Proletarier niemals in der Lage sind, alle von ihnen selbst produzierten Waren zu kaufen, müssen regelmäßig in kurzen Zwischenräumen Krisen ausbrechen, die unaussprechliches Elend über die Gesamtheit bringen und nur durch Stillstand der Produktion sowie durch Vernichtung ungeheurer Werte das Gleichgewicht und den regelmäßigen Gang des Wirtschaftslebens wieder herstellen können. – Hier haben wir in wenigen knappen Sätzen ein klassisch-klares Bild der Grundlagen unserer gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, ohne deren Kenntnis irgendein politisches Verstehen der Gegenwart unmöglich ist.

Aber nun kommt erst das Wichtigste: die Zukunft. Lehren die bisher betrachteten Tatsachen, dass die große Industrie jetzt der freien Konkurrenz entwachsen ist, so schließt Engels daraus ganz wie Rodbertus, „dass entweder die große Industrie selbst aufgegeben werden muss, was eine absolute Unmöglichkeit ist, oder dass sie eine ganz neue Organisation der Gesellschaft

⁶ Aus dessen Nachlass, herausgegeben von Eduard Bernstein. Preis 20 Pf.

notwendig macht, in welcher die ganze Gesellschaft nach einem festen Plan und nach den Bedürfnissen aller die Produktion lenkt“. Aber anders als Rodbertus erkennt Engels, dass die große Industrie erst die Möglichkeit jener künftigen Umwälzung geschaffen hat; denn sie erst hat uns in den Stand gesetzt, so viel von allen Lebensbedürfnissen zu produzieren, dass es für alle reicht. Früher, als bis diese Höhe der Produktion erreicht war, hätte also das Privateigentum nicht abgeschafft werden können. Erst die große Industrie hat Produktivkräfte in einem nie vorher gekannten Maße erzeugt, und dazu noch die [9] Mittel, diese Produktivkräfte in kurzer Zeit ins unendliche zu vermehren; erst die große Industrie hat diese Produktivkräfte in die Hände weniger Bourgeois zusammengedrängt, und erst durch die große Industrie sind die Produktivkräfte den Besitzern des Privateigentums über den Kopf gewachsen. Erst die große Industrie also hat das Bedürfnis, zugleich aber auch die Mittel einer planmäßigen, gesellschaftlichen Wirtschaft geschaffen. Trotzdem wird diese planmäßige gesellschaftliche Wirtschaft nicht durch irgendeinen willkürlichen Akt der Menschen kommen – „die Kommunisten wissen zu gut, dass alle Verschwörungen nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich sind“ – sie wird kommen durch ihre eigene Entwicklung. Die Produktivkräfte werden sich weiter vergrößern über das Maß dessen hinaus, was die Privatkapitalisten, die „Kapitäne der Industrie“ meistern können, bis die Enteignung sich als politische Notwendigkeit von selbst ergeben wird.

Es versteht sich, dass in einer so frühen Arbeit sich auch Anschauungen finden, die durch spätere Forschungen von Marx und Engels überholt sind. Insbesondere gilt das für die Angaben über die Preisbildung (S. 11 –12), über die erreichte Höhe der Produktivkräfte (S. 22) und einige andere. Es erübrigt sich, sie im Einzelnen zu widerlegen, denn der denkende Leser, der nicht auf des Meisters Wort schwört, wird auch aus den Irrtümern Anregung schöpfen. Nur eins muss sonderbar berühren: nach unserem Empfinden ist die genialste Stelle der ganzen Schrift die (S. 19 – 20), wo Engels darlegt, dass „gerade diejenige Eigenschaft der großen Industrie, welche in der heutigen Gesellschaft alles Elend und alle Krisen erzeugt, dieselbe ist, welche unter einer anderen gesellschaftlichen Organisation eben dieses Elend und diese Schwankungen vernichten wird“, dass also „die Mittel vorhanden sind, um durch eine neue Gesellschaftsordnung diese Übel gänzlich zu beseitigen“. Es mag sein, dass Engels hier seiner Zeit vorausgeeilt ist; es mag sein, dass der Stand der Entwicklung damals noch nicht so hoch war, wie Engels glaubte. Darum bleibt aber jene Darlegung doch ein Geistesblitz des Genies, der die weitere Entwicklung bis auf den heutigen Tag und noch darüber hinaus beleuchtet und uns Späteren das Verständnis unserer Zeit ungemein erleichtert. Was Engels aus dem damaligen Stand der Dinge, vielleicht etwas früh, schloss, das ist in der Zwischenzeit tatsächlich eingetreten, wie den Lesern dieser Blätter aus mehrfachen Abhandlungen bekannt ist. Und gerade diese Stelle, meint Eduard Bernstein, müsse man – der Jugend des Verfassers wie der damaligen sozialistischen Bewegung zu gutehalten!

Alles in allem fassen wir unser Urteil dahin zusammen: es ist schon lange keine Schrift erschienen, die das Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus so zu fördern geeignet wäre wie diese.

Vom Wert.

Die „Überproduktion“ soll schuld an der Krise sein. Dass ist natürlich nicht so zu verstehen, als wenn mehr Waren produziert werden, als die Menschen brauchen können, denn jede Arbeiterfamilie könnte gut und gern doppelt so viel verbrauchen, als ihr jetzt zu Gebote steht, und würde darum noch kein Schlemmerleben führen, sondern es werden mehr Waren produziert, als die Menschen kaufen können. In der Tat, das Einkommen des deutschen

Arbeiters wird heute, wenn man schon sehr hoch schätzt, im Durchschnitt allerhöchstens 1300 Mk. betragen. Dafür kann er nicht viel kaufen. Nun gibt es in Deutschland gegenwärtig mindestens 20 Millionen Arbeiter. Man denke sich, dass jeder von ihnen 500 Mk. mehr pro Jahr ausgeben könnte, dann würde auf der Stelle eine Warenmasse im Werte von 10 000 Millionen Mark mehr abgesetzt werden; von Absatzstokung, Krise, schlechtem Geschäftsgang könnte keine Rede sein.

Es scheint hier eine wirkliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit vorzuliegen. Die Arbeiter haben Interesse an höheren Löhnen, um mehr kaufen zu können; die Kapitalisten haben Interesse daran, ihre Waren abzusetzen, deren Käufer zum allergrößten Teil die Arbeiter sind. Wenn die Dinge so liegen, dann ist ja das Mittel mit Händen zu greifen, das aller Not ein Ende machen muss: man erhöhe die Löhne sämtlicher Arbeiter um, sagen wir, je 500 Mk. Alsbald wird der Konsum gewaltig zunehmen, Handel und Wandel werden blühen, die Kapitalisten werden die herrlichsten Geschäfte machen, und alles wird in Eintracht und Frieden beieinander leben.

Wir brauchen nicht erst zu sagen, dass die Kapitalisten jeden, der einen solchen Vorschlag macht, für einen Irrenhäusler ansehen würden. Sie würden ihn ablehnen, ohne sich auch nur in eine Diskussion darüber einzulassen, denn sie wissen ganz genau, dass die Lohnerhöhung aus ihrer Tasche fließen müsste, Sie wissen ganz genau, dass sie kein Interesse daran haben, erst den Arbeitern 10 000 Millionen Mk. zu geben, damit die Arbeiter für dasselbe Geld hinterher bei ihnen Waren kaufen. Sie wissen ganz genau, dass sie dabei nur verlieren, aber nichts gewinnen könnten.

Es ist aber notwendig festzustellen, dass dieses praktische Verhalten halten der Kapitalisten in krassem Widerspruch steht zu den Lehren, die sie selbst verbreiten oder durch ihre Professoren verbreiten lassen. Ihr praktisches Verhalten zeigt, wie sicher sie sich bewusst sind des Gegensatzes zwischen Lohn und Profit: je höher der Lohn des Arbeiters, desto niedriger der Profit des Kapitalisten. Deshalb widersetzt sich der Kapitalist nach Kräften jeder Lohnerhöhung; damit gibt er jedoch zu, dass der Profit ein Teil jenes Wertes ist, [11] den die Arbeit geschaffen hat, dass also der Profit entsteht durch das, was die ökonomische Wissenschaft die „Ausbeutung“ des Arbeiters nennt.

Ganz anders dagegen lautet die Lehre, die von der bürgerlichen Nationalökonomie verbreitet und von der Kapitalistenklasse begünstigt wird. Danach soll der Kapitalprofit in keinem Zusammenhang mit der Arbeit stehen. Zu den Unkosten, die die Herstellung einer Ware verursacht, gehört auch der Arbeitslohn. Auf die Gesamtsumme der so entstandenen Kosten schlägt der Kapitalist einen gewissen Prozentsatz, und den Preis, der auf diese Weise herauskommt, muss der Konsument bezahlen. Hiernach wäre es nicht der Arbeiter als Produzent, aus dem der Profit herausgeholt wird, sondern der Käufer der Ware, der Konsument.

Ein Zahlenbeispiel mag die Sache erläutern. Nehmen wir an, die sämtlichen Unkosten für die Fabrikation einer bestimmten Ware – außer dem Arbeitslohn – betragen 15 Mk.; so viel muss der Fabrikant zunächst ausgeben, um das an Rohstoffen, Maschinen usw. heranzuschaffen, was nötig ist, um die Arbeiter zu beschäftigen; dazu kommt der Arbeitslohn, sagen wir 5 Mk., dann hat der Kapitalist im Ganzen 20 Mk. Unkosten. Hierauf schlägt er den in seiner Branche „üblichen“ Satz von 25 Proz., der Preis beträgt demnach 25 Mk., und der Konsument muss diese überschießenden 5 Mk. tragen, die den Profit des Kapitalisten ausmachen.

Wenn die Dinge so lägen, wenn also wirklich der Preis gewissermaßen automatisch aus den Selbstkosten plus „üblichem“ Aufschlag entstände, dann hätten ja die Kapitalisten das allergrößte Interesse daran, dass ihre Selbstkosten möglichst hoch sind; denn umso höher wäre dann auch der Profit. Wenn in unserem obigen Beispiel es den Arbeitern gelänge, ihren Lohn um 4 Mk. zu erhöhen, so dass die gesamten Selbstkosten des Kapitalisten 24 Mk. ausmachten, so würden 25 Proz. davon gleich 6 Mk. sein; die Ware würde zu 30 Mk. verkauft werden, und der Profit wäre von 5 auf 6 Mk. gestiegen. Allenfalls könnte man den Einwand erheben, dass es den Kapitalisten Schwierigkeiten machen möchte, die verteuerte Ware abzusetzen; die Käufer würden vielleicht wegen des gestiegenen Preises darauf verzichten. Aber gerade für den Fall, den wir hier im Auge haben, fällt dieser Einwand fort, denn hier handelt sich's ja darum, dass jeder Arbeiter 500 Mk. Zulage erhält; alle Waren würden demzufolge verteuert, und die Konsumenten könnten sich dieser Verteuerung auf keine Weise entziehen, denn auf alle Waren können sie nicht verzichten.

Indem die Kapitalisten sich gleichwohl einer solchen allgemeinen Lohnerhöhung widersetzen, zeigen sie, dass sie den Lehren ihrer Professoren – die sie z.B. bei Streiks gern den Arbeitern entgegenhalten – keinerlei Einfluss auf ihr eigenes praktisches Ver- [12] halten einräumen. Der wirkliche Zusammenhang der Dinge ist eben ganz anders. Aller vorhandene Wert; also auch der Profit der Kapitalisten, ist durch Arbeit geschaffen. Eine gewisse Summe von Wert ist stets durch früher geleistete Arbeit vorhanden. Sie steckt in den vorhandenen Waren. Wenn man sich nun nicht einen einzelnen Fabrikanten mit seinen Arbeitern vorstellt, sondern die ganze Kapitalistenklasse und die ganze Arbeiterklasse, so liegt die Sache folgendermaßen.

In den Rohstoffen, Maschinen und sonstigen Vorräten, die zur Produktion gebraucht werden, steckt eine bestimmte Summe Wert; sagen wir 15 (z.B. 15 000 Millionen Mk.). Durch die Arbeit, die jetzt beginnt, wird neuer Wert geschaffen; sagen wir 10; dann ist der Wert der gesamten fertigen Warenmasse schließlich = 25. Die ersten 15 ersetzen das, was die Kapitalisten zum Ankauf der Materialien haben ausgeben müssen; der Rest von 10 bleibt übrig zur Verteilung zwischen Kapitalisten und Arbeitern. Mehr als diese 10 ist nicht da, hierin müssen Kapitalisten und Arbeiter sich teilen. Folglich, je mehr davon den Arbeitern zufällt, desto weniger bleibt für die Kapitalisten übrig. Bekommen die Arbeiter einen Lohn von 5, so hat die Kapitalistenklasse einen Profit von 5. Steigt der Arbeitslohn auf 6, so beträgt der Profit nur noch 4, usw. Freilich werden die Kapitalisten den Versuch machen, ihren Verlust durch Preiserhöhung auf die Konsumenten abzuwälzen, und es ist auch denkbar, dass ihnen dies in dem einen oder anderen Falle gelingt. Aber das kann immer nur ein vorübergehender Ersatz sein, denn die Konsumenten würden auf diese Weise bald ausgepumpt sein; mehr, als sie haben, können sie nicht geben. Die Arbeit dagegen ist der immer wieder frisch sprudelnde Quell, woraus immer wieder neuer Profit geholt werden kann.

Dies also ist das wirkliche Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Profit und Lohn: ein Widerspruch, ein Gegensatz schlechthin, zwischen denen es keine Versöhnung geben kann. Die Kapitalisten sind sich darüber auch vollkommen klar. Es ist notwendig, dass sich die Arbeiter ebenso klar darüber werden.

Krise und Zukunftsstaat.

Nichts ist unserer Zeit so notwendig, wie Kenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge und ihrer inneren Triebfedern, denn nur daraus lässt sich das Getriebe der Politik verstehen, nur daraus kann der einzelne, wie es dem denkenden Menschen geziemt, seine Stellung zu den großen Fragen des Tages bestimmen. Mit klassischer [13] Klarheit hat es Friedrich Engels in seiner in

diesem Heft besprochenen Schrift ausgesprochen: wirtschaftliche Änderungen waren es, welche die Zusammensetzung der modernen Gesellschaft aus Kapitalisten und Arbeitern schufen. Und aus dem Widerstreit dieser beiden Klassen, aus ihren wirtschaftlichen Beziehungen und Gegensätzen entspringen letzten Endes alle politischen Kämpfe der Gegenwart. Keine Möglichkeit daher, diese politischen Kämpfe in ihrer wahren Tragweite zu verstehen, wenn man nicht jene wirtschaftlichen Gegensätze kennt.

Wirtschaftliche Kenntnisse zu verbreiten, um den Massen das Verständnis der Politik zu ermöglichen, das war der Zweck, der zur Gründung unserer Zeitschrift geführt hat; es war auch der eigentliche Beweggrund für jene Vortragskurse, die unser Herausgeber gegenwärtig in Berlin abhält. Dass man dafür das Thema der Krise gewählt hat, bedarf keiner Begründung, denn die Krise ist das wirtschaftliche Problem der Gegenwart und damit ist sie auch das wichtigste politische Problem. Die Herrschenden mögen noch so affektiert darüber hinwegsehen, sie mögen in den Spalten ihrer Zeitungen noch so ostentativ den größten Raum auf so „wichtige“ Fragen verschwenden, wie die Reisen des Prinzen von Wied, ehe er das neugebackene albanische Thrönchen besteigt, oder den bevorstehenden Wechsel in irgendeinem gänzlich unbekanntem Ministerialratsposten – in der innersten Falte ihres Herzens wissen sie doch, dass das alles winzig ist neben dem Grollen der wirtschaftlichen „Unterwelt“, das ihnen aus der Not der Arbeitslosen vernehmlich genug entgegenschallt; in ihrem Innern erbeben sie doch vor dem Geheimnisvollen, Grauenhaften, das ihnen in der Krise gegenübertritt, und das sie nicht verstehen und deshalb nicht meistern können.

In den Vorträgen handelte sich's zunächst darum, das vollständige Versagen der bisherigen staatlichen Statistik in allen Arbeiterfragen aufzudecken. Wir wissen nicht, wieviel Arbeitslose es gibt; wir wissen nicht, wie hoch die Arbeitslöhne sind; ja, wir wissen kaum, wie groß die Zahl der Proletarier im Deutschen Reich ist, und nur mit Mühe können wir errechnen, wie weit der tatsächliche Konsum der arbeitenden Massen hinter dem zurückbleibt, was sie verbrauchen müssten, wenn sie alle ihre Bedürfnisse decken und für die Produktion einen genügenden Absatz bieten sollten. Dass dieses ständige weite Zurückbleiben des Massenkonsums hinter der Produktion immer wieder zu Absatzstockungen und Krisen führen muss, ist die übereinstimmende Ansicht aller Theoretiker, die sich mit der Frage beschäftigt haben. Die Abhilfe wäre demnach zu erreichen, wenn man die Kaufkraft der Massen in Einklang bringt mit der Produktion. Dies könnte geschehen durch entsprechende Lohnerhöhung oder Preissenkung. Es könnte! Aber die kapitalistisch betriebene Wirtschaft kann an dergleichen nicht denken, denn beides [14] würde den Profit schmälern, ja vernichten, und nur um Profit zu machen, wird ja die Produktion betrieben. Da bleibt denn als einziger, letzter Rettungsanker übrig, die Produktion so weit einzuschränken, dass sie die niedrige Kaufkraft der Massen nicht übersteigt. Das in der Tat hat das Kapital durch allerhand Organisationen seit 40 – 50 Jahren versucht, und es ist nun weiter zu zeigen, wie es dabei gefahren ist und wie es zuletzt das gerade Gegenteil seiner Absichten, nämlich eine noch tollere „Überproduktion“ erzielt hat.

Dies ungefähr ist der Inhalt der bis Ende Februar gehaltenen 75 Vorträge, und wir dürfen schon jetzt sagen, dass der mit dieser Veranstaltung beabsichtigte Zweck voll erreicht werden wird. Zwar ist die Zahl der Hörer, die sich zu den Vorträgen eingefunden haben, noch nicht allzu groß, nur ungefähr 150. Aber ihre rege Aufmerksamkeit sowie die Fragen und Diskussionen haben gezeigt, mit wie offenem Verständnis sie den Ausführungen gefolgt sind. Es sollen deshalb diese Kurse zu einer ständigen Einrichtung ausgebaut werden. In einem bequem liegenden Lokal zu Berlin, das noch rechtzeitig bekannt gegeben wird, wird unser Herausgeber im April d. J. eine Reihe von Kursen zur Erweiterung und Vertiefung wirtschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Kenntnisse beginnen. Für das Quartal von April

bis Juni d. J. sind zunächst folgende Kurse geplant: eine Einführung in die politische Ökonomie, ausgehend von den alltäglichen wirtschaftlichen Vorgängen, wie Kauf und Verkauf, Preisbildung, Teuerung usw. zu den tiefen und schweren Fragen der Wirtschaftslehre, den Gesetzen des Wertes, dem Wesen des Geldes usw., hinüberleiten soll; sodann eine ausführliche Abhandlung über den historischen Materialismus, bestimmt für solche, die sich mit den grundlegenden philosophisch-historischen Lehren des Sozialismus bekannt machen wollen; endlich ein sogenannter „Redeübungskursus“, der in der Hauptsache den Teilnehmern das Aufsuchen, Sichten und Beherrschen des Materials, also die Wege zum eigenen Studium zeigen soll. Außerdem wird auch wieder ein Fortschrittskursus abgehalten werden, dessen Wesen in Ausarbeitungen der Teilnehmer besteht.

Alle Einzelheiten werden noch bekannt gegeben. Doch bitten wir diejenigen unserer in Berlin und Umgegend wohnenden Leser, die sich für das Unternehmen interessieren, sich schon jetzt mit unserer Redaktion deswegen in Verbindung zu setzen. [15]

Glaube und Wissen.

Dass Bildung frei macht, haben wir alle schon gehört. Aber selten macht man sich klar, wie sehr dieses Wort gerade auf die moderne Arbeiterbewegung zutrifft, wie sehr gerade sie der Bildung bedarf, um die Befreiung der Arbeiterklasse zu erkämpfen.

Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass eine gewaltige soziale Umwälzung sich vorbereitet. Alle Zeiten, soweit wir vom Werden der Menschheit Kunde besitzen, haben ihre soziale Frage gehabt. Sie ist in den verschiedenen Zeitaltern nicht immer unter der gleichen äußeren Form aufgetreten, aber der Kern, der innere Gehalt war im Lauf der Jahrtausende stets derselbe: der *Klassenkampf*. Eine Klasse, im Besitz aller Macht und aller Güter des Lebens, hielt die anderen davon ausgeschlossen. Diese anderen, geistig wie materiell in unerträglicher Lage, forderten ihren Anteil. Noch nie aber, im ganzen Verlauf der Weltgeschichte, ist es vorgekommen, dass eine herrschende Klasse ihre Herrschaft und ihre Vorrechte freiwillig aufgegeben hätte. Stets musste sie durch Kampf dazu gezwungen werden.

So ist es zu allen Zeiten der Klassenkampf gewesen, der die Menschheit vorwärtsgebracht hat. Dieses beständige Ringen der Unterdrückten um ihr eigenes Vorwärtskommen, um ihre eigene Befreiung war der gewaltige Kulturhebel, der die Menschheit eine Stufe nach der anderen auf der Leiter der Zivilisation emporgehoben hat. Ebenso ist es auch heute, und dadurch wird dem Klassenkampf des Proletariats sein heiliger Charakter ausgeprägt. Freilich, was wir erstreben, ist die Erlösung von unserem eigenen Leid. Aber indem wir das durchsetzen, bringen wir eben dadurch die Menschheit wiederum einen Schritt weiter und höher. Deshalb ist unsere Sache zugleich die Sache der Kultur und des Fortschritts.

Jedoch, ungeheure Opfer haben die Klassenkämpfe der vergangenen Jahrtausende gekostet; und – was schlimmer ist – viel zu oft, ohne den gewünschten Erfolg zu erreichen, oder doch, ohne dass der Erfolg den furchtbaren Opfern entsprochen hätte. Woran aber lag das? In jedem einzelnen Fall haben natürlich mancherlei Ur- [1] sachen mitgesprochen. Eine aber finden wir mit erschreckender Regelmäßigkeit immer wieder: die *Unwissenheit der Unterdrückten*. Die Massen wussten wohl, was sie bedrückte und quälte; aber weder wussten sie, wie es zu beseitigen wäre, noch wussten sie so recht, was sie eigentlich wollten. Und daraus entsprangen zwei schlimme Folgen.

Die erste Folge war, dass sie nur einen Führer kannten: das eigene Elend. Es fehlte der Zusammenhalt, die Organisation. Jeder einzelne empörte sich, wenn er meinte, dass seine eigene, persönliche Lage nun nicht länger zu ertragen sei. Dann aber war es der Brutalität der Herrschenden oft leicht, die Unzufriedenheit in Strömen von Blut zu ersticken. Wie manches Blutvergießen wäre der Menschheit vielleicht erspart geblieben, wenn die Massen eine bessere Bildung besessen hätten! Der Sieg war in solchen Fällen meist nur dann zu erringen, wenn das Elend so hochgestiegen war, dass es ungeheure Massen auf einmal zur Verzweiflung trieb.

War aber mit solchen Opfern wirklich der Sieg errungen, was dann? Dann wussten die Massen wiederum nicht, wie sie es eigentlich anzufangen hätten, ein besseres Dasein sich zu errichten, und dann wurden sie nur zu leicht die Beute von herrschsüchtigen Abenteurern. Im Altertum, im Mittelalter wie in der Neuzeit sind die Fälle nicht eben selten, dass all die gewaltigen Opfer an Gut und Blut, an Heldengröße und hochgemutem Sinn, Opfer, die für die Sache des Volkes gefallen waren, nur irgendeinem Napoleon als Fußschemel seines privaten Ehrgeizes, seiner persönlichen Herrschsucht dienten.

Das sind die Gefahren, die jeder Massenbewegung drohen. Sie zu vermeiden, gibt es nur einen Weg: die Massen müssen selbst in der Lage sein, zu beurteilen, was ihnen frommt und was sie wollen. Bildung macht frei, Wissen ist Macht.

Wie aber sollen wir es anfangen, Bildung und Wissen unter die Massen zu bringen? Ist doch der Sozialismus gleich einem neuen Glauben, dessen begeisterter Apostel ein jeder von uns sein sollte! Und ganz wie in alten Zeiten wird auch heute noch der Glaube Berge versetzen. Es muss nur der rechte Glaube sein. Welches aber ist der rechte Glaube, und wie können wir ihn erwerben?

Für den Sozialisten gibt es kein Dogma, keine irgendwie von einer Autorität angeordnete „Wahrheit“, die er glauben muss. Nur *einen* rechten Glauben gibt es für ihn, nämlich den Glauben an das, von dessen Richtigkeit und Wahrheit er sich selbst überzeugt hat. Den Glauben brauchen wir; den Glauben, der allein jene Begeisterung erzeugt, jene feurige, hinreißende Beredsamkeit, die aus dem Herzen quillt und deshalb zum Herzen dringt; den felsenfesten, unerschütterlichen Glauben an die Wahrheit dessen, was der Mund ver- [2] kündigt. Aber nicht aus irgendeiner Offenbarung schöpfen wir den Glauben, nicht aus irgendeiner behördlichen Anordnung, sondern einzig und allein aus dem eigenen Wissen. Und so zeigt sich hier von neuem, dass Wissen und Bildung die Grund- und Eckpfeiler aller Bestrebungen sind für die Befreiung des Proletariats.

Man kann nur lehren, was man selbst gelernt hat. Deshalb muss jeder, der ein Verkünder der neuen Wahrheit, jeder, der ein Mitkämpfer für die heilige Sache des Sozialismus sein will, sich dasjenige Wissen aneignen, aus dem er jenen Glauben schöpfen kann. Hieran mitzuwirken, das ist die Aufgabe, die sich unsere Zeitschrift gestellt hat. Die Materialien will sie liefern, den Stoff, aus dem jeder sein eigenes Wissen und sein eigenes Urteil entnehmen soll.

Unsere Leser werden selbst beurteilen, ob wir in den bisher erschienenen Heften diesem Programm treu geblieben sind. Wer uns aber wenigstens das ehrliche Streben nach diesem Ziele zugesteht, und wen wir dadurch zu unserem Freunde gewonnen haben, der wird einsehen, dass unsere große Aufgabe nur dann gelöst werden kann, wenn unser Blatt wirklich in die weitesten Massen des Proletariats dringt. Dazu kann ein jeder helfen. Wenn uns jeder nur einen einzigen weiteren Leser zuführt, so muss sich die Verbreitung der Lichtstrahlen bald verdoppeln und verdreifachen. Wir bitten deshalb alle unsere Freunde und Leser, uns die Namen und Adressen solcher Personen zuzusenden, bei denen ein Interesse für unsere Bestrebungen anzunehmen ist.

Der Kampf gegen die Wucherzölle.

Von J. Karski. [Julian Marchlewski?]

Die Reichsregierung hat erklärt, dass sie weder den bestehenden Zolltarif ändern noch die bestehenden Handelsverträge kündigen will. Das ist den Agrariern aber nicht recht, denn sie verzichten zwar gnädig auf noch höhere Korn- und Fleischzölle, aber sie verlangen erhöhte Zölle auf Obst und Gemüse, Butter, Käse und Eier, außerdem einen Zoll auf Milch und Sahne. Diese Wünsche lassen sich nur erfüllen, wenn die Handelsverträge geändert werden, und ein Zoll auf Milch und Sahne erfordert eine Änderung des Zolltarifes, denn nach dem bestehenden Gesetze sind diese Produkte zollfrei, und die Regierung kann nicht bei Erneuerung der Verträge mit den fremden Staaten einen Zoll einführen. Daher hat denn auch die Regierung pünktlich sich selbst dementiert, indem sie im preußischen Landtage erklären ließ, dass - wenn die fremden Staaten die Ver- [3] träge kündigen - einzelne Positionen des Zolltarifes geändert werden sollen. Das heißt also: wenn es nach dem Willen der Agrarier und der Regierung geht, soll der Lebensmittelwucher noch verschärft werden. Allerdings hat dabei der Reichstag ein Wort mitzusprechen, und zwar dürfte es der Reichstag in seiner

gegenwärtigen Zusammensetzung sein, denn sein Mandat läuft – wenn er nicht aufgelöst wird – bis Januar 1917, während die bestehenden Verträge Ende 1917 ablaufen und Ende 1916 gekündigt werden können, einer der wichtigsten, jener mit Österreich sogar schon am 31. Dezember 1914 auf den 31. Dezember 1915. Aber leider ist dieser Reichstag, trotzdem er gewählt wurde unter dem Eindruck der Brandschatzung des Volkes durch indirekte Steuern im Jahre 1909, in seiner Mehrheit für den Zollwucher. Konservative, Zentrum, Nationalliberale und die kleinen Gruppen haben die Mehrheit.

Angesichts der Gefahr, dass der unerträgliche Lebensmittelwucher nicht nur weiter bestehen, sondern womöglich verschärft werden kann, tröstet man sich hier und da mit der Hoffnung, dass das „Ausland als Retter“ erscheinen wird. Da nämlich die ausländischen Agrarier von den deutschen Agrarzöllen Schaden haben, werden sie der deutschen Regierung Handelsverträge aufzwingen, in denen diese Zölle herabgesetzt werden. Dieser Meinung ist z.B. Genosse *Breitscheid* und, wie es scheint, die Redaktion unseres wissenschaftlichen Organs, die seinen Artikel ohne Widerspruch abdruckt („*Neue Zeit*“ vom 30. Jan. 1914.) Eine solche Hoffnung dürfte leicht fehlschlagen. Allerdings haben jene Staaten, die Getreide und andere Lebensmittel nach Deutschland ausführen, ein Interesse daran, dass die Zölle in Deutschland ermäßigt werden. Aber dieses Interesse ist heute viel weniger dringend als früher. Solange nämlich auf dem Weltmarkt Überfluss an Nahrungsmitteln, besonders an Getreide, herrschte, waren die Produzenten der fremden Länder gezwungen, mit den Preisen herabzugehen, um Absatz zu finden. Bei reicher Welterernte kam es dann wohl vor, dass die Produzenten einen Teil des deutschen Zolles tragen mussten. Heute aber steht die Welt im Zeichen *steigender* Lebensmittelpreise, und das dürfte – wenn nicht alle Zeichen trügen – noch eine Weile dauern. In solchen Zeiten zahlen aber die Konsumenten der Schutzzollländer unter allen Umständen den Weltmarktpreis *plus* Zoll. Deshalb haben die Agrarier der Ausfuhrländer kein Interesse, gegen die deutschen Zölle auf Lebensmittel Sturm zu laufen: die deutschen Konsumenten müssen von ihnen kaufen, und wenn sie dabei den Zoll tragen, ist das ihre Sache.

Eine Einrichtung des deutschen Zollsystems fordert allerdings den scharfen Protest der Getreide exportierenden Länder heraus – die Einfuhrscheine. Dieses System führt dazu, dass die deutsche [4] Reichsregierung regelrechte Prämien auf die Ausfuhr von Getreide, besonders Roggen, zahlt, und das wird von anderen Ländern, namentlich Russland, als Schmutzkonkurrenz empfunden. Bei Abschluss der neuen Verträge wird daher das Ausland wahrscheinlich mit der deutschen Regierung ein ernstes Wort über diese Sache sprechen. Aber im Übrigen ist nicht einzusehen, warum die fremden Regierungen sich darüber aufregen sollen, wenn in Deutschland das Brot teuer ist.

Dagegen wollen Russland, Österreich, Italien die Industriewaren, die aus Deutschland kommen, mit noch höheren Zöllen als bisher belegen, und das ist der Hauptgrund, warum sie die Handelsverträge kündigen. Alles deutet darauf hin, dass der Ablauf der bestehenden Verträge dazu benützt werden soll, das System der Hochschutzzölle noch weiter auszubauen, und das bedeutet für die arbeitenden Massen in Deutschland wie im Auslande eine weitere Verteuerung des Lebensunterhaltes.

Der Kampf gegen diesen Zollwucher speziell in Deutschland ist freilich nicht leicht zu führen. Vor allem ist zu beachten, dass an eine Herabsetzung der besonders drückenden Kornzölle in Deutschland nicht zu denken ist, solange der allgemeine Zolltarif nicht geändert wird. Das bestehende Zolltarifgesetz schreibt nämlich vor, dass die Zölle auf Getreide durch Verträge nicht herabgesetzt werden unter folgende Normen: pro Doppelzentner Weizen 5,50 Mk., Roggen und Malzgerste 5 Mk., Hafer 4 Mk. Selbst wenn die Regierung wollte, darf sie also in den neuen Verträgen mit fremden Staaten unter diese Sätze nicht herabgehen. Um aber das Tarifgesetz zu ändern, genügt ein Beschluss des Reichstages nicht, sondern es muss auch der Bundesrat zustimmen, d.h. die Regierungen der verschiedenen Vaterländer. – Doch weiter:

wird das bestehende Gesetz nicht beseitigt, so hat die Reichsregierung es in der Hand, eine ganze Reihe von Zöllen, besonders von Zöllen auf Lebensmittel zu erhöhen, wenn sie neue Handelsverträge abschließt. Denn die Dinge stehen so, dass die Vertragszollsätze, d.h. die Zollsätze, die in den bestehenden Verträgen vereinbart wurden, niedriger sind als die Sätze des allgemeinen Tarifes. So gilt für Butter der Vertragssatz von 20 Mk. pro Doppelzentner, während der Tarifsatz 30 Mk. ist, für Eier – Vertragssatz 2 Mk., Tarifsatz 6 Mk., für Fleisch – Vertragssatz 35 Mk., Tarifsatz 45 Mk., Küchengewächse – Vertragssatz 4 Mk., Tarifsatz 10 Mk. usw. – Es kann also bei dem Schacher um die Verträge dahin kommen, dass die deutsche Regierung den fremden Regierungen gestattet, die Zölle auf deutsche Industriewaren zu erhöhen, dafür aber ihrerseits die Zölle auf Lebensmittel erhöht, wie es die Agrarier wünschen. Das bestehende Gesetz lässt das zu.

Geschieht es, dann steht der Reichstag vor einer eigenartigen Zwangslage. Er kann nämlich die von der Regierung abgeschlossene [5] nen Verträge nicht ändern, sondern kann sie nur im Ganzen annehmen oder ablehnen. Lehnt er aber ab, dann kommen die Verträge nicht zustande, und in diesem Falle tritt einfach der allgemeine Zolltarif mit seinen noch höheren Sätzen in Kraft.

Nun ist aber die Reichstagsmehrheit, wie gesagt, schutzzöllnerisch gesinnt und die Regierung tanzt nach der Pfeife der Agrarier. Es gibt also keinen Ausweg, wie es scheint; dieser Reichstag wird nicht gegen den Lebensmittelwucher ankämpfen, aber selbst wenn er es wollte, kann er den bestehenden Zolltarif nicht ändern, solange die Regierung es nicht will.

Also – sollen wir uns bescheiden? Sollen wir in müder Resignation den Zollwucher über uns ergehen lassen, vielleicht eine Verschärfung, die den Lebensunterhalt der Massen noch mehr verteuert, in Kauf nehmen? Wenn die Massen in stumpfer Ruhe verharren, wird es so kommen. Zeigen sie aber, dass sie nicht gesonnen sind, sich weiterhin in der bisherigen Weise von den Agrariern und den Industriellen durch hohe Preise ausplündern zu lassen dann werden sich Reichstag und Regierung doch wohl die Sache dreimal überlegen.

Die Forderung muss also lauten: Beseitigung des bestehenden Zolltarifgesetzes! Nur dadurch kann der Zollwucher bekämpft werden. Und diese Forderung kann nur durchgesetzt werden, wenn die arbeitenden Massen mit aller Wucht ihren Willen kundgeben, wenn sie zeigen, dass sie sich die Brandschatzung durch Agrarier und Schlotbarone nicht mehr gefallen lassen wollen. Da gilt kein Mundspitzen, es muss gepfeifen werden.

Die Anfänge der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.

Von Edwin Hoernle.

II.

Vom Vorsteher zum Bischof.

Als ursprünglichste Form des christlichen Gemeinschaftslebens finden wir kleine, lose Zirkel von Bekannten und Freunden, ähnlich jenen kleinen Kreisen sozialistisch gesinnter Arbeiter, die vor Jahrzehnten die Kristallisationspunkte der modernen Arbeiterbewegung bildeten. – War ein verhältnismäßig begüterter „Brüder“ in der Gemeinde, so stellte er sein Haus für die Versammlungen zur Verfügung, anderswo wurde mit gemeinsamen Mitteln ein Saal gemietet. Hier hält man, anfangs wohl täglich, das *Liebesmahl*, [6] das zugleich ein Zeichen der „brüderlichen“ Solidarität und einen Akt mystischer Vereinigung mit dem Erlösergott darstellt.

In den Versammlungen geht es oft stürmisch zu. Die religiöse Verzückung spielt die Hauptrolle. Des „heiligen Geistes“ voll springt hier einer auf und lallt unverständliche Worte, dort strömen einem anderen phantastische Weissagungen und Hymnen vom Munde. Krankheiten, die ihren Sitz im Nervensystem haben, erscheinen plötzlich geheilt, Gelähmte springen empor, Stumme beginnen zu sprechen, Epileptische wälzen sich schäumend am Boden. Andere, mehr verstandesmäßig nüchterne Naturen legen die heiligen Schriften, vor allem des Alten Testaments, im Sinne der hochgespannten Heilandserwartungen aus, predigen Buße und Abkehr von der sinnlichen Lust und ermahnen die Brüder, sich durch Liebe und Wohltätigkeit als echte Kinder und Knechte des Erlösergottes zu beweisen. Irgendeine gottesdienstliche Ordnung, feste Gebräuche und Einrichtungen bestehen noch nicht, geschweige denn ein formuliertes System von Lehrsätzen oder Glaubensartikeln. Die Gemeinde ist souverän in allen ihren Angelegenheiten, jedes Mitglied ist ohne Unterschied gottgeweiht, ein „Heiliger“, jeder kann die Weihe der Taufe, der Teufelsaustreibung an den Neugewonnenen vollziehen.

Bald aber werden bestimmte Namen mit besonderer Ehrfurcht genannt. Ein bunter Kranz frommer Wundergeschichten gruppiert sich um Personen wie Jesus, Paulus, Petrus, Barnabas, Johannes, Apollos. Ob wir es hier mit historischen oder mythischen Persönlichkeiten zu tun haben, kann unerörtert bleiben. Genug, dass diese Personen bereits als unverrückbare *Autoritäten* galten, auf die jedes geflügelte Wort, jeder Brauch, der in der Gemeinde üblich ist, zurückgeführt wird. Bereits bekämpfen sich auch die Pauliner, Petriner, Christus- und Apollosleute. Auch führt der tiefgewurzelte Juden Hass in vielen Gemeinden früh zu bleibenden Spaltungen. Von weit größerer Bedeutung aber war der Gegensatz zwischen den *besitzenden* und *nichtbesitzenden* Elementen. Wenn wir andere religiöse Bewegungen, die uns in den Einzelheiten besser bekannt sind, zum Vergleich heranziehen, so dürfen wir mit ziemlicher Sicherheit aussprechen, dass die Träger der stürmischen und enthusiastischen Erscheinungen vorzüglich proletarisierte Kleinbürger waren, die mit ganz anderer Energie eine Umwälzung der herrschenden Zustände ersehnten als die noch besitzenden Handwerker und Krämer.

Dieser radikale Flügel im Urchristentum begnügte sich nicht mit der religiösen Gleichheit, sondern forderte auch die materielle. Wir hören von Sklaven, die nicht mehr Sklaven bleiben wollten, von Versuchen, die bürgerlichen Eheformen und Sitten aufzuheben, die Emanzipation der Frauen durchzuführen. Die einzige Autorität, die anerkannt wird, ist die gottbegeisterte Ekstase, die sich in wilden Zukunftsvisionen, in „Zungenreden“, Gesichte sehen und Krankenheilungen beweist. Da man nichts zu verlieren hat, trägt man die Verachtung der „Götzen“ und des römischen Staates trotzig zur Schau. Anders die besitzenden Elemente, die, da sie noch etwas zu verlieren haben, jedem Extrem abhold sind. Ungefährlicher als der leidenschaftliche Schwung des Begeisterten erscheint ihnen die dulddende Standhaftigkeit des *Glaubenden*, sicherer als die innere Erleuchtung erscheint ihnen die mündliche und schriftliche *Überlieferung*, wichtiger als die revolutionäre Weltgerichtsstimmung erscheint ihnen die positive *Unterstützungsarbeit*. Sie verwerfen die Gleichheit von Herr und Knecht, reich und arm, Mann und Weib, halten fest an Ehe und Sitte, erstreben die *politische Harmlosigkeit* und betonen den Grundsatz, dass die Heilandserwartung die Ausübung des bürgerlichen Berufes nicht stören dürfe, dass jedermann in seinem Stande bleiben solle. Nur kein Ärgernis geben, nur keine unnötige Spannung mit der bestehenden Gesellschaftsordnung ist ihr Leitgedanke.

Im Lichte dieses Gegensatzes zwischen Radikalen und Opportunisten betrachtet, gewinnen die ältesten schriftlichen Dokumente des Christentums eine neue Bedeutung. Vor allem die sogenannten echten Paulusbriefe sind der typische Ausdruck kleinbürgerlich opportunistischer Interessen. Bereits in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts scheinen die Besitzenden die organisatorische und geistige Leitung der Gemeinden in Händen gehabt

zu haben. In vielen Gemeinden war das wohl von Anfang an der Fall. Damit war aber auch der Boden für die Verpfaffung geebnet.

In den „Paulusbriefen“ hören wir zum ersten Mal von „*Vorstehern*“ und „*Ältesten*“, die die Geschäfte der Gemeinde besorgen. Es ist die Rede von Hilfeleistungen und Verwaltungen und dass man die Vorsteher liebhaben soll, *um ihrer Arbeit willen*. In der Apostelgeschichte ist die Rede von *Armenpflegern*, Diakonen für die Witwen und Waisen in der Gemeinde. Wir haben es also mit von der ganzen Gemeinde gewählten Ausschüssen von Funktionären oder Vertrauensleuten zu tun. Ihre Aufgaben bestanden wohl zunächst nur in Verwaltungsobliegenheiten, wie: Beschaffung des Versammlungsraums, Vermittelung des Verkehrs mit Nachbargemeinden, Einsammeln und Verwahren der Gemeindegelder. Sehr früh mag die Leitung der Versammlungen, der Vollzug der Weihen ihnen überlassen worden sein. Die Grundlage ihrer Stellung war aber zunächst nicht das Recht, sondern die Gewohnheit, nicht ein Amt, sondern der persönliche Einfluss.

Je mehr das opportunistische Element überwog, die Brüder ihren weltlichen Geschäften nachgingen, desto mehr überließ man [8] den Funktionären die Pflicht der Agitation und der Belehrung und damit die Verantwortung für das Gedeihen der Gemeinde. Wie das unter Kleinbürgern und unaufgeklärten Proletariern üblich ist, mögen wohl schon früh Leute von Vermögen, Bildung und äußerem Ansehen auch in der Gemeinde die erste Geige gespielt haben. Der Bruder, der sein Haus zur Verfügung stellte, der einen Teil seines Vermögens hergab, wurde besonders hochgehalten. Es ergab sich von selbst, dass die Vorsteher, Ältesten, Diakonen und dienenden Schwestern in der Regel aus den Reihen der Begüterten genommen wurden, da sie doch Leute sein mussten, die Herren ihrer Zeit waren und ein gewisses Maß von Bildung besaßen. – Es war gute Sitte in den Gemeinden, dass man die Weissagungen und Visionen der Verzückten in den Versammlungen *auslegte*. Kraft ihrer Bildung und ihres Ansehens taten dies die Vorsteher und Ältesten. Je mehr sich aber die Amtsgewalt herausbildete, desto mehr wurde das Recht der Auslegung zu einem Recht der Aufsicht und Zurechtweisung. Es ist kein Zufall, dass gegen Ende des 1. Jahrhunderts die Bezeichnung „*Aufseher*“ (episcopos = Bischof) das ältere Wort Vorsteher verdrängt. – Hatte die freie Begeisterung anfänglich das Leben der Gemeinde bestimmt, so betrachteten jetzt die Aufseher die Enthusiasten mit Misstrauen und Abneigung. Damit war der Bund zwischen den besitzenden Opportunisten und der aufkommenden Priesterschaft besiegelt.

Die Kirchengeschichte des zweiten Jahrhunderts ist bestimmt durch das erbitterte Ringen zwischen den opportunistischen Gemeindebeamten und den radikalen Enthusiasten, oder kurz gesagt: zwischen den *Geistlichen* und den „*Geistigen*“. Durch großzügige Wohltätigkeit aus eigenen oder allgemeinen Mitteln gewann man zunächst die Lumpenproletarier und brachte alle bedürftigen Brüder in Abhängigkeit. Um die Quelle der Wohltätigkeit immer reichlicher fließen zu lassen und die vermöglichen Brüder nicht abzustoßen, legte man immer weniger Wert auf die innere Heiligkeit und wirkliche Brüderlichkeit. Hatten die Urgemeinden strenge Disziplin gehalten und jeden ausgeschlossen, dessen Lebenswandel sich mit den christlichen Forderungen nicht deckte, so legt man jetzt einen milderen Maßstab an und bestraft nur ganz grobe Vergehen. Die kleineren kann man durch *Almosen* und *öffentliche Buße* wieder wettmachen. So gewinnt allmählich die Wohltätigkeit eine ganz neue Bedeutung. Sie ist nicht mehr ein selbstverständlicher Akt christlicher Solidarität, der brüderlichen Liebe, sie ist gleichsam ein Opfer an Gott, um seinen Zorn zu versöhnen. Der Priester aber ist es, der Opfer und Buße anbefiehlt, sie steigern seine Macht.

Hand in Hand mit dieser Umwandlung der christlichen Moral geht die langsame und planmäßige Unterhöhnung des Ansehens, das die „*Geistesgaben*“ bei der großen Masse genossen. Den radi- [9] kalen Enthusiasten gegenüber wird betont, dass der Heilige Geist sich sicherer in den *heiligen Schriften* offenbare als in den Visionen und Weissagungen der

Begeisterten. Da die Aufseher zugleich die Vorleser und Ausleger der heiligen Schriften waren, so bedurfte es keines großen Mutes, um die Behauptung aufzustellen, dass auch der Aufseher und Älteste *von Amts wegen* den heiligen Geist besitze. Zum Beweis wurde die Lehre von der geistverleihenden Kraft der *Handauflegung* (Amtseinsetzung) ausgebildet. Schon der Epheserbrief, dessen Abfassung in die erste Hälfte des 2. Jahrhunderts fällt, weiß zu erzählen: Christus habe etliche eingesetzt zu Aposteln, etliche zu Propheten, etliche zu Evangelisten, etliche zu Hirten und Lehrern. Damit war der Grund gelegt für die Zweiteilung der Gemeinde in Hirten und Schafe, in *Priester* und *Laien*.

Da die Macht der Aufseher und Ältesten sich im Gegensatz zu den Enthusiasten nicht auf die innere, sondern auf die geschriebene bzw. mündlich überlieferte Offenbarung stützte, so war die nächste Folge eine rasche Vermehrung der *heiligen Literatur*. Nun entstehen Lebensbeschreibungen Jesu und Umarbeitungen älterer Schriften. In Briefen nimmt man zu aktuellen Gemeindefragen Stellung. Die Meinungen der Gemeindeleiter werden aber, um ihnen Nachdruck zu verleihen, Jesus oder einem Apostel in den Mund gelegt. So entstehen jetzt Briefe und Evangelien unter dem Namen eines Paulus, Petrus, Judas, Johannes oder Barnabas. Man ist sich dabei übrigens ebenso wenig einer Fälschung bewusst wie ein Gelehrter, der heute z.B. ein Buch über die Lehren von Karl Marx schreibt und unbewusst seine eigenen Ansichten dem Meister unterschiebt.

Es war von Anfang an in den Gemeinden gebräuchlich, Zwistigkeiten nicht vor den „heidnischen Richter zu bringen, sondern einem *Schiedsgericht* der Brüder zu unterbreiten. Hatte ursprünglich die ganze Gemeinde das Schiedsgericht gebildet, so geht jetzt auch diese Funktion in die Hand der Aufseher über. Dass diese Machtsteigerung nicht ohne Erschütterungen und Kämpfe vor sich ging, ist klar. Im 1. Clemensbrief hören wir von einer Revolution der „Jungen“ in Corinth, die auch richtig einen Ältesten vom Amte brachte.

Geradezu sprunghaft aber musste die Macht der Gemeindebeamten steigen, sobald sie in die Lage kamen, als Retter der Gemeindeeinheit und als Hüter der wahren Offenbarung gegen Irrlehrer und Sektierer aufzutreten. Gelegenheit hierzu bot die *gnostische* Bewegung. Die Not der Zeit schuf immer neue, dem Christentum ähnliche Religionsbildungen. Uralte, asiatische Weltentstehungssagen wurden dabei mit eingeflochten. Die buddhistischen Formen der Weltflucht und des Büßertums (Askese) wurden [10] gern übernommen. Die Geldwirtschaft ging nämlich rasch zurück, die Steuern wurden immer drückender, das Soldatenkaiserium mit blutigen Bürgerkriegen nahm überhand. Da schien es das Beste, der Welt den Rücken zu kehren. Die Lehren der Gnostiker (Erkennenden) waren nur ein Spiegel dieser Entwicklung. Viele hielten sogar die Ehe für eine Sünde, da sie an die Welt fesselt. Auch in den christlichen Gemeinden fanden die gnostischen Lehren Eingang. Ihre Tendenz widersprach jedoch teilweise den in einer anderen Kulturperiode entstandenen, eben erst durch die aufkommende Hierarchie fixierten schriftlichen Überlieferungen. Aber die Opposition fiel den Gnostikern zu. Mit Stolz nannten sie sich im Unterschied zu den bloß „Gläubigen“ die „Erkennenden“. Zum ersten Mal wird an den heiligen Schriften und den Einrichtungen der Gemeinde systematisch Kritik geübt. In einem halbundertjährigen Ringen maß man die Kräfte. Die Priesterschaft bezeichnete die Gnostiker als Irrlehrer, falsche Propheten, Satansdiener. Und dank ihrer Organisation, ihrem wohlverwalteten Unterstützungswesen siegten die Aufseher. Die Gnostiker wurden zur Gemeinde hinausgedrängt und mit ihnen die ganze bisherige Opposition. Soweit die weltflüchtige Stimmung, das Heiligen- und Büßerwesen den priesterlichen Interessen nützten, wurden sie angenommen. Der wahre Diener Christi soll ehelos und arm sein und sich von weltlichen Händeln fernhalten. Die wahren Diener Christi sind aber nicht die Laien, sondern die Priester. Ihnen gebührt eine besondere Heiligkeit, sowohl was die Pflichten als was die Rechte anbetrifft. Ein weiterer Schritt zur Absonderung eines privilegierten Pfaffenstandes war damit getan.

Im Aufseherkollegium selbst geht während des Kampfes eine epochemachende Änderung vor sich. Zuerst in der alten Christenstadt Antiochien, bald allerorten zieht der *Vorsitzende* die ganze Geschäftsleitung an sich. Die schweren Parteikämpfe begünstigen eine *monarchische* Entwicklung. Vollzug der Weihen, Leitung des Gottesdienstes, Schriftauslegung, Schiedsrichteramt, Aufsichtsrecht und Armenpflege, alles wird in einer Hand vereinigt. Die Kollegen sinken herab zu bloßen Gehilfen. Nicht mehr die Gemeinde wie in der Urzeit, nicht mehr das Kollegium wie bisher, der Vorsitzende ist jetzt der wahre Träger des Geistes, der seine Vollmachten direkt von den Aposteln oder Christus selbst ableitet. Man nennt ihn daher kurzerhand den Aufseher (Bischof) und seine Kollegen Älteste (Priester). Die Diakonen sind nicht mehr Diener der Gemeinde, sondern Diener des Bischofs. Die Armenpflege wird vom Bischof souverän gehandhabt, er führt regelmäßige Opfer beim Gottesdienst ein, arrangiert feierliche Kirchenkollekten und bildet damit den Grundstock des *Armenguts*, das in Wirklichkeit sein Kriegsschatz ist. Er weiht auch [11] die Priester, Diakonen, Türhüter und sonstigen Geistlichen, und setzt damit das Gemeindevahlrecht praktisch außer Kraft. In den gnostischen Wirren ist er es, der die Gemeinde nach außen vertritt und für den engeren Zusammenschluss der einzelnen Organisationen sorgt. Jetzt kommt auch die Feier des Sonntags und des Abendmahls auf. An Christi statt weiht der Bischof Brot und Wein. Die alten Liebesmahle gehen ein. Keine Versammlung darf ohne den Bischof stattfinden; die Laien dürfen nur predigen, wenn kein Priester zur Stelle ist. Scheinbar war dies eine Maßregel gegen die „Irrlehren“, in Wirklichkeit vernichtete sie die Selbstbestimmung der Organisation. Den Bischof soll man ehren, als ob er Christus selbst wäre; Gott und Christus sind gegenwärtig im Bischof, so lautet die Parole, in der die Entwicklung des Pfaffentums ums Jahr 150 bereits gipfelt.

Unsere Kurse.

Der Kursus über „Krise und Zukunftsstaat“, über dessen Beginn wir in der vorigen Nummer unserer Schrift berichteten, ist inzwischen zu Ende geführt worden. In der zweiten Hälfte waren insbesondere die modernen Organisationen des Kapitals zu erörtern, welche unter dem Namen von Kartellen, Syndikaten und Trusts das Wirtschaftsleben beherrschen und ursprünglich zu dem Zweck gegründet waren, die Produktion einzuschränken. Tatsächlich bewirkten sie gerade das Gegenteil. In den letzten Jahrzehnten, die unter dem Einfluss jener Unternehmerverbände gestanden haben, ist die Produktion außerordentlich vermehrt und gesteigert worden. Dies konnte auch nicht anders sein, weil, wie eine Betrachtung der Wirtschaftsgeschichte ergab, jede Zusammenfassung von Arbeitskräften und jede weitere Planmäßigkeit ihrer Tätigkeit ihre Produktivität steigern muss. Äußerlich vollzog sich die Steigerung in der Form des Kampfes um die Quote: jedes einzelne Mitglied eines Kartells oder Syndikats sucht seinen Anteil an der gesamten Produktion dadurch zu vergrößern, dass es seine eigene Leistungsfähigkeit erhöht. Dies geschieht durch den Bau neuer Werke, die Aufstellung neuer Maschinen, die Vergrößerung vorhandener Betriebsstätten usw., so dass jedes Mal, wenn eine Betriebsperiode abgelaufen ist, sehr viel größere Produktionsmöglichkeiten existieren als zuvor, die nun ihrerseits nach Betätigung und Verwertung drängen. Diese unaufhörliche Vergrößerung der Anlagen wird insbesondere auch durch das Sinken der Profitrate angestachelt, deren [12] Wesen, Ursachen und Folgen ausführlich besprochen wurden. So lange nun die neuen Anlagen, z.B. im Bergbau, in der Schwereisenindustrie, in der Textilindustrie, noch im Bau begriffen sind, erfordern sie eine gewaltige Nachfrage nach Rohmaterialien aller Art und beleben dadurch Handel und Wandel, schaffen gute Konjunktur. In dem Augenblick jedoch, wo sie fertig werden, hört diese Nachfrage mit einem Schlage auf, und an ihre Stelle tritt das riesige Angebot der neuen Werke, die jetzt selbst zu liefern beginnen. So wird urplötzlich die Konjunktur herumgeworfen, an

Stelle großer Nachfrage tritt ein Überangebot, die Krise ist da. Hier ist der eigentliche Grund für die periodische Wiederkehr der Krisen zu suchen.

Dazu kommt der Unterschied zwischen dem fixen und zirkulierenden Kapital, oder vielmehr die verschiedene Ausstattung der verschiedenen Branchen mit fixem und zirkulierenden Kapital. Dadurch wird es ganz unmöglich gemacht, dass in Produktion und Austausch der verschiedenen Branchen untereinander jenes Gleichgewicht Platz greift, das zur Vermeidung von Krisen unbedingt nötig wäre.

War mit diesen Ausführungen der Ursprung und das Wesen der Krise erledigt, so blieb die Frage übrig, zu welchen Konsequenzen diese Entwicklung führen muss. Schon heute sehen wir, wie immer weiteren Massen der Bevölkerung die soziale Unabhängigkeit verloren geht, indes auf der anderen Seite sich eine kleine Anzahl von „Industriekönigen“ herausbildet, die eine schon jetzt schier unerträgliche Herrschaft ausüben – nicht nur über ihre Arbeiter und Angestellten, sondern weit darüber hinaus; die sogar die Staatsgewalt schon jetzt nicht unerheblich beeinflussen. Zugleich sinkt immer mehr der Wohlstand der Gesamtbevölkerung, wie speziell an der preußischen Einkommensstatistik bewiesen wurde. Die Zahl derer, die das Existenzminimum nicht haben, nimmt erschreckend zu, indes in der Hand jener wenigen Industriekönige sich geradezu fabelhafte Reichtümer ansammeln.

So liegen die Dinge schon heute. Die kapitalistische Wirtschaft ist außerstande, die Krise zu verhüten. Aber durch ihr eigenes Interesse ist sie gezwungen, eine neue Ordnung, eine soziale Umwälzung anzubahnen. In ihrem Schoß entwickelt sie die Kräfte, die sie selbst umstürzen und den „Zukunftsstaat“ errichten werden. Schon greift die Planmäßigkeit der Produktion immer weiter um sich. Immer größer wird die Zahl der Betriebe, die sich die Herstellung ihrer Rohmaterialien selbst angliedern; immer zahlreicher werden die Unternehmungen, welche die Weiterverarbeitung ihrer Produkte gleich selbst besorgen – der „gemischte Betrieb“ triumphiert. Zugleich verflechten sich immer inniger die Beziehungen zwischen den verschiedenen Industriezweigen und den verschiedenen Ländern. Von hier bis zur vollständig planmäßigen Wirtschaft, die die Produktion vollkommen dem Bedarf anpasst und anderer- [13] seits auch dafür sorgt, dass die gesamten Produkte auch wirklich konsumiert werden, ist kein weiter Schritt mehr. So führt diese Entwicklung immer deutlicher zu jenem Zustand, wovon Engels in den „Grundsätzen des Kommunismus“ sagt, dass er jedes Mitglied der menschlichen Gesellschaft in den Stand setzen wird, alle seine Kräfte und Anlagen in vollständiger Freiheit zu entwickeln und zu betätigen, so dass also gerade diejenige Eigenschaft der großen Industrie, welche in der heutigen Gesellschaft alles Elend und alle Handelskrisen erzeugt, gerade dieselbe ist, welche unter einer anderen gesellschaftlichen Ordnung eben dieses Elend und diese unglückbereitenden Schwankungen vernichten wird.

Aus dem Inserat in der vorigen wie in der gegenwärtigen Nummer werden unsere Leser bereits ersehen haben, dass die neuen Kurse *Rednerschule*, Einführung in die *politische Ökonomie* und *Historischer Materialismus* am 22., 23. und 24. April in den „Corona-Prachtsälen“ zu Berlin, Kommandantenstr. 72, beginnen. Wir hoffen und wünschen, dass sie einen ebenso befriedigenden Verlauf nehmen wie der erste.

Notizen.

Die Schulden des Deutschen Reiches haben sich in wenig mehr als 30 Jahren wie folgt vergrößert. Es betragen die

	Schulden	dafür zu zahlenden Zinsen
--	----------	---------------------------

1877	16 300 000 Mk.	2 350 000 Mk.
1880	218 060 000 Mk.	8 890 000 Mk.
1890	1 117 980 000 Mk.	48030 000 Mk.
1900	2 298 500 000 Mk.	78 690 000 Mk.
1910	4 844 200 000 Mk.	168 300 000 Mk.

Bekanntlich ist diese ungeheure Verschuldung des Reiches nur durch die stets wachsenden Ausgaben für Heer und Flotte nötig geworden. Diese werden aber – wie jeder weiß, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt in der Hauptsache durch Zölle und Verbrauchsteuern aufgebracht. So müssen die arbeitenden Massen nicht nur von ihrem täglichen Unterhalt das Militär erhalten, sondern überdies noch alljährlich jene 168 Millionen abgeben für die Kapitalisten, die dem Reich die 5000 Millionen geborgt haben. Die Gesamtkosten des Militarismus werden im Jahre 1914 mehr als 2200 Millionen Mark ausmachen. Das sind aber nur die Summen, die direkt aus der Reichskasse gezahlt werden. Nicht mitgerechnet sind z.B. die Zinsen des in Übungsplätzen, Kasernen, [14] Panzerschiffen steckenden Kapitals, die Zuwendungen, die die Soldaten von ihren Familien bekommen, der Arbeitsverdienst, der den Soldaten entgeht, usw. Alles in allem würden weit über 3000 Millionen Mark herauskommen.

Die Profite steigen. Indes die Arbeitslosigkeit wütet und die Arbeitslöhne sinken, leidet das Kapital keine Not. Gerade in den gemischten Betrieben der Schwerindustrie, wo der unaufhörliche technische Fortschritt ebenso unaufhörlich die Zahl der verwendeten Arbeiter verhältnismäßig senkt, gerade in der Industrie also, von wo die Krise letzten Endes ihren Ursprung nimmt, sind die Profite in den letzten Jahren ununterbrochen gestiegen. Die folgende Tabelle, die wir der Calverschen Zeitschrift „Konjunktur“ entnehmen, zeigt das. Danach betrug die zur Verteilung gelangte Dividende:

Gesellschaften	im Geschäftsjahr	auf ein Aktienkapital von Mark	Mark	Prozent
82	1908/09	1 161 000	89 750	= 7,7
	1909/10	1 212 000	111 500	= 9,2
78	1909/10	1 207 000	113 100	= 9,4
	1910/11	1 348 000	135 400	= 10
69	1910/11	1 338 600	134 700	= 10,1
	1911/12	1 424 000	158 100	= 11,1
73	1911/12	1 400 000	157 500	= 11,3
	1912/13	1 483 000	178 000	= 12

Nun macht die Dividende noch nicht die ganze Summe des erzielten Überschusses aus, weil ja ein Teil zum Reservefonds geht und zu anderen Zwecken Verwendung findet. Nimmt man den tatsächlich erzielten reinen Überschuss, so ergibt sich folgendes Bild:

Gesellschaften	Geschäftsjahr	Aktienkapital	Überschuss	Prozent
78	1908/09	1 150 600	114 160	= 9,9
	1909/10	1 193 000	145 800	= 12,2
74	1909/10	1 208 500	146 500	= 12,1
	1910/11	1 336 800	188 200	= 14,1
72	1910/11	1 340 000	183 000	= 13,7
	1911/12	1 425 000	219 000	= 15,4
73	1911/12	1 400 000	218 200	= 15,6
	1912/13	1 480 000	255 600	= 17,3

Es fehlt also nicht viel, dass sich der Reingewinn in den fünf Jahren seit der letzten Krise verdoppelt hat. [15]

1. Jahrgang Nummer 9 Mai 1914

Das Friedensfest.

Indes die christlichen Staaten von Waffen starren, feiert das internationale Proletariat sein Friedensfest. Und man kann ihm in diesem Jahre eine besondere Bedeutung beimessen, wenn man daran denkt, in welchem Übermut der Militarismus sich in den Ländern Westeuropas geradezu überschlagen hat. In Deutschland Zabern, in England Ulster, in Frankreich die Skandalaffäre, die sich an den Namen Rochette knüpft, zwar unmittelbar nichts mit dem Militarismus zu tun hat, aber doch ebenfalls zeigt, wie jene Gewalten, die in der modernen Zivilisation der Säbelherrschaft ein Gegengewicht bieten sollten, innerlich vermorscht sind. Denn das ist das Wichtigste und zugleich das Gemeinsame in all diesen Affären: sie enthüllten die Grundlagen der wirklichen Macht im modernen Staate. Wem die Armee gehorcht, der setzt seinen Willen durch; die anderen, die „gesetzlichen“ Gewalten, kommen dagegen nicht auf, mögen sie nun Parlamente, Bürgermeistereien oder Gerichte heißen.

Wie hat man so viel erzählt von der Macht des englischen Parlaments! Und nun zeigte sich, dass seine Macht genau so weit reicht, wie die Armee ihr zu gehorchen beliebt. Dass in Deutschland das bunte Tuch des Offiziers der „vornehmste Rock“ ist und mit der Spitze des Degens die Geschehnisse der Gesamtheit entschieden werden, wussten wir schon lange. Wenn aber gar, wie jetzt in Frankreich, die Zivilgewalt, die im Parlament und der von ihm eingesetzten Regierung sich verkörpert, als korrupt sich enthüllt, wenn klar wird, dass nicht nur die Journalisten, die Vertreter der „siebenten Großmacht“, sondern auch Minister, Oberrichter und Generalstaatsanwälte die ihnen anvertraute Amtsgewalt zu allerlei persönlichen Zwecken gebrauchen, wo ist dann noch Hoffnung, den Säbelträgern ein Paroli zu bieten? Die Armee ist der wahre Träger der Staatsgewalt; sie ist, wie jener Frankfurter Staatsanwalt im Prozess gegen Rosa Luxemburg ganz richtig sagte, der Lebensnerv des modernen Staates.

Das aber hat seine tiefe und schwere Bedeutung. Denn die Armee ist ja doch für den Krieg da; mit gewappneter Hand soll sie [1] die Interessen der einen Nation gegen die anderen verfechten. Widerspricht das aber nicht den Lehren des Christentums? Bedeutet nicht das Christentum in seiner ursprünglichen, wahren Gestalt die Völkerverbrüderung und den Weltfrieden? „Hier ist nicht Jude noch Grieche“, verkündet der Apostel Paulus (Gal. 3, 26, 28), sondern „ihr seid alle Gottes Kinder durch den Glauben an Christo Jesu, ihr seid allzumal Einer in Christo Jesu.“ Das bedeutet, während alle früheren Religionen national waren in dem Sinne, dass sie das eine Volk gegen das andere feindselig absperreten und jedes Volk sich selbst für das Beste, das „auserwählte“ hielt, trat mit dem Christentum zum ersten Mal der internationale Gedanke in die Welt, nämlich der Gedanke, dass alle Völker, so Juden wie Griechen, Gottes Kinder, also untereinander Brüder seien; dass ein Volk dem andern helfen müsse, ihm sein Bestes, seinen geistigen Gewinn, seine Religion übermitteln müsse. Eine große Völkerverbrüderung, eine große Völkerfamilie wollte das Christentum schaffen.

Die modernen Staaten aber nennen sich christlich und stützen gleichwohl ihre Existenz auf die Armee. Den Gedanken der Internationalität, der Völkerverbrüderung, des Weltfriedens haben sie den Sozialisten überlassen. Und nicht nur das – sie verfolgen sogar mit harten Reden und harten Strafen den, der diesem echt christlichen und echt menschlichen Gedanken dient. „Vaterlandslos“ schelten sie uns Sozialisten, weil wir die Liebe zu *allen* Menschen predigen, auch zu den Franzosen, Dänen und Polen. Mit schweren Gefängnisstrafen haben sie gerade im letzten Jahre wieder viele belegt, die aus Anlass der Zabernaffäre Klarheit verbreiteten über die furchtbare Gefahr des Militarismus. Und wenn am 1. Mai die Proletarier für den

Weltfrieden demonstrieren wollen, dann stehen die Kapitalisten bereit mit Aussperrung, die Staatsanwälte mit den Paragraphen des Strafgesetzes und die Polizisten mit Pulver und Blei.

So haben sich die Rollen vertauscht. Die sich Christen nennen, verfolgen und ächten das Werk des Friedens, und die Sozialisten, die im Namen des Christentums Verfolgten und Geächteten, haben das Werk aufgenommen und setzen es fort.

Doch je schwerer der Kampf, desto höher der Preis. Trotz aller Bannflüche, trotz Kerker und Banden, trotz Hunger und Pein lassen es sich die Arbeiter auch in diesem Jahre nicht nehmen, ihr internationales Friedensfest zu feiern und dadurch der Welt zu zeigen, dass die Gedanken der Freiheit, der Humanität, der Brüderlichkeit aller Verfolgungen spotten. [2]

Die Macht des Reichstags.

Von Alexander Bloch.

Die Macht des Reichstags beruht in dem sogenannten Budgetrecht,⁷ das heißt darin, dass die Regierung ihm über jeden Pfennig Einnahmen und Ausgaben des Reichs Rechenschaft ablegen muss und dass sie keinen Pfennig einnehmen noch ausgeben darf ohne die Genehmigung des Reichstags. Das Budgetrecht gilt als der Eckpfeiler des ganzen Parlamentarismus. In welcher Weise benutzt nun der deutsche Reichstag dieses so bedeutungsvolle Vorrecht?

Rein äußerlich betrachtet, scheint er es sehr ernst zu nehmen. Er berät den Etat mit einer besonderen Gründlichkeit. Sowohl zu dem allgemeinen wie dem speziellen Teil jedes Abschnitts werden größere Reden gehalten und bei jeder Position bringen die Reichsboten ihre Beschwerden vor. Nun aber ist das merkwürdige, dass dieselben Klagen und Wünsche jedes Jahr immer aufs Neue wiederkehren, ohne dass ihnen Rechnung getragen wird, es sei denn, dass es sich um reaktionäre Wünsche handelt. Aber der Reichstag mag noch so sehr die bekannten Beschwerden vorbringen, z.B. über die Schikanen der Behörden, über Fiskalismus, über ungerechte und willkürliche Auslegung der Gesetze, über haarsträubende Urteile in der Justiz, über die Behandlung der Soldaten, über Bevorzugung bestimmter Schichten und Benachteiligung anderer auf allen Gebieten usw., es nützt nichts, es bleibt alles beim Alten. Es handelt sich hier nicht etwa um speziell sozialdemokratische Wünsche, sondern um solche, die von der bürgerlichen Reichstagsmajorität vorgebracht werden. Sie werden auch oft in schönen Resolutionen genau formuliert, doch haben sie meist das Pech, nachher in den Papierkorb des Bundesrats zu wandern.

Hat der Reichstag kein Mittel, um die Erfüllung seiner Forderungen zu erzwingen? Natürlich hat er ein solches, eben in seinem Budgetrecht. Er braucht ja bloß die betreffenden Positionen zu streichen oder dem betreffenden Minister das Gehalt nicht zu bewilligen. Das sind keine Theorien, sondern die elementarste Praxis, die im Heimatlande der Konstitution, in England, genügend erprobt ist. In Deutschland dagegen ist die Volksvertretung im 20. Jahrhundert machtloser, als es die englische im späteren Mittelalter war.

Wenn der deutsche Reichstag seine Macht wirklich erweitern und, wie es seine Pflicht wäre, Deutschland zu einem „parlamentarischen“ System verhelfen wollte, so sind ihm die Wege schon vorgezeichnet, und er brauchte sie nur zu beschreiten. Um die Tatsache [3] zu verschleiern, dass es ihr an entschlossenem Willen fehlt, hat die sogenannte „Opposition“ das Märchen erfunden, die Minister könnten das Gehalt beim Gericht einklagen, wenn es ihnen

⁷ Das Budget (sprich Büdscheh) oder der Etat (sprich Etah) bedeutet die gesamten Einnahmen und Ausgaben einer öffentlichen Verwaltung.

vom Parlament gestrichen würde. Soll man auf derartige Albernheiten ernstlich eingehen? Wir wollen davon absehen, dass die Gerichte solche Klagen ohne weiteres ablehnen müssten; denn gerade hierin sind sich alle Staatsrechtslehrer einig, dass derartige Ausgaben, im Gegensatz zu den „Einnahmen“ und den „vertraglich festgelegten“ Ausgaben bei Streichung seitens des Parlaments unbedingt in Wegfall zu kommen haben. Im Übrigen haben ja die Minister auch nicht das Gehalt zu beanspruchen, wenn der Kaiser sie plötzlich entlässt. Aber das sind alles Zwirnsfäden. Die Richter könnten ihnen das Gehalt zusprechen, aber deswegen braucht man doch nicht ihre Tätigkeit weiter in Anspruch zu nehmen. Auf die *politische* Bedeutung kommt es doch an: Wenn die Volksvertretung klipp und klar durch die Gehaltsverweigerung zum Ausdruck bringt, dass sie mit den Ministern, die ihre Beschlüsse missachten, nicht weiterarbeiten will, so sind diese eben unmöglich.

Wir haben hier zunächst vorausgesetzt, dass die Regierung gesetzlich verfährt, wobei sie dann der Macht der Volksvertretung unterliegen müsste. Es ist natürlich auch der andere Fall möglich, d.h. in der Tat viel wahrscheinlicher, nämlich, dass die Regierung auf die Etatsverweigerung des Reichstags einfach pfeift, die Minister weiterbehält und ihnen das von dem Parlament gestrichene Gehalt doch zahlt. Das wäre dann aber der nackte Staatsstreich. Der Absolutismus stände dann ohne Feigenblatt da. Dieser Zustand könnte natürlich in einem modernen Staate nicht lange währen, wie dies meisterhaft Lassalle in seiner glänzenden Broschüre „Über Verfassungswesen“ dargelegt hat. Wenn im 17. Jahrhundert der Staatsstreich Karls I. mit einem Fiasko geendigt hat, so ist kein Zweifel, dass heute eine solche Handlungsweise gegenüber einem *entschlossenen* Parlament nur mit einer entschiedenen Niederlage enden könnte. Tatsächlich würde eben deshalb auch eine ostelbische Junkerregierung nur im äußersten Falle sich auf dieses so zweischneidige Mittel einlassen. Eine solche Bloßstellung wäre ihr vielmehr höchst fatal. Sie würde daher lieber in vielen Fällen nachgeben, natürlich, wenn es sich für sie nicht um grundlegende Fragen handelt. Ihr bekanntes „Unannehmbar“, das die Regierung heute so oft bei versuchten Gesetzesabänderungen ertönen lässt, würde nur noch selten zu hören sein, wenn sie wüsste, dass sie einer energischen Volksvertretung gegenübersteht. *Der Reichstag hat also Macht, wenn er nur will.* Aber das ist eben das charakteristische. Gerade an der Stelle, wo der Reichstag Gelegenheit hätte, seine Position auszuspielen und neue Machtmittel zu erobern, stellt er sich blind und weiß anscheinend von seinen Befugnissen [4] nichts. Umgekehrt, er verdeckt sie nach Kräften. Seit seinem Bestehen hat der Reichstag so getan, als ob eine gesetzliche Verpflichtung zur Bewilligung des Etats existierte. Er hat den Etat mit einem Glorienschein umgeben, er tut so, als ob die bedingungslose Bewilligung eine „nationale“ Pflicht wäre, an der man überhaupt nicht rühren dürfe. Dieses ganze Getue der Parlamentsmajorität hat nur den Zweck, ihren Wählern jeden Gedanken daran auszutreiben, dass man mit Hilfe des Budgetrechts etwas erringen kann. Denn wenn es zur Beratung der Gesetzesvorlagen kommt und alle wirklichen Verbesserungsanträge von der Regierung als „unannehmbar“ bezeichnet werden, können nachher die Abgeordneten ihren Wählern sagen: „Wir mussten ja umfallen, die Regierung hätte sonst das ganze Gesetz zum Scheitern gebracht, und wir haben keine Macht, die Regierung zu zwingen“. Aus diesem Grunde sollen aber die Wähler an den kitzligen Punkt des Budgetrechts, *wo das Parlament zu seinem eigenen Leidwesen die Macht besitzt*, gar nicht denken.

Daher ist es für die Bürgerlichen sehr unangenehm, dass es eine Partei gibt, die diesen Humbug der „nationalen“ Pflicht der Etatsbewilligung nicht mitmacht. Es liegt ihnen deshalb sehr daran, die Sozialdemokratie hierzu zu bewegen, denn dann würde niemand mehr daran zweifeln, dass es ein ungeschriebenes Gesetz gäbe, auch noch so volksfeindlichen Regierungen alle Mittel zu bewilligen.

Im Übrigen versteht es sich natürlich, dass die eigentliche Bewilligung der Steuern nicht bei der jeweiligen Etatsausstellung, sondern bei der Beschließung der betreffenden Gesetze

stattgefunden hat. Es ist nur typisch, dass gerade bei diesen wichtigen Gesetzen das Parlament eben auch nichts von seiner Macht wissen will. Hierfür ein Beispiel: Als bei dem großen Steuergesetz von 1909 die Freisinnigen bereit waren, 400 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, wurde ihnen von ihrem eigenen angesehenen Mitgliede Professor Liszt geraten, sie sollten wenigstens die Gelegenheit benutzen, um für das Volk einige Reformen herauszuschlagen, wie ein freieres Wahlrecht für Preußen. Darauf erklärten sie würdevoll, sie wären keine „Erpresser“. An diesem Beispiel kann man deutlich sehen, wie ernst sie die Reformen nehmen, die sie dem Volke versprechen. Das englische Parlament hat hierzu gerade jede Situation benutzt, in der sich das Königtum in Schwierigkeiten befand, besonders wenn letzteres einen Kampf mit einem auswärtigen Feinde führen musste. Es galt also durchaus nicht als „antinationale“ gerade solche Gelegenheiten als geeignet für die Erweiterung der Volksrechte zu benutzen.

Der Reichstag denkt eben gar nicht daran, auch nur jene Macht zu benutzen, die er im scheinverfassungsmäßigen Deutschland besitzt. [5]

Ihm ist es viel lieber, alles auf die Regierung zu schieben, die ja zu seiner Freude von der Bevölkerung nicht gewählt wird. Das Budgetrecht, das für andere Länder der Ausgangspunkt großer Kämpfe zwischen Parlament und Absolutismus gewesen ist, ist ihm unangenehm. Vor wenigen Monaten schäumte der Reichstag vor Entrüstung über die Zaberner Vorgänge. Er erteilte der Regierung ein förmliches Misstrauensvotum und verlangte Genugtuung und Reformen. Die Regierung antwortete damit, dass sie die Zivilbehörden abrief, die berühmte Kabinettsorder von 1820 wieder aufleben ließ und ihren Inhalt aufs Neue bekräftigte. Und die Antwort des Parlaments? Es steckte alle Ohrfeigen ein. Die „Zabern-Kommission“ ist resultatlos auseinandergegangen, und in kurzer Zeit steht der Militäretat zur Beratung. Hier können endlich die damals so entrüsteten Nationalliberalen, Zentrumsleute und Freisinnigen an dem Kriegsminister Revanche nehmen. Sie werden es tun, indem sie ihm das Gehalt – bewilligen!

Zum Kampf um den Achtstundentag.

Frieden zu bringen, ist das Ziel des Sozialismus. Aber der Friede kann nur errungen werden durch Kampf. Darum gilt es, heiß zu kämpfen, um die arbeitende Menschheit von den Leiden zu befreien, die auf ihr lasten. Und eines der schwersten Leiden ist die übermäßig lange Arbeitszeit. Zwar ist hier schon viel erobert worden. So allgemein und selbstverständlich, wie noch vor wenigen Jahrzehnten, ist heute eine 12, 13, 15stündige Arbeitszeit doch nicht mehr. Aber wie weit sind wir noch entfernt vom Achtstundentag, dem die Maifeier des kämpfenden Proletariats gewidmet ist! Wie hart muss um ihn noch gerungen werden!

Kein Kampf kann mit Erfolg geführt werden, ohne dass die Kämpfer wissen, was sie wollen, ohne dass sie sich klar sind über die Ursachen des Übels, dessen Vernichtung sie anstreben. Deshalb muss immer und immer wieder Klarheit darüber herrschen, dass die übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit eine Frucht ist des Kapitalismus, und zwar ganz speziell des modernen Großkapitalismus. Zwar haben auch früher schon die Kapitalisten ein Interesse daran gehabt, die tägliche Arbeit nach Möglichkeit zu verlängern. Aber bevor es Maschinen gab, konnten sie nicht allzu viel erreichen. Auch ist seit Einführung der Maschine die Menge des Kapitals, das zur Anlage einer Fabrik gehört, kolossal gewachsen; ganz andere Summen als früher stehen auf dem Spiel, und es leuchtet ein, dass bei [6] einem Kapital von Millionen jede Stunde, um die man die Arbeitszeit verlängert, viel gewaltigere Profite bringt als bei den kleinen Kapitalen, die im 17. und 18. Jahrhundert zum Betriebe ausreichten. Das Interesse der Kapitalisten an überlanger Arbeitszeit ist also viel drängender, gebieterischer geworden. Das muss man stets klar im Auge behalten, dann versteht man, dass der Kampf um den Achtstundentag ein Kampf gegen den Kapitalismus überhaupt sein muss.

Im Jahre 1894 erschien in England ein Buch von John Rae über den Achtstundentag,⁸ aus dem wir schon auf der ersten Seite erfahren, dass „vor 100 Jahren“ (also ums Jahr 1795) der Achtstundentag in manchem großen Betriebe Englands die Regel war. Für die Hauer in Kohlengruben seien 8 Stunden pro Tag die übliche Arbeitszeit gewesen und in manchen schottischen und englischen Bergwerken sei nur 7–8, ja sogar nur 6–7 Stunden gearbeitet worden. Pferdeknechte auf englischen Gütern hätten damals selten mehr als 8–9 Stunden gearbeitet, die bei der eigentlichen Feldarbeit Beschäftigten im Allgemeinen noch weniger. Aus den sonstigen Tatsachen, die Rae mitteilt, sei noch folgendes erwähnt (S. 4): Im Jahre 1833 wurde vor einer zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse eingesetzten Kommission ein alter Strumpfwirker aus Nottingham vernommen, der 69 Jahre lang am Strumpfwirkstuhl gearbeitet hatte. Laut seiner Aussage hatte er 1745 als Knabe von 10 Jahren zu arbeiten begonnen. Damals arbeiteten die Wirker nie mehr als 10 Stunden pro Tag, aber nur an 5 Wochentagen. Der Sonnabend blieb frei; an diesem Tage brachten sie ihre fertig gewirkte Ware nach Nottingham oder bestellten ihr Gärtchen oder beschäftigten sich sonst, womit sie wollten. Das macht pro Woche 50 Arbeitsstunden. Später stieg die Arbeitszeit auf 12 Stunden und zuletzt – d.h. nach Einführung der Maschine – auf 14 bis 15 Stunden. Da es nun auch keinen freien Sonnabend mehr gab, bedeutet dies eine Vermehrung der wöchentlichen Arbeitsstunden von 50 auf 80 bis 90. An diese und viele andere Tatsachen, die er anführt, knüpft Rae (S. 7) die Schlussfolgerung, „dass im alten England *vor der industriellen Umwälzung* das Volk überall gewöhnt war, seine Arbeit durch eine gehörige Portion Ruhe zu erfrischen. Der kurze Arbeitstag ist das ursprüngliche; lange Arbeitsstunden sind eine moderne Neuerung“. Mit der industriellen Umwälzung meint er die Einführung der Maschine. „In einigen Industriezweigen“, fährt er fort, „die von der modernen Umwälzung unberührt geblieben sind, hört man noch oft genug klagen, dass ihre Leute ohne [7] Rücksicht auf die nominelle Dauer des Arbeitstages tatsächlich nicht mehr als 8 Stunden pro Tag im Durchschnitt arbeiten“.

Fragt man nun aber nach den Ursachen, weshalb die Dinge sich so gewandelt haben, weshalb die „industrielle Umwälzung“ eine solch kolossale Verlängerung der Arbeitszeit herbeiführen konnte, so gibt Rae darauf diese Antwort: „Der übermäßig lange Arbeitstag scheint in der Tat eine schrittweis eingetretene Folge des Fabriksystems gewesen zu sein. Wer kostspielige Maschinen aufstellte, dem war es unlieb, sie einen Augenblick außer Tätigkeit zu sehen, und so verlängerte man die Arbeitszeit zuerst auf zwölf Stunden, dann auf 13, 14 und manchmal auf 16 Stunden. Selbst die Pausen für Mahlzeiten sah man ungern. Die hauptsächlichste Ursache der Verlängerung der Arbeitszeit waren die großen Ausgaben für Fabrikbauten und Maschinen, das Streben, soviel wie möglich aus den Maschinen herauszukriegen“.

Einen weiteren schlüssigen Beweis dafür, dass erst der moderne Großkapitalismus die übermäßig lange Arbeitszeit gebracht hat, bildet die Tatsache, dass früher das Kapital sich jahrhundertlang abmühte, durch Eingreifen der Gesetzgebung den Arbeitern eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen. Aber ohne Erfolg. Während heutzutage – und ebenso im vorigen Jahrhundert in England die soziale Gesetzgebung eine Verkürzung des Arbeitstages erzwingen will, suchten ihn die englischen Arbeitsstatuten vom 14. bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts durch Gesetzeskraft zu verlängern. (Vgl. Marx „Kapital“, Bd. I, 8. Kapitel, Nr. 5.) Marx führt einige dieser Statuten an, so z.B. das von 1496, das für alle Handwerker und Ackerbauarbeiter eine 11stündige Arbeitszeit bestimmte. Erfüllt wurden diese Wünsche der Kapitalisten aber dadurch nicht, vielmehr, wie wir bereits sahen, wurde noch im 18. Jahrhundert nur 5 Tage, oft sogar nur 4 Tage in der Woche gearbeitet. Sobald aber die

⁸ 1897 in deutscher Übersetzung erschienen bei Emil Felber, Weimar.

Maschine ihren Einzug in die Industrie gehalten hatte, änderten sich die Dinge dermaßen, dass nunmehr die Hilfe des Gesetzes in Anspruch genommen werden musste, um die Arbeiter vor einer völligen Verwüstung an Leib und Seele zu schützen, die ihnen aus der übertrieben langen Arbeitszeit drohte.

Dabei ist die Maschine, die dem Menschen den schwersten Teil der Arbeit abgenommen hat und uns gestattet, mit sehr viel weniger Arbeit sehr viel mehr Produkte fertigzustellen, an und für sich offenbar ein Mittel, die Arbeitszeit zu verkürzen. Aber diesen einfachen Sachverhalt hat der Heißhunger des Kapitals nach Profit auf den Kopf gestellt; aus einem Befreiungsmittel der Menschheit hat er ein Instrument der Knechtung gemacht. Ein Kampf gegen das Kapital muss der Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit sein.

Ein Blick in den Zukunftsstaat.

I.

Die Frage nach dem Zukunftsstaat liegt im Allgemeinen den Gegnern des Sozialismus viel mehr am Herzen als den Sozialisten selbst. Der echte Sozialist hat den Gedanken der Entwicklung begriffen. Er weiß deshalb, dass es einzig und allein darauf ankommt, in der Gegenwart den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, und dass sich aus dieser Tätigkeit kraft jener inneren Notwendigkeiten, die uns das aufmerksame Studium der Geschichte und Nationalökonomie lehrt, die zukünftigen Zustände ergeben werden. Aber bei den Gegnern trifft man immer und immer wieder die Frage: Wie wird denn der Zukunftsstaat aussehen? Sie fragen es gern von oben herab, in überlegenem, spöttischem Ton, um sich als „gebildete“ Männer zu zeigen, die alles sozialistische Streben als Kinderei ansehen. In Wahrheit jedoch ist es eine tief innere Angst, die sie zu dieser Frage treibt.

„Wenn die Kinder sind im Dunkeln,
Wird beklommen ihr Gemüt,
Und um ihre Angst zu bannen,
Singen sie ein lautes Lied.“

Diese Heineschen Worte erklären am besten die wahre Triebfeder solcher Fragen. Im Grunde ihres Herzens fürchten die Gegner selbst, dass es so wie jetzt nicht ewig weitergehen kann. Aber was wird werden? Das wissen sie nicht, und mit Grausen erfüllt sie das große Fragezeichen, das ihnen die Zukunft stellt. Von diesem Alp sich zu befreien, „ihre Angst zu bannen“, suchen sie sich krampfhaft einzureden, dass der Zukunftsstaat nur ein kindisches Hirngespinnst sei.

So und nicht anders muss man auch die spöttische Art beurteilen, mit der jüngst der bekannte Professor Delbrück (in seinem Buche „Regierung und Volkswille“, S. 80-82) dem Genossen Mehring Dank abstattet „für den Blick, den er uns in den sonst so ängstlich hinter dem Schleier des Geheimnisses verwahrten Zukunftsstaat hat tun lassen“. Herr Delbrück ist ein anerkannt tüchtiger Historiker, der in der Geschichtswissenschaft Hervorragendes geleistet hat. Umso mehr ist es zu bedauern, dass er von Nationalökonomie rein gar nichts versteht. Das macht nicht nur sein politisches Wirken absolut unfruchtbar, sondern hindert ihn auch zu einem guten Teil an dem Verständnis historischer Zusammenhänge. Sein Beispiel zeigt, dass Geschichte und Nationalökonomie, nur wenn sie sich gegenseitig durchdringen und womöglich noch durch eine tüchtige Portion Philosophie unterstützt werden, Nützliches zu leisten vermögen. [9]

Mehring also hatte – nach Delbrücks Angabe – in der „Leipziger Volkszeitung“ die Hoffnung ausgedrückt, „dass infolge der außerordentlichen Steigerung der Produktivität der Arbeit im Zukunftsstaat eine Gesellschaft ohne Ausbeutung entstehen werde. Wo aber die Ausbeutung

fehle, da fehle auch die Herrschaft einer ausbeutenden Klasse; da fehle also auch das Monopol der geistigen Bildung, und diese würde zum Allgemeingut werden. Wenn aber erst die Masse dieselbe Bildung habe wie die Führer, dann bedürfe sie auch keiner Führer mehr, sondern führe selbst.“

Dies ist es, was Herr Delbrück den Blick in den Zukunftsstaat nennt und worüber er sich dann weidlich lustig macht. Nun ist uns der Artikel Mehrings, der schon vor Jahren erschienen ist, nicht zur Hand, und wir möchten fast glauben, dass auch hier wieder Herrn Delbrück sein absoluter Mangel nationalökonomischer Kenntnisse am vollen Verständnis des Zusammenhangs gehindert habe; denn die Steigerung der Produktivität wird natürlich für sich allein die Ausbeutung noch nicht beseitigen.⁹ Dazu wird außerdem die Enteignung nötig sein. Vielleicht hat aber auch Genosse Mehring vorausgesetzt, dass das jeder weiß, wie ja auch in der Tat die bloße, immer fortgesetzte Steigerung der Produktivität auf die Dauer das Privateigentum unmöglich machen wird und die private Leitung der Produktion sogar heute schon zum guten Teil unmöglich gemacht hat.

Doch sei dem, wie ihm wolle – hier ist es uns nur um die spöttischen Einwände zu tun, mit denen Herr Delbrück jenen Gedanken begegnet, und die darauf hinauslaufen, dass er erstens eine so hohe Steigerung der Produktion bezweifelt, zumal wenn der private Unternehmer fortfällt, dessen Fleiß und Intelligenz die bisherige Steigerung zu danken sei; zweitens erscheint es ihm zweifelhaft, ob selbst bei solchem Reichtum alle Menschen der gleichen, höchsten Bildung werden teilhaftig werden können; endlich drittens hält er auch dann, wenn dies alles zutreffen sollte, einen Zustand allgemeiner sozialer Gleichheit für unmöglich, weil die Menschen, auch wenn sie gebildet genug sind, nicht ohne Organisation und ohne Führer auskommen werden.

Es ergibt sich hieraus eine Reihe recht interessanter Fragen, die wir nur nacheinander abhandeln können. Da ist erstens die Frage nach der Produktivität: wird sie weiter gesteigert werden? in welchem Maße? mit welchen Mitteln ist der private Unternehmer dabei nötig oder hinderlich? Dann kommt weiter die Frage, ob unter der Voraussetzung genügenden Reichtums eine allgemeine [10] Bildung der Massen möglich und erwünscht ist. Und endlich zum Schluss die Frage, ob gebildete Menschen in solchen Verhältnissen Organisation und Führer im heutigen politischen Sinne des Wortes nötig haben werden.

Obstruktion.¹⁰

Nach einer oft gehörten Behauptung soll die Verwaltung des Staates so geleitet werden, wie es dem „allgemeinen Wohl“ entspricht. Freilich darf man dabei nicht an das Wohl *aller* Staatsbürger denken; denn der Mann, der es allen recht macht, soll erst noch geboren werden. Jeder kennt das alte Sprichwort: „Des Einen Eule ist des Andern Nachtigall“. Man kann sich schlechterdings keine Maßnahme der Staatsverwaltung – d.h. keine politische Maßnahme – vorstellen, die nicht mindestens einem Teil der Staatsbürger nachteilig wäre. Da soll denn, wird uns gesagt, der „größere“ Nutzen entscheiden, d.h. der Nutzen der größeren Zahl. Der Einzelne muss seine Sonderinteressen zurückstellen und sogar Schaden geduldig tragen, wenn damit der übergroßen Mehrzahl genützt wird. Ob es in der Tat zutrifft, dass wir nach

⁹ In der Tat hat Gen. Mehring, wie er in Nr. 26 der „Neuen Zeit“ mitteilt, den Artikel nicht geschrieben.

¹⁰ Da die jetzt gültigen Handelsverträge des Deutschen Reichs spätestens Ende 1917 ablaufen und Ende 1916 gekündigt werden müssen, so wird sicherlich in allernächster Zeit der Kampf um die Neugestaltung der deutschen Handelspolitik entbrennen. Wir beabsichtigen deshalb, in einer Reihe von Aufsätzen unsere Leser mit der Entstehung, den theoretischen Grundlagen und dem gegenwärtigen Stande der deutschen Handelspolitik bekannt zu machen. Der Artikel „Kampf gegen die Wucherzölle“ in Nr. 8 der Lichtstrahlen bildete bereits die Einleitung dazu.

diesem Grundsatz regiert werden, das werden wir bald sehen. Vorläufig wollen wir es annehmen, weil es ja immer gesagt wird.

Wendet man diesen Grundsatz auf die Handelspolitik an, was kommt dann heraus? Soll wirklich das Interesse der Mehrheit den Ausschlag geben, dann muss die Handelspolitik offenbar für niedrige Preise sorgen. Denn kaufen muss jeder Mensch; jeder Mensch hat also Interesse an niedrigen Preisen. Die Verkäufer sind an Zahl viel geringer als die Käufer. Außerdem haben selbst die Verkäufer nicht immer Interesse an hohen Preisen. Denn je höher die Preise, desto weniger wird gekauft; und bei großem Absatz kann der Verkäufer an niedrigen Preisen größere Einnahmen und Gewinne haben als bei kleinem Absatz an hohen Preisen. Bei weitem die meisten Menschen sind also an niedrigen Preisen interessiert.

Natürlich sind Ausnahmen denkbar. Natürlich ist es möglich, dass aus irgendeiner besonderen Ursache einmal die größere Anzahl [11] höhere Preise braucht. Da nun durch Zölle die Preise der Waren verteuert werden, ist, sofern der obige Grundsatz aller Politik gelten soll, in solchen Ausnahmefällen nichts gegen die Erhebung von Zöllen auf einzelne bestimmte Waren einzuwenden. Allgemeiner Grundsatz dagegen müsste die Zollfreiheit sein. Es müssten also die allermeisten Waren ohne Zoll über die Grenze gelassen werden, und nur für eine Minderzahl müsste aus besonderen ausnahmsweisen Gründen Zoll gefordert werden.

So ist es früher in Deutschland auch gewesen. Aber seit dem Jahre 1902 ist dieser Zustand gerade umgekehrt worden. Damals hat man im deutschen Reichstag einen Zolltarif gemacht, der fast alle Waren mit zum Teil ungeheuer hohen Zöllen belegt und nur eine kleine Minderzahl frei lässt. Was die Regel sein sollte, wurde zur Ausnahme, die Ausnahme zur Regel gemacht. Nicht weniger als 946 Nummern enthielt der Zolltarif, den die Regierung 1901 dem Reichstag vorlegte, gegen 43 Nummern des alten, bis dahin geltenden Tarifs. Da viele Nummern noch aus mehreren Unterabteilungen (Positionen) gebildet wurden, so waren es insgesamt fast 1300 Positionen, die den Zolltarif füllten.

Mit diesem vollständigen Umsturz aller bisherigen zollpolitischen Grundsätze hat aber damals die Regierung das deutsche Volk völlig überrascht. Als im Jahre 1898 der damalige Reichstag gewählt wurde, war nirgends die Rede davon, dass eine so totale Umwälzung der Zollpolitik beabsichtigt war, und das deutsche Volk hat sicher nicht daran gedacht, ihm das Mandat zu einer solchen Umwälzung zu erteilen. Einer Umwälzung, die eine ganz kolossale Verteuerung der Lebenshaltung herbeiführen musste, wie das ja dann in der Folgezeit auch wirklich so gekommen ist. Hatte die Regierung derartige Pläne, so musste sie den Reichstag auflösen oder sie musste bis zum Ablauf seines Mandats im Jahre 1903 warten. Auf alle Fälle musste sie dem Volk Gelegenheit geben, eigens zu diesem Zweck neue Abgeordnete zu wählen. Sie tat das nicht; im Gegenteil, ihr lag daran, den Zolltarif noch durch den alten Reichstag bewilligen zu lassen, weil sie genau wusste, dass das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit *nicht* damit einverstanden war, und einen Reichstag geschickt hätte, der den Tarif glatt abgelehnt hätte.

Jeder Politiker nun, der will, dass das Volk selbst über alle wichtigen Fragen entscheidet, musste unter solchen Umständen daran bedacht sein, die Erledigung des Zolltarifs bis über die Neuwahlen vom Juni 1903 zu verzögern. Hätten also die demokratischen Parteien damals Obstruktion getrieben, so wäre ihnen daraus kein Vorwurf zu machen; im Gegenteil, sie hätten nur ihre Pflicht getan. Tatsächlich war es aber gar keine Obstruktion im eigentlichen Sinne des Wortes. [12]

Das Wort Obstruktion bedeutet an sich so viel wie Verstopfung, und man versteht darunter die absichtliche Verhinderung einer ordnungsmäßigen Beratung im Parlament. Was aber die sozialdemokratische Partei 1902 im Reichstag tat, war nicht nur etwas ganz anderes, sondern

das gerade Gegenteil davon: sie versuchte, eine ordnungsmäßige Beratung des Tarifs zu erzwingen.

Wenn dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt wird, das aus ungefähr 1300 verschiedenen Positionen besteht, so sagt uns schon der gesunde Menschenverstand, dass eine ordnungsmäßige Beratung nur möglich ist, indem jede einzelne Position der Reihe nach zur Debatte gestellt und erörtert wird. Man kann doch nicht die Zölle auf ganz verschiedene Waren gleichzeitig diskutieren. Das gibt ein wirres Durcheinander, aber keine ordnungsmäßige Beratung. Überdies war solche Einzelberatung in der Geschäftsordnung des Reichstags noch ausdrücklich vorgeschrieben. Wenn aber der Reichstag das hätte tun wollen, so war an Fertigwerden auf Jahre hinaus nicht zu denken. Und man musste bis zum 31. Dezember 1902 fertig sein, denn spätestens an diesem Tage mussten die alten Handelsverträge, deren Gültigkeit bis Ende 1903 lief, gekündigt werden. Die Parteien also, die entweder den Zolltarif überhaupt verhindern wollten, weil er das Volk so ungeheuer belastete, oder die doch wenigstens seine Erledigung dem neuen, Mitte Juni 1903 zu wählenden Reichstag überlassen wollten, brauchten nur auf ordnungsmäßige Beratung jeder einzelnen Position zu dringen. Das und nichts anderes haben die Sozialdemokraten damals getan, und das ist es, was ihnen die Gegner als „Obstruktion“ zum schweren Vorwurf machen.

In der Regel gehen Beratungen im Parlament in folgender Weise vor sich: Wenn ein Gesetzentwurf vorgelegt ist, wird zum ersten Mal im Plenum (d.h. in der öffentlichen Vollversammlung des Parlaments) eine allgemeine Erörterung darüber gehalten, dann wird er zur Vorberatung in eine Kommission gewiesen. Die Kommission besteht nur aus einer kleinen Zahl von Abgeordneten und verhandelt nicht öffentlich. Sie hat die Aufgabe, den Entwurf in allen Einzelheiten genau durchzugehen und etwaige Änderungen vorzuschlagen. Ist sie fertig, dann geht der Entwurf an das Plenum zurück und dieses muss nun – in seiner zweiten Beratung – die Arbeit der Kommission Punkt für Punkt nachprüfen und sich entscheiden, ob es deren Vorschläge annehmen will oder nicht. Ist diese Arbeit beendet, so findet noch eine dritte, meistens nur kurze Beratung des Entwurfs im Plenum statt, und erst nach der dritten Abstimmung ist das Gesetz erledigt.

Man ersieht hieraus, dass die Hauptarbeit in der Kommission und in der zweiten Lesung des Plenums liegt. Dem entsprach das [13] Verhalten der Sozialdemokraten. Sie schickten in die Kommission je nach den verschiedenen Waren, deren Zölle gerade zur Beratung standen, die verschiedenen Fachmänner, die in gründlicher und sachlicher Weise die Schädlichkeit der Zölle nachweisen – *sollten!* Sie kamen aber nur zum Teil dazu, weil die anderen Parteien, die in der Mehrheit waren, ihnen das Wort abzuschneiden suchten. Das gelang ihnen freilich nicht ganz, immerhin wurden die Sozialdemokraten zu allerhand taktischen Manövern gezwungen, um sich nur überhaupt das Wort zu sichern, und schon dadurch konnte bei weitem nicht alles gesagt werden, was zu einer gründlichen Beratung gehört hätte. Noch schlimmer jedoch trieben es die bürgerlichen Parteien bei der zweiten Lesung im Plenum. Hier war, wie schon oben erwähnt, die Einzelberatung jeder Position durch die Geschäftsordnung ausdrücklich vorgeschrieben. Zuerst versuchte man es auch hier mit Schlussanträgen, die den Sozialdemokraten das Wort abschnitten. Aber bald sah man ein, dass trotzdem an kein Fertigwerden zu denken war, wenn zu jeder der 1300 Positionen auch nur *ein* Redner gesprochen hätte. Da änderten sie einfach die Geschäftsordnung und beseitigten die Bestimmung, welche die Einzelberatung vorschrieb.

So wurde denn dieser ungeheure Zolltarif von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages angenommen, ohne dass man all die vielen einzelnen Zölle, die den armen Mann so schwer schädigen, überhaupt durchgesprochen und erörtert hat! So wie die Kommission sie vorgeschlagen hatte, wurde eine Reihe von Zöllen als Gesetz proklamiert, obgleich sie im Reichstag selbst weder beraten noch beschlossen sind. – Aber selbst das reichte noch nicht. Es

blieb ja noch die dritte Lesung. Wäre man selbst nur hier einigermaßen in die Einzelheiten des Gesetzes eingegangen, ja hätte man nur – wie es sich sinngemäß von selbst versteht – über jede einzelne Position abgestimmt, so hätte man auch nicht schnell genug fertig werden können. Da schnitt man in der dritten Lesung nicht nur jede Einzelberatung ab, sondern man stimmte auch über das ganze Gesetz en bloc (d.h. mit einem Male) ab, und so gelang es den Mehrheitsparteien in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember 1902, morgens $\frac{1}{2}$ 5 Uhr, nach einer Sitzung von fast 19 Stunden, den Tarif zur Annahme zu bringen.

Wie sich in den folgenden Jahren auf Grund dieses Tarifs die handelspolitische und wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes gestaltet hat, wollen wir in weiteren Aufsätzen sehen. [14]

Notizen.

Von der Auswanderung. Zu dem vielen, worauf der Deutsche vorgeschriebenermaßen stolz zu sein hat, gehört auch die Abnahme der Auswanderung, die allerdings beträchtlich zu sein scheint. Nach der amtlichen Statistik haben vor 30 Jahren, Anfang der 80er Jahre, alljährlich ungefähr 220 000 Personen das deutsche Vaterland für die Dauer verlassen, um in der Ferne ihr Glück zu suchen. Zu Beginn der 90er Jahre waren es nur noch rund 120 000, und heute soll die Zahl auf nicht mehr als etwa 20 000 gesunken sein. Ist das nicht ein Beweis, dass sich die Zustände bei uns bedeutend gebessert haben müssen, da die Zahl derer, die sich hier nicht wohl fühlen, fortgesetzt derart abnimmt?

Nun behauptet aber die Zentrale des evangelischen Hauptvereins für deutsche Ansiedler und Auswanderer zu Witzenhausen, dass die Zahlen der deutschen Statistiken unmöglich richtig sein können. Nach der amtlichen Statistik sollen z.B. im Jahre 1912 nicht mehr als 18 545 Personen aus Deutschland ausgewandert sein, davon nach den Vereinigten Staaten 13 706, nach Kanada 891, nach Brasilien 225, nach sonstigen Ländern Amerikas 3307, nach Australien 322. Merkwürdigerweise verzeichnen aber alle diese Länder ihrerseits eine weit höhere Zahl von Einwanderern aus Deutschland. Während des Geschäftsjahres 1912/13 (das freilich nicht genau mit dem Kalenderjahr 1912 übereinstimmt) sind amtlich registriert worden in den Vereinigten Staaten 34 329, in Kanada 4953, in Brasilien 5133, in Argentinien 4337 aus Deutschland eingewanderte Personen. Dabei sind noch Länder mit starker Einwanderung, wie Chile, Paraguay, Südafrika, Australien nicht mitgezählt, und doch ergibt das allein schon 48 752! Das sind so ungeheure Differenzen, dass man begierig sein darf, ob es den amtlichen Stellen gelingen wird, sie aufzuklären und welche Ursachen man dafür herausfinden wird. Jedenfalls ist bis auf weiteres die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass neben den amtlich Gezählten noch sehr viel mehr, vielleicht dreimal so viel Personen das gastliche deutsche Vaterland heimlich verlassen und dass die tatsächliche Zahl der Auswanderer womöglich gar nicht so viel geringer ist als vor 20 Jahren.

Neue Wege?

Der Sommer ist ins Land gezogen, und immer noch wütet die Arbeitslosigkeit mit fast unverminderter Stärke. Seit bald Jahresfrist klagen wir darüber, und im Dezember wurde ein Anlauf unternommen: zwei Tage lang debattierte der Reichstag über die Arbeitslosigkeit. Geholfen hat es nichts. Wohl mag da Verzweiflung in manches Herz schleichen, wohl mag mancher sich fragen: Was nützen uns denn eigentlich die 111 sozialdemokratischen Abgeordneten, wenn die Zustände trotz ihres Redens genau so bleiben wie zuvor?

Man kann sie nicht schelten, die so reden. Sie sind verzagt, weil der Hunger quält, und sie sind enttäuscht, weil sie zu viel erwartet haben. Ein Fehler, der öfters wiederkehrt. Als 1903 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf 81 Mann stieg, gab es Leute, die von einer „Weltenwende“ sprachen. Und als 1912 gar 110 Sitze den Sozialdemokraten zufielen, da war die allgemeine Stimmung die: all Not hat nun ein Ende. Überall hieß das Thema in den Versammlungen: Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten? Und die wenigen, die darauf die kühle, nüchterne Antwort gaben: Nichts, wurden nicht beachtet.

Nun kommt der Rückschlag. Schon wird hier und da nach neuen Wegen gerufen, da die alten angeblich versagt haben. Das ist genauso verkehrt, wie zuvor die überspannten Hoffnungen. Wer von den 111 Abgeordneten etwas erwartete, was sie nicht leisten können *und was auch gar nicht ihres Amtes* ist, der soll sie nicht schelten, wenn sie es nun nicht vollbracht haben. Doch bietet gerade die Arbeitslosigkeit ein Schulbeispiel, um sich darüber klar zu werden, mit welchen alten oder neuen Wegen wir etwas erreichen können.

Die Arbeitslosigkeit entspringt letzten Endes aus drei Ursachen. Die immer weiter gehende Vergesellschaftung der Arbeit ermöglicht es, immer riesigere Produktmassen mit immer weniger Arbeitskräften herzustellen. Die Überschüssigen werden brotlos und [1] sind außerstande, ihres Lebens Notdurft zu kaufen. Während also auf der einen Seite immer riesigere Warenmassen nach Käufern suchen, verringert sich auf der anderen Seite die Kaufkraft. Der Absatz muss stocken. Dazu kommt, dass auch die beschäftigten Arbeiter, aus Rücksicht auf den Profit der Kapitalisten, bei weitem nicht so viel Lohn kriegen, wie sie zur vollen Deckung ihrer Bedürfnisse nötig hätten; auch sie können also nicht so viel Waren kaufen, wie nach Absatz drängen. Und endlich verhindert es der Kapitalismus, dass die verschiedenen Branchen und Einzelunternehmungen ihre Produktion gegenseitig in dasjenige subtile Verhältnis bringen, das zur Fernhaltung von Störungen erforderlich wäre. Alle drei Ursachen führen periodisch zu Krisen, dauernd zu massenhafter Arbeitslosigkeit.

Ist man sich hierüber klar, dann wird man von ein paar Reichstagsdebatten keine Abhilfe erwarten, sondern dann kann die Arbeitslosigkeit nur schwinden bei Beseitigung des kapitalistischen Systems und seiner Ersetzung durch den Sozialismus.

Sozialismus heißt zunächst *planmäßige* Produktion; Zusammenfassung der gesamten vorhandenen Arbeitskräfte zu gemeinschaftlicher Tätigkeit; genaue Abstimmung von Bedarf und Produktion; richtige Verteilung, wieviel in dem einen Unternehmen und wieviel in dem anderen, wieviel in dieser und wieviel in jener Branche fabriziert werden soll. – Dies zu ermöglichen, brauchen wir uns den Kopf nicht zu zerbrechen, denn das besorgen die – Kapitalisten! Diese Entwicklung ist schon so weit vorgeschritten, dass heute ein flüchtiger Blick auf die wirtschaftlichen Zustände genügt, um sie zu erkennen. (Vgl. den Artikel „Ein Blick in den Zukunftsstaat“ in diesem Heft.) Nur nebenbei sei daran erinnert, dass wir uns jetzt auch schon auf dem Wege zum Geldtrust befinden. Eine Großbank ist entstanden, die

(mit Reserven usw.) über fast 900 Millionen Mark Kapital verfügt und damit eine Masse von Unternehmungen aller Art unter einheitliche Regelung, aber auch unter ihre Botmäßigkeit bringt.

Sozialismus heißt weiter *Enteignung*. Die Zusammenballung der Kapitale und Arbeitermassen, die unter unseren Augen vor sich geht, bringt planmäßige und damit ungemein fruchtbare Produktion; jedoch bringt sie zugleich langsam, aber sicher den Untergang jedes Restes von persönlicher Freiheit. Das Problem der Zukunft, und vielleicht einer gar nicht mehr fernen Zukunft wird heißen: Wie erhalten wir die Vorteile der Zentralisation, nämlich die gewaltig gesteigerte Produktivität und vermeiden zugleich ihre Nachteile, nämlich die Versklavung der Gesamtheit unter eine Handvoll Machthaber? Nur einen Weg gibt es zur Lösung dieses Problems: die Enteignung. Die wird den Sozialismus und mit ihm die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bringen. [2]

Wenn aber dem so ist, dann lösen sich alle Debatten über Taktik, über alte und neue Wege auf in die eine Frage: Was haben wir zu tun, damit die große Zeit ein großes Geschlecht finde? Was haben wir zu tun, um die Enteignung vorzubereiten? Und die Antwort auf diese Frage ist nicht allzu schwer. Denn jedes Kind wird einsehen, dass das Riesenwerk der Enteignung gegen die ungeheure Gewalt, welche die Kapitalherren jetzt schon besitzen und bis dahin in noch viel stärkerem Maße angehäuft haben werden, nicht von einzelnen, noch so begnadeten Führern gemacht werden kann, sondern nur von den Massen selbst. Wir können heut nicht wissen und voraussehen, *was* die Massen im gegebenen Augenblick zu tun haben werden. Das wird sich nach den dann vorliegenden Umständen richten, und das werden die Leute, die es tun sollen, selbst entscheiden. Aber das wissen wir, dass *nur die Massen sich selbst befreien* können; kein anderer kann das für sie tun. Dann aber versteht es sich, dass alle heutige Tätigkeit darauf abzielen muss, die Massen für diese ihre schließliche Selbstbefreiung vorzubereiten und zu „ertüchtigen“. Das aber sind keine neuen Wege, sondern es ist der alte Weg, auf dem allein das Proletariat bisher wirklich vorwärtsgekommen ist. Er heißt: keine falschen, übertriebenen Hoffnungen auf die großen Männer setzen, ob mit oder ohne Abgeordnetenmandat, sondern *selbst denken, selbst wollen, selbst handeln*. Massenaufrüttelung, Massenbegeisterung, Massenbewegung, das ist die Bahn zum Erfolge.

Ein Blick in den Zukunftsstaat.

II.

„Während man sonst annimmt, dass gerade der Kapitalismus mit seinem Lohn für Fleiß und Intelligenz die Vervollkommnung der Technik und die ungeheure Steigerung der Produktion hervorgerufen habe, soll in Zukunft (d.h. im Zukunftsstaat) ohne solchen Lohn für den einzelnen und bei viel geringerer Arbeit der Masse die Produktion noch viel mehr steigen.“ Das ist das erste Bedenken, das Professor Delbrück (siehe Nr. 9 der „Lichtstrahlen“) gegen die Zukunftserwartungen des Sozialismus hegt.

Um es zu prüfen, werden wir, wie es sich gebührt, uns mit beiden Beinen auf den Boden der Tatsachen stellen und zunächst einmal untersuchen, in welchem Maße und mit welchen Mitteln denn bisher die Steigerung der Produktion vor sich gegangen ist.

Da müssen wir zunächst festhalten, dass die gewaltige Vermehrung der Produkte, deren Zeugen wir seit etwa drei Menschen- [3] altern sind, ein Resultat ist der gesteigerten *Produktivität* das soll heißen, es sind nicht etwa nur einfach mehr Arbeiter beschäftigt worden, so dass bei gleicher Leistung des einzelnen mehr Produkte fertig wurden, sondern die Leistung *jedes einzelnen* Arbeiters ist in die Höhe gegangen, und zwar ganz bedeutend im Bergbau z.B. haben sich nach den Berechnungen des Professors Ballod die Arbeitsleistungen wie folgt gesteigert (siehe Schmollers Jahrbücher, 1910). Es wurden pro Arbeiter produziert:

im Jahre	Steinkohle	Braunkohle	Eisenerz
1860	149 Tonnen	232 Tonnen	78 Tonnen
1874-1876	192 Tonnen	407 Tonnen	192 Tonnen
1886-1889	285 Tonnen	564 Tonnen	294 Tonnen
1900-1902	240 Tonnen	768 Tonnen	432 Tonnen
1907	262 Tonnen	942 Tonnen	554 Tonnen

Die Herstellung von *Roheisen* betrug pro Arbeiter:

im Jahre	Tonnen
1860	62,3
1872-1873	100,0
1901-1902	254,0
1906	295,0

Der einzelne Arbeiter bringt also in manchen Branchen doppelt, dreifach und sogar vierfach so viel Produkte fertig als zuvor.

Auch in der *Landwirtschaft* ist die Produktion gestiegen. Es wurden in Deutschland geerntet:

im Durchschnitt der Jahre	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
	Millionen Tonnen				
1886/90	5,8	2,6	2,2	4,6	24,5
1904/08	9,9	3,7	3,1	7,7	43,9

Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter betrug 1895 rund 5 600 000 und war 1907 auf nicht ganz 7 300 000 gestiegen. Auf diese Zahlen berechnet, würde der Ertrag pro Arbeiter von 7,1 auf 9,4 Tonnen an obigen Produkten gestiegen sein. Natürlich darf so nicht gerechnet werden, weil es nicht dieselben Jahre sind, für welche die verschiedenen Zahlen gelten. Immerhin dürfen wir hiernach auch in der Landwirtschaft eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Produktivität annehmen, zumal, wenn wir außerdem erfahren, dass die Ernte *pro Hektar* betrug:

	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
	Doppelzentner				
1899	14,8	19,1	18,2	17,2	122,9
1909	18,5	20,5	21,2	21,2	140,5

Wir müssen uns auf diese wenigen Angaben beschränken und wenden uns der Frage zu, wem diese Steigerung der Produktivität zu danken sei. – Natürlich dem technischen Fortschritt. Reichhaltigen Aufschluss darüber gibt ein im Jahre 1912 vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenes Werk über die Schwer- [4] eisenindustrie. Wir erfahren daraus (S. 479 bis 485) unter anderem eine Menge Einzelheiten der folgenden Art: „Auf dem Hochofenwerk in Hörde wurden elektrische Kranen und eine Seilbahn eingerichtet.“ Die Folge war: „1909 lieferten 320 Arbeiter mit 5 Öfen 1000 Tonnen Roheisen in 24 Stunden; jetzt wird dieselbe Tonnenzahl von 285 Arbeitern hergestellt.“

„Das Hochofenwerk in Rosenberg wurde mit elektrischer Kraft ausgerüstet und ist jetzt in der Lage, mit 300 Arbeitern in einer Schicht 100 Tonnen Roheisen und darüber zu erzeugen, während im Jahre 1907 mit 350 Arbeitern in einer Schicht nur 80 bis 90 Tonnen gewonnen wurden.“

„Auf dem Blockwalzwerk in Ruhrort-Laar wurde eine neue Blockwalzmaschine, neue Kranen, Rollengänge, Kantwagen und Schlepper sowie eine neue Blockschere eingebaut. Im Jahre 1900 produzierten 40 bis 50 Arbeiter pro Schicht 300 bis 400 Tonnen; jetzt sind 30 Arbeiter tätig, die 600 Tonnen auswalzen.“

Dass genau dasselbe auch für die Landwirtschaft gilt, zeigen folgende Angaben, welche im Sommer 1910 die „Deutsche Tageszeitung“ machte:

„Vom Jahre 1882 bis zum Jahre 1907 stieg die Anzahl der Betriebe, welche benutzten: Dampfpflüge von 836 auf 2635, Säemaschinen von 63 842 auf 194 500, Mähmaschinen von 19634 auf 181208, Dampfdreschmaschinen von 75 690 auf 206 000, andere Dreschmaschinen von 298 367 auf 567 137. Hierzu kommen nun noch die besser konstruierten, sehr teuren eisernen Pflüge, Eggen, Walzen, die unzähligen Kultivatoren, Düngerstreuer, Kartoffelernte und Legemaschinen, Hunderttausende von Milchzentrifugen, alles Geräte, die vor 25 Jahren nur eine sehr geringe Verbreitung hatten.“

Die Maschine also hat es gemacht. – Eine oberflächliche Betrachtung könnte sich hieran genügen lassen und könnte sagen: wenn die Maschine solche gewaltigen Fortschritte bisher geleistet hat, so wird sie es auch weiterhin tun. Es werden ja immer und immer wieder neue Maschinen konstruiert und die alten vervollkommen; jeder Tag fast sieht die wunderbarsten Erfindungen, nirgends ist dem eine Grenze gesetzt, und so erscheint es selbstverständlich, dass auch die Leistungen der Produktion immer weiter und weiter gesteigert werden. Aber darauf könnte man mit Recht erwidern, dass das doch nicht so sicher ist. Es spielt da ein gutes Stück Phantasie mit. So genau können wir doch nicht wissen, ob der menschliche Erfindungsgeist nicht eines schönen Tages einfach Halt machen werde.

In der Tat beruhen die Zukunftshoffnungen des Sozialismus auf festeren Grundlagen. Wir *glauben* nicht, sondern wir *wissen*, dass die Produktion in einem Maße steigen wird, das weit über unser heutiges Fassungsvermögen hinausgeht, und dass [5] sie weit mehr als das Notwendige für jedermann zu liefern imstande sein wird. Und das hängt so zusammen:

Die Maschine ist – oder scheint wenigstens – der Hebel des Produktionsfortschritts. Was aber ist an der Maschine das wesentliche? Seit gut 100 Jahren leben wir im Zeitalter der Maschine. Bis dahin wurde alles „mit der Hand gemacht“ (manu factum, daher Manufaktur). Der Unterschied bestand also darin, dass die Umformung des Rohstoffs, die bis dahin des Arbeiters Hand besorgte, nunmehr einem mechanischen Apparat anvertraut wurde: das Hämmern des Eisens, das Sägen des Holzes usw. Dadurch konnte auf der Stelle sehr viel mehr produziert werden, weil eine viel größere Kraft zur Verfügung stand. Aber natürlich war das doch nur möglich, weil die Tätigkeit selbst eine mechanische geworden war. Niemals hätte der Tischler des Mittelalters, der bald das eine, bald das andere Werkzeug in die Hand nahm und damit die verschiedenartigsten, kunstvollen Manipulationen ausführte, auf die Idee kommen können, das von einem mechanischen Apparat besorgen zu lassen. Das war erst möglich, als die Tätigkeit des einzelnen Arbeiters ganz maschinenmäßig geworden war, d.h. als er den lieben langen Tag nur immer ein und dasselbe Werkzeug handhabte und mit ihm immer ein und dieselbe ganz einfache Bewegung vollführte.

Wie aber war das gekommen? Wie war aus dem Handwerker des Mittelalters mit seiner vielseitigen, wechselreichen, Geist und Körper erfrischenden Tätigkeit der Manufakturarbeiter des 18. Jahrhunderts geworden, der an Geist und Körper verkrüppelte, weil seine Arbeit nur in einer ganz eintönigen, immer wieder kehrenden Bewegung bestand?

- Das war eine Folge der Arbeitsteilung. Was im Handwerk *einer* produzierte, z.B. einen Tisch oder einen Schrank, das war in der Manufaktur das Produkt *mehrerer*; der eine machte diesen Teil, der andere jenen. Man hatte nämlich herausgefunden, dass mehr fertig wurde, wenn der einzelne sich darauf beschränkte, nur einen Teil des Produkts herzustellen und die anderen Teile anderen überließ. In der Tat ist auch in den Jahrhunderten der Manufaktur (etwa 16. bis 18. Jahrhundert) die Produktivität gewaltig gesteigert worden, ganz ohne Maschine. Was sie damals steigerte, das war das planmäßige Zusammenwirken mehrerer. Und je mehr man die Arbeit teilte, je mehr Personen man also zum Zusammenwirken heranholte, je sorgfältiger und planmäßiger ihr Zusammenwirken war, desto mehr wurde fertig.

Nun trat die Maschine an die Stelle der Handarbeit. Und sofort fällt uns ein, dass ja bei der Maschine die Planmäßigkeit und Genauigkeit des Zusammenarbeitens aufs höchste gesteigert ist. Nehmen wir die verschiedenen Abteilungen einer Fabrik, so müssen [6] sie aufs genaueste zueinander passen, sich auf das genaueste gegenseitig in die Hände arbeiten. Je sorgfältiger das durchgeführt wird, desto mehr wird fertig.

Was ist das Ergebnis dieser Überlegung? Dass es gar nicht die Maschine an sich ist, welche die Produktivität steigert, sondern die Planmäßigkeit und Präzision des Zusammenarbeitens, die die Maschine erzwingt. Das ist auch der tiefe, innere Grund, weshalb der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen ist. Der Großbetrieb kann mehr Arbeiter beschäftigen, er kann unter sie das Werk in viel weiterem Umfang verteilen, er kann ein weit planmäßigeres und präziseres Zusammenwirken ermöglichen.

Nun aber zeigt uns jeder Blick in die Gegenwart, dass die Zusammenballung großer Arbeitermassen zu planmäßig gemeinschaftlicher Tätigkeit unaufhörliche Fortschritte macht. In den großen Werken der Schwerindustrie sind es Zehntausende von Arbeitern, die unter einheitlichem Kommando stehen, das heißt nach einheitlichem Plan arbeiten. Doch damit nicht genug, haben die großen Werke seit einigen Jahrzehnten begonnen, sich in allerlei Verbänden, Ringen, Kartellen, Syndikaten zusammenzuschließen und unter sich die Produktion einheitlich zu regeln. Dadurch ist die Zahl der Arbeiter, die mehr oder minder planmäßig zusammenwirken, in die Hunderttausende gewachsen. Im Stahlwerksverband, um nur dies ein Beispiel zu erwähnen, sind 28 Werke mit insgesamt über 400 000 Arbeitern zusammengeschlossen. Noch deutlicher zeigen die gemischten Betriebe, wohin die Reise geht. Das sind Betriebe, welche sich ihre Rohstoffe selbst produzieren. So z.B. besitzt die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft heute eigene Kohlenzechen, eigene Erzgruben, eigene Hüttenwerke, eigene Walzwerke, eigene Stahlwerke, Drahtseilfabriken, Röhrenfabriken und eigene Schiffe, um Transport und Verkehr zwischen diesen verschiedenen Werken zu vermitteln. Das ist nun freilich eine der allergrößten Unternehmungen, die es in Deutschland gibt. Doch immerhin existieren neben ihr andere, die es ebenso machen, und was die Hauptsache ist - wir sehen deutlich, dass die Entwicklung in dieser Richtung immer weiter geht. Die größere Produktivität der gemischten Betriebe zeigt sich darin, dass sie billiger liefern können und doch größere Gewinne erzielen als ihre Konkurrenten. Diese sind also gezwungen, es ihnen nachzumachen, und so vergeht bald kein Tag, an dem man nicht von der „Fusion“ (d.h. dem Zusammenschluss bisher getrennter Betriebe) hört, wodurch dann ihre Produktivität alsobald bedeutend wächst.

Nun stelle man sich vor, dass das noch eine Weile so weiter geht. Man stelle sich vor, dass das wirtschaftliche Ziel erreicht wird, das der Sozialismus erstrebt, nämlich das planmäßige Zusammenwirken der *gesamten* Produktion über die Grenzen der Branchen [7] und der Länder hinweg. Und wir sollten daran zweifeln, dass dann die Produktivität bei weitem alles übersteigt, was wir uns heute auch nur entfernt denken können? Wir sollten zweifeln, dass dann genug und übergenuß produziert werden wird, um jedem einzelnen nicht nur des Lebens Notdurft, sondern alle erdenklichen Bedürfnisse zu befriedigen?

Wenn die Gegner von „Utopistereien“ und „Hirngespinsten“ des Sozialismus reden, so liegt es nur daran, dass sie dessen wirkliche Grundlagen nicht kennen. Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder. Der Satz, dass im Zukunftsstaat die Produktivität selbst die verwegenen Bedürfnisse aller zu befriedigen vermögen wird, ist so sicher, wie nur irgendein Lehrsatz der Mathematik.

Die Entstehung der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.

Von Edwin Hörnle, Stuttgart.

III.

Der Sieg der Pfaffen.

Wir haben die Entstehung der christlichen Hierarchie bis zur Ausbildung des monarchischen Bischofsamts verfolgt. Der Bischof ist in der 2. Hälfte des zweiten Jahrhunderts der anerkannte Träger apostolischer Autorität, der Verwalter der reinen Lehre, in ihm offenbart sich der Heilige Geist. Darum ist ihm die Gemeinde Gehorsam und Achtung schuldig, die Herde ihrem Hirten. Eine straffe und doch nicht überspannte Kirchendisziplin dient den priesterlichen Zwecken. Diese neue Stellung des Klerus im Gemeindeleben spiegelt sich sehr greifbar in der Gottesdienstordnung. Die alten, kommunistischen Liebesmahle sind verschwunden, beim Abendmahl trennt man scharf zwischen Priester und Laien, Bischof und Presbyter (Älteste, Priester) sitzen um den heiligen Tisch, die Diakonen tragen Brot und Wein umher und sorgen für die Ordnung, die Laien stehen. Das Abendmahl selbst trägt den Charakter einer Zauberzeremonie, mit übernatürlicher, sündentilgender Kraft. Der Priester aber besitzt, kraft seiner Amtsweihe, die übernatürliche Zaubergewalt, die Gotteszorn versöhnt und Erlösung möglich macht. Mit der Zulassung und Ausschließung von Gottesdienst und Abendmahl besitzt er praktisch die Binde- und Lösegewalt im Himmel und auf Erden. Als nun Mitte des 3. Jahrhunderts der Grundsatz ausgesprochen wurde: Außerhalb der Kirche gibt es kein Heil! da war das Priestertum tatsächlich zum Diktator über die gesamte Lebens- [8] führung der Gemeindeglieder geworden. Mit dem Augenblick aber, wo zu Anfang des 4. Jahrhunderts der Staat seinen Frieden mit der Kirche schloss, da wurden auch die Gewaltmittel des Staates für die priesterlichen Herrschaftszwecke in Anspruch genommen. Von da ab ist die Geschichte der Friedensbotschaft Jesu eine Geschichte von Blut und Eisen, von Gewalt und Knechtschaft.

Nicht ohne schwere Kämpfe und Erschütterungen hat die geistliche Bureaucratie diese letzte Stufe ihrer Herrschaftsmacht erreicht. Noch war der demokratisch-revolutionäre Geist in breiten Schichten des arbeitenden Volkes lebendig, und alle Ketzerbewegungen sind, genau betrachtet, Reaktionen der arbeitenden Klassen gegen den Bund der Herrschenden und Priester. Die stärkste Reaktion gegen die aufkommende Priesterklasse war im zweiten und dritten Jahrhundert die *montanistische* Bewegung. Um sie zu verstehen, müssen wir einen Blick auf die politisch-rechtliche Lage der Christen im Römischen Reiche werfen.

Bis ungefähr zur Mitte des 2. Jahrhunderts hatte der römische Staat sich um das Christenhäuflein wenig gekümmert. Man sah in ihm mehr oder minder harmlose Schwärmer. Nur wenn die christliche Gesinnung praktisch zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt führte, wenn ein Christ z.B. den Militärdienst verweigerte oder die vorgeschriebene Verehrung des Kaiserbildes nicht nur stillschweigend unterließ, sondern sogar schmähete, dann griffen die Behörden ein. Christ sein galt an sich nicht als Verbrechen. – Dazwischen hinein kam es da und dort zu örtlichen Pogromen des Pöbels, die von bestimmten Interessengruppen zu irgendwelchen wirtschaftlichen oder politischen Zwecken inszeniert

wurden. Genau wie den Juden im heutigen Russland, so wurden damals bei solchen Anlässen den Christen Ritualmorde, unzüchtige Orgien usw. zur Last gelegt.

Die Haltung des römischen Staates musste sich aber ändern, als das Christentum eine Macht wurde, die man unmöglich übersehen konnte. Das ist seit Ende des 2. Jahrhunderts der Fall. Durch die Armenpflege, Arbeitslosenfürsorge, Witwen- und Waisenversorgung, durch ihre Hospitäler, Almosen und weitgehende Gastfreundschaft beweisen sich zumal die großen Gemeinden Syriens und Kleinasiens, aber auch die in Städten, wie Alexandrien, Karthago, Lyon, vor allem die Gemeinde in Rom als *sozialer Faktor*, der die arbeitenden Massen in immer größerem Umfange an sich zieht. Die furchtbare Pest, die Mitte des 2. Jahrhunderts und später wiederholt das Reich durchzog, zeigte die soziale Bedeutung des Christentums in hellstem Licht.

Dazu kommt, dass von jetzt ab mehr und mehr die üblen Folgen der Auswucherung der Provinzen auf die Finanzkraft der Zentralregierung zurückfallen. Die produktive Arbeit in den Städten [9] geht zurück, die Bevölkerungszahl fällt rapid, die hochentwickelte Warenproduktion, Verkehr und Handel geraten ins Stocken. Die Plantagenwirtschaft mit Sklaven, wie sie in Italien, Afrika, Gallien, also im ganzen Westen, betrieben wurde, rentierte sich nur, solange Sklaven billige Massenartikel waren. Das Reich hat aber jetzt Mühe, die ausgedehnten Grenzen auch nur einigermaßen zu schützen, an Eroberungskriege ist nicht zu denken. Zu allem hin lässt die Ertragsfähigkeit des schlecht bestellten Bodens rasch nach. Die großen Gutsherrschaften gehen daher von der Sklavenwirtschaft zur Ansiedlung halbfreier Hörigen und Pächter über. Diese befriedigen ihre geringen Bedürfnisse selbst, sind vom städtischen Markte unabhängig. Für die Bedürfnisse der Herrenhöfe sorgen Gutshandwerker. So lösen sich überall größere und ganz kleine Wirtschaftsgemeinschaften vom allgemeinen Wirtschaftsorganismus los. Der unverminderte Luxus der herrschenden Klasse verursacht, dass immer mehr Edelmetall ins Ausland abfließt, die Geldwirtschaft wird teilweise bereits durch Naturalwirtschaft ersetzt, die bürgerliche Produktionsform durch die feudalistische.

Diese ganze Entwicklung bedeutete auch die Lockerung des politischen Organismus, der Staatseinheit und exakten Verwaltung. Als Retter in der Not erscheint der *Militarismus*. Er wird zum „Lebensnerv“ des Staates. Die Folge ist stets steigender Steuerdruck; denn der unproduktive Schmarotzer muss ernährt werden. Zu diesem Zweck versucht man das zerbröckelnde Reich durch ein *bureaukratisch-absolutistisches* System sondergleichen zu kitten. Indessen wird der Militarismus aus einem Diener zum Herrn des Absolutismus, setzt Kaiser ein und ab. Es kommt zu Bürgerkriegen, die den Zerfall des Reichs, die Rückkehr zur Naturalwirtschaft und zum Feudalismus nur beschleunigen.

In solchen Zeiten musste den Herrschenden eine Massenbewegung gefährlich erscheinen, die sich der staatlichen Kontrolle entzog, den Bestand des Staates für nebensächlich erklärte, seine göttliche Herkunft und Berechtigung schmähte, den Militarismus bekämpfte und sich sogar nicht scheute auszusprechen, dass, wollte sie Gewalt gegen Gewalt setzen, die Kraftprobe wohl kaum zugunsten des Staates ausfallen würde.

Zunächst versuchte man sich der unheimlich wachsenden Macht mit Gewalt zu erwehren. Gerade die kräftigsten Herrscher haben sie energisch verfolgt. Anstelle der örtlichen Pogrome und Einzelhinrichtungen trat die systematische Hetze, an Stelle der ordentlichen Gesetze das Ausnahmegesetz: die Kirchen wurden geschlossen, die Güter konfisziert, die heiligen Schriften weggenommen, und vor allem den Trägern der Organisation, der kirchlichen Beamtschaft, ging es an Leib und Leben. Die Folgen der kaiserlichen Edikte wurden aber sehr beschränkt durch den häufigen Thronwechsel und [10] die übrigen Wirren im Reich. Dazwischen finden sich immer wieder Kaiser, die eine Politik der Versöhnung vorziehen, die mit anderen Worten die christliche Bureaukratie als neuen Pfeiler den Stützen ihres Thrones einreihen wollen. So wechseln Friedenszeiten mit Perioden heftiger Verfolgungen ab. Die

lokalen Behörden aber stehen im großen Ganzen den kirchlichen Würdenträgern nicht so unsympathisch gegenüber. Sie suchen sie mehr zu korrumpieren als zu vernichten. Man rät ihnen, doch irgendwelche Bücher auszuliefern und lässt durchblicken, dass man nicht nachprüfen werde. Man gibt Gelegenheit zu heimlicher Flucht, man begnügt sich mit einem Körnchen Weihrauch, der dem Kaiserbilde gespendet wird, man erlaubt den Gefangenen, ihre Freunde und Bekannte zu empfangen und vom Kerker aus die Gemeinde anzufeuern und zu ermutigen.

Diese Politik der Herrschenden wirkt nun ganz verschieden auf die beiden Flügel im christlichen Lager. Während die Opportunisten und Priester einer Versöhnung mit dem Staate das Wort reden, alles daransetzen, um auch den hohen Beamten, Militärs und Grundherren den Eintritt in die Gemeinde schmackhaft zu machen und dabei ihre eigene Macht rücksichtslos steigern, währenddessen flammt im radikalen Flügel als Reaktion auf die Verfolgungen die urchristlich enthusiastische, staatsfeindliche Stimmung noch einmal mächtig auf. Jauchzend drängt man sich zum Märtyrertum, verflucht den Kaiser als Antichrist, Rom als babylonische Hure und erwartet in hochgespannter Begeisterung die große Weltkatastrophe, das Kommen des Erlösergottes zum Gericht.

Es war nur natürlich, dass diese radikale Bewegung, die ihren mächtigsten Ausdruck im *Montanismus* fand, sich auch gegen das opportunistische Pfaffentum wandte. Man stand zwar auf dem Boden der bis 150 von den Priestern geschaffenen kirchlichen Zustände; was man bekämpfte, war die opportunistische Milderung der Kirchenzucht zugunsten der Besitzenden, die Milde, mit denen die Bischöfe Verräter und Abgefallene wieder in die Gemeinde aufzunehmen geneigt waren. *Man legte wieder das Schwergewicht auf den Geist und die Disziplin, anstatt auf Mitgliederzahl und Finanzen.* Dem Anspruch der Bischöfe, als Träger der Offenbarung und Stellvertreter Christi zu gelten, stellte man seine Propheten gegenüber, die in den ekstatischen Formen urchristlicher Begeisterung die Gläubigen anfeuerten und ermahnten, und das Kommen des Herrn, die soziale Revolution, in nächste Aussicht stellten.

Kein Wunder, dass die führenden Köpfe des Pfaffentums im Montanismus eine schwere Gefahr erblickten. In wenigen Jahren hatte er sich, von Phrygien kommend, über alle Gemeinden verbreitet, die fähigsten Köpfe, wie der große Kirchenlehrer Tertullian, fielen ihm zu. Die Hierarchen der einzelnen Gemeinden sahen sich [11] gezwungen, enger als bisher unter sich in Fühlung zu treten. Schon früher waren hier und dort die Delegierten benachbarter Gemeinden zu *Konferenzen* zusammengetreten. Jetzt, aus Anlass der montanistischen Bewegung wurden sie zu gewohnheitsmäßiger Einrichtung. Die Tendenz geht darauf hin, Laiendelegierte überhaupt auszuschalten, das Wahlrecht der Gemeinden aufzuheben, die Kongresse zu reinen Pfaffenversammlungen, zu brauchbaren Werkzeugen hierarchischer Interessen zu machen. Dies gelingt im Lauf des 3. Jahrhunderts. Die Kirchensynoden sind schließlich reine Bischofskongresse. Die Montanisten werden aus der Kirche ausgeschlossen, ihre Taufe für ungültig erklärt, ihre Propheten für Irrlehrer, denen man Habgier, Ehrgeiz und unlautere Motive aller Art unterstellt. *In den Synoden schafft sich die siegreiche Priesterschaft eine Organisation als herrschende Klasse innerhalb des Christentums.* Der Kongress der Bischöfe ist der unfehlbare Träger des Heiligen Geistes, der absoluten Wahrheit. Keine radikale Opposition vermag sich jetzt mehr längere Zeit innerhalb der Kirche zu halten. Gleich den Montanisten werden sie alle hinausgedrängt oder, wie im Mönchtum, unschädlich gemacht. Der Montanismus hat sich als Sonderkirche bis ins 6. Jahrhundert, seit dem 4. Jahrhundert auch bürgerlich entrechtet, mühsam gehalten.

(Schluss folgt.)

Die Handelsbilanz.

Jeder Kaufmann ist verpflichtet, alle 1 bis 2 Jahre eine Bilanz aufzustellen, um mit Sicherheit zu wissen, ob seine Einnahmen größer gewesen sind als seine Ausgaben oder umgekehrt. Er rechnet deshalb auf der einen Seite alle Einnahmen zusammen, auf der anderen Seite alle Ausgaben, und wenn die Einnahmen größer sind als die Ausgaben, dann ist die Bilanz günstig für den Kaufmann, im anderen Fall ist sie ungünstig. Natürlich gehört weiterhin eine Aufstellung seines Vermögens dazu, und aus allem zusammen ergibt sich, ob das Geschäft vorwärts oder rückwärts gekommen ist. Es versteht sich, dass der Kaufmann eine günstige Bilanz dann erzielt, wenn es ihm gelingt, mehr zu verkaufen, als er einkauft; die Summen, die er anderen Leuten zahlt oder zu zahlen hat, müssen kleiner sein, als die Summen, die er von anderen Leuten kriegt oder zu kriegen hat.

Diese für jedes private Unternehmen selbstverständlichen und richtigen Vorstellungen werden von manchen Leuten ohne weiteres auf die Staatswirtschaft übertragen. Auch hier spricht man von „günstiger“ und „ungünstiger“ Handelsbilanz, eine Ausdrucksweise, [12] die eigentlich ganz sinnlos ist, weil ja der Staat kein Handelsgeschäft ist. Jedoch zur Zeit, als diese Ausdrucksweise entstand, vor 300 bis 400 Jahren, war sie nicht so sinnlos. Damals wurde ganz allgemein der Staat als Privateigentum des Fürsten betrachtet, und was man damals Handelspolitik nannte, das hatte keinen anderen Zweck, als den Fürsten mit barem Gelde zu versorgen. Bares Geld war fast nur von den Kaufleuten zu holen. In noch früherer Zeit hatte man es denen einfach weggenommen. Aber inzwischen hatte man doch schon eingesehen, dass ein Kaufmann, der einmal ausgeplündert war, auf lange hinaus, vielleicht für immer, unfähig blieb, weiteres Geld herzugeben. Und so erkannten die Fürsten, dass sie Interesse an einem blühenden Handel hatten. Die Handelspolitik sollte also dafür sorgen, dass der Handel gedieh und die Kaufleute Geld in die Finger bekamen, damit die Fürsten es ihnen auf dem Wege gesetzlicher Maßnahmen wieder abnehmen konnten.

So betrachtet, musste die Handelspolitik ihr ganzes Augenmerk darauf richten, dass bares Geld ins Land kam. Und deshalb lautete die Parole: Möglichst viel ins Ausland verkaufen, möglichst wenig vom Ausland kaufen. Je mehr Geld wir vom Ausland kriegen, je weniger wir ihm zu zahlen haben, desto „günstiger“ die Handelsbilanz. Das sind die Ideen, aus denen heraus man z.B. noch im 18. Jahrhundert absichtlich die Landstraßen verfallen ließ, damit Fremde nicht so schnell aus dem Lande herauskommen und mehr Geld darin lassen sollten.

Aus solchen Ideen sind auch die Zölle entstanden. Wenn man den Einkauf ausländischer Waren unterbinden wollte, so musste man sie künstlich verteuern. Nur deshalb wurden sie ja im Lande gekauft, weil sie billiger waren als einheimische. Kam an der Grenze der Zoll hinzu, so unterblieb entweder die Einfuhr, oder es musste eben das bare Geld für den Zoll bezahlt werden.

Die Leute nun, welche an Zöllen ein Interesse haben, verbreiten auch heute noch geflissentlich die Meinung, als ob eine ungünstige Handelsbilanz etwas Schlimmes und Gefährliches sei. Z. B. sind im Jahre 1912 für rund 11 600 Millionen Mark Waren nach Deutschland eingeführt und nur für 9700 Millionen Mark aus Deutschland ausgeführt worden; die Handelsbilanz ist also „ungünstig“, denn wir sind ja dem Ausland 1900 Millionen Mark mehr schuldig, als wir von ihm zu kriegen haben! Auf diese Weise werden bei unkundigen Leuten Befürchtungen erweckt, als ob bei einem so großen Überwiegen unserer Schulden früher oder später ein Zusammenbruch erfolgen müsse, wenn dem nicht beizeiten vorgebeugt werde, wozu die Zölle als das geeignetste Mittel erscheinen.

Und doch gehört kein allzu tiefes Nachdenken dazu, um die Hohlheit solcher Gedankengänge zu erkennen. [13]

Zunächst ist es gar nicht der Staat, der Waren ins Ausland schickt oder vom Ausland kauft, sondern eine Anzahl privater Kaufleute. Die haben vom Ausland Geld zu kriegen oder sind es ihm schuldig, aber nicht der Staat. Diese sehr gewiegtten Kaufleute aber scheinen nicht die geringste Besorgnis zu empfinden, sondern sich bei noch so „ungünstiger“ Handelsbilanz sehr wohlzufühlen. Und sie wissen sehr gut, warum. Wenn sie auch das Geld schuldig sind, so haben sie doch die Waren dafür, und die sind mindestens ebenso viel wert wie das Geld. Oder vielmehr, sie sind mehr wert. Waren die deutschen Kaufleute am 31. Dezember 1912 dem Ausland 1900 Millionen Mark schuldig, so waren sie am selben Tage im Besitz der Waren, die sie für 1900 Millionen Mark gekauft hatten und zu weit höherem Preise zu verkaufen gedachten. Sofern also nicht irgendwelche anderen Störungen dazwischenkamen, Krise, Kriegsgefahr oder dergleichen, wodurch ihre Waren hätten unverkäuflich werden können, so machte ihnen die „ungünstige“ Handelsbilanz wenig Beschwerde.

Außerdem trifft es heutzutage gar nicht mehr zu, dass für die gekauften Waren bares Geld ins Ausland geschickt wird. Das tat man vor Jahrhunderten, dass man das bare Geld von einem Lande zum anderen und wohl gar übers Weltmeer hin und her transportierte. Allerdings geschieht es auch heute noch und sogar in viel größerem Maße, als es nach dem heutigen Stande der Zahlungsmöglichkeiten nötig wäre. Aber doch längst nicht in dem Maße, wie der Unkundige sich vorstellen muss, wenn er die Zahlen der „ungünstigen“ Handelsbilanz hört. Es ist gar nicht daran zu denken, dass etwa im Jahre 1913 für 1900 Millionen Mark bares Geld ins Ausland gegangen wäre, um die Schulden des Jahres 1912 zu decken. Haben wir doch in Deutschland an Goldgeld – und Gold allein käme für solche Zahlungen ins Ausland in Betracht – insgesamt nur ungefähr 5000 Millionen Mark. Wie wäre es denkbar, davon mehr als den vierten Teil wegzuschicken! Die allermeisten Waren werden durch Wechsel, durch Giroübertragungen usw., kurz durch Verrechnung gegen andere, deutsche Waren bezahlt.

Endlich kann man aus den Zahlen der Handelsbilanz auch deshalb keinen Einblick in den wirklichen Stand der Dinge gewinnen, weil viele deutsche Kapitalisten Mitbesitzer von ausländischen Fabriken, Bergwerken, Eisenbahnen usw. sind. Ihre dorthier stammenden Profite bekommen sie auch nicht in barem Gelde, sondern in allerlei Anweisungen, Schecks z. B., zugesandt. Der Scheck wandert zum deutschen Bankier, der ihn zur Bezahlung irgendwelcher aus demselben Lande kommenden Waren verwendet. Das heißt mit anderen Worten: für den Profit des deutschen Kapitalisten sind aus dem fremden Lande Waren hergesandt worden. Diese Waren werden an der Grenze registriert und rechnen mit bei den [14] Summen der Einfuhr, obgleich dafür gar nichts bezahlt wird und auch niemand etwas dafür schuldig bleibt. – Natürlich kommt auch das Umgekehrte ebenso häufig vor, nämlich, dass ausländische Kapitalisten an deutschen Unternehmungen Anteil haben und dass folglich auch in der Ausfuhr Waren enthalten sind, für die kein Geld hereinkommt. Somit ist es ganz unmöglich, bloß nach den Zahlen der Handelsbilanz irgendetwas über die wirtschaftliche Lage eines Landes auszusagen. Jedoch ist so viel klar: je mehr reiche Leute in einem Lande wohnen, desto mehr Kapitalien werden sie auch im Auslande anlegen, desto mehr werden also unbezahlte Waren zugeführt werden, und desto mehr wird die Handelsbilanz das Aussehen gewinnen, das die Verteidiger der Zölle ungünstig zu nennen belieben.

Eingesandte Druckschriften.

Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Von Prof. Dr. R. Wilbrandt. Göttingen, Vandenhoeft & Ruprecht. Preis 50 Pf.

Bausteine zu einer biologischen Weltanschauung. Gesammelte Aufsätze von Jakob Baron v. Üxküll. München, F. Bruckmann. Preis 5 Mk.

- Die Tat.** Sozial-religiöse Monatsschrift für deutsche Kultur. März, April, Mai 1914. Jena, E. Diederichs. Einzelheft 1,20, viertelj. 3 Mk.
- Deutsche Arbeitslöhne.** Von Ernst Drahn. Gautsch bei Leipzig, Felix Dietrich. Preis 25 Pf.
- Geschichte der deutschen Literatur.** Von Prof. Dr. Max Koch. Leipzig, Göschen. Preis 90 Pf.
- Urgeschichte der Menschheit.** Von Prof. Dr. M. Hoernes. Leipzig, Göschen. Preis 90 Pf.
- Volkswirtschaftslehre.** Von Prof. Dr. J. C. Fuchs. Leipzig, Göschen. Preis 90 Pf. Völkerkunde.
Von Dr. Michael Haberlandt. Leipzig, Göschen. Preis 90 Pf.
- Jesuslegende und Christentum.** Von Adolf Groth. Leipzig, Otto Hillmann. Preis 3 Mk.
- Anregungen.** Von Richard Brockmann. Leipzig, Otto Hillmann.
- Natur, Zweck und Wissenschaft.** Von Dr. K. Bardegg. Leipzig, Otto Hillmann.
- Erfinderschutz der technischen Privatangestellten.** Von Dipl.-Ing. Emil Kortenbach. Berlin, Industriebeamten-Verlag. Preis 20 Pf.
- Koalitionsrecht und Arbeitgeber.** Von Otto Schweitzer. Berlin, Industriebeamten-Verlag. Preis 20 Pf.
- Deutsche Industriebeamten-Zeitung.** Jubiläumsnummer. Berlin, Industriebeamten-Verlag,
- Rassenlehre und Rassenpflege.** Von M. R. Gerstenhauer. Leipzig, Robert Burger (F. Volckmar).
- Der deutsche Verfall.** Von Adolf Bartels. Leipzig, Robert Burger (F. Volckmar).
- Geradeaus.** Ein Kompass für die Fahrt durchs Leben. Von Dr. Paul von Gizycki. Berlin, Karl Curtius. Preis 1 Mk. [15]

1. Jahrgang Nummer 11 Juli 1914

Massenbewegung.

Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin.

Glaubt der verehrte Verfasser des Artikels: Neue Wege? in der Tat, dass die alte, angeblich erfolgreiche Methode des parlamentarischen Schaukelspiels uns zu dem ersehnten Ziele führen wird? Wallende Nebel verhüllen unseren Blick. Das Licht der Erkenntnis des auf dem Erkennen beruhenden Menschheitsfortschrittes ist flackernd dem Erlöschen nahe.

Das Proletariat ist auf dem alten Wege nicht wirklich vorwärtsgekommen. Gemessen an den großen, festgesteckten, festgewurzelten Zielen ist das, was erreicht worden ist, kaum den entwicklungsfähigen Keimen zu vergleichen. Ihr wollt die Keime dem Ausreifen entgegenführen? Dann stärkt die Triebkraft des Nährbodens unserer die Menschheit erlösenden Gedanken. Wie? Auf einem neuen Wege! Es handelt sich um eine Wiedergeburt der Menschheit, um eine geistige und moralische Läuterung, um eine Umwälzung fast aller Begriffe, damit der Arbeiterschaft der Befreiungsweg gebahnt wird. Eine materialistische Auffassung der Geschichte ohne psychologischen Untergrund, ohne Anpassungsfähigkeit an die geistigen Bedürfnisse der Menschheit ist ein starres, marmorgeleiches Etwas. Heraus aus dieser Art eines falsch verstandenen, wirklichkeitsfremden, disharmonischen Materialismus. Eine Wechselwirkung besteht zwischen den wirtschaftlichen Grundbedingungen des Volkes und ihrem Überbau, dem geistig moralischen Interessenkomplex.

Die Erziehung der Massen soll auf neue Wege gedrängt werden, der hoffnungsreiche, jungfräuliche Boden der Menschheitsseele soll eröffnet werden.

Erziehung der Menschheit! Erziehung zum dogmenfreien Sozialismus, zu dessen Wesen die Religion des neuzeitlichen Christentums und Judentums passt wie die Faust auf das Auge. Der ganze Reichtum der Ideen und die Bildung unserer Weltanschauung soll eindringen in die durch eine planmäßige Erziehung [1] weit geöffneten Pforten der Volksseele. Ohne antireligiöse Erziehung, ohne folgerichtige Betonung unserer Religionsgegnerschaft ist unsere Agitation ein Messer ohne Klinge, ein Dampfschiff, dem die Kohlen fehlen. Ich kenne alle die folgenschweren Wandlungen, die unsere Parteitaktik in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf religiöse Probleme durchgemacht hat und halte starr fest an dem Standpunkt des jungen Bebel, der den Atheismus für einen unerlässlichen Bestandteil des sozialistischen Programms erklärte. – Nicht einen Hund können wir aus seiner behaglichen Ofenecke hervorlocken, wenn wir die religiöse Toleranz, d.h. den religiösen Indifferentismus propagieren. An der ehernen Mauer des Katholizismus, an dem unversehrten Zentrumsturm, aus dem wir in Jahrzehnten kaum ein belangloses Steinchen herausgebröckelt haben, werden wir Toleranten uns die Schädel einrennen. Gegen die Kirche, gegen die sozialistenfeindliche Religion sollen unsere Erziehungsmaximen gerichtet sein. Ich höre die bekannte Einwendung aus dem Munde der Reformen, dass wir durch religionsfeindliche Erziehung uns die Massen der noch an dem überwundenen Schema Hängenden entfremden werden. So? Ist das auch die Anschauung der Entschiedensten? Oder haben die Radikalen den Mut der konsequenten Überzeugung? Das Sitzenbleiben beim jüngsten Kaiserhoch scheiterte laut dem Leitartikel des „Vorwärts“ nicht an der Rücksichtnahme auf die sozialistisch wählenden Kleinbürger und Bauern, deren im tiefsten Herzenswinkel verborgenes politisches Ideal immer noch die Republik mit dem Herrn Großherzog an der Spitze ist.

Und man bedenke das eine, das ausschlaggebende Moment, dass antireligiöse Erziehung durch die Partei noch lange nicht gleichbedeutend ist mit roher Bildungsstürmerei und Tempelzerstörung.

Wir kämpfen nicht gegen die Person des Monarchen, so nahe auch der Kampfesgedanke bei der ausgesprochen absolutistischen Tendenz des gegenwärtig regierenden Kaisers liegt – nein, gegen die unserer traditionellen Auffassung nach verkehrte Einrichtung der Monarchie. Ebenso ist unser politisches Streben nicht gegen die die kirchliche Gewalt stützenden breiten Massen der Gläubigen gerichtet, sondern gegen die überlebte Form, gegen die Kirche.

Die mühseligen und beladenen, unter demselben Joch wie unsere Anhänger seufzenden Schafe der kirchlichen Gewalt sind Gegenstand unserer liebevollsten Erziehung. Wir suchen das kirchliche Dogma und die ihm anhaftende Sittenlehre zu ersetzen durch etwas Höheres, durch ein dem modernen Menschheitsbewusstsein angepasstes Gefühl der Gemeinschaft, durch die mit Recht als Krone aller Ideale gerühmte sozialistische Solidarität.

Und wenn wir die Parole des Schutzes des höchsten Menschenrechts, des Koalitionsrechts, ausgeben, dann rechnen wir auf die Gefolgschaft der christlichen Gewerkschaftler. Im zähen, ehrlichen [2] Ansturm gegen die Kapitalmächte wollen wir sie mit uns reißen. Wir sind weit davon entfernt, unsere religiösen Grundanschauungen zu verleugnen, aber – ich will mich einmal trivial ausdrücken, – das Hemd ist uns näher als der Rock. Wir werden niemals aus unserem Herzen eine Mördergrube machen, aber Zeit und Muße werden dann nicht ausreichen, um unser antireligiöses Programm zu entwickeln. Die von einem wahnwitzigen Kapitalismus aufgepeitschten Interessen aller Arbeiter werden unseren Zusammenhalt verbürgen. Dieser Zusammenhalt wird ein inniger sein, der Massensturm wird energischer sein als der von dem Kampf um das preußische Wahlrecht entfesselte. Herz und Nerven werden eingespannt durch eine gewaltige Perspektive, ein kostbares Gut der Arbeiterschaft, ein Palladium der Solidarität zu schützen und darüber hinaus noch für breite Schichten des Volkes zu erwerben. Sein oder Nichtsein! das ist dann die brennende Tagesfrage für die Arbeitsheloten. Und die Landarbeiter? In der heutigen Zeit des gewaltig pulsierenden Verkehrs lässt sich nicht eine undurchdringliche Mauer zwischen ihrer und unserer Gedankentätigkeit aufrichten. Die Frage des Koalitionsrechts lässt sich nicht auf die Industrieorte lokalisieren, die Landarbeiter werden an ihren Sklavenketten rütteln.

Erzieht die Menschen! Nicht im Sinne eines vornehmen Bildungsfanatismus; verwirrt ihren einfachen Sinn nicht! Erzieht sie zur Idee des Massenstreiks, zur dogmenfeindlichen, antireligiösen Arbeitersolidarität! Im kleinen Kreise! Alle nach derselben Methode! Im gleichtönenden Rhythmus soll sich das Schiffelein bewegen. Keine Parteischablone, aber auch keine sinnverwirrende Zersplitterung pädagogischer Maßnahmen.

Ich verlange weiter eine summarische hygienische Aufklärung, die die Schnapsseuche bekämpft, Schwindsucht, Syphilis und Kindersterblichkeit nicht mehr als ein kapitalistisches Rührmichnichtan betrachtet. Die veredelnde Wirkung der historisch-hygienischen Perspektive soll die Massen vorwärts reißen. Hygienische Massenbewegung, vorbereitet und gefestigt, überhaupt ermöglicht durch die Einzelaufklärung oder die Gruppenbelehrung der Genossen. Ein weites Ödland wird der Beackerung erschlossen. Eine Riesenarbeit, eine Massenarbeit, eine durch die Massen gewährleistete Arbeit führt uns der Vollendung entgegen. „Ertüchtigen“ – das ist der neueste borussisch-völkische Ausdruck – wollen wir die Massen. Um das Riesenwerk der Expropriation durchzuführen, dazu bedarf es einer anders gearteten Erziehung der Massen wie bisher. Antireligiös, für den Massenstreik, für die Befreiung von Schmutz und Krankheitsgift wollen wir das Volk erziehen. In der Richtung eines erprobten Kulturidealismus geht unser Marsch. Als Apostel des Sozialismus wollen wir dastehen! Autoritätslos, auf unsere gewaltige Stoßkraft pochend, ziehen wir in den Kampf. Nicht, ohne das Urproblem der [3] Menschheitsentwicklung, der

Menschheitsverantwortlichkeit, der Menschheitsvermehrung dem Stande der jeweiligen Kulturepoche anzupassen!

Sind die alten Bahnen nicht ausgetreten, sind die gewohnten Wege nicht mit Gestrüpp überwuchert, winkt nicht hoffnungsverheißend, das Menschheitssehnen erfüllend, das Sonnenlicht der neuen Wege – uns zum Heil, den höhnnenden Gegnern zum Trotz?

Ein Blick in den Zukunftsstaat.

III. (Schluss.)

Der „Zukunftsstaat“ (vergleiche Nr. 9 und 10 der Lichtstrahlen) ist dann erreicht, wenn die Produktivität auf dem bisher geschilderten Wege so gewaltig gesteigert worden, dass jedermanns Bedürfnisse reichlich befriedigt werden können, und wenn außerdem durch Enteignung die Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit übergegangen sind. Die Frage ist nun, welche Folgen das für die Bildung der Massen und für die Organisation der Gesellschaft herbeiführen muss.

Zunächst: nach welchen Regeln werden Konsum und Arbeit sich einrichten lassen?¹¹ Unter der Voraussetzung, dass für alle reichlich vorhanden ist, dürfte kein Grund vorliegen, dem einzelnen für seinen Konsum irgendwelche Vorschriften zu machen. Fürchtet man, dass einer sich zu viel Kleider oder Nahrungsmittel oder Bücher nehmen wird, wenn man ihm völlig freie Hand lässt? Aber was sollte er damit anfangen? Gewiss ist es ja denkbar, dass hier und da jemand von einer besonders guten Speise sich mal etwas mehr zu Gemüte führen wird, als er eigentlich braucht. Aber sobald er sich nur einmal den Magen daran verdorben hat, wird er's in Zukunft hübsch bleiben lassen; zumal er doch weiß, dass er stets wieder so viel davon haben kann, wie ihm beliebt. In der Regel wird er sich wohl eben nur richtig satt essen. Und ebenso steht's mit den anderen Bedarfsartikeln. Wird sich jemand Kleider oder Bücher auf Vorrat hinlegen, wenn er doch sicher ist, dass er bei Bedarf jeden Augenblick wieder so viel davon kriegen kann, wie er nur irgend will? Wir müssen uns nur von dem Gedanken freimachen, [4] der uns heutzutage in Fleisch und Blut übergegangen ist, von dem Gedanken nämlich, dass der Mensch auf Schritt und Tritt einen Vormund braucht. Der vernünftige, erwachsene Mensch, wenn er völlig frei handeln kann, wird sich von allen Bedarfsgegenständen nur so viel zueignen, wie er braucht. Und ihm das zu ermöglichen, ist ja doch gerade der Zweck des Zukunftsstaates. Alle Einschränkungen des Konsums – sei es durch behördliche Vorschrift, sei es durch Verrechnung gegen geleistete Arbeitsstunden usw. – haben ja nur einen Sinn unter der Voraussetzung, dass bei übergroßem Verbrauch des einen für die anderen nicht genug übrigbleibt. Dies fällt aber nach unseren Voraussetzungen weg. Und wenn denn doch, bei der so kolossal gesteigerten Produktivität, unter allen Umständen für alle genug vorhanden ist, weshalb soll man den einzelnen in seinem Konsum irgendwie beschränken? Bei solchem Stand der Dinge kann man es getrost jedem selbst überlassen zu entscheiden, was und wieviel er konsumieren will, und wir bekämen als Grundregel für den Konsum den Satz: *Jeder genießt, was er will.*

Es mag besonders betont werden, dass ohne diese Grundregel keine persönliche Freiheit möglich ist. Persönliche Freiheit gibt es nicht ohne wirtschaftliche Unabhängigkeit, und die ist nur gegeben, wenn dem Menschen seine Unterhaltsmittel in reichlichem Maße gesichert sind,

¹¹ Der Leser wird gebeten, stets im Auge zu behalten, dass hier nicht prophezeit werden soll, wie es im „Zukunftsstaat“ aussehen wird – das können wir nicht wissen, weil sich die Menschen der Zukunft ihr Leben selbst nach eigenem Belieben einrichten werden. Hier soll nur untersucht werden, welche Resultate sich bei vernünftiger Schlussfolgerung aus den sozialistischen Prinzipien ergeben.

ohne irgendwelche andere Rücksicht, besonders auch ohne Rücksicht auf seine Arbeit. Solange der Mensch bei der Arbeit, die er verrichtet, bei der Berufswahl usw. stets darauf sehen muss, ob sie ihm auch genug zum Leben einbringt, kann er nicht tun und lassen, was er will, ist er also nicht frei. Heutzutage sind deshalb nur die Reichen frei, denn nur sie können ihren Beruf und ihre Arbeit völlig frei wählen, weil sie auch ohne Beruf und Arbeit ihren guten Lebensunterhalt haben. Wird im Zukunftsstaat jedem der Lebensunterhalt gesichert ohne Rücksicht auf Beruf und Arbeit, dann genießen alle die persönliche Freiheit, die heute nur die Reichen haben.

Das können ja nette Zustände werden, wird da mancher ausrufen! Wenn jeder seinen Lebensunterhalt hat, und sogar noch reichlichen Lebensunterhalt, ganz gleichgültig, was er arbeitet, wieviel er arbeitet, ja, ob er überhaupt arbeitet, dann wird wohl keiner mehr arbeiten, der erhoffte Reichtum wird ausbleiben, und die Idylle dieses Zukunftsstaates wird sehr schnell zusammenbrechen.

Doch nur gemacht! Auch diese Befürchtung fließt aus den engen Anschauungen, die uns die heutigen Zustände aufzwingen. Sicherlich, wenn heute urplötzlich jeder in die Lage käme, ohne Arbeit in Hülle und Fülle zu leben, dann wird wohl manch einer alle Arbeit scheuen. Aber selbst dann wahrscheinlich nicht für lange Zeit. Mags bei dem einen ein paar Wochen dauern, bei dem [5] anderen ein viertel oder halbes Jahr, bei dem dritten selbst ein oder mehrere Jahre, früher oder später dürfte für jeden die Zeit kommen, wo er das Faulenzen herzlich satt hat, und wo er merkt, dass die Arbeit durchaus nicht nur erfunden ist, um den Menschen zu plagen, sondern dass sie zum Leben gehört wie das tägliche Brot. Es soll gar nicht bestritten werden, dass viele, sehr viele Menschen heutzutage die Arbeit scheuen und hassen. Aber woran liegt das? Nur daran, dass die meisten von uns an eine Arbeit gefesselt sind, die ihnen keine Befriedigung gewährt, an eine Arbeit, an die sie nur mit Unlust gehen, zu der sie sich nicht „berufen“ fühlen. Wie hat man doch den schönen Sinn des Wortes Beruf so gänzlich umgekehrt! Jeder Mensch sollte die Arbeit verrichten, zu der er den inneren Beruf in sich verspürt. Nun aber haben wir heute – aus den erwähnten Gründen – keine freie Berufswahl. Aus Angst ums tägliche Brot müssen die allermeisten Menschen sich an Arbeiten schmieden lassen, die ihnen innerlich zuwider sind. Und das allein ist der Grund, weshalb sie die Arbeit nicht lieben.

Die Freiheit des Konsums wird im Zukunftsstaat die Freiheit der Berufswahl bringen. Und es gibt für jeden gesunden Menschen eine Arbeit, die ihn befriedigt. Er muss sie nur finden. Um sie zu finden, muss er der Sorge ums tägliche Brot enthoben sein, muss er den Beruf wirklich *frei* wählen können. So wird der freie Konsum die Mittel gewähren, dass sich jedermann bei der Arbeit, bei der Produktion an den Platz stellen kann, wohin er gehört und wo er wirklich etwas Tüchtiges zu leisten vermag. Ist aber das der Fall, dann braucht man auch keine Vorschriften für die Arbeit mehr zu machen. Wem die Arbeit Befriedigung gewährt, Lust und Freude macht, bei dem braucht man nicht zu fürchten, dass er sich drücken oder dass er etwas verkehrt machen wird. Er hat ja selbst das größte Interesse daran, dass viel fertig wird, und er setzt seinen Stolz darein, etwas Tüchtiges zu leisten. Beispiele dafür haben wir schon heute. So wird die freie Berufswahl und die freie Arbeit gerade ein Mittel werden, um Produktivität und Reichtum noch mehr zu steigern.

Damit ist die Frage der Massenbildung eigentlich schon erledigt. Bildung gehört zum Konsum, und wenn es jedermann freigestellt wird, zu konsumieren, was und wieviel er will, dann kann man bei der Bildung natürlich keine Ausnahme machen. Die öffentlichen Lehranstalten von der allgemeinen Volksschule bis zur Universität stehen jedermann offen. Dass sie ganz anders eingerichtet sein werden als heute und dass insbesondere eine gleiche Bildungsgrundlage für *sämtliche* Kinder in der allgemeinen Volksschule geschaffen werden muss, dürfen wir bei unseren Lesern als bekannt voraussetzen. Darüber hinaus kann jeder die

Bildungsmöglichkeiten benutzen, die ihm zusagen, und die er, sei es [6] für seine Berufswahl, sei es für Zwecke der allgemeinen Bildung, braucht. Professor Delbrück macht sich darüber lustig: „Alle Volksschulen also werden in Gymnasien umgewandelt, und dann strömen die Massen, Männlein wie Fräulein in die Universitäten. Was würden die Hörsäle da voll sein!“ Wir sehen darin den unzulänglichen Versuch, hohe Ideale zu verspotten, die man nicht verstanden hat. Herr Professor Delbrück sollte eigentlich wissen, dass der schlimmste Fehler unseres heutigen Unterrichtswesens der ist, dass es keine Rücksicht nimmt auf die persönliche Begabung des Schülers. Nicht danach wird gefragt, was die für den Schüler geeignete Bildung ist, sondern nur nach Stand und Geldsack des Vaters, und das für diesen Stand ausgewählte Quantum Bildung wird ihm eingepresst. So kommt es, dass die Gymnasien widerhallen von Klagen über die ungeeigneten Schüler, die man mitschleppen müsse, indes im Proletariat herrliche Intelligenzen verkümmern und sich im späteren Leben mühsam einige Brocken der Bildung zusammensuchen müssen, die ihnen die Volksschule schuldig geblieben ist. Diesen Jammer mit eisernem Besen auszukehren, wird allerdings eine der ersten Aufgaben des Zukunftsstaates sein. Aber damit ist nicht gesagt, dass eine Schablone gleicher Bildung für alle aufgerichtet werden soll, die nun wieder jeder erreichen muss; sondern ganz im Gegenteil über die gemeinsame Grundlage hinaus, die soweit reichen muss, bis jeder Schüler schon einigermaßen seine Fähigkeiten und Interessen kennt – über diese gemeinsame Grundlage hinaus wird jedem diejenige Bildung geboten, die gerade für ihn passt. Und in diesem Sinne kann man allerdings sagen: „Alle Menschen werden der gleichen, höchsten Bildung teilhaftig werden!“ Das wird erreicht durch die Sicherung des Lebensunterhalts, durch die Steigerung der Produktivität.

Und nun endlich die Organisation. Spöttisch fragt Professor Delbrück:

„Wo ist gesagt, dass die Menschen, wenn sie erst gebildet genug sind, keiner Organisation und keiner Führer mehr bedürfen? Ein erfahrener Mann dürfte sagen, dass ganz umgekehrt die Gebildeten erst recht der Organisation und der Führer bedürfen, um einen einheitlichen Willen herzustellen, weil jeder einzelne sich zur Selbständigkeit berufen wähnt.“

In der Tat, so sehr wir überzeugt sind, dass Interessenkämpfe der heutigen Art, die sich um das nackte Stückchen Brot drehen, im Zukunftsstaat ausgeschlossen sein werden, so sehr glauben wir, dass dann andere Gegensätze und andere Kämpfe an ihre Stelle treten werden. Denn ohne Kampf kein Fortschritt, das lehrt uns die Geschichte der Vergangenheit und das nehmen wir deshalb auch für die Zukunft an, wenngleich wir hoffen, dass es Kämpfe ohne Blutvergießen und ohne Gehässigkeit sein werden, weil ja niemals die Existenz des einzelnen auf dem Spiele stehen wird. Doch immer- [7] hin werden es Kämpfe sein, und sie werden Organisationen erfordern. Und wenn man die Leute, die die Geschäfte der Organisationen besorgen und in vielen Fällen für sie sprechen, Führer nennen will, so wird es vermutlich auch Führer geben. Nun aber ist es ungeheuer bezeichnend, dass Professor Delbrück die Organisation ohne weiteres in Gegensatz stellt zur Selbständigkeit! Für ihn versteht es sich ohne weiteres von selbst, dass der Organisierte nicht selbständig sein kann! Wir geben ja zu, dass derartiges tatsächlich auch in proletarischen Organisationen vorkommt. Auch die Mitglieder sozialistischer Organisationen wissen nicht immer ihre Selbständigkeit gegenüber ihren Führern zu wahren. Aber dass das notwendig so sein müsse, dass es im Wesen der Organisation liege, das hat unseres Wissens bisher noch kein Sozialist ausgesprochen. Das ist echt bürgerliche Denkweise. Wir sind im Gegenteil überzeugt, dass höhere Bildung der sozialistischen Massen jenen blinden Autoritätsglauben ausrotten wird, der den Menschen heutzutage beim Militär anerzogen wird und den wir deshalb nicht selten leider auch an Stellen finden, wo er nicht hingehören sollte. Der allerdings wird schwinden wie die Spreu vor dem Winde, wenn alle Menschen das nötige Maß von Bildung besitzen. Und damit wird auch schwinden die Möglichkeit, dass die Masse den Führern blindlings ohne eigenes

sachgemäßes Urteil folgt, und demzufolge schwindet den Führern die Gelegenheit, sei es in gutem oder bösem Willen, die Masse andere Wege zu führen, als sie geführt sein will.

Die Entstehung der Pfaffenherrschaft in der christlichen Kirche.

IV. (Schluss.)

Die Synodalverfassung barg aber in sich schon den Keim zu einer Entwicklung, die die Macht der einzelnen Bischöfe zugunsten eines *gemeinsamen Oberhauptes* stark beschnitt. In den regelmäßigen Provinzialsynoden führt der Bischof der bedeutendsten Gemeinden den Vorsitz und sorgt für die Durchführung der Beschlüsse. Einzelne Bischöfe, die sich nicht fügen, zieht er zur Verantwortung. Daraus entwickelt sich die Macht des sogenannten Metropoliten, des Patriarchen oder Erzbischofs. Seine Gemeinde ist an Mitteln und Alter den anderen meist weit überlegen. Das Sonderrecht ihres Bischofs wird darauf zurückgeführt, dass ein hervor- [8] ragender Apostel seinen Geist diesem Bistum vererbt habe. Vor allem in Rom ist dies der Fall, in der Reichshauptstadt, wo Petrus und Paulus hingerichtet worden sein sollen.

Schon im 2. Jahrhundert wird der Stuhl Petri als Schiedsrichter von streitenden Bischöfen angerufen. Der karthagische Bischof Cyprian (258), der beredte Vorkämpfer der Pfaffenherrschaft, spricht dem Bischof von Rom ein besonderes Ansehen zu. Das war ganz im Interesse der opportunistischen Richtung. Rom war ja der Sitz der Zentralregierung, der Sitz reicher Grundherrengeschlechter, Militärs und Beamten, der Sammelpunkt der oberen Zehntausend. Die römische Gemeinde hatte schon früher reiche und einflussvolle Gönner bis hinauf in den Kaiserpalast. Diese zu halten und durch sie die herrschenden Klassen zu gewinnen, das war das Grundmotiv römischer Kirchenpolitik. Die kluge Verfolgung dieses Ziels machten den römischen Bischof schließlich zum Herrn der westeuropäischen Christenheit. Durch die Grundherren kam das Christentum in den letzten Winkel des platten Landes und mit ihm die Herrschaft des Bischofs, dem die Grundherren verbunden waren und kirchlich zugehörten.

Sehr lehrreich ist der Lebensgang eines der tatkräftigsten römischen Bischöfe des 3. Jahrhunderts. Kallistus (der Schönste) war Sklave und wahrscheinlich Liebling eines einflussreichen Hofbeamten. Dieser gab ihm eine Summe Geldes, und Kallistus gründete damit eine Bank. Viele Christen vertrauten ihm ihre Ersparnisse, aber Kallistus fallierte [in Konkurs gehen] und ging durch. Er wurde erwischt und ins Sklavengefängnis gebracht. Von den Vorwürfen der Geschädigten bedrängt, beschloss er, Märtyrer zu werden. In einer Judensynagoge rühmte er sich, Christ zu sein. Er wurde vor Gericht gestellt und in die sardinischen Bergwerke verschickt. Die Geliebte des Kaisers Kommodus erbittet die Freilassung der dort arbeitenden Christen. Mit ihnen kehrt auch Kallist zurück, nicht gerade zur Freude seines Herrn. Man schickt ihn mit einem kleinen Jahresgehalt nach Antium. Nach dem Ableben seines Herrn kommt er wieder nach Rom und wird unter den Klerus aufgenommen. Er versteht es meisterlich, das Vertrauen des Bischofs zu erwerben und wird schließlich über den gesamten römischen Klerus gesetzt. Schließlich zum Bischof gewählt, verkündet er den fundamentalen Satz, dass ein Nachfolger Petri, auch wenn er eine Todsünde begehe, von niemand in der Welt abgesetzt werden könne. Die Bedeutung der vornehmen Damenwelt für das Pfaffentum weiß er so gut zu schätzen, dass er ihnen die fundamentalsten Grundsätze des Christentums zum Opfer bringt. Auch Ehebruch und Unzucht können Vergebung erlangen. Beides war für die damalige Sitte der vornehmen Familien in Rom opportun, da hochgeborene Frauen [9] sich häufig mit ihren Sklaven verbanden, diese aber nicht Gatten nennen mochten, und die Kinder aus solcher Verbindung nicht ihre Kinder. Bei

einem Pogrom gegen die Christen wurde Kallist aus dem Fenster seines Hauses geworfen und fand den Tod.

Eine gewisse Schranke erfuhr die Macht Roms an der fortschreitenden Loslösung der Osthälfte von der Westhälfte des Römischen Reichs. Dies lag in der verschiedenen wirtschaftlichen Struktur begründet. Während im Osten noch die Geldwirtschaft überwog, ging der Westen mit Riesenschritten dem Zeitalter des Feudalismus entgegen. In der Kirche spiegelt sich die Lostrennung beider Gebiete in gewaltigen Lehrstreitigkeiten, wobei Bischöfe und Priester sich gegenseitig nach Herzenslust verdammen und verfluchen. Noch ehe aber die Scheidung von Ost- und Westrom definitiv wurde, trat das ein, worauf die Politik der Opportunisten von allem Anfang an hingezielt hatte, nämlich die *Versöhnung des Christentums mit dem Staate*. Der siegreiche Thronkandidat Konstantin erklärt 313 durch kaiserliches Edikt die christliche Kirche zur gleichberechtigten Staatsreligion, bald wird sie die einzige Staatsreligion. Dadurch gewinnt er alle geistigen und materiellen Machtmittel des Pfaffentums für seine Zwecke. Erst letztes Jahr hat die katholische Welt das Jubiläum dieses „Sieges des Christentums“ gefeiert. Der „Sieg“ war erkaufte mit dem Verrat alles dessen, was am Anfang Kern und Wesen der Bewegung gewesen war. Aus einer Organisation des arbeitenden Volkes, Kleinbürger und Proletarier, war die Kirche jetzt zur Organisation eines schwerreichen Klerus, zur mächtigsten Stütze der Grundherren und der kaiserlichen Gewaltherrschaft geworden. Anstelle einer Organisation zur Vorbereitung der sozialen Revolution war die Kirche über den Umweg einer radikalen Reformpartei zu einer groß angelegten Wohltätigkeitsanstalt geworden, die im Dienste der Herrschenden den Groll der Elenden beschwichtigen sollte. Je mehr der römische Staat zerfiel, desto mehr nahm die Kirche alle Äußerungen kulturellen Lebens, sogar Recht und Polizei unter ihre Fittiche und machte diese kümmerlichen Überreste einer einst hohen Kultur ihren Zwecken dienstbar. Das ganze Denken und Leben der Völker hat sie mit ihren Interessen gleichsam umspinnen, und in dieser Form gelang es ihr, sich und einen Rest der Kultur über die Stürme der Völkerwanderung hinwegzuretten. Für die erobernden Germanen wurde sie das Organ der Beherrschung, Verwaltung und Verschmelzung der eingessessenen Bevölkerung.

Warum aber missglückten alle jene radikaldemokratischen Bewegungen im alten Christentum? Der Radikalismus jener Zeit war weltabgewandt, erwartete alles Heil von einer höheren Macht. Das führte notwendig zu Sektiererei, zum ängstlichen Abschluss der [10] „Auserwählten“ und „Reinen“ von der großen Masse. Nur die bürgerliche Produktionsweise macht demokratische Massenbewegungen möglich, die Entwicklung sank aber damals rasch zurück auf die Stufe der feudalen Naturalwirtschaft. Die christliche Bewegung hat aber nirgends versucht, praktisch jenen rückläufigen Tendenzen entgegenzuarbeiten. Sie hat sie gar nicht erkannt. Erst die arbeitende Bevölkerung von heute hat die volle Möglichkeit, sich als Massenbewegung zu organisieren, die wirtschaftlichen Verhältnisse recht zu erkennen, ihre Interessen im grundsätzlichen Klassenkampfe zu vertreten und sich aller opportunistisch-bureaucratischer Tendenzen erfolgreich zu erwehren.

Frauenfrage und Klassenkampf.

Die moderne Frauenfrage ist aus der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Zeit entstanden. Früher, vor Einführung der Maschine, fand die Frau im Hause eine ausreichende und nützliche Beschäftigung. Viele Gegenstände des Bedarfs, die man heute außer dem Hause kauft, wurden damals im Hause von den Frauen angefertigt, so ein großer Teil der Kleidung und Wäsche vom Spinnen und Weben an bis zur Herstellung der fertigen Stücke; Seife, Lichte usw. Dann kam die Maschine und entzog dem Hause diese Tätigkeiten. Einer nach dem anderen wurden jene Gegenstände in der Fabrik billiger hergestellt, als das Haus sie liefern konnte. Dies wirkte nun ganz verschieden auf die Frauen der verschiedenen

Bevölkerungsklassen. Den reichen Frauen wurde einfach die Arbeit und damit der Lebensinhalt genommen, Müßiggang wurde ihnen aufgezwungen. Ihr Lebenszweck besteht seither vielfach nur darin, den Männern als Puppe zu dienen. Putz und Vergnügungen füllen ihre Tage aus. Natürlich gibt es auch in dieser Klasse ernst strebende Frauen, die sich für solchen Tand zu gut fühlen, die selbständige Wesen sein und selbst etwas leisten wollen. Diese lehnen sich zuweilen gegen die Verhältnisse auf, in denen sie leben, dann gibt es auch dort eine Frauenfrage, wie Ibsen in seinem Drama „Nora“ eine solche behandelt.

Ganz anders wirkte jene wirtschaftliche Entwicklung in dem früher wohlhabenden Mittelstande. Hier wurde der Frau mit der Arbeit zugleich die Existenz entzogen, umso mehr, weil der Großkapitalismus auch die Lebenshaltung der Männer dieser Klasse herabgedrückt hat. Den meisten Männern des Kleinbürgertums ist bekanntlich die Selbständigkeit genommen worden, sie sind An- [11] gestellte geworden, was ihre Aussichten für die Zukunft wesentlich verschlechtert. Infolgedessen heiraten sie zum Teil gar nicht mehr, weil sie sich nicht zutrauen, eine Familie standesgemäß zu ernähren, oder sie heiraten doch in viel späterem Lebensalter als es vor Zeiten Sitte war. Man kann rechnen, dass vor 100 Jahren die meisten jungen Leute des behäbigen Mittelstandes im Alter von 25 Jahren heirateten. Heute kann z.B. ein Amtsrichter, ein Kaufmann, ein Arzt usw., wenn er von den Einkünften seines Berufs leben soll, kaum vor 35 Jahren ans Heiraten denken. Das wirkt natürlich ungemein auf die Lage der Frauen. Viele von ihnen heiraten überhaupt nicht, die anderen um 10 Jahre später als sonst. Wovon sollen sie leben? Diese Frage bedeutet den Ursprung und Inhalt der bürgerlichen Frauenbewegung, die ein reaktionäres Blatt einmal derb, aber richtig mit den Worten ausdrückte: die ganze Frauenfrage dreht sich darum, wie die etwa 30 000 sitzen gebliebenen Jungfrauen des Mittelstandes versorgt werden sollen.

Es liegt auf der Hand, dass es auf diese Frage nur *eine* Antwort gibt: sie müssen sich selbst ernähren. Aber wie? In die Fabrik gehen, ins Proletariat hinabsinken wollen sie natürlich nicht, was ihnen auch niemand verdenken wird. Sie wollen standesgemäß leben und in den Berufen ihr Brot erwerben, in denen die Männer ihrer Klasse wirken. So entstand der Wunsch nach Zulassung der Frau zu den sogenannten liberalen Berufen. Kaufleute, Beamte aller Art, Ärzte, Rechtsanwälte, Oberlehrer wollen die Frauen so gut wie die Männer werden. Aber sofort ergab sich eine Schwierigkeit. Die meisten dieser Berufe – man denke z.B. an Ärzte, Oberlehrer – erfordern eine sehr gründliche Vorbildung, die die Frauen damals nicht hatten. Eine gründliche Reform der Mädchenschulen musste vorausgehen, und dies wurde denn die zweite Forderung der bürgerlichen Frauenbewegung. Frauenbildung, Frauenstudium, Zulassung der Frau zu möglichst allen Berufen, das ist es, was die bürgerliche Frauenbewegung erstrebt. Darum dreht sich ihr Kampf seit etwa 30 Jahren.

Bei diesem Kampf aber findet sie keine zäheren Widersacher als – die Männer der eigenen Klasse! Sehr erklärlich. Denn es liegt doch auf der Hand, dass die Frauen, wenn sie die nötige Bildung besitzen und nun in alle die liberalen Berufe eindringen, die früher den Männern allein vorbehalten waren, dort den Männern eine höchst gefährliche Konkurrenz machen. Umso gefährlicher, als ja diese Frauen in der Regel keine Familie, sondern nur sich selbst zu ernähren haben und auch sonst immer noch geringere Ansprüche an das Leben stellen als die Männer. Und so erleben wir seit 30 Jahren das Schauspiel, dass die Bestrebungen der liberalen [12] Frauen auf das heftigste bekämpft werden von den liberalen Männern und von den liberalen Parteien! Bekanntlich haben die linksliberalen Parteien in Deutschland noch nicht einmal das Frauenwahlrecht in ihr Programm aufgenommen, eine solche Forderung der Frauen vielmehr im Jahre 1910 ausdrücklich abgelehnt.

Wiederum ganz anders stellt sich die Frauenfrage im Proletariat. Den Arbeiterfrauen hat die Maschine ebenfalls die einstige Hausarbeit genommen. Ihren Männern hat der Kapitalismus ebenfalls die Einkünfte gewaltig herabgemindert. Aber der große Unterschied ist der, dass den

Arbeiterfrauen sofort durch Maschine und Kapitalismus eine neue Möglichkeit des Erwerbs gegeben worden ist, nämlich in der Fabrik. Das war ja eine der ersten Folgen der Maschine, dass sie die proletarischen Frauen gleich zu Hunderttausenden in die Fabriken jagte. Wir sind weit entfernt davon, dies für einen Segen zu halten. Entsetzlich hat es auf die Lebensverhältnisse des Proletariats eingewirkt. Aber darum bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Proletarierfrau durch den Kapitalismus auf die eigenen Füße gestellt worden ist, weil sie ein proletarisches Einkommen ohne weiteres durch eigene Arbeit hat gewinnen können und folglich nicht auf die Heirat als Versorgungsanstalt angewiesen ist. Das ist der große Unterschied, den man nie vergessen darf, wenn man die Frauenfrage verstehen will. Für sehr viele bürgerliche Frauen ist der eigene Beruf in der Tat nur ein Durchgangsstadium, um ihnen über die Jahre hinwegzuhelfen, bis sie einen Mann kriegen. Und wenn sie keinen Mann kriegen, bleibt der Beruf ein Notbehelf. Die eigentliche Versorgung sehen sie in der Ehe. (Natürlich gilt dies nicht für alle; viele geistig hochstehende Frauen fühlen die Befriedigung der Selbständigkeit und eigenen Leistung.) Für die Proletarierin dagegen ist die Ehe gar keine Versorgung. Gar manche kommt wirtschaftlich in eine schlechtere Lage, wenn sie heiratet. Ob verheiratet oder nicht, muss sie arbeiten und dem Kapital fronen. Sie befindet sich in genau derselben Abhängigkeit und genau denselben Übeln ausgesetzt, wie der proletarische Mann.

Daraus ergibt sich, dass die proletarische Frau den Klassenkampf gegen das Kapital genauso führen muss wie der proletarische Mann. Die Frauenbewegung des Proletariats kann von der allgemeinen Arbeiterbewegung nicht getrennt werden. Die proletarische Frauenfrage ist ein Teil der sozialen Frage überhaupt. Die Proletarierfrau hat niemals gegen die Bestrebungen der Männer der eigenen Klasse anzukämpfen, sondern mit ihnen gemeinsam den Befreiungskampf gegen das Kapital zu führen. In diesem gemeinsamen Kampf nun, den beide führen, bildet die heute noch bestehende Rechtlosigkeit der Frau ein schweres Hindernis. Schon [13] der Mann ist im Klassenkampf behindert, weil ihm wichtige Rechte fehlen; die Frau aber hat noch weniger Rechte. Dies behindert nicht nur sie, sondern auch den Klassenkampf des Mannes. So ist es das wohlverstandene eigene Interesse, was die Sozialisten veranlasst, für die Frauen nicht nur das Wahlrecht, sondern überhaupt die Gleichberechtigung zu fordern.

Bücherbesprechungen.

Haberland, Völkerkunde. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Leipzig, Sammlung Göschen. 203 S. 0,90 Mk.

Der verhältnismäßig noch junge Zweig am Baume der Wissenschaft, die Völkerkunde, gehört zu den schwierigsten und verwickeltesten Gebieten unseres modernen Wissens. Dringend zu wünschen wäre es, wenn dieses Fach einmal von einem *unserer* Schriftsteller gründlich bearbeitet würde. Was wir bis jetzt haben, ist allzu dürftig. So sind wir denn vorläufig noch auf die Werke bürgerlicher Gelehrter angewiesen. Bei der großen Menge der von dieser Seite herausgegebenen Bücher ist eine Auswahl nicht gerade leicht, umso weniger, als sich gerade auf diesem Gebiete der beschränkte bürgerliche Standpunkt oft recht deutlich zeigt. Und nicht zum wenigsten auch bei den kleinen Werken der sich populär gebenden Literatur. So werden Fachgelehrte *unserer* Auffassung sicher auch bei dem vorliegenden Büchlein der bekannten Göschen-Sammlung einige Einwendungen zu machen haben. Im Großen und Ganzen aber kann man den Versuch, eine kurze und doch über die Hauptsache einigermaßen unterrichtende Einführung in das Gebiet der Völkerkunde zu geben, als gelungen bezeichnen.

Der Verfasser gibt zunächst eine Einführung in das Wesen der Völkerkunde überhaupt und ihre Aufgaben, dann einen Überblick über die Geschichte dieser Wissenschaft. Bei dem Kapitel über die Entwicklungskräfte des Völkerlebens werden die Triebkräfte sozialer Natur, im Gegensatz zu manchem anderen bürgerlichen Autor, in den Vordergrund gerückt. – Da der

nun folgende Abschnitt, der die *allgemeine* Völkerkunde behandelt, etwas kurz ausgefallen ist, möchten wir den Lesern dieses Buches empfehlen, als Ergänzung hierzu Ratzels Völkerkunde heranzuziehen. Ein Auszug aus diesem größeren Werke ist unter dem Titel: „*Grundzüge der Völkerkunde*“ in der Sammlung „*Meyers Volksbücher*“ erschienen und behandelt gerade das hier in Frage kommende Gebiet der allgemeinen Völkerkunde. – Im Hauptteil, wo die beschreibende Völkerkunde skizziert wird, wird der Leser im Fluge durch sämtliche [14] Länder der Erde geführt. Von der Neuen Welt geht die Reise zunächst zu den Australiern und den Völkern des Stillen Ozeans. Dann über das Inselgebiet der Malaien hinweg zu den zahlreichen Völkergruppen Asiens. Der schwarze Erdteil wird von Süden nach Norden durchstreift. Dann kommen die Völker des Kaukasus und zuletzt die Europas.

Nicht vorteilhaft für die leichte Lesbarkeit des Buches ist das öftere Vorkommen von fachtechnischen Fremdwörtern, die dem Laien, für den doch das Werk bestimmt ist, nicht bekannt sein können.

Dann wundert es uns doch bei der sonstigen vorurteilsfreien Auffassung des Verfassers, dass auch er noch von der großen Trägheit des Primitivmenschen spricht. Das, was Haberland als „große Trägheit“ glaubt bezeichnen zu müssen, ist doch nur das *ungeregelte*, nur nach den augenblicklichen Bedürfnissen sich richtende Arbeiten des Naturmenschen. So behauptet auch Wenle in seinem Büchlein: „Die Urgesellschaft und ihre Lebensfürsorge“, „dass die Naturvölker keineswegs ... die unverbesserlichen Faulpelze sind, als die eine ältere, weniger gut unterrichtete Zeit sie hinzustellen beliebte“. – Geradezu sonderbar berührt aber, was Haberland auf S. 66 sagt. Er behandelt dort das Thema: Familie und Stamm. Der Forscher bestreitet hier, dass es überhaupt jemals eine Vorherrschaft des Weibes gegeben habe. (Wir verweisen hier auf die Artikel im Unterhaltungsblatt des „Vorwärts“, November 1913: Eine materialistische Soziologie von Ernst Eckstein und das Ergänzungsbest der „Neuen Zeit“, Nr. 14, vom 8. November 1912 von Heinrich Cunow.) Die Begründung für seine Behauptung sieht Haberland merkwürdigerweise darin, dass, wenn das Mutterrecht jemals geherrscht hätte, wenn es überhaupt eine Promiskuität (Weibergemeinschaft) gegeben habe, man ja heute auf Unbekanntschaft der Mutter eines Kindes schließen müsse. Als ob dies möglich wäre! *Möglich* aber ist es doch wohl, dass auf einer gewissen Stufe des Geschlechtsverkehrs die Vaterschaft nicht bestimmt nachzuweisen ist. Auch scheint uns Haberland die Bedeutung der Männerbünde für den Fortschritt der Menschheit allzu sehr zu überschätzen. Nach ihm sind diese Verbände oder Geheimbünde „zunächst die eigentlichen Träger fast aller wirklichen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung“.

Trotz alledem glauben wir, dass Haberalands Büchlein etwas vorgeschritteneren, kritischen Lesern sehr wohl in die Hand gegeben werden kann.

H. Farwig.

Koalitionsrecht und Arbeitgeber. Referat, dem elften ordentlichen Bundestag der technisch industriellen Beamten erstattet von *Otto Schweizer*. Industriebeamten-Verlag, Berlin NW. 52. 16 S. 20 Pf. [15]

Alles das, was hier gesagt wird, geht durchaus nicht nur die Mitglieder der obengenannten Organisation an. Es ist die Sache aller derer, die ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu verkaufen gezwungen sind. Der Verfasser erörtert die Versuche der letzten Zeit, dem Koalitionsrecht der Arbeiter auf gesetzgeberischem Wege den Hals umzudrehen. Wenn auch diese Versuche zunächst noch fehlgeschlagen sind, so wäre es doch töricht und im höchsten Grade leichtsinnig, nun zu glauben, dass es dabei bleiben wird. Die Wühlereien der Unternehmerorganisationen, wozu Herr Schweizer ganz mit Recht auch den Hansabund rechnet, gehen weiter. Dem beliebten Schlagworte vom Schutze der Arbeitswilligen geht die kleine Schrift recht gründlich zu Leibe. Nur darum ist es bei dem immer wieder erhobenen

Vorwurf von dem Terrorismus der Arbeiter zu tun, die friedliche Aufklärung solcher Arbeiter, die in Unkenntnis der Dinge Arbeit annehmen da, wo gestreikt wird, *überhaupt* unmöglich zu machen. Auch den technisch industriellen Beamten gegenüber geht das Unternehmertum genauso rücksichtslos vor wie gegenüber den Arbeitern. Die Gesinnungsschnüffelei soll nach einem Vorschlage eines Herrn Garvens in Hannover in ein förmliches System gebracht werden. Diejenigen, die ihre Organisationspflicht erfüllen, sollen rücksichtslos verfolgt werden. Ja, sogar die werden die Macht der Unternehmer zu fühlen bekommen, die sich nicht dazu hergeben wollen, zum verächtlichen Denunzianten zu werden.

Man wird den Schlussätzen des Schriftchens ohne weiteres zustimmen müssen: „Eines kann uns dieser Kampf um das Koalitionsrecht von neuem lehren, nämlich, dass sich die tiefen Gegensätze, die zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehen, in den entscheidenden Fragen nicht überbrücken lassen. Gerade dieser Kampf um das Koalitionsrecht beweist die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die Torheit jener Harmonie-Politiker, die da glauben, mit den Unternehmern paktieren zu können. Gerade in diesem Kampfe bilden sich immer deutlicher die beiden Heerlager heraus, zwischen denen der ganze soziale Kampf ausgefochten werden muss. Auf einer Seite sämtliche Gruppen des Unternehmertums, auf der anderen das Lager derer, die durch die wirtschaftliche Not gezwungen sind, den Kampf um ein freies, uneingeschränktes Koalitionsrecht zu führen. In diesem Kampfe müssen alle Arbeiter in einer Front stehen gegen die geschlossene Phalanx des Unternehmertums ... Wir zweifeln nicht, dass der Sieg in diesem Kampfe letzten Endes uns gehört.

H. Farwig-Britz.

1. Jahrgang Nummer 12 August 1914

Ein furchtbares Verbrechen

hält gegenwärtig die ganze zivilisierte Welt in atemloser Spannung. Was in den letzten Tagen des Juli geschah, ist so entsetzlich, so grauenerregend, dass man Mühe hat, es für wahr zu halten. Denn was sind die abscheulichsten Nichtswürdigkeiten eines einzelnen, was ist selbst feiger Meuchelmord, der *ein* oder *zwei* Opfer trifft, gegen eine Tat, die Mord und Totschlag, Blut und Brand über einen ganzen Weltteil entfesseln kann!

Aus der Tagespresse kennen unsere Leser den Wortlaut der Note, welche die österreichische Regierung am 23. Juli an die serbische Regierung gerichtet hat. Ehe diese Zeilen im Druck erscheinen, werden sich die Dinge weiterentwickelt haben. Das ändert aber nichts an dem, was bisher geschehen ist. Ob es wirklich zum ungeheuerlichsten Kriege kommt, oder ob er noch im letzten Augenblick verhütet wird, das Verschulden derer, die es bis dahingetrieben haben, bleibt das gleiche, und die ganze Gemeingefährlichkeit einer Diplomatie muss aufgezeigt werden, der das Wohl und Wehe von Millionen gerade gut genug ist für ein Schachspiel.

Als ungefähr vier Wochen früher in Serajewo der österreichische Thronfolger und seine Frau ermordet wurden, war alle Welt einig in der Verurteilung dieser scheußlichen Tat. Freilich, ein Recht zu ehrlicher Entrüstung hatten eigentlich nur die Sozialisten. Denn das Verbrechen ist aus jenem nationalen, chauvinistischen Fanatismus entstanden, den nur die Sozialisten bekämpfen und der nur durch Völkerverbrüderung ausgerottet werden kann, indes er von den „staatserhaltenden“ Parteien aller Länder genährt und geschürt wird. Jedoch, es fand sich keine Stimme, welche die Mörder verteidigt hätte. Besonders laut wurde die Entrüstung von Wien aus geäußert. Sehr natürlich. War man doch in Wien unmittelbar beteiligt, sozusagen im innersten Herzen getroffen. Und wenn auch schon vor und bei der Beerdigung allerlei durchsickerte über Eifersucht, Hass, Zwietracht, die gegen die beiden Ermordeten [1] gerade in den Kreisen des Hofes bestanden haben sollen, wenn auch die bekannten Vorfälle bei der Bestattung der „Unebenbürtigen“ großes Aufsehen erregten, so fand man es doch verständlich, dass das furchtbare Unglück selbst alle anderen Stimmen als die des Mitleids und der Empörung zum Schweigen brachte.

Wer hätte damals gedacht, dass die Wiener Regierung gerade diesen traurigen Vorfall, der ihr mehr als jedem anderen zu Herzen gehen sollte und auch wirklich zu Herzen zu gehen schien, zum Vorwand für ganz andere Zwecke nehmen würde! Doch ehe wir urteilen, prüfen wir die Tatsachen.

Unverkennbar war die österreichische Note vom 23. Juli in einem Ton und in einer Form gehalten, die der serbischen Regierung jede andere als die abschlägige Antwort unmöglich machen musste. In ihrem amtlichen Organ sollte sie eine Erklärung veröffentlichen, die ihr vom Auslande in die Feder diktiert war! Mochte der Inhalt sein, wie er wollte: schon die Tatsache, dass sie nicht freiwillig, sondern auf Kommando einer auswärtigen Macht abgegeben werden sollte, machte sie ganz unmöglich. Sie würde das serbische Nationalgefühl aufs schwerste gereizt und in schäumende Wut gegen die eigene Regierung versetzt haben. Das kann keine serbische Regierung riskieren.

Aber selbst für den Fall, dass das Unerwartete geschehen wäre und die serbische Regierung sich zur Veröffentlichung der Erklärung bereitgefunden hätte, so hatte der Verfasser der k. k. Note noch mannigfache Fürsorge getroffen, dass es keine Ruhe geben konnte. Er gibt Vorschriften über die Handhabung der Pressfreiheit, des Vereinsrechts, des öffentlichen

Unterrichts in Serbien; er bestimmt über die Entlassung von Offizieren und Beamten usw. Man stelle sich einmal vor, die französische Regierung verlangte von der deutschen die „Entfernung aller Offiziere und Beamten, die der Propaganda gegen Frankreich schuldig sind“. Schon das bloße Ansinnen würde einen Orkan der Entrüstung in Deutschland entfesseln, ja als Kriegsfall angesehen werden. Und zwar ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Offiziere und Beamten etwas ausgefressen haben oder nicht! Denn mit vollem Recht würde die deutsche Regierung es sich vorbehalten, Verbrechen, die etwa auf deutschem Boden begangen sind, selbst zu untersuchen und die Schuldigen selbst nach den Gesetzen des eigenen Landes und nach den Ergebnissen der eigenen Untersuchung zur Verantwortung zu ziehen. Genau das musste, nach menschlichem Ermessen, die serbische Regierung auf jene Forderungen der Note erwidern, was der k. k. Verfasser sicherlich vorausgesehen und erwartet hat. Doch um nur ja einer abschlägigen Antwort ganz gewiss zu sein, verlangte er überdies noch, dass bei den in Serbien zu führenden Untersuchungen gegen serbische Staatsangehörige „Organe der k. u. [2] k. Regierung“ mitwirken sollten! Als Begründung für die ungeheuerliche Forderung genügte ihm die Behauptung, dass die gerichtliche Untersuchung in Serajewo die Beihilfe serbischer Offiziere und Beamten bei dem Meuchelmord ergeben habe. Mit demselben Recht könnte natürlich die serbische Regierung verlangen, dass ihre amtlichen Organe bei der Untersuchung in Serajewo mitwirken, um sich zu überzeugen, ob dort alles in Ordnung zugeht und nicht etwa den Angeschuldigten die Worte im Munde herumgedreht oder gar Aussagen zugeschrieben werden, die sie gar nicht gemacht haben. Die eine Zumutung wäre so anmaßend und überheblich wie die andere.

Selbstverständlich hat der Verfasser der k. k. Note diesen Sinn seines Schriftstücks sehr wohl erfasst. Wir sind also zu schließen berechtigt, dass er *auf eine Ablehnung hingearbeitet* hat. Was mag ihn dazu veranlasst, was mag er damit bezweckt haben? Er hat sicher gewusst, dass mit der Ablehnung der in der Note gestellten Forderungen der Kriegsfall gegeben ist. Nun war die große Frage, um die sich seit Wochen alle Welt den Kopf zerbrochen hat, die, ob im Kriegsfall Russland an die Seite Serbiens treten werde. Das würde dann, so hörte man wenigstens vielfach, den Bündnisfall geben, Deutschland und Italien wären verpflichtet, Österreich zu Hilfe zu eilen, wozu wiederum Frankreich und England nicht ruhig bleiben könnten, und der Weltkrieg wäre da.

Wir haben kein Recht, anzunehmen, dass die verantwortlichen Kreise in Wien plötzlich wahnsinnig geworden sind. Wahnsinnig aber müssten sie sein, wenn sie so den Weltkrieg vom Zaune brächen, den Weltkrieg, dessen Ausgang niemand vorhersehen kann, bei dem aber Österreich auf alle Fälle nichts gewinnen, sondern nur etwas verlieren kann. Was es bei unglücklichem Ausgang des Krieges verliert, sieht jeder: seine Existenz als Großmacht. In eine Reihe kleiner Nationalstaaten würde es sich – günstigsten Falles! – spalten. Was aber kann es im Falle des Sieges gewinnen? Gebietserweiterungen, die, wie wir gleich sehen werden, dem österreichischen Staatswesen schwer im Magen liegen würden. Es müssen deshalb die österreichischen Diplomaten Gründe gehabt haben zu der Überzeugung, dass Russland sich *nicht* einmischen werde, wenigstens nicht mit den Waffen in der Hand. Nimmt man dies an, so sind ihre Absichten allerdings völlig klar. Mit voller Überlegung haben sie dann den Augenblick gewählt, wo Russland – aus Gründen, die der Öffentlichkeit vielleicht unbekannt sind – zur Untätigkeit verdammt ist. Mit voller Überlegung wollten sie gerade in diesem Augenblick Serbien zum Kriege zwingen. Mit ihm allein hofften sie schnell fertig zu werden, und dann wollten sie vermutlich die großserbische Frage auf die Art lösen, die allen [3] Gewaltmenschen von jeher als die selbstverständlichste erschien, nämlich durch Annexion des ganzen Serbiens. Dass das nicht ganz ohne Einmischung der Großmächte vonstattengehen würde, war zwar vorauszusehen, aber damit hofften sie wohl fertig zu werden, wenn sie erst durch Eroberung und Besetzung Serbiens die Mächte vor eine vollendete Tatsache gestellt haben würden.

So muss man sich den Gedankengang und die Absichten der österreichischen Machthaber vorstellen. Dann aber passt auf sie nur das eine Urteil: abgrundtiefe Frivolität! Weil sie aus irgendwelchen Gründen wussten oder wenigstens hofften, dass das viel kleinere und schwächere Serbien allein bleiben würde, deshalb lag ihnen daran, es gerade in diesem Augenblick vor die Klinge zu kriegen, um es dann in aller Gemütsruhe abschlachten zu können. Und um dieses teuflische Ziel zu erreichen, war ihnen jedes Mittel recht, scheuten sie nicht davor zurück, die reinen und menschlichen Gefühle auszunutzen, welche das Unglück des ermordeten Thronfolgerpaares überall ausgelöst hat und bei ihnen selbst in besonders starkem Maße - hätte auslösen sollen. Diese Gefühle, ihre Reinheit, ihre Größe, sie gelten nur als eine Chance im Schachspiel der Diplomaten. Denn, nein und tausendmal nein, es ist nicht wahr, dass die Ermordung des Erzherzogs der Grund für den österreichischen Überfall auf Serbien ist. Sie ist nur der willkommene Vorwand. Der wahre Grund ist einzig und allein die Annahme, dass Serbien allein und wehrlos und der Augenblick deshalb günstig sei.

Wunderbar sind die Wege der Diplomaten. Wie meinen sie doch, alles so fein auszuklügeln und durchzuführen. Aber wie schon Wilhelm Busch sagte: Meistenteils und überhaupt kommt es anders, als man glaubt. Es wird wohl auch hier so auslaufen, wie noch stets, wenn Menschen „Geschichte machen“ wollten. Selbst wenn die österreichischen Diplomaten ihr Ziel voll erreichen, das ganze Serbien ohne Störung annektieren sollten, so hätten sie doch noch die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Heute klagen die Serben darüber, dass ein Teil ihres Volkes unter österreichischer Fremdherrschaft schmachtet. Wir maßen uns kein Urteil darüber an, ob ihre Klagen berechtigt sind oder nicht. Dazu kennen wir den Stand der Dinge dort unten zu wenig. Aber in dem Augenblick, wo das *ganze* serbische Volk mit Waffengewalt unter Österreichs Oberhoheit gebracht wäre, würde es zweifellos eine Fremdherrschaft sein. Und dann würde die großserbische Propaganda mit dem Ziel auf Losreißung *aller* Serben von Österreich einen Anstoß und ein Leben bekommen, wovon man sich jetzt nichts träumen lässt. Ein wirklich einverleibtes und unterdrücktes Serbien würde einen Pfahl im Fleische Österreichs bilden, von dem die gefährlichsten Krankheiten ausgehen müssten. Ruhe und Frie- [4] den gäbe es dann überhaupt nicht mehr. Und die russischen Diplomaten - gesetzt den Fall, dass sie jetzt untätig zusehen müssen - würden dann um so mehr auf der Lauer liegen. Der jetzt etwa vermiedene Weltkrieg würde dann in ein paar Jahren losbrechen. Auf jeden Fall bleibt das frivole Treiben der Diplomatie ein furchtbares Verbrechen.

Kampfparole.

Von Alexander Bloch-Berlin.

Die bekannte Erklärung des neuen preußischen Polizeiministers, dass er gar nicht daran denke, eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen, hat die preußische Wahlrechtsfrage wieder in Fluss gebracht. Einige Blätter verlangten sogar die schleunigsten Maßnahmen für den Massenstreik, und jedenfalls war man sich darüber einig, dass nunmehr diese für die deutschen Arbeiter brennendste Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfe. Allerdings sind ja auch andere Stimmen laut geworden, die die Propagierung des Massenstreiks für verfrüht halten, auch solche, die ihn überhaupt verwerfen, und ferner Stimmen, die einem Wahlrechtssturm in der jetzigen Zeit skeptisch gegenüberstehen. Dagegen herrscht - wenigstens in der Öffentlichkeit - nach wie vor eine Übereinstimmung darüber, dass das allgemeine Wahlrecht in Preußen die wichtigste Forderung für die Arbeiter sei, gewissermaßen die Pforte, durch die man hindurchschreiten müsste, um zum Paradiese der Arbeiterwohlfahrt und der Herrschaft des Volkswillens zu gelangen. Die allgemeine Argumentation ist folgende: Deutschland wird durch Preußen beherrscht, in Preußen aber herrscht das Junkertum vermöge des Dreiklassenwahlrechts. Also muss dieser Grundpfeiler gestürzt werden, damit die ganze reaktionäre Herrlichkeit ein Ende findet.

Bei dieser Gedankenkette ist aber ziemlich alles unrichtig. Nur sehr bedingt kann man sagen, dass Deutschland unter der Fuchtel von Preußen steht. Deutschland ist wohl heute nur ein Großpreußen, aber teilweise doch nur deshalb, weil die mittel- und süddeutschen Staaten selbst die Reaktion wünschen und zu ihr hinstreben. Sie stärken Preußen, weil dieser mächtigste Staat den besten Halt und die geeignete Konzentration für ihre rückschrittlichen Bestrebungen liefert. Haben denn die anderen Staaten, die doch im Bundesrat die große Mehrheit bilden, jemals daran gedacht, bei arbeiter- und volksfeindlichen Plänen in eine Opposition [5] gegen Preußen zu treten? Man denke doch bloß an das Sozialistengesetz und die Zuchthausvorlage.

Ebenso kann man nur bedingt von einer Herrschaft des Junkertums in Preußen sprechen. Da Deutschland ein kapitalistisch entwickeltes Land ist, wäre es für die Bourgeoisie natürlich nicht schwer, auch politisch zu herrschen. Wenn sie trotzdem das Junkertum regieren lässt, so deshalb, weil sie es zum Kampfe gegen das Proletariat braucht. Man darf doch niemals vergessen, dass die deutsche Bourgeoisie, im Gegensatz zur westeuropäischen, fast nichts gegen die Junkerherrschaft getan hat.

Aber weiter. Die Macht des Junkertums soll besonders auf dem Dreiklassenwahlsystem beruhen! In der Wirklichkeit beruht sie natürlich auf seinen Organisationen. Die Junker verfügen über den ganzen Staatsmechanismus. Die gesamte Bureaukratie steht zu ihrer Verfügung, von den Regierungsspitzen bis zu den kleinsten Verwaltungsposten. Die Justiz und die Polizei, diese wichtigsten Organe, sind von ihnen abhängig und vor allem besitzen sie die Armee. Das letztere ist der Kernpunkt, und hier liegt der eigentliche Sitz ihrer politischen Herrschaft. Daneben gebieten sie noch auf dem Lande über eine starke wirtschaftliche Macht. Da sie nun herrschen, so tragen natürlich auch alle wichtigen Gesetze den Stempel ihrer Macht, darunter auch das Wahlrecht. In Wirklichkeit ist also das Dreiklassenwahlsystem ein Ausfluss ihrer Macht, nicht aber umgekehrt.

Wie wenig die Herrschaft der Junker von den Wahlen abhängt, dafür haben wir gerade in Preußen selbst ein klassisches Beispiel. Als in den 60er Jahren das Bürgertum stark „oppositionell“ gesinnt war und ungeheure Triumphe bei den Wahlen erfocht, so dass selbst in rein ländlichen Kreisen die Konservativen geschlagen wurden, war diese Partei auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen. Das hinderte aber absolut nicht, dass sie nach wie vor herrschte und dass gerade damals der Junker Bismarck das neue Militärgesetz mittels eines Staatsstreichs in Kraft treten ließ. Die Junker hatten eben die Bureaukratie und das Heer, und daher war ihre Macht unversehrt. Es wird doch aber niemand behaupten wollen, dass diese Institutionen in der Zwischenzeit an Kraft eingebüßt hätten, viel eher kann man dies doch von den Parlamenten sagen.

Betrachten wir nun das Gegenstück. Im Reichstage haben wir das angeblich gleiche Wahlrecht. Die Zusammensetzung der Parteien sieht hier ganz anders aus als im heutigen Abgeordnetenhaus. Aber die Politik, die in beiden Häusern getrieben wird, unterscheidet sich in der Tat fast gar nicht voneinander. Es sind nur andere Leute und „Parteien“, zuweilen andere Worte und Begründungen, aber dasselbe Resultat, eine durch und durch reaktio- [6] näre Politik, nur dort mehr verschleiert und phrasenhafter, und hier brutaler. Nun sagt man, das Unglück rühre eben davon her, dass die deutsche Regierung vom preußischen Dreiklassenwahlrecht abhängt, sonst könnte man sie selbst zum Fortschritt zwingen! Wie sieht es in der Wirklichkeit aus? Wir hätten heute, die Reichstagswahlen zugrunde gelegt, bei dem allgemeinen Wahlrecht in Preußen bestenfalls 100 Mandate. Nun sagt man, „aber mit der ‚Linken‘ zusammen haben wir dann die Majorität, und dann kann man fortschrittliche Gesetze machen“. Wem der jetzige Reichstag mit seiner famosen Linkenmajorität noch nicht die Augen geöffnet hat, dem ist nicht zu helfen. Und außerdem haben wir in Preußen zudem noch das Herrenhaus und das Veto des Königs. Wenn man sich nur diese wenigen Punkte vor Augen

hält, so muss man gestehen, dass man, gelinde ausgedrückt, die Wirkungen des gleichen Preußenwahlrechts kolossal überschätzt.

Bisher bin ich nur auf die Gründe eingegangen, die von sozusagen „offizieller“ Seite, speziell vom Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, für die Wahlrechtsforderung angegeben werden. Nun treten aber auch neuerdings einige radikale Marxisten dafür ein, diese Forderung in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. Diese werden von anderen Gründen geleitet. Für sie handelt es sich um eine Gelegenheit zur Massenaktion. Hier ist ihnen das Ziel gleichgültig und die Bewegung alles. Das geschenkte Wahlrecht hat für sie keinen Wert, für sie hat nur das eroberte Wahlrecht Bedeutung. Sie sind überzeugt, dass das Proletariat nur im Kampfe selbst lerne, nur durch den Kampf stärker werde und dass ein errungener Sieg die Arbeiterschaft zu immer neuen Kämpfen anspornen wird, die ihre Kraft immer mehr steigern müssen. Mit diesem Prinzip bin ich wohl einverstanden, nur halte ich nicht die Wahlrechtsparole für die geeignete Fahne, um wirklich die großen Massen um sich zu versammeln. Man wird demgegenüber auf die großen Demonstrationen 1908, 1909, 1910 hinweisen. Für mich waren diese aber nur ein Beweis für die *Kampfesstimmung* der sozialdemokratischen Arbeiter, die ebenso gut oder noch besser für ein anderes Ziel gestritten hätten. In einigen Orten, wie in Bremen, demonstrierten sie ja auch bei anderen Gelegenheiten. Tatsächlich ist doch 1907 die ganze Wahlrechtsparole von oben herab, d.h. von einigen Abgeordneten und den Parteinstanzen, den Massen aufgeredet worden. Einem inneren Bedürfnis nach Wahlrechtsänderung folgten die Massen nicht, und es lag zu jener Zeit auch gar keine besondere Veranlassung vor, etwa reaktionäre Attentate wie 1897 bei der Lex Recke. Die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands nahmen in ihrer bekannten Disziplin die ihnen dargebotene Wahlrechtsparole an, und zwar um so freudiger, als sie nun endlich ihrem so lange unter- [7] drückten Kampfesmute die Zügel schießen lassen konnten. Ihr Kampfesifer war noch durch die russischen Ereignisse erhöht worden, und so warteten sie nun auf irgendeine Parole. Aber in Tätigkeit traten fast ausschließlich sozialdemokratische Massen. Die anderen, die man durch die Wahlrechtsparole hatte mitreißen wollen, blieben aus, und Schichten, wie die christlichen Bergarbeiter, für die doch die Forderung besonderes Interesse hätte haben müssen, verhielten sich völlig gleichgültig.

Nun wurde aber, speziell 1910, durch den Kampf selbst eine starke Stimmung für die Parole wenigstens bei den Sozialdemokraten erzeugt. Bei diesen herrschte wirklich eine Begeisterung, wenn auch, wie erwähnt, deswegen, weil sie nun endlich ihren Offensivgeist betätigen konnten. Als sie aber im besten Zuge waren und allgemein von ihnen erwartet und gewünscht wurde, nunmehr schärfere Mittel zu ergreifen, wurde plötzlich der Wahlrechtsbewegung von den Parteibehörden ein Ende gemacht. Man wollte eben schärfere Mittel nicht anwenden. Sei es, dass sie eine sichere Niederlage befürchteten, oder weil sie bereits mit ganzer Kraft für die kommenden Reichstagswahlen rüsten wollten, jedenfalls befanden sich die Führer im guten Glauben. Warum aber gaben sich die Massen mit diesen Gründen zufrieden? Wenn ihnen wirklich das Dreiklassenwahlssystem so auf den Nägeln brannte, wie man allgemein verkündete, so hätten sie doch damals, wo gerade die Bethmannsche Vorlage beraten wurde, im Sommer 1910, sich keineswegs zur Ruhe weisen lassen. Ihr ganzes Verhalten aber, sowohl damals wie auch in den folgenden Jahren bewies, dass sie wohl *kämpfen* wollten, dass aber keineswegs *diese* Forderung für sie von so überragender Wichtigkeit war.

Warum sollten sie auch: Wenn in anderen Ländern, wie Österreich, Schweden, Belgien, die Forderung des allgemeinen Wahlrechts in dem Mittelpunkt der Propaganda stand oder noch steht, so deswegen, weil man eben an diese Forderung ganz besondere Erwartungen knüpfte. Es ist geradezu die politische Grundforderung in allen konstitutionell regierten Ländern. Denn man sagt sich allgemein: Um arbeiter- und volksfreundliche Gesetze zu erhalten, muss zunächst das allgemeine und gleiche Wahlrecht vorhanden sein, damit die Arbeiterschaft im

Parlament stark vertreten ist und das Parlament beeinflussen kann. Jedes mangelhafte oder gar fehlende Arbeiterschutzgesetz, jede Bedrängung seitens der Kapitalisten, jede neue Steuer stößt die Proletarier immer wieder auf die Tatsache, dass sie ja ohne das allgemeine Wahlrecht nichts erreichen können. Diese Forderung ist so vielversprechend und, unerreicht, ist sie daher mit einem Nimbus umgeben, der bald stark verblasst, wenn wirklich dieses Ziel erlangt ist. Wenn daher in jenen Ländern die Arbeiter mit einer solchen Zähigkeit und Leidenschaftlichkeit für [8] das allgemeine Wahlrecht kämpfen, so ist das sehr wohl zu begreifen, und da die Wirkungen sehr nützlich sind, wenn sie auch nicht den gehegten Erwartungen entsprechen, so ist es auch sehr zu begrüßen.

Doch wie steht es in Preußen-Deutschland? Es ist doch nicht zu leugnen, dass der weitaus größte und auch der wichtigste Teil der Gesetze im Reichstage gemacht wird und nicht in den Einzellandtagen. Nun kommt noch hinzu, dass für das Reich das gleiche Wahlrecht gilt, und das, trotzdem sowohl bei der Regierung wie im Reichstage die Reaktion Trumpf ist; ebenso, dass trotz der starken sozialdemokratischen Vertretung das Ergebnis in der Gesetzgebung für das Proletariat immer magerer wird. Aus allen diesen Gründen ist es klar, dass für die Arbeiterschaft in Preußen trotz jahrelanger Agitation durch die Sozialdemokratie die Forderung des allgemeinen Wahlrechts niemals den Zauber gewinnen konnte, den sie in anderen Ländern ausgeübt hat.

Doch einigermaßen populär war vor einigen Jahren die Wahlrechtsforderung geworden, eben durch den Kampf selbst. Aber auch diese Popularität ist nun größtenteils verschwunden. Vor allem dadurch, dass der Kampf damals ohne weiteres abgebrochen und auch späterhin nicht fortgesetzt wurde. Viele Arbeiter glauben jetzt gar nicht mehr an den Ernst der Parole. Auf viele hat auch der Ausgang der Reichstagswahlen ernüchternd gewirkt. Welche überschwänglichen Hoffnungen hat man hier genährt! Man hat zwei Jahre nichts anderes getan, als sich auf diese Wahlen vorbereitet! Deswegen wurde gerade 1910 der Wahlrechtskampf sistiert. Und das Ergebnis hat auch nicht getäuscht. Die Sozialdemokraten zogen in noch nie dagewesener Anzahl in den Reichstag, und der sog. schwarzblaue Block, dessen Herrschaft angeblich allein den Fortschritt gehindert hat, war geschlagen!

Was aber brachte der neue Reichstag den Arbeitern? Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Man kann es daher den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie heute keine Begeisterung mehr für den preußischen Wahlrechtskampf besitzen. Schließlich muss doch jedes Ziel der Opfer wert sein. Es hat doch aber keinen Zweck, in einen vielleicht jahrzehntelangen Kampf einzutreten, die schwersten Opfer auf sich zu nehmen, um, wenn man vom Glück schon sehr begünstigt ist, an dem preußischen Abgeordnetenhaus das zu erleben, was man jetzt am Reichstage erlebt hat.

Nicht alle Arbeiter empfinden dies klar, ein großer Teil fühlt dieses starke Missverhältnis zwischen Ziel und Anstrengungen nur instinktiv. Es gibt sicher auch viele, die es zunächst überhaupt noch nicht merken, aber die radikalen Marxisten irren sich, wenn sie die Wahlrechtsparole für geeignet halten, um die großen Massen auf die Beine zu bringen. Der letzte Beschluss der Berliner Verbandsgeneralversammlung beweist durchaus nicht das Gegenteil, sondern [9] nur, dass die Massen gern bereit sind zu kämpfen, so wie man sie nur dazu aufruft. Keineswegs aber schreien die großen Massen nach dem Wahlrecht, und die Erklärung von Loebell hat wohl die Zeitungen in Bewegung gesetzt und Organisationsbeschlüsse gezeitigt, von einer Erregung bei den Massen war aber wahrlich nichts zu spüren.

Es ist kein Zweifel, dass die Entscheidungsschlacht zwischen Reaktion (diese ist in Deutschland nahezu identisch mit den besitzenden Klassen) und Sozialdemokratie immer näher rückt. Es ist deshalb sehr wichtig, welche Parole den kommenden großen Kampf einleiten wird. Hierbei ist weniger die wirkliche Wirkung der Kampfesparole als die

mutmaßliche von Bedeutung, denn es kommt vor allem auf die Zugkraft der Forderung an. Aus oben erläuterten Gründen halte ich aber gerade die preußische Wahlrechtsforderung für wenig geeignet. Es wird nur ein Teil der Sozialdemokraten sein, die hier mit Energie in den Kampf gehen, lange nicht alle Parteimitglieder, noch weniger die sozialdemokratischen Wähler, von den anderen Massen überhaupt nicht zu reden. Aber gerade die letzteren Massen brauchen wir auch.

Es wäre noch die Frage zu erörtern, wenn nicht das Preußenwahlrecht, was dann? Die Beantwortung geht über den Rahmen dieses Artikels hinaus. Ich kann also hier nur kurz die Frage streifen, und wenn ich einige Parolen nenne, die meiner Ansicht nach etwas geeigneter sind, so behaupte ich keineswegs, dass diese allen Anforderungen entsprechen. Natürlich müssen es Offensivparolen sein, denn nur der Angriff verleiht all die Eigenschaften, die für einen derartigen großen Kampf notwendig sind. Vor allen Dingen dürfen die Forderungen nicht weit hergeholt sein, sondern müssen den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Massen entsprechen und mit dem täglichen Kampf in enger Verbindung stehen. Als eine solche Parole betrachte ich das „freie, uneingeschränkte Koalitionsrecht“. Aber hier darf man sich keineswegs in der Defensive wie bisher befinden, sondern man muss unbedingt zum Angriff übergehen, indem man es uneingeschränkt von allen Polizeifesseln und bestimmten Paragraphen fordert und die restlose Ausdehnung auf alle Kategorien, wie speziell für die Staats- und die Landarbeiter verlangt. Da ferner die große Masse des Volkes täglich durch die Justiz sowie durch die Behörden zu leiden hat, da auch alle anderen Gesetze durch die Handhabung seitens dieser Organe erst lebendig werden, so halte ich für wirkungsvolle Parolen „Wahl der Richter durch das Volk“ und „Wahl der Behörden durch das Volk“. Ferner betrachte ich als eine erfolgversprechende Parole das „Referendum“, also das Verlangen, dass über alle wichtigen Gesetzesvorlagen erst eine Volksabstimmung entscheiden muss, natürlich auch das damit zusammenhängende Recht der „Initiative“. Dieses [10] wäre eine Forderung, wofür man auch die indifferenten und gegnerischen Massen gewinnen könnte. Denn dann z.B. können die christlichen Arbeiter ruhig ihrer „religiösen Pflicht“ nachgehen und Zentrumsabgeordnete wählen; nachher können sie doch gegen solche Gesetze, wie: Zolltarif, Finanzreform, stimmen und sie zu Fall bringen.

Ich glaube, dass die genannten Parolen eine viel größere Anziehungskraft auf die breiten Massen ausüben werden als die Wahlrechtsforderung; doch will ich nochmals betonen, dass ich nun keineswegs die eine oder die andere für ideal halte. Man muss vielmehr eingehend das Für und Wider diskutieren. Nur ist es nötig, dass eine Parole nicht einfach von oben herab den Massen diktiert, sondern umgekehrt den Massen angepasst wird, damit diese wirklich interessiert und mit intensivster Kraftanstrengung bestrebt sind, der gegebenen Forderung zum Siege zu verhelfen. Da die herrschenden Klassen allen Aktionen ihren schärfsten Widerstand entgegensetzen werden, so ist eine wirksame Parole, die den größten Teil der Bevölkerung mit sich fortreißt, durchaus unentbehrlich. Von selbst versteht sich, dass im gegenwärtigen Augenblick die allerwirksamste Parole „Für den Weltfrieden“ heißt.

Die reaktionäre Sozialdemokratie.

Reaktion bedeutet an sich nichts weiter als Gegenwirkung oder Rückwirkung. In diesem Sinne wird das Wort in den Naturwissenschaften gebraucht. In der Politik verbindet man mit ihm den besonderen Sinn einer Gegenwirkung gegen den Fortschritt. Die Vorstellung ist etwa die, dass die Leute, welche mit den bestehenden Zuständen zufrieden sind, nichts unternehmen. Die Unzufriedenen suchen sie zu ändern, und dies ruft die Gegenwirkung – Reaktion – hervor, welche darauf ausgeht, den bestehenden Zustand zu erhalten. Ist den Fortschrittlern eine Änderung gelungen, so strebt die Reaktion, die Neuerung wieder rückgängig zu machen, den früheren Zustand wieder herzustellen. Und so bekommt das Wort denn schließlich den Sinn

von „Rückwärtseri“. Reaktionäre sind diejenigen, welche die alten, überholten, finsternen Zustände früherer Zeiten wieder herstellen wollen.

Nachdem diese Bedeutung des Wortes sich im allgemeinen Bewusstsein festgesetzt hat, will natürlich niemand gern Reaktionär sein. Das Wort hat einen missliebigen Klang bekommen. Jeder will ein moderner, vorwärtsstrebender Mensch sein, und selbst die [11] Konservativen und das Zentrum – das sind die Parteien, die, wenigstens ihren Grundsätzen nach, tatsächlich frühere Zustände wieder einführen wollen – lehnen die Bezeichnung „reaktionär“ ab. Sie fürchten, dass das Wort ihre Sache diskreditieren möchte.

Da sind nun neuerdings gewisse Leute auf eine ganz schlaue Idee gekommen: sie bezeichnen den Sozialismus als reaktionär. Zunächst möchte man lachen, so ungereimt klingt das. Der Sozialismus, diese modernste, rücksichtslos vorwärtstreibende Bewegung, die den radikalen Umsturz aller bestehenden Zustände will, ist doch das schärfste Gegenteil der Reaktion. Ihn reaktionär zu nennen, kann doch nur ein schlechter Witz sein.

Aber Gründe sind billig wie Brombeeren. Was wollen denn die Sozialisten? Das wichtigste Stück ihrer Forderungen ist bekanntlich die Aufhebung des Privateigentums der Produktionsmittel, das durch gemeinsames (kollektives) Eigentum ersetzt werden soll. Aber so etwas ist doch schon dagewesen! Gerade die Forschungen der Sozialisten selbst und anderer von ihnen angeregter Historiker haben ja zu der Feststellung geführt, dass in den Tagen der primitiven Urzeit kein Privateigentum existierte, sondern die halb oder ganz barbarischen Menschen ihre geringen Bedürfnisse durch gemeinsame Arbeit mit gemeinsamen primitiven Werkzeugen befriedigten. Und nun wollen die Sozialisten das Gemeineigentum wieder einführen! Heißt das nicht, uns an die Anfänge der Kultur zurückversetzen und alle Errungenschaften einer Jahrtausende langen Entwicklung über Bord werfen? Ist das nicht die tollste Reaktion, die man sich denken kann?

„Die heute überwundene Form des gemeinsamen Eigentums (Sozialismus) existierte bei den alten halbbarbarischen Jäger- und Hirtenvölkern und zur Zeit des primitiven Ackerbaus ... kulturelle Entwicklung räumte mit dem sozialistischen Eigentum auf und setzte an seine Stelle das Privateigentum. Die Sozialdemokratie sucht, getreu ihrem reaktionären Charakter, diesen Entwicklungsprozess zu hemmen und die menschliche Kultur auf die barbarische sozialistische Stufe zurückzuschrauben.“

Also steht zu lesen in dem Programm des gelben Arbeitsbundes, Sitz Berlin. Und liefert denn nicht die Geschichte tausendfältigen Beweis für die Überlegenheit der privatwirtschaftlichen Produktion und damit des Privateigentums?

„Diesen Kulturfortschritten ist es zu verdanken, dass es im westlichen Europa keine Fälle von Hungersnot mehr gibt, wie sie in früheren Zeiten vorkamen und jetzt noch z.B. in Russland, Indien, Persien und China an der Tagesordnung sind.“

So plausibel und schlüssig das alles klingt, so ist es doch nur eine Spekulation auf die Denkfaulheit; denn es wird ohne weiteres so getan, als ob die niedrige Kultur der Vorzeit eine Folge des Gemeineigentums gewesen sei. Nur dann nämlich [12] würde die Wiedereinführung des Gemeineigentums notwendig auch die niedrige Kultur wieder herbeiführen. Da muss aber schon die Tatsache stutzig machen, dass die furchtbaren Hungersnöte, an die hier erinnert wird, nicht in der Zeit des primitiven Gemeineigentums stattgefunden haben, sondern im Mittelalter, also in der Zeit des ausgeprägtesten Privateigentums. Die Wirtschaft des Mittelalters beruhte auf Ackerbau und Handwerk, beides im Kleinbetriebe. Gerade, weil jeder auf sich selbst angewiesen war, weil z.B. die schnellen internationalen Verbindungen noch fehlten, genügte eine Missernte, um einen ganzen Bezirk in Hungersnot zu stürzen; denn selbst wenn anderwärts Nahrung im Überfluss vorhanden war, so hatten die Menschen doch weder Veranlassung noch Möglichkeit, von ihrem Überfluss schnell genug an die bedrohten

Bezirke abzugeben. Man kann also sagen, an den Hungersnöten war gerade die Zersplitterung schuld, welche das Privateigentum mit sich bringt. Und wenn wir heute im westlichen Europa darunter nicht mehr leiden, so verdanken wir das dem Umstande, dass der Kapitalismus sich von der zersplitterten Privatwirtschaft des Mittelalters schon sehr weit entfernt und der Gemeinwirtschaft sehr weit genähert hat.

Das muss nämlich vor allen Dingen festgehalten werden, dass der Kapitalismus selbst in seiner einfachsten Form ein Zusammenarbeiten mehrerer Menschen bedeutet. Privatwirtschaft im reinsten Sinne betreibt der Handwerker, der in der eigenen Werkstatt das eigene Werkzeug handhabt und für sich allein seine ganzen Produkte fix und fertig macht: ganze Tische, ganze Schränke, ganze Hüte, ganze Anzüge usw. Hiervon ist schon von dem Augenblick an keine Rede mehr, wo gegen Ende des 14. Jahrhunderts das Kapital sich der Produktion bemächtigte. Auf der Stelle beschäftigte der Kapitalist *mehrere* Arbeiter in gemeinsamer Werkstatt, zum Teil schon mit gemeinsamen Werkzeugen, die sie abwechselnd gebrauchten. Und nicht lange dauerte es, so wurde die Arbeit planmäßig unter sie verteilt, so dass sie sich gegenseitig in die Hände arbeiteten; keiner machte mehr ein ganzes Produkt, sondern der eine fabrizierte diesen Teil, der andere jenen, bis dann zuletzt die einzelnen Teile zusammengesetzt wurden. „Ein Mann zieht den Draht, ein anderer streckt ihn, ein dritter schneidet ihn in Stücke ab, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift ihn am oberen Ende, wo der Kopf angesetzt wird,“ usw.; so beschreibt der berühmte englische Forscher Adam Smith ums Jahr 1770 die Fabrikation von Stecknadeln in einer kapitalistischen Manufaktur seiner Zeit. Und gerade dieses planmäßige Hand-in-Handarbeiten ist es, was die Ergiebigkeit der Arbeit gesteigert und damit die Menschen gegen Hungersnöte geschützt hat.

Der Kapitalismus also – das darf keinen Augenblick vergessen werden – bedeutet zwar privates *Eigentum*, aber [13] kollektiven *Betrieb*. Und wer wollte verkennen, dass in den inzwischen verflossenen Jahrhunderten der Betrieb immer mehr „kollektiviert“ (vergesellschaftet) worden ist? Ganz deutlich sehen wir in der von Adam Smith beschriebenen Stecknadelmanufaktur die Planmäßigkeit des Zusammenarbeitens. Aber nun vergleiche man damit eine moderne Fabrik. Welche Genauigkeit bis ins Einzelne, welche Präzision des Zusammenarbeitens ist hier nötig, wenn alles gut gehen soll! Aber welche ungeheuren Massen von Produkten werden infolgedessen auch fertig! Auf die Minute genau muss jeder an seinem Platz stehen, auf die Minute genau eingreifen, und dieser Gemeinsamkeit der Arbeit verdanken wir ihre Ergiebigkeit.

Ist somit der kapitalistische *Betrieb* durchaus nicht mehr privat in dem Sinne, dass jeder seine Arbeit machen kann, wie und wo und wann es ihm beliebt, so ist auch das *Privateigentum* heute schon ziemlich durchlöchert. Man denke an die Aktiengesellschaften. Wem gehört die Fabrik oder das Bergwerk, das auf Aktien betrieben wird? Nicht einem Manne, sondern einer ganzen Gesellschaft, deren Mitglieder durch bloßen Kauf und Verkauf der Aktien oft wechseln.

Nun aber ist eine wichtige Tatsache zu beachten. Der Handwerker des Mittelalters, der für sich allein arbeitet, ganz auf seine eigene Kraft und Geschicklichkeit angewiesen, der braucht die unbeschränkte, freie Verfügung über seine Werkzeuge und Rohstoffe. Soll etwas Ordentliches fertig werden, so muss er ganz nach eigenem Kopf arbeiten können, und das geht am besten, wenn ihm seine Produktionsmittel selbst gehören. Bei ihm also müssen die Produktionsmittel sein *Privateigentum* sein, wenn etwas Tüchtiges geleistet werden soll. Ganz anders im kapitalistischen Betrieb. Sobald mehrere oder gar viele zusammenarbeiten, ist keine Rede mehr davon, dass jedem einzelnen die Werkzeuge, die er handhabt, selbst gehören. Wie wäre da ein planmäßiges Zusammenarbeiten möglich! Sondern jetzt kann *Privateigentum* nur in dem Sinne vorhanden sein, dass die Produktionsmittel – *einem anderen* gehören; nicht denen, die damit umgehen, sondern einem Kapitalisten, vielleicht einem Aktionär, der sie nie zu

sehen kriegt, sondern nur aus dem Ertrage der Arbeit seine Dividenden bezieht. Und weiter hat's auch wirklich keinen Zweck mehr. In den Zeiten des mittelalterlichen Handwerks, als der *Betrieb*, die Arbeit selbst noch privat war, da musste auch das *Eigentum* an den Produktionsmitteln privat sein; das unterstützte und förderte die Arbeit. Heutzutage, in den Zeiten vorgeschrittener Gemeinschaftsarbeit, ist das Privateigentum an den Produktionsmitteln nur noch dazu da, solchen Leuten, die nicht mitarbeiten, einen Teil vom Ertrage der Arbeit zuzuwenden. (Denn dass ein Kapitalist in Berlin, der [14] Aktien eines Bergwerks an der Ruhr besitzt und Dividenden daraus zieht, an diesem Bergwerk mitarbeitet, das wird ja wohl der stärkste Mann nicht behaupten wollen.) Heute also ist das Privateigentum der Produktionsmittel ein *Hemmnis* der Arbeitsleistung geworden. Von dieser Fessel die Arbeit zu befreien, das bedeutet, sie zu neuen größeren Leistungen fähig zu machen, das bedeutet, der Kultur neue, ungeahnte Wege des Fortschritts eröffnen.

Bücherbesprechungen.

Prof. Dr. Max Koch, Geschichte der deutschen Literatur. Leipzig, Sammlung Göschen. 311 S.^[12] 0,90 Mk. Siebente neudurchgesehene und erweiterte Auflage.

Buchhändlerisch ist ein Werkchen von über 300 Seiten zum Preise von 90 Pf. schon eine Leistung. Wenn man aber bedenkt, dass diese 300 Seiten einführen sollen in die ganze deutsche Dichtung von der Urzeit bis in die Gegenwart hinein, ist das, was auf den einzelnen Dichter entfällt, nicht eben viel. Und je nach dem persönlichen Standpunkt des Verfassers wird dieser oder jener Name ganz fehlen. Das ist aber auch nicht viel anders bei großen Literaturgeschichten. Man vergleiche nur einmal *Scherer* und *Leixner*. Ob es aber auf die Zahl der Namen ankommt, ist noch sehr die Frage.

Uns will überhaupt scheinen, als stünde auch in *den* Werken, die einige Namen weniger bringen als andere, immer noch viel zu viel. Gerade für den Arbeiter, der nicht an einem Überfluss an Zeit leidet, hat das Aufzählen von so und so viel Mumien, wohl konserviert von sämtlichen Fachgelehrten, nur wenig Zweck. Was wir immer notwendiger gebrauchen, ist eine Geschichte der Literatur, die das, was noch lebendig ist, etwas gründlicher behandelt und von allen Wiederbelebungsversuchen verstorbener Götterabsicht absieht. Freilich soll auch eine so gehaltene Literaturgeschichte das Lesen der Werke unserer Dichter selbst nicht überflüssig machen.

Mit der Erfüllung dieses Wunsches wird es wohl noch gute Weile haben. So sind wir denn auf das angewiesen, was da ist. Man muss nun trotz aller Vorbehalte, die auch hier gemacht werden müssen, zugeben, dass Max Kochs Werk seinen Zweck, in die Literaturgeschichte einzuführen, einen Überblick zu geben, erfüllt. [15]

Einer der Vorbehalte, die wir machen müssen, bezieht sich auf das, was Prof. Koch über H. Heine sagt. Gewiss, auch heute noch zählt *H. Heine* zu den meistumstrittenen Dichtern unserer Zeit, aber trotzdem: etwas mehr Gerechtigkeit kann man ihm doch widerfahren lassen. Des Verfassers Stellungnahme ist gar zu subjektiv; so wenn er sagt: „Von 1831 an fesselten ihn bis zu seinem, nach langjährigen Leiden eingetretenen Tode, Paris und seine Genüsse“. Nach der Logik des Herrn Koch fesselten diese ihn also auch noch während der acht Jahre, die er in seiner Matratzengruft zubrachte. Gewiss ist in Heines Schriften sehr viel persönlich Gefärbtes enthalten; aber nun zu behaupten, dass ihm die Dichtung *nur* zu einem Mittel zu persönlichen Zwecken geworden ist, das scheint uns eben ungerecht zu sein.

[¹² <https://archive.org/details/geschichtederdeu00kochuoft>]

Dann ist ein Mann wie Seume gar nicht erwähnt. War auch *Seume* keiner unserer „Großen“, so fanden wir doch in Kochs Werk auch viele minder Bekannte, so dass man wohl auch Seume ein paar Zeilen hätte gönnen dürfen. Zumal der Spaziergänger von Syrakus zu den ehrlichen, aufrechten Dichtern gehört, die doch nicht gerade so dick gesät sind, dass man auf einen von ihnen verzichten könnte.

Das wäre einiges von dem, was wir an der Arbeit Professor Kochs auszusetzen hätten. Sonst muss man zugeben, dass aus dem kleinen Werkchen trotz aller Knappheit sehr viel zu lernen ist. Und das ist schließlich die Hauptsache.

H. Farwig.

Eingesandte Druckschriften.

Marie Wegrainer. Der Lebensroman einer Arbeiterfrau. Von ihr selbst geschrieben. Geheftet 2,50 Mk., gebunden 3,50 Mk. Delphin-Verlag, München.

Register zum 1. Jahrgang

(Die römischen Ziffern bedeuten die Heftnummern, die deutschen geben die Seiten an.)

I. Nach den Anfangsbuchstaben geordnet.

(A = Abhandlung, N = Notiz, R = Rezension, Buchbesprechung.)

Autorität. A.	V	1
Das Friedensfest. A.	IX	1
Der Gebärstreik als soziales Kampfmittel. A.	IV	4
Der Herr Polizeipräsident. A.	VII	1
Der Kampf gegen die Wucherzölle. A. Von J. Karski . . .	VIII	3
Die Anfänge der Pfaffenherrschaft. A. Von Edwin Hörnle, Stuttgart	VII 3, VIII 6, X 8, XI 8	
Die Geburteneinschränkung als revolutionäre Waffe. A. Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin	III	1
Die Handelsbilanz. A.	X	12
Die Kunst des Lesens. A	II	13
Die Kunst der Rede. A.	V	13
Die Macht des Reichstags. A. Von Alexander Bloch, Berlin . . .	IX	3
Die Profite steigen. N.	VIII	15
Die reaktionäre Sozialdemokratie. A.	XII	11
Die Religion im Klassenkampf. A.	V	7
Die Schulden des Deutschen Reichs. N.	VIII	14
Die Teuerung bei uns und anderswo. N.	IV	15
Ein Blick in den Zukunftsstaat. A.	IX 9, X 3, XI 4	
Ein furchtbares Verbrechen. A.	XII	1
Eisen gibt Gold. A.	III	4

Frauenfrage und Klassenkampf. A.	XI 11
Freiheit, die sie meinen. A.	III 8
Freiheit und Gleichheit. A.	IV 11
Geschichte der deutschen Literatur. R. Von H. Farwig, Brig	XII 15
Glaube und Wissen. A.	VIII 1
Grundsätze des Kommunismus. A.	VII 7
Im Joche der Ausbeutung. A.	II 3
Kampfsparole. A. Von Alexander Bloch, Berlin	XII 5
Kapital und Presse. A. Von Konrad Hänisch, Berlin	V 3
Kleon der Gerber. A.	II 6
Koalitionsrecht und Arbeitgeber. R. Von H. Farwig, Brig	XI 15
Krieg. A.	I 3
Krise und — Sonnenflecke. A.	VI 4
Krise und Zukunftsstaat	VII 13
Lebensrechte. A. Von Wilhelm Wachs, Berlin	VI 10
Lichtstrahlen. A. Von Dr. Bruno Borchardt, Charlottenburg	II 10
Massenbewegung. A. Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin	XI 1
Neue Wege? A.	X 1
Not aus Ueberfluß. A.	IV 8
Obstruktion. A.	IX 11
Parlament und Sozialdemokratie. A. Von Dr. Franz Mehring, Berlin	IV 1
Piepvögelchen. A.	II 1
Schädliches Nationalgefühl. N.	I 14
Soziale Kämpfe in der deutschen Vergangenheit. A.	V 9
Ueber vorsintflutliche Ausgrabungen. A. Von Dr. Anna Tauf- stein, Brüssel	III 11
Unsere Kurse. A.	VIII 12
Unser Weg. A.	I 1
Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus. A.	VI 7
Völkerkunde. R. Von H. Farwig, Brig	XI 14
Vom Wert. A.	VII 11
Von der Auswanderung. N.	IX 15
Wachsender Reichtum — steigendes Elend. A.	I 6
Was ist Bildung? A.	VI 12
Was ist Geschichte? N.	IV 14
Weltenwende. A.	VI 1
Wer die Krise noch nicht fühlt. N.	VI 15
Wirtschaftsgeschichte. A.	I 10
Zum Kampf um den Achtfundentag. A.	IX 6

II. Nach dem Inhalt geordnet.

1. Aufsätze.

Achtstundentag, Zum Kampf um den	IX 6
Ausbeutung, Im Joche der	II 3
Autorität	V 1
Bildung, Was ist	VI 12
Eisen gibt Gold	III 4
Frauenfrage und Klassenkampf	XI 11
Freiheit, die sie meinen	III 8
Freiheit und Gleichheit	IV 11
Friedensfest, Das	IX 1
Gebärstreik, Der — als soziales Kampfmittel	IV 4
Geburteneinschränkung, Die — als revolutionäre Waffe. Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin	III 1
Glaube und Wissen	VIII 1
Handelsbilanz, Die	X 12
Kampsparole. Von Alexander Bloch, Berlin	XII 5
Kapital und Presse. Von Konrad Hähnisch, Berlin	V 3
Kleon der Gerber	II 6
Kommunismus, Grundsätze des	VII 7
Krieg	I 3
Krise und — Sonnenflecke	VI 4
Kurse, Unsere	VIII 12
Lebensrechte. Von Wilhelm Wachs, Berlin	VI 10
Lesens, Die Kunst des	II 13
Lichtstrahlen. Von Dr. Bruno Borchardt, Charlottenburg	II 10
Massenbewegung. Von Dr. Alfred Bernstein, Berlin	XI 1
Not aus Ueberfluß	IV 8
Obstruktion	IX 11
Parlament und Sozialdemokratie. Von Dr. Franz Mehring, Berlin	IV 1
Pfaffenherrschaft, Die Anfänge der —. Von Edwin Hörnle, Stuttgart	VII 3, VIII 6, X 8, XI 8
Piepbögelchen	II 1
Polizeipräsident, Der Herr	VII 1
Rede, Die Kunst der	V 13
Reichstags, Die Macht des —. Von Alexander Bloch, Berlin	IX 3

Reichtum, Wachsender — steigendes Elend	I 6
Religion, Die — im Klassenkampf	V 7
Sozialdemokratie, Die reaktionäre	XII 11
Soziale Kämpfe in der deutschen Vergangenheit	V 9
Sozialismus, Utopischer und wissenschaftlicher	VI 7
Verbrechen, Ein furchtbares	XII 1
Vorsintflutliche Ausgrabungen, Ueber —. Von Dr. Anna Tauf- stein, Brüssel	III 11
Wege? Neue	X 1
Weg, Unser	I 1
Weltenwende	VI 1
Wert, Vom	VII 11
Wirtschaftsgeschichte	I 10
Zölle, Der Kampf gegen die Wucher- —. Von J. Karski	VIII 3
Zukunftsstaat, Ein Blick in den	IX 9, X 3, XI 4
Zukunftsstaat, Krise und	VII 13

2. Notizen.

Auswanderung, Von der	IX 15
Geschichte, Was ist	IV 14
Krise, Wer die — noch nicht fühlt	VI 15
Nationalgefühl, Schädliches	I 14
Profite, Die — steigen	VIII 15
Schulden, Die — des Deutschen Reichs	VIII 14
Steuerung, Die — bei uns und anderstwo	IV 15

3. Buchbesprechungen.

Koalitionsrecht und Arbeitgeber. Von H. Farwig, Brüg	XI 15
Literatur, Geschichte der deutschen —. „ „ „	XII 15
Völkerkunde. „ „ „	XI 14